

Michael Brie (Hrsg.)

Mit Realutopien den Kapitalismus transformieren?



Beiträge zur
kritischen
Transformations-
forschung 2

Michael Brie (Hrsg.)
Mit Realutopien den Kapitalismus transformieren?

Michael Brie (Hrsg.)

Mit Realutopien den Kapitalismus transformieren?

Beiträge zur kritischen Transformationsforschung 2

Eine Veröffentlichung der Rosa-Luxemburg-Stiftung



Dieses Buch wird unter den Bedingungen einer Creative Commons License veröffentlicht: Creative Commons Attribution-NonCommercial-NoDerivs 3.0 Germany License (abrufbar unter www.creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/3.0/legalcode). Nach dieser Lizenz dürfen Sie die Texte für nichtkommerzielle Zwecke vervielfältigen, verbreiten und öffentlich zugänglich machen unter der Bedingung, dass die Namen der Autoren und der Buchtitel inkl. Verlag genannt werden, der Inhalt nicht bearbeitet, abgewandelt oder in anderer Weise verändert wird und Sie ihn unter vollständigem Abdruck dieses Lizenzhinweises weitergeben. Alle anderen Nutzungsformen, die nicht durch diese Creative Commons Lizenz oder das Urheberrecht gestattet sind, bleiben vorbehalten.

© VSA: Verlag 2015, St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg
Umschlagfoto: 3format / photocase.de
Druck- und Buchbindearbeiten: Beltz Bad Langensalza GmbH
ISBN 978-3-89965-648-0

Inhalt

Michael Brie	
Beiträge zur kritischen Transformationsforschung – ein erster Überblick über den Diskussionsstand	7

MASTERPLAN UND REVOLUTION

Michael Burawoy	
Marxismus nach Polanyi	33

Erik Olin Wright	
Durch Realutopien den Kapitalismus transformieren	59

Rolf Reißig	
Neue Transformation – eine theoretische Konzeptualisierung und gesellschaftspolitische Problematisierung	107

CHANCEN UND BLOCKADEN IN DER LEBENSWELT

Thomas Seibert	
Die Welt verändern, das Leben ändern	145
Ausgewählte Kurzgeschichten aus der langen Geschichte der Transformation von Lebensweisen	

Michael Thomas	
Transformation – Kritik – Lebenswelt	171
Oder: Wie bekommt man Veränderung in eine Welt der Erstarrung?	

Judith Dellheim	
Mit Luxemburgs »Akkumulation des Kapitals« zu einer solidarischen postimperialen Lebensweise	191

Wanja Saatkamp

Kann Plastik die Welt verändern? 223

Möglichkeitssinn und soziale Plastik – was aktuelle Projekte
vorleben, die angesiedelt zwischen künstlerischer Praxis
und sozialer Bewegung unsere Gesellschaft transformieren

KRITIK

Dieter Klein

»Hoffen Sie auf das Unwahrscheinliche!

Arbeiten Sie auf das Unwahrscheinliche hin!« 235

Michael Brie

Ändert dies wirklich alles? 243

Fragen beim Lesen von Naomi Kleins neuem Buch

»Die Entscheidung. Kapitalismus vs. Klima«

Die Autorinnen und Autoren 253

Michael Brie

Beiträge zur kritischen Transformationsforschung – ein erster Überblick über den Diskussionsstand

Mit diesem Buch wird eine neue Reihe weitergeführt, die Ergebnisse linksorientierter kritischer Transformationsforschung aus dem internationalen und deutschen Kontext vorstellt. Ein erster Band zu Karl Polanyi ist vor Kurzem erschienen (Brie 2015). Für eine solche Reihe gibt es einen guten Grund: Transformation ist zum *Leitbegriff eines zielorientierten Wandels* avanciert, und dies sowohl im Mainstream als auch im kapitalismuskritischen Kontext. Die multiple Zivilisationskrise (Demirović et al. 2011) wirft die Frage auf, wie durch bewusstes Eingreifen, durch Steuerung, ja, sogar durch Planung dieser Krise begegnet werden soll.

Vor diesem Hintergrund nun wird Transformation hochaktuell. Für die einen bedroht sie die Stabilität von Herrschaft, für die anderen ebnet sie Solidarität, Gerechtigkeit und Emanzipation den Weg. Es ist deshalb kein Zufall, dass der Begriff der Transformation seit einem Jahrzehnt eine neue Karriere erlebt. Es geht bei Transformation, wie Rolf Reißig ausführt, um einen besonderen Typ sozialen Wandels (Reißig 2014). Ein solcher Wandel kann dann als Transformation definiert werden, wenn die zwei folgenden Bedingungen erfüllt sind: (1) Die Dynamiken des sozialen Wandels werden durch ein zielgerichtetes und mittelbewusstes Eingreifen von Akteuren geprägt; (2) ihr Wirken zielt darauf ab, Grundstrukturen einer Gesellschaft zu verändern (sektoral, territorial oder in ihrer Gänze). Dies bedeutet, dass solche Akteure auch eine bestimmte Wirkungsmacht zu entfalten vermögen, und es sich nicht bloß um reine Absichten handelt, die keinen Einfluss haben. Das prägende Wirken kann geistig, politisch, sozial, ökonomisch und nicht zuletzt auch gewaltsam erfolgen. Durch ein solches, auf Transformation zielendes Eingreifen werden die Eigendynamiken komplexer Gesellschaften folgeschwer modifiziert.¹

¹ Transformatorisches Eingreifen ist nicht die einzige Form solcher Modifikation von Grundstrukturen einer Gesellschaft. Diese kann auch durch externe Schocks wie Umweltkatastrophen oder durch Kriege, Hungersnöte usw. ausgelöst werden.

Da Akteure nie die Gesamtheit der Bedingungen ihres Handelns kontrollieren können, da andere immer eine bestimmte Eigenmacht haben (sonst wären sie keine Akteure), da komplexe Gesellschaften durch eine unübersehbare Zahl von Rückkopplungen charakterisiert sind, da Ziele und Mittel sich nie komplett decken und in sich selbst oft widersprüchlich sind – die Liste ließe sich fortsetzen –, reduziert sich Transformation nie völlig auf Transition im Sinne der weitgehenden Identität von Zielen und Ergebnissen (siehe Brie 1995: 45-47).

Reale Transformation ist also tatsächlich »ein *intentionaler, eingreifender, gestaltender* und zugleich ein *eigendynamischer, organisch-evolutionärer* Entwicklungsprozess« (Reißig 2009: 34). Seine Eigenart und Spezifik entsteht aus eben diesem bewussten Eingreifen wirkmächtiger Akteure in komplexe gesellschaftliche Interaktionszusammenhänge und Vergesellschaftungs- sowie Reproduktionsweisen einer Pluralität von Handelnden. Mit diesem transformationsintendierten Agieren eines Teils von Akteuren verändern sich die Regeln gesellschaftlicher Interaktion.

Ein bloßes »Weiter so« wird unmöglich – und sei es, dass andere Akteure einen Teil von Ressourcen aufwenden müssen, um den Versuch der Veränderung von Grundstrukturen gesellschaftlicher Kooperation und gesellschaftlichen Zwangs abzuwehren. Wandel der Grundstrukturen einer Gesellschaft und ihrer Reproduktionsweise kann ganz oder weitgehend aus nichtintendierten und eigendynamischen Prozessen resultieren. Dies ist eher der Normalfall. Oft gibt es starke intentionale Anstrengungen, bewusste Transformation zu verhindern, weil dies als Bedrohung für etablierte Interessen und die gesellschaftliche Stabilität angesehen wird. Wenn es aber starke transformationsorientierte Akteure gibt, dann existieren drei Möglichkeiten.

Erstens kann es diesen Akteuren tatsächlich gelingen, in einem beträchtlichen Maße ihre Zielvorstellungen auch umzusetzen und den Realprozess so zu steuern, dass Transformation weitgehend zu einer Transition wird.

Zweitens besteht die Möglichkeit, dass das bewusste Eingreifen seinerseits Prozesse auslöst, die so stark den Realprozess dominieren, dass das Resultat nicht nur von den Zielvorstellungen abweicht, sondern mit diesen in keinem Zusammenhang steht oder die Ziele sogar auf den Kopf stellt. Dies wäre dann eine sich selbst zerstörende Transformation (self-destroying transformation). Viele reale Transformationsprozesse werden einen dritten Fall bilden – zwischen diesen Extremen. Ein so verstandener Transformationsbegriff hat eine (Vor-)geschichte.

Diese lässt sich bis in die griechische Antike und die Solonschen Reformen² zurückverfolgen. Die moderne Geschichte aber reicht wie so vieles bis in die Französische Revolution zurück. Hier wurde das Problem bewusster Gesellschaftsgestaltung zuerst systematisch und hochaktuell thematisiert und diskutiert. Den Zeitgenossen dieser Revolution erschien sie vor allem als der Versuch, die in der Aufklärung entwickelten Vernunftprinzipien in Verfassung und Realität der Gesellschaft zu verankern und europaweit durchzusetzen. Wie Hegel später erinnert: »Solange die Sonne am Firmament steht und die Planeten um sie kreisen, war das nicht gesehen worden, dass der Mensch sich auf den Kopf, d.i. auf den Gedanken stellt und die Wirklichkeit nach diesem erbaut. Anaxagoras hatte zuerst gesagt, das der voũç [die Vernunft – M.B.] die Welt regiert; nun aber erst ist der Mensch dazu gekommen, zu erkennen, dass der Gedanke die geistige Wirklichkeit regieren sollte. Es war dieses somit ein herrlicher Sonnenaufgang. Alle denkenden Wesen haben diese Epoche mitgefeiert. Eine erhabene Rührung hat in jener Zeit geherrscht, ein Enthusiasmus des Geistes hat die Welt durchschauert, als sei es zur Versöhnung des Göttlichen mit der Welt nun erst gekommen.« (Hegel 1986: 529)

Die Französische Revolution löst eine Transformationsdiskussion aus, an der viele der wichtigsten Geister der Zeit teilnehmen. Edmund Burke begründet den konservativen Flügel dieser Diskussion, Emmanuel Joseph Sieyès war einer der wichtigsten liberalen Theoretiker und auch die Linke meldet sich mit Marat und Paine zu Wort. Eine frühe Frauenbewegung formiert sich, die in Olympe de Gouges und Mary Wollstonecraft ihre Sprecherinnen findet. In der französischen Kolonie Saint-Domingue ergreifen schwarze Sklaven nach langen Kämpfen die Macht und behaupten sich als Republik Haiti. Die Abschaffung der Sklaverei ist sicherlich eines der bedeutendsten Transformationsprojekte des 19. Jahrhunderts.

Aus der Französischen Revolution geht auch der politische Kommunismus hervor, der seinerseits eine klare Transformationskonzeption entwickelt. Ihre Protagonisten sind jene, die die *Verschwörung der Gleichen* gründeten. Vor dem Hintergrund von sechs Jahren Revolutionserfahrungen, der Schreckensherrschaft Robespierres und des Thermidor mit seinem besitzbürgerlichen Versuch, gestützt auf die Armee und Bo-

² Solon war ein athenischer Staatsmann und Lyriker im antiken Griechenland. Auf ihn gehen die so genannten Solonschen Reformen zurück, die zu einer Neuordnung des Gemeinwesens beitragen sollten.

naparte die Revolution zu beenden, wollen die *Gleichen* sie im Gegensatz dazu vollenden. Nur geht es ihnen nicht mehr um die abstrakte Gleichheit, sondern um die wirkliche Gleichheit. Und diese könne, so Babeuf, nicht in einer Marktgesellschaft realisiert werden, aus der stets neue Ungleichheit und Ausbeutung hervorgehe. Das Privateigentum bringe »notwendig Glückliche und Unglückliche, Herren und Sklaven« (Babeuf 1988: 62) hervor. Vordenker ist Morelly mit seinem *Gesetzbuch der Natur* aus der Mitte des 18. Jahrhunderts (Morelly 1964). Theoretisch neu ist die Vorstellung dieser ersten revolutionären Kommunisten um Babeuf, dass die neue Gesellschaft nicht als Verwirklichung des existierenden Volkswillens entstehen könne, da das Volk noch ganz durch die alte Gesellschaft selbst geprägt sei. Es bedürfe deshalb einer Übergangsdiktatur der Wenigen, gestützt auf die radikalsten Teile des Volkes von Paris. Die von Robespierre praktizierte Herrschaft der Tugend sollte jetzt der Herrschaft der kommunistischen Idee weichen. Wie Buonarroti, einer der Mitverschworenen, erinnert: Die *Gleichen* wussten, »dass die zwingenden und außerordentlichen Mittel, die unerlässlich sind, um eine so große und glückliche Veränderung herbeizuführen, nicht vereinbar sind mit den Formen einer regelmäßigen Einrichtung. Sie wussten ..., dass, wenn man ohne diese Vorbedingungen die konstitutionelle Ordnung der Wahlen herstellen wollte, man die Macht den Freunden aller Missbräuche überließ und auf immer die Gelegenheit verlor, das allgemeine Glück zu sichern« (Buonarroti 1975: 55). Die revolutionäre Regierung müsse »die Ausübung der politischen Rechte durch die Bürger teilweise und für den Augenblick« (ebd.: 60) aufheben.

Vor knapp einhundert Jahren wurde der Begriff Übergangsperiode (in der deutschen Übersetzung: Transformationsperiode) von Nikolai Bucharin für den Prozess der Umgestaltung hin zum sowjetischen Sozialismus/Kommunismus benutzt (Bucharin 1990). Die Welle parteikommunistisch inspirierter Revolutionen hat neues Erfahrungswissen über Transformation erzeugt, das noch nicht wirklich ausgewertet ist. Mit Polanyis Werk *The Great Transformation* wurde der Begriff einerseits auf den Übergang zur kapitalistischen Marktwirtschaft und andererseits über sie hinaus hin zu einem demokratischen Sozialismus angewandt (Polanyi 1978). Vierzig Jahre später kam er im akademischen Mainstream an. Er wurde für die Transition von autoritären Regimen (u. a. in Spanien, Portugal und Ländern Lateinamerikas oder Ostasiens) hin zu repräsentativen Demokratien genutzt (O'Donnell/Schmitter 1986) und auf den Übergang zwischen innerkapitalistischen Entwicklungsperioden (Boyer 1990; Lipietz 1998; Aglietta 2000) angewandt. Zeitgleich wurde er zum

Oberbegriff für jene Wandlungen, die der Zusammenbruch des sowjetischen Staatsparteiisozialismus ausgelöst hatte (siehe Merkel 2010; Kollmorgen et al. 2014). Auch der Beitritt der DDR zur Bundesrepublik wurde unter diesem Blickwinkel untersucht (siehe u.a. Kollmorgen 1996/Reißig 2000). In der historischen Forschung vor allem zu Europa und der Weltgeschichte wurden »große Transformationen« auch theoretisch bearbeitet (Osterhammel 2011).

In den letzten Jahren hat sich der Fokus dieses Begriffs erneut verändert und soll nun Licht auf neue Problemlagen werfen. Jetzt geht es nicht so sehr um Analysen vergangener oder gegenwärtiger Ereignisse, sondern um das Eingreifen im Rahmen von *Futuring*. Hier also dreht es sich eher um den »Versuch einer Landnahme des abwesenden Zukunftskontinents, einer Aneignung und *Bemächtigung* der Zukünfte und Ereigniswelten, die sich erst noch aktualisieren müssen« (Rilling 2014: 32). Das Weltwirtschaftsforum von Davos von 2012 fand unter dem Thema »The Great Transformation: Shaping New Models« statt. Gerade unter dem Stichwort des Übergangs zu einer nachhaltigen Gesellschaft steht Transformation und ihre Governance im Zentrum (WGBU 2011; Rosen et al. 2010; World Watch Institute 2010; Veld 2011). Die 2007/08 einsetzende Weltfinanz- und Weltwirtschaftskrise wurde zum Anlass genommen, Konzepte für den ökologischen Umbau unserer Gesellschaften zu entwickeln. (Green New Deal Group 2008). Sie gingen in das Programm der europäischen und deutschen Partei Die Grünen ein. Von führenden Institutionen wurde das transformatorisch angelegte Konzept eines Green New Deal aufgegriffen (DESA [United Nations Department of Economic and Social Affairs] 2011; OECD 2011; zur Analyse dieser Konzepte vgl. u.a. Adler/Schachtschneider 2010). Es geht um die Ökologisierung der Produktions-, Reproduktions-, Konsumtions- und Lebensweise unter Nutzung der Basisinstitutionen einer kapitalistischen Moderne. Eine Enquetekommission des Bundestages »Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität – Wege zu nachhaltigem Wirtschaften und gesellschaftlichem Fortschritt in der Sozialen Marktwirtschaft« ist in diesem Zusammenhang zu nennen (Enquetekommission des Deutschen Bundestages 2013; siehe kritisch dazu Brand et al. 2013).

Aber auch von links wurde der Begriff der Transformation in programmatische Ansätze integriert und kapitalismusüberwindend gewendet. Nicht nur versteht sich die Europäische Linkspartei als Bündnis sich »transformierender« linker Parteien, sondern formuliert zugleich als ihr Selbstverständnis: »Die Europäische Linke ist kapitalismuskritisch: Sie ist antikapitalistisch und strebt nach einer Transformation der Gesell-

schaften über die Herrschaft des Kapitalismus hinaus« (European Left Party o.J.). Im »Manifesto of the Party of the European Left« von 2004 heißt es: »Wir verstehen die Rolle und die Aufgabe der politischen Linien in Europa als Beitrag, um ein breites soziales und politisches Bündnis für einen radikalen Politikwechsel zu bilden, indem wir konkrete Alternativen und Vorschläge für die notwendige Transformation der gegenwärtigen kapitalistischen Gesellschaften entwickeln« (European Left Party 2004). Im Umfeld von Attac Österreich wurden sieben Transformationspfade entwickelt: gemeinwohlorientierte Finanzwirtschaft, Globalisierung der Wirtschaft, Ernährungs- sowie Energiesouveränität, Commoning, menschengerechte Arbeit und umfassende Demokratisierung (Attac Österreich 2010). Auch aus religiöser Sicht wurden entsprechende Konzepte entwickelt, prominent im deutschsprachigen Raum durch Franz Hinkelammert und Ulrich Duchrow (Duchrow/Hinkelammert 2002; Duchrow 2013).

Bisher ist »Transformation« für die Linke aber noch kein entwickeltes strategisches Konzept. Auch fehlen wesentliche theoretische Grundlagen, obwohl bestimmte Ansätze dafür auch im Umfeld des Instituts für Gesellschaftsanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung erarbeitet wurden (siehe u.a. Klein 2003; Reißig 2009; Klein 2013; Brie 2014). Noch ist die Verwendung des Terminus Transformation eher eine Absage an orthodoxe sozialdemokratische wie kommunistische Orientierung auf Reform bzw. Revolution als ein eigenständiger wirkungsvoller Ansatz. Die Reihe »Beiträge zur kritischen Transformationsforschung« will dazu beitragen, diese Lücke zu schließen. Sie wird durch das Institut für Gesellschaftsanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung und sein Umfeld begleitet. Der Redaktion der Reihe gehören gegenwärtig Lutz Brangsch, Conny Hildebrandt, Mario Candeias, Alex Demirović, Katharina Pühl und Rainer Rilling an. Die Beiträge werden in loser Folge wichtige internationale und deutschsprachige Forschungsergebnisse auf dem Gebiet kritischer Transformationsforschung vorstellen und reflektieren.

Im Folgenden werden in aller Kürze sieben Elemente eines möglichen sozialistischen Transformationskonzepts formuliert, wie es bisher am Institut für Gesellschaftsanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung entwickelt wurde. Es geht um (1) Transformation im Spannungsverhältnis von Reform und Revolution, (2) das Verhältnis von Kapitallogik und Soziallogiken, (3) Fragen von Wirtschaftsdemokratie, (4) das Verhältnis von Transformation und Sozialismus, (5) die Gleichzeitigkeit von Fortschritt und Rückkehr sowie (6) Einstiegsprojekte und (7) strategische Implikationen.

1. Im Spannungsverhältnis von Reform und Revolution

Die entstehende sozialistische Bewegung war von ihren frühen Anfängen vor 200 Jahren an durch den Widerspruch zwischen reformerischen und revolutionären Ansätzen geprägt. Hinzu kam die Frage, welche Rolle der Staat in der angestrebten Umwälzung spielen sollte. Beginnend mit Babeuf setzten die einen auf den bewaffneten Umsturz unter Führung einer revolutionären Avantgarde. Ein zentralistischer Staat schien die Bedingung zu sein, um den Widerstand gegen eine weitergehende Umwälzung der gesamten Produktions- und Lebensweise zu brechen und langfristige Veränderungen einzuleiten. Mit Robert Owen meldeten sich jene zu Wort, die in der genossenschaftlichen Selbstorganisation der Arbeitenden und dem von ihnen organisierten Austausch der Produkte zum Arbeitswert die Lösung sahen. Aus konkreten Projekten sollte innerhalb der gegebenen Gesellschaft die Gesamialternative entstehen. In der Revolution von 1848 wurden in Frankreich kurzzeitig staatlich finanzierte öffentliche Arbeitswerkstätten durchgesetzt. Ferdinand Lassalle wollte für die Kooperativen der Arbeiter die Unterstützung des Staates, auch des preußischen. Die Chartistenbewegung setzte sich dagegen für das allgemeine (männliche) Wahlrecht ein, um so friedlich den Staat zu erobern. Von der deutlichen Verkürzung der Arbeitszeit erhofften sie sich eine kulturelle Revolution, die die Arbeiter dazu befähigen sollte, später auch die Wirtschaft zu übernehmen. Mit der Gründung der Internationalen Arbeiterassoziation vor 150 Jahren rückte die Verbindung der politischen und wirtschaftlichen Kämpfe ins Zentrum. Erik Olin Wright unterscheidet in diesem Zusammenhang Ansätze einer interstitiellen Transformation (Ausbau von Elementen einer neuen Gesellschaft in den Poren der alten nach Vorstellung Owens), einer symbiotischen Transformation (Grundstrukturen mit einer alternativen Logik werden aufgebaut, die die Schwächen der kapitalistischen Strukturen kompensieren, sodass zumindest zeitweilig eine Koevolution möglich ist – charakteristisch für den Reformismus), und eine sich bruchartig vollziehende Transformation (ruptural transformation) in Gestalt von Revolutionen (vgl. Wright 2010: 273-365). Er verweist zugleich auf die Möglichkeit, diese Strategien zu kombinieren (siehe dazu seinen Beitrag in diesem Band, S. 59ff.).

In der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts wurde diese Pluralität verschiedener linker Ansätze weitgehend durch den Kampf zwischen dem bolschewistisch-kommunistischen Weg einer bewaffneten Revolution und dem Weg sozialdemokratischer sozialstaatlicher Reformen abge-

löst, zu dessen Modell das »Volkshem« in Schweden wurde. Während die Strategie der Bolschewiki in eine Parteidiktatur mit sozialen Errungenschaften mündete, konnte die Sozialdemokratie die Eigendynamik des Kapitalismus nicht überwinden, erreichte aber ein hohes Maß von Sozialstaatlichkeit. Es gab möglicherweise auf diesem Wege eine Annäherung an den »Tipping Point« hin zu einer nachkapitalistischen Gesellschaft (vgl. Roesler 2010: 31), aber er wurde nicht überschritten. Weder gelang es, den sowjetischen Staatspartei Sozialismus demokratisch zu reformieren, noch konnte ein demokratischer Weg zum Sozialismus eingeschlagen werden. Der jugoslawische wirtschaftsdemokratische Weg verblieb im Gefängnis einer Parteidiktatur. Betriebsdemokratische Revolten (»Workers Control«) etwa in Italien, Frankreich oder England Ende der 1960er und Anfang der 1970er Jahre blieben lokale Ereignisse mit oft hoher Symbolkraft. In der Tschechoslowakei wie in Chile wurden die transformatorischen Reformen mit Waffengewalt niedergeschlagen, in anderen Ländern scheiterten entsprechende Ansätze schon weit im Vorfeld, obwohl sie wie in Italien, Frankreich oder auch Schweden ein beträchtliches Maß an konzeptioneller Reife erreicht hatten.

Seit den 1980er Jahren trat der Widerspruch zwischen diesen großen Ansätzen hinter der Gemeinsamkeit ihres Scheiterns zurück. Der aktuelle Rückgriff auf den Terminus Transformation seitens linker Kräfte zeugt von einer neuen Bereitschaft, die alten Gräben zu überwinden, sich der Pluralität alternativer Ansätze zu stellen und in den realen Kämpfen einen offenen Such- und Lernprozess einzuleiten (zu überholten Grundannahmen des Marxismus der II. Internationale vgl. Crome 2006: 55-80). Dies ist ein deutlicher Fortschritt gegenüber vergangenen Gewissheiten und zeugt zugleich davon, dass *zu viel* unklar ist. Fragen wie die, was Kapitalismus ist, was Sozialismus und wie dessen Eigentumsverhältnisse sein könnten, wie realistisch eine radikale Umgestaltung eingeleitet werden könnte und welche Bündnisse dabei auch mit Teilen des herrschenden Blocks möglich sind, bleiben unbeantwortet (zu möglichen Ansätzen vgl. Brie/Klein 2008).

2. Kapitallogik und Soziallogiken

Die Entstehung und Entwicklung der kapitalistischen Moderne ist durch einen Doppelprozess geprägt. Einerseits gilt, was Marx und Engels im »Kommunistischen Manifest« formulierten: Die Bourgeoisie schuf sich »eine Welt nach ihrem Bilde« (Marx/Engels 1974: 466), eine Welt, in der

alles zur Ware werden soll, in der die »offene, unverschämte, direkte, dürre Ausbeutung« (ebd.: 465) von Mensch und Natur zum herrschenden Prinzip erhoben wurde. Die Selbstverwertung des Kapitals peitscht die Gesellschaften und ihre Bürgerinnen und Bürger voran. Alles soll sich nach der Formel von der Vermehrung des Geldes im Warenaustausch (G-W-G') rechnen. Profitdominanz und Kapitallogik durchdringen die Gesellschaft und ordnen sie sich unter. Der transatlantische Sklavenhandel und die Entstehung der Lohnsklaverei gingen Hand in Hand. Die endgültige Vernichtung fast aller Urwälder, die Ausplünderung der energetischen und mineralischen Ressourcen des Planeten und seine Vermüllung und Vergiftung sind die Konsequenz.

Andererseits wurde damit aber auch eine vorher nie gekannte Produktivität erreicht. Oder wie es im »Manifest« heißt: »Die Bourgeoisie reißt durch die rasche Verbesserung aller Produktionsinstrumente, durch die unendlich erleichterten Kommunikationen alle, auch die barbarischsten Nationen, in die Zivilisation. Die wohlfeilen Preise ihrer Waren sind die schwere Artillerie, mit der sie alle chinesischen Mauern in den Grund schießt, mit der sie den hartnäckigsten Fremdenhass der Barbaren zur Kapitulation zwingt« (ebd.: 466). Der Grund dafür aber ist nicht etwa die hemmungslose Entfaltung der kapitalistischen Ausbeutung, sondern der Widerstand, der ihr entgegengesetzt wird. Das unternehmerische Handeln wird erst dann wirklich produktiv, wenn es die Mitkonkurrenten nicht bei der bloßen Vernutzung und Zerstörung von Arbeitskraft und Natur von vorgefundenen Gesellschaften und ihren Kulturen überbietet, wie dies in der Karibik oder Brasilien geschah. Die Produktivität modernen kapitalistischen Unternehmertums (vgl. Brie/Klein 2011: 18f.) entfaltet sich erst dann langfristig, wenn die Arbeiter sich wehren und einen Anteil am gesellschaftlichen Reichtum haben wollen, wenn die Rohstoffe und Energie nicht mehr fast kostenlos zur Verfügung stehen, wenn starke Gesellschaften soziale Sicherheit, Partizipation und Wohlfahrt durchsetzen, einen Rechtsstaat garantieren und demokratische Minima erzwingen. Ein ungeheurer Individualisierungsschub und die Entstehung neuer Räume von Freiheit in Koppelung mit Vermarktung ist die Folge.

Der Neoliberalismus hat die Freiheitsbedürfnisse mit einer neuen Runde der Entfesselung kapitalistischer Verwertung und der Dominanz eines finanzgetriebenen globalisierten Akkumulationsregimes verbunden (Boltanski/Chiapello 2003); es kam zu einer erneuten Restauration der Marktgesellschaft. In dieser, so Polanyi, werden Arbeitskraft, Natur, die gesellschaftlichen Institutionen wie der Kredit und die Kultur zur

Ware. Ziel des Wirtschaftsliberalismus mit seiner Dystopie der Marktfreiheit ist die »Errichtung eines selbstregulierenden Marktsystems« (Polanyi 1995: 54). Dies läuft auf die Zerstörung von Gesellschaft hinaus. Große Krisen des Kapitalismus sind deshalb immer auch Krisen der menschlichen Zivilisation (Institut für Gesellschaftsanalyse 2011b: 7). An der Schnittstelle von Vermarktlichung und Widerstand dagegen kommt es zu sozialen Kämpfen und Auseinandersetzungen, in denen die »Soziallogik«, die »Ökologik«, die »demokratische Logik« und die »Logik« einer freien, nicht durch Märkte und Kapitalverwertung beherrschten Kultur zur Geltung gebracht werden (Brie 2014).

Wie Joachim Bischoff und Christoph Lieber schreiben, geht es in dieser keinesfalls spontanen »Doppelbewegung« von Vermarktlichung und Widerstand dagegen um die »Auseinandersetzung« zwischen jenen, die die »Selbststeuerung der Gesellschaft« vertreten, und jenen, die »über die radikale Verwirklichung des Laissez-faire eine selbstregulierende Marktgesellschaft« (Bischoff/Lieber 2013: 99) durchzusetzen suchen. Für Polanyi ist Sozialismus die »Entdeckung der Gesellschaft« unter dem Vorzeichen der »Wiedergeburt der Freiheit«. Entdeckung der Gesellschaft meint dabei, dass die Grundlagen jeder modernen Gesellschaft (die Arbeitskraft, die irdische Natur, die gesellschaftlichen Institutionen, die Kultur) keine Waren sein dürfen, sondern des Schutzes ihrer Eigenständigkeit und Eigengesetzlichkeit bedürfen. Dazu bedarf es eines von der Zivilgesellschaft kontrollierten Sozial- und Ökostaates, einer solidarischen pluralen Wirtschaft mit der Vorherrschaft eines öffentlich kontrollierten Wirtschafts-, Banken- und Finanzsektors und einer umfassenden Wirtschaftsdemokratie. Ohne weitreichenden Umbau der Eigentumsverhältnisse ist dies nicht möglich.

3. Wirtschaftsdemokratie

Seit der frühen Genossenschaftsbewegung des 19. Jahrhunderts steht Wirtschaftsdemokratie im Mittelpunkt sozialistischer Transformationskonzepte. Ob als Verbund weitgehend selbständiger Genossenschaften, von Kommunen, durch Räte organisiert oder in gesamtgesellschaftlicher Planung – immer ging es darum, die Selbstbestimmung der Arbeiter mit einer gesellschaftsweiten Assoziation und Solidarität zu verbinden. Im 20. Jahrhundert wurden zahlreiche praktische Versuche unternommen. Wichtige konzeptionelle Ansätze gehen im deutschsprachigen Raum auf Richard Müller, Fritz Naphtali (Naphtali 1928), Rudolf Hilferding (Hilfer-

ding 1931), Otto Brenner (Brenner 1956) und Ota Šik (Šik 1979) zurück (vgl. im Überblick Vilmar/Sattler 1978; Weipert 2014).

Die aktuelle Krise hat die Dominanz der Finanzmärkte über die Wirtschaft und Gesellschaft schlagend verdeutlicht. Die Rettung der Strukturen dieses Kapitalismus hat die Staatsverschuldung deutlich ansteigen lassen und ganze Staaten an den Rand des Konkurses getrieben. Die Sozialstaatlichkeit fiel vielfach den Imperativen der Märkte zum Opfer. Die Ungleichheit der Vermögen und Einkommen ist mit einer nachhaltigen Wirtschaftsentwicklung genauso unvereinbar wie mit stabiler Demokratie.

Sozialökologische Transformationsstrategien müssen von einer Umverteilung von Macht, Eigentum und Vermögen von der privaten in die öffentliche Hand und von oben nach unten ausgehen. Wichtige Elemente einer solchen Strategie sind »globale Stoff- und Ressourcenplanung und Vorgabe von Mengenbegrenzungen; Wirtschaftsdemokratie und dezentrale partizipatorische Planung; Dezentralisierung, Kommunalisierung, Deglobalisierung; unterschiedliche Formen von Sozialisierung des Eigentums; Ausweitung des Öffentlichen (Dienstleistungen); globale Umverteilung, Industriepolitiken und »gerechte Übergänge; Sozialisierung der Investitionsfunktion (Keynes); Umverteilung der gesellschaftlichen und geschlechtlichen Teilung der Arbeit ...; Übergang zu einer grün-sozialistischen Reproduktionsökonomie jenseits des Wachstums« (Candeias 2012: 143; vgl. auch Bontrup et al. 2006; Demirović 2007; Krause 2011). Die Verbindung von Demokratisierung der Wirtschaft und Reorientierung der innovativen Kapazität von demokratisierten Unternehmen würde eine Schlüsselaufgabe dieses Übergangs zu einer Wirtschaftsdemokratie darstellen (Steinitz 2007). Unmittelbare Verbesserung der Lage der Schwächsten in der Gesellschaft, grundlegende Veränderung der Machtverhältnisse und Herausbildung neuer Vergesellschaftungsformen sind drei Seiten einer solchen Politik (Demirović/Sablowski 2012: 37ff.).

4. Doppelte Transformation und Sozialismus

Eine gesellschaftliche Transformation, die bei Ansätzen eines libertären Green New Deal anknüpft und diese von links radikalisiert (Institut für Gesellschaftsanalyse 2011a), zielt unmittelbar auf reale gesellschaftliche Verbesserungen im Sinne von sozialer Gerechtigkeit, sozialökologischer Nachhaltigkeit, Demokratie und Frieden; es geht um individuelle

Selbstbestimmung und Solidarität, um die Handlungsfähigkeit der Lohnabhängigen, der Bürgerinnen und Bürger. Dies alles würde sich mit großer Wahrscheinlichkeit zunächst vollziehen in einer *anderen* Formation bürgerlich-kapitalistischer Gesellschaften, »die demokratischer als zurzeit verfasst sind, die sich Schritten zur Erneuerung des Sozialstaats nicht verschließen, sich einem ökologischen Umbau der Gesellschaft öffnen und unter dem Druck der globalen Probleme Wege zu ihrer friedlichen und kooperativen Lösung beschreiten« (Klein 2013: 14). Damit werden aber zugleich Bereiche und Institutionen ausgebaut, »die über den Kapitalismus« hinausweisen. Das, so Dieter Klein, sei »der Grundgedanke des Konzepts doppelter Transformation für Europa« (ebd.).

Diese Transformation zielt zum einen auf den Ausbau des Öffentlichen heutiger Gesellschaften – der demokratischen Regulierung der Wirtschaft, der Mitbestimmung in Unternehmen und Kommunen, des Luxus des Öffentlichen, eines ausgebauten und jeder und jedem zugänglichen Bildungs- und Gesundheitswesens und sozialer Sicherheit (vgl. systematisch dazu Rilling 2009). Dies sind die oft verkannten kommunistischen Fundamente in der Moderne (Brie 2012). Sie stellen die wesentlichen Commons und Güter eines selbstbestimmten Lebens bereit. Eine damit verbundene Forderung lautet: Märkte und Unternehmen müssen ihrer Erhaltung schrittweise untergeordnet werden und nicht umgekehrt. Es geht darum, ein freies Leben der Menschen, die Erhaltung der Natur, die demokratischen und sozialen Institutionen und eine reiche Kultur zu den dominanten Zielen der gesellschaftlichen Reproduktion werden zu lassen – schrittweise, suchend, aber konsequent und nachhaltig. Mit der Umgestaltung der gesellschaftlichen Naturverhältnisse würde sich auf diesem Wege das Fenster zu einem »Grünen Sozialismus« öffnen (siehe den Schwerpunkt des Hefts 3/2012 der Zeitschrift *LuXemburg. Gesellschaftsanalyse und linke Praxis*). Die Potenziale einer solchen Gesellschaft, gleichermaßen als Fundamente und als Zielhorizont, sind vorhanden, sie müssen aber freigesetzt und ausgebaut werden. Dadurch würde der menschenrechtliche Horizont der Moderne eingelöst werden. Anstelle der allgemeinen Formel des Kapitals G-W-G' würde eine Formel der freien und solidarischen Assoziation treten: Individuen, die sich durch ihren solidarischen Beitrag zur Entwicklung aller selbst weiter entwickeln (I-S-I') – eine Gesellschaft, »in der die freie Entwicklung der Individuen zur Bedingung der freien Entwicklung aller wird« (Marx/Engels 1974: 482).

5. Aufbruch und Rückkehr

Eine linke Perspektive auf die Transformation schließt ein, Walter Benjamins Diktum ernst zu nehmen: »Der Begriff des Fortschritts ist in der Idee der Katastrophe zu fundieren. Dass es ›so weiter‹ geht, *ist* die Katastrophe« (Benjamin 1982: 592). Einerseits geht es um die erneute Herstellung des Bezugs auf das dramatisch Uneingelöste des Fortschrittsprojekts selbst, wenn man sich der mit ihm verbundenen sanscullottischen, proletarischen, von Frauen, von Sklaven und Farbigen getragenen Bewegungen bewusst ist – den Bezug auf die Gesellschaft der Freien, Gleichen und miteinander brüderlich-schwesterlich Solidarischen, auf die Würde jeder und jedes Einzelnen. Radikale Reformpolitik misst sich daran, was »unten« geschieht. Eine linke Transformationsperspektive insistiert andererseits zugleich auf den Bruch mit dem Fortschritt selbst. Es geht auch um Rückkehr zu den Konditionen der Freiheit, oder wie Ernst Bloch schrieb: »Denn das, was ist, kann nicht wahr sein, aber es will durch die Menschen zur Heimkehr gelangen.« (Bloch 1985: 338) Der Fortschritt kapitalistisch-bürgerlicher Gesellschaften war auch ein Wegschreiten, weg von elementarer Solidarität, von Gemeinschaftlichkeit, von dem unmittelbaren Sorgen um sich selbst und andere, weg von Subsistenz und Einfügen in die lebendige Welt. Kaum jemand hat diese doppelte Vision von gleichzeitigem Fortschritt und Rückschritt einer radikalen Transformation so auf den Punkt gebracht wie vor über einhundert Jahren der Designer und Kommunist William Morris, der sich vorstellte, wie Menschen in den Trümmern der alten Gesellschaft darüber nachdenken, was unter den Bedingungen von Freiheit und Selbstbestimmung wirklich und in welcher Gestalt gebraucht werden würde (Morris 2013; siehe auch die große Biografie über William Morris von Thompson 2011).

Konkret wird dieser Zusammenhang von Aufbruch und Rückkehr deutlich, wenn die Frage von Transformation im Zusammenhang mit dem Problem von Wachstum diskutiert wird (Adler/Schachtschneider 2010; Brand et al. 2013). Die heutigen Macht-, Eigentums- und Vergesellschaftungsstrukturen, die vorherrschende Produktions- und Lebensweise erzeugen Zwänge, die die Zivilisationskrise immer wieder verschärfen. Ausdruck ist ein weitgehend strukturkonservatives Wachstum. Eine auf dieser Grundlage geführte Diskussion pro oder contra Wachstum setzt wesentliche gesellschaftliche Gruppen aus dem Unten und der Mitte der Gesellschaft gegeneinander und spaltet. Es ist deshalb notwendig, den (Anti)-Wachstumsdiskurs in einen Diskurs für eine sozialökologische

Transformation zu verwandeln (Dellheim 2010; zum Gesamtkonzept siehe Brangsch et al. 2012). Gerade im sozialökologischen Umbau wird sich erweisen, dass dieser auf Zeit neben dem Rückbau von extraktiven und umweltzerstörenden Bereichen auch einen umfassenden Ausbau anderer Bereiche (Übergang zu regenerativen Energien und weitgehend geschlossenen Stoffkreisläufen, energetische Sanierung der Gebäude und Transformation des gesamten Verkehrssystems hin zu Verkehrsvermeidung und nachhaltiger Mobilität usw.) einschließt (Klein 2011b). Es entstünde ein neues Gleichgewicht in und mit der Natur, zwischen Gesellschaftlichkeit und Gemeinschaftlichkeit, Heimat und Welt.

6. Das Konzept der Einstiegsprojekte

Eine radikale systemtransformierende Politik muss im Hier und Heute ansetzen und dabei jene Erfahrungen, Kulturen, Lebensweisen, Organisationsformen, konkrete Praxen und institutionelle Lösungen entwickeln, die auf eine von der Kapitaldominanz befreite Gesellschaft hinweisen. Nichts ist überzeugender als der Erfolg konkreter Alternativen. Die Schwäche der Linken besteht nicht nur im Mangel an solchen Erfolgen, sondern auch darin, dass die vorhandenen Erfolge oder auch Misserfolge konkreter Ansätze nicht genügend analysiert werden. Erik O. Wright hat in seinem Projekt der *Realutopien* gemeinsam mit anderen eine ganze Reihe solcher Alternativen untersucht – darunter Wikipedia, Formen einer auf dem Zufall basierenden Auswahl demokratischer Repräsentanten, sozialer Ökonomie, des partizipativen Haushalts, von genossenschaftlichen Unternehmen wie Mondragon usw. Einstiegsprojekte vermitteln zwischen Reform und Revolution sowie zwischen Protest und Gestaltung, indem sie nachhaltige Verschiebungen von Machtverhältnissen induzieren.

Dadurch ziehen sie eine breite Neugruppierung und Neugewichtungen von Akteuren in der Gesellschaft nach sich. Einstiegsprojekte müssen nicht nur auf Erfolg ausgelegt sein, sondern sie müssen auch zum Umgang mit ihm befähigen, um die durch den Erfolg umgestalteten Bedingungen zu weiterer Veränderung nutzen zu können. Sie vermitteln zwischen Lokalität, Regionalität und Globalität – sind zugleich im Hier und Jetzt situiert und beziehen sich dabei auf übergreifende Zusammenhänge und langfristige Folgen (siehe u.a. Thomas 2014). Sie sind auch nicht auf einen Sektor (Wirtschaft, Kultur, Soziales, Politik) einzuschränken, sondern beziehen sich auf die Ganzheitlichkeit von Lebens-

weise, kultureller und geschichtlicher Identität. Einstiegsprojekte sind Prozesse bewussten sozialen Lernens in Einheit von Veränderung und Selbstveränderung (Brangsch 2009; 2014). Ohne sie können sich weder die Akteure und Erfahrungen noch die Institutionen von Transformation bilden.

7. Einige strategische Implikationen

Eine radikale Realpolitik der Transformation (vgl. dazu Brie 2009) ist im Geiste von Rosa Luxemburg eine Politik, die vor allem darauf zielt, die Möglichkeit der Selbstbestimmung der Arbeitenden, der Lohnabhängigen, der Bürgerinnen und Bürger zu stärken, ihre Lernprozesse zu befördern, sich gesellschaftlich einzubringen und dabei zu verändern. Einer solchen Transformation stehen die Herrschaftsinteressen des herrschenden Blocks entgegen. Dieser Block kontrolliert in oligarchischer Form die wichtigsten Felder des gesellschaftlichen Stoffwechsels mit der Natur (den Energie- und Transportbereich, den Agrarsektor), den Militärisch-Industriellen- und Sicherheitskomplex sowie die Hightechindustrie. Dominant ist gegenwärtig das Finanzkapital (vgl. dazu Judith Dellheim in Brangsch et al. 2012: 85-132; siehe auch Dellheim 2014). Dies hat seine Entsprechung in einer imperialen Produktions- und Lebensweise, die auf der Ausbeutung des globalen Südens und der Natur beruht (Brand/Brunnengräber 2013). In der Europäischen Union ist dies mit einer Dominanz des deutschen Exportmodells verbunden, das scharfe Widersprüche innerhalb der Europäischen Union reproduziert (Heine/Sablowski 2013; Crome 2012).

Die große Krise des Finanzmarkt-Kapitalismus erzeugt Risse und Brüche im herrschenden Block. Es entstehen alternative Praxen und damit öffnet sich auch neuer Raum für linke Politik (vgl. Brie 2006; Candeias 2011). Molekulare Veränderungen können sich zu Ereignissen verdichten, in denen fundamentale Weichenstellungen möglich sind (Demirovic 2011; Candeias 2011). Daraus kann die Möglichkeit der Verbindung eines sozial-kulturellen Mitte-Unten-Bündnisses und einer politischen Formation mit klarem linken Vorzeichen entstehen (vgl. Brie 2007a/Brie 2007b). Es werden Einstiegsprojekte in eine Transformation möglich. Beispiele sind Bestrebungen der Rekommunalisierung der Energieversorgung und Energiegenossenschaften. In der Energiewende stoßen Ansätze monopolistischer Zentralisation unter der Ägide der bisherigen Großkonzerne auf Vorhaben des Ausbaus von Energiedemokratie. Das

»Wie« der Veränderung durch solche Projekte ist dabei noch wichtiger als das »Was«, das objektiv erreicht wird (Brangsch 2009).

Die Bezugspunkte linker Politik in Zeiten der Krise sind komplex. Es geht um »Wandlungen im Leben und Zusammenleben der Menschen [...], die immer zuerst die Lebensbedingungen der sozial und global Schwächsten verbessern, ihre Position in den Gesellschaften stärken und zugleich die Grenzen für die Selbstbestimmung der Einzelnen und die Reproduktion der Gesellschaft/der Menschheit zurückdrängen« (Dellheim u.a. in Brangsch et al. 2012: 11).

Es sind nicht zuletzt geschlechterkonkrete Benachteiligungen, die überwunden werden müssen (Pühl 2013). Die herrschenden Verhältnisse fragmentieren die Gesamtheit der abhängigen Klassen und Schichten. Dies ist geradezu die Bedingung von Herrschaft. Daraus kann nun nicht die einfache Leugnung von Interessendifferenzen und kulturellen Unterschieden abgeleitet werden. Wie Mario Candeias schreibt: »Die Verkopplung partikularer Interessen sowie die Schaffung eigener Organisationen und Netze ist notwendig, um von dort aus überhaupt in eine Assoziation mit anderen Gruppen und Klassenfraktionen treten zu können und in der Auseinandersetzung das Gemeinsame nicht nur zu finden, sondern zu produzieren. Die ›Multitude‹ kommt nicht von selbst zusammen, die Einzelteile der Mosaik-Linken sind nicht schon gegeben und müssen sich auch immer wieder neu zusammensetzen« (Candeias 2010: 11). Die Schwierigkeiten für Parteien der radikalen Linken sind ungeheuer groß, diese Situation strategisch zu nutzen (vgl. im differenzierten Überblick Hildebrandt 2010; Hildebrandt/Weichold 2014).

Dabei ist linke Politik mit einem Widerspruch nicht nur bei der Wahlbeteiligung konfrontiert: »Die Zunahme der Wahlenthaltung (und des Rückzugs aus dem politischen Raum überhaupt – Anm. d. Verf.) hat einen Klassencharakter: Gerade diejenigen, denen man unterstellen kann, am ehesten auf sozialstaatliche Institutionen und öffentliche Einrichtungen angewiesen zu sein, machen von ihrem Wahlrecht unterdurchschnittlich häufig Gebrauch. [...] Es handelt sich hierbei um einen anhaltenden Prozess der sozial asymmetrischen Demobilisierung.« (Kahrs 2012: 26) Eine Oben-Mitte-Politik hat es in vieler Hinsicht leichter: Sie kann sich auf die oligarchischen Strukturen in Wirtschaft und Gesellschaft stützen, sie kontrolliert die wichtigsten Institutionen und ideologischen Apparate und sie kann zudem viel leichter ihre Anhänger politisch zum Engagement bewegen. Doch ihre Grundlage bröckelt. Das Aufkommen von rechten sozialen und populären Bewegungen und Par-

teien ist ein Signal dafür, dass die globalisierungsorientierte neoliberale Hegemonie geschwächt oder sogar verschwunden ist. Die gute »Mitte« erweist sich als Mythos (Kahrs 2015). Politische Streiks haben eine Reihe von Ländern Europas erfasst (Gallas et al. 2012). Trotzdem sind die linken Alternativen bis auf wenige Länder schwach und haben die Bewährungsprobe noch vor sich (Hildebrandt 2010; Hildebrandt 2015). Diese wird sich auch in Regierungsprojekten beweisen müssen (Daiber et al. 2010). Erste Ansätze einer neuen Linken zeichnen sich ab (Candeias/Völpel 2014).

Das neue Regierungsprojekt in Griechenland kann zu einem Katalysator solcher Veränderungen innerhalb der Europäischen Union werden. Wie Mario Candeias schreibt: »Es genügt nicht mehr, Plätze zu besetzen, die Straße zu erobern, symbolische Aktionen durchzuführen, Zwangsräumungen zu verhindern, Bürgerbegehren zu gewinnen, die Zivilgesellschaft zu organisieren. Sie zielen auf die Eroberung und Umgestaltung der Institutionen. Syriza in Griechenland ..., die von Guanyem Barcelona ... ausgehenden Plattformen für die anstehenden Kommunal- und Regionalwahlen in ganz Spanien oder Podemos ... symbolisieren Verdichtungspunkte, die die zivilgesellschaftlichen Aktivitäten der Selbstorganisation und des Protests in die Perspektive der Machtergreifung übersetzen.« (Candeias 2015: 7) Erfolg wird am Ende nur eine Doppelstrategie haben. Es geht zum einen um den offensiven Aufbau gleichermaßen sozial wie kulturell verankerter Gegenmächte von links und von unten, die sich in praktischen Projekten und Zusammenhängen bewähren und über eine eigene Identität oder »Erzählung« verfügen (Klein 2011a). Zum anderen muss dazu beigetragen werden, dass aus den Rissen im herrschenden Lager Brüche werden. Ohne den Versuch, Bündnispartner aus dem herrschenden Block zu gewinnen, wird eine wirkliche Transformation nicht erfolgreich sein. Sie wird wirtschaftlich blockiert werden; eine hohe Destabilisierung wird große Teile der Bevölkerung ins rechte Lager drücken und das politische Scheitern ist vorprogrammiert.

Das Konzept der Transformation mit seinen bisher schon erarbeiteten Elementen könnte in der Lage sein, den Prozess der Herstellung einer Linken zu befördern, die auf der Höhe der großen Krise des Finanzmarkt-Kapitalismus und der heutigen Zivilisation steht. Lernend gehen wir, so sei gehofft, wie die Zapatisten voran – mit dem Ziel der Umwälzung der gesamten Produktions- und Lebensweise, der Macht- und Eigentumsverhältnisse, hin zu einer solidarischen, einer sozialistischen Gesellschaft, in der die Ausbeutung von Mensch und Natur beendet ist. Die Veränderung unserer eigenen Denkweisen ist Teil dieses Vorgehens.

Literatur

- Adler, Frank/Schachtschneider, Ulrich (2010): Green New Deal, Suffizienz oder Ökosozialismus? Konzepte für gesellschaftliche Wege aus der Ökokrise, München.
- Aglietta, Michel (2000): Ein neues Akkumulationsregime. Die Regulationstheorie auf dem Prüfstand, Hamburg.
- Attac Österreich (2010): Deklaration 2010. Eine andere Welt gestalten! Ein gutes Leben für alle ermöglichen!, abrufbar unter: www.attac.at/fileadmin/_migrated/content_uploads/Attac_Deklaration_2010_04.pdf.
- Babeuf, Gracchus (1988): Die Verschwörung für die Gleichheit. Rede über die Legitimität des Widerstands. Mit Essays von Herbert Marcuse und Albert Soboul, Hamburg.
- Benjamin, Walter (1982): Das Passagen-Werk, in: Gesammelte Schriften, Bd. V, Frankfurt a.M.
- Bischoff, Joachim/Lieber, Christoph (2013): Die »große Transformation« des 21. Jahrhunderts. Politische Ökonomie des Überflusses versus Marktversagen. Eine Flugschrift, Hamburg.
- Bloch, Ernst (1985): Geist der Utopie. Erste Fassung, in: Werkausgabe. Bd. 16, Werkausgabe. Frankfurt a.M.
- Boltanski, Luc/Chiapello, Ève (2003): Der neue Geist des Kapitalismus, Konstanz.
- Bontrup, Heinz-Josef/Huffschmid, Jörg/Demirović, Alex/Schumann, Michael (2006): Wirtschaftsdemokratie: Alternative zum Shareholder-Kapitalismus, Hamburg.
- Boyer, Robert (1990): The Regulation School. A Critical Introduction, New York.
- Brand, Ulrich/Brunnengräber, Achim (2013): Socio-ecological transformations in times of a multiple crisis. Common ground of the debate, divergences and open questions, in: UNESCO/OECD/ISSC (Hrsg.): World Social Science Report 2013, Paris.
- Brand, Ulrich/Pühl, Katharina/Thimmel, Stefan (Hrsg.) (2013): Wohlstand – wie anders? Linke Perspektiven, Berlin.
- Brangsch, Lutz (2009): »Der Unterschied liegt nicht im Was, wohl aber im Wie«. Einstiegsprojekte als Problem von Zielen und Mitteln linker Bewegungen, in: Brie, Michael (Hrsg.): Radikale Realpolitik. Plädoyer für eine andere Politik, Berlin, S. 39-51, abrufbar unter: www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Texte-62.pdf.
- Brangsch, Lutz (2014): Transformationsprozesse und ihre Politisierung in Einstiegsprojekten, in: Brie, Michael (Hrsg.): Futuring. Transformation im Kapitalismus über ihn hinaus, Münster, S. 368-391.
- Brangsch, Lutz/Dellheim, Judith/Spangenberg, Joachim H./Wolf, Frieder Otto (2012): Den Krisen entkommen. Sozialökologische Transformation, Berlin.
- Brenner, Otto (1956): Das Aktionsprogramm. Referat vor dem 4. DGB-Bundeskongress 1956, Hamburg.
- Brie, Michael (1995): Russland: Die versteckten Rationalitäten anomisch-spontaner Wandlungsprozesse, in: Rudolph, Hedwig (Hrsg.): Geplanter Wandel, ungeplante Wirkungen: Handlungslogiken und -ressourcen im Prozess der Trans-

- formation, Berlin, S. 44-61.
- Brie, Michael (2006): Die Linke – was kann sie wollen? Politik unter den Bedingungen des Finanzmarkt-Kapitalismus, Hamburg.
- Brie, Michael (2007a): Der Kampf um gesellschaftliche Mehrheiten, in: Brie, Michael/Hildebrandt, Cornelia/Meuche-Mäker, Meinhard (Hrsg.): Die LINKE. Wohin verändert sie die Republik?, Texte der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Berlin, S. 13-45.
- Brie, Michael (2007b): Segeln gegen den Wind. Bedingungen eines politischen Richtungswechsels in Deutschland, in: Brie, Michael/Hildebrandt, Cornelia/Meuche-Mäker, Meinhard (Hrsg.): Die LINKE. Wohin verändert sie die Republik?, Texte der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Berlin, S. 259-318.
- Brie, Michael (Hrsg.) (2009): Radikale Realpolitik. Plädoyer für eine andere Politik, Berlin.
- Brie, Michael (2012): Die kommunistischen Fundamente und der menschenrechtliche Horizont in der kapitalistischen Moderne – Die Experimente des Robert Owen, in: Brie, Michael/Candeias, Mario (Hrsg.): Transformation im Kapitalismus und darüber hinaus. Beiträge zur Ersten Transformationskonferenz des Instituts für Gesellschaftsanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Berlin, S. 101-118.
- Brie, Michael (Hrsg.) (2014): Futuring. Perspektiven der Transformation im Kapitalismus über ihn hinaus, Münster.
- Brie, Michael (2015): Polanyi neu entdecken. Das hellblaue Bändchen zu einem möglichen Dialog von Nancy Fraser und Karl Polanyi, Hamburg.
- Brie, Michael/Klein, Dieter (2008): Capitalism, Socialism, Property and Transformation, in: Transform Europe, (2), S. 72-82.
- Brie, Michael/Klein, Dieter (2011): The second great transformation: Towards a solidarity society, in: International Critical Thought, Vol. 1(1), S. 18-28.
- Bucharin, Nikolai (1990): Ökonomik der Transformationsperiode. Mit Randbemerkungen von Lenin, Berlin.
- Buonarroti, Philipp (1975): Babeuf und die Verschwörung für die Gleichheit mit dem durch sie veranlassten Prozess und den Belegstücken, 2. Aufl., Bonn/Bad Godesberg.
- Candeias, Mario (2010): Von der fragmentierten Linken zum Mosaik, in: LuXemburg. Gesellschaftsanalyse und linke Praxis, (1), S. 6-16.
- Candeias, Mario (2011): Interregnum. Molekulare Verdichtung und organische Krise, in: Demirović, Alex et al. (Hrsg.): VielfachKrise im finanzdominierten Kapitalismus, Hamburg, S. 45-61.
- Candeias, Mario (2012): Szenarien grüner Transformation, in: Brie, Michael/Candeias, Mario (Hrsg.): Transformation im Kapitalismus und darüber hinaus. Beiträge zur Ersten Transformationskonferenz des Instituts für Gesellschaftsanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Berlin, S. 135-150.
- Candeias, Mario (2015): Von grimmigen Märchen und Gespenstern, abrufbar unter: www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/sonst_publicationen/rls-onlpub_Maerchen_Gespenster_Candeias.pdf.
- Candeias, Mario/Völpel, Eva (2014): Plätze sichern! ReOrganisierung der Linken in der Krise. Zur Lernfähigkeit des Mosaiks in den USA, Spanien und Griechen-

- land, Hamburg.
- Crome, Erhard (2006): Sozialismus im 21. Jahrhundert. Zwölf Essays über die Zukunft, Berlin.
- Crome, Erhard (2012): Deutschland in Europa. Eine neue Hegemoniedebatte, in: WeltTrends. Zeitschrift für internationale Politik, Vol. 86, S. 59-69
- Daiber, Birgit/Hildebrandt, Cornelia/Striethorst (Hrsg.) (2010): Von Revolution bis Koalition, Berlin, abrufbar unter: rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Publ-Texte/Texte_52.pdf.
- Dellheim, Judith (2010): Statt »pro oder contra Wachstum« den sozialökologischen Umbau einleiten!, Berlin, abrufbar unter: www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Standpunkte/Standpunkte_27-2010.pdf.
- Dellheim, Judith (2014): Kapitaloligarchien und Transformation. Zur Entwicklung der Europäischen Union, in: Brie, Michael (Hrsg.): Futuring. Transformation im Kapitalismus über ihn hinaus, Münster, S. 332-367.
- Demirović, Alex (2007): Demokratie in der Wirtschaft. Positionen, Probleme, Perspektiven, 1. Aufl., Münster.
- Demirović, Alex (2011): Transformation als Ereignis. Zur Dynamik demokratischer Veränderungsprozesse der kapitalistischen Gesellschaftsformation. Vortrag.
- Demirović, Alex/Dück, Julia/Becker, Florian/Bader, Pauline (Hrsg.) (2011): Vielfach-Krise. Im finanzmarktdominierten Kapitalismus, Hamburg.
- Demirović, Alex/Sablowski, Thomas (2012): Finanzdominierte Akkumulation und die Krise in Europa, Berlin, abrufbar unter: www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Analysen/Analyse_Finanzdominierte_Akkumulation.pdf.
- DESA (United Nations Department of Economic and Social Affairs) (2011): The Great Green Technological Transformation. World Economic and Social Survey 2011, New York.
- Duchrow, Ulrich (2013): Gieriges Geld: Auswege aus der Kapitalismusfalle. Befreiungstheologische Perspektiven, München.
- Duchrow, Ulrich/Hinkelammert, Franz J. (2002): Leben ist mehr als Kapital. Alternativen zur globalen Diktatur des Eigentums, Oberursel.
- Enquetekommission des Deutschen Bundestages (2013): Schlussbericht der Enquete-Kommission »Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität – Wege zu nachhaltigem Wirtschaften und gesellschaftlichem Fortschritt in der Sozialen Marktwirtschaft«, Drucksache 17/13300.
- European Left Party (2004): Manifesto of the Party of the European Left, abrufbar unter: www.european-left.org/nc/english/about_the_el/documents/detail/zurueck/documents/artikel/manifesto-of-the-party-of-the-european-left/.
- European Left Party: Some remarks concerning the creation of the Party of the European Left, abrufbar unter: www.european-left.org/english/about_the_el/introduction/.
- Gallas, Alexander/Nowak, Jörg/Wilde, Florian (Hrsg.) (2012): Politische Streiks im Europa der Krise, Hamburg, abrufbar unter: www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/sonst_publicationen/VSA_Gallas_Nowak_Wilde_Politische_Streiks.pdf.
- Green New Deal Group (2008): A Green New Deal. Joined-up policies to solve the

- triple crunch of the credit crisis, climate change and high oil prices, London: new economics foundation, abrufbar unter: www.neweconomics.org/page/-/files/A_Green_New_Deal.pdf.
- Hegel, Georg Wilhelm Friedrich (1986): Vorlesungen über die Philosophie der Geschichte, Werke, Bd. 12, Frankfurt a.M.
- Heine, Frederic/Sablowski, Thomas (2013): Die Europapolitik des deutschen Machtblocks und ihre Widersprüche. Eine Untersuchung der Positionen deutscher Wirtschaftsverbände zur Eurokrise, Berlin.
- Hildebrandt, Cornelia (2010): Fragmentierung und Pluralismus von Linksparteien in Europa, in: Daiber, Birgit/Hildebrandt, Cornelia/Striethorst, Anna (Hrsg.): Von Revolution bis Koalition. Linke Parteien in Europa, Texte der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Berlin, S. 9-38.
- Hildebrandt, Cornelia (2015): Situation on the Left in Europe After the EU Elections: New Challenges. International Workshop of the Rosa Luxemburg Foundation, July 21-23, 2014, Berlin, abrufbar unter: www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/rls_papers/Papers_situation_on_the_left_in_europe.pdf.
- Hildebrandt, Cornelia/Weichold, Jochen (2014): Europawahl 2014. Wahlprogramme der Parteien im Vergleich, Berlin, abrufbar unter: www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/rls_papers/Papers_Europawahl2014.pdf.
- Hilferding, Rudolf (1931): Gesellschaftsmacht oder Privatmacht über die Wirtschaft. Referat gehalten auf dem 4. AfA-Gewerkschaftskongress, Leipzig/Berlin.
- Institut für Gesellschaftsanalyse (2011a): Eine offene historische Situation. Konfliktlinien – Szenarien – Eingriffsmöglichkeiten. Standpunkte 38/201.
- Institut für Gesellschaftsanalyse (2011b): Organische Krise des Finanzmarkt-Kapitalismus: Szenarien, Konflikte, konkurrierende Projekte, abrufbar unter: www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/rls_papers/Papers_Organische_Krise_web.pdf.
- Kahrs, Horst (2012): Abschied aus der Demokratie. Zum sozialen Klassencharakter der wachsenden Wahlenthaltung und der Preisgabe staatsbürgerlicher Rechte, Berlin.
- Kahrs, Horst (2015): Zerfall des Mythos von der »Mitte« – Ausbreitung eines »sozialen Nationalismus«, abrufbar unter: www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/sonst_publicationen/rls-onl_Zerfall-Mythos-Mitte_Kahrs.pdf.
- Klein, Dieter (Hrsg.) (2003): Leben statt gelebt zu werden: Selbstbestimmung und soziale Sicherheit: Zukunftsbericht der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Berlin.
- Klein, Dieter (2011a): Das Viereck – Nachdenken über eine zeitgemäße Erzählung der Linken, in: rls Standpunkte, (34).
- Klein, Dieter (2011b): Kein Wachstum – der schwierige Fortschritt künftiger Transformation, Berlin, abrufbar unter: www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Standpunkte/Standpunkte_16-2011.pdf.
- Klein, Dieter (2013): Das Morgen tanzt im Heute: Transformation im Kapitalismus und über ihn hinaus, Hamburg.
- Kollmorgen, Raj (Hrsg.) (1996): Sozialer Wandel und Akteure in Ostdeutschland. Empirische Befunde und theoretische Ansätze, Opladen.

- Kollmorgen, Raj/Merkel, Wolfgang/Wagener, Hans-Jürgen (Hrsg.) (2014): Handbuch Transformationsforschung, Wiesbaden.
- Krause, Günther (Hrsg.) (2011): Kapitalismus und Krisen heute – Herausforderung für Transformationen, Berlin.
- Lipietz, Alain (1998): Nach dem Ende des »Goldenen Zeitalters«. Regulation und Transformation kapitalistischer Gesellschaften. Ausgewählte Schriften, Berlin.
- Marx, Karl/Engels, Friedrich (1974): Manifest der Kommunistischen Partei, in: MEW, Bd. 4, Berlin, S. 459-493.
- Merkel, Wolfgang (2010): Systemtransformation. Eine Einführung in die Theorie und Empirie der Transformationsforschung, 2., überarb. und erw. Aufl., Wiesbaden.
- Morelly, Étienne-Gabriel (1964): Gesetzbuch der natürlichen Gesellschaft oder Der wahre Geist ihrer Gesetze zu jeder Zeit übersehen oder verkannt, Berlin.
- Morris, William (2013): Die Kunde von Nirgendwo, Lich.
- Naphtali, Fritz (1928): Wirtschaftsdemokratie, ihr Wesen, Weg und Ziel. Hrsg. im Auftrag des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, Berlin.
- O'Donnell, Guillermo A./Schmitter, Philippe C. (1986): Transitions from authoritarian rule, Baltimore.
- OECD (2011): Towards Green Growth, Paris, abrufbar unter: www.oecd.org/green-growth/48224574.pdf.
- Osterhammel, Jürgen (2011): Die Verwandlung der Welt. Eine Geschichte des 19. Jahrhunderts, Sonderausg., München.
- Polanyi, Karl (1978): The Great Transformation. Politische und ökonomische Ursprünge von Gesellschaften und Wirtschaftssystemen [1944], Frankfurt a.M.
- Polanyi, Karl (1995): The Great Transformation. Politische und ökonomische Ursprünge von Gesellschaften und Wirtschaftssystemen [1944], 3. Aufl., Frankfurt a.M.
- Pühl, Katharina (2013): Sozialstruktur und Geschlechterverhältnisse: Arbeits- und Lebensweisen im Sozialstaat der Bundesrepublik Deutschland vor und nach 1990, in: Kahrs, Horst (Hrsg.): Umkämpfter Sozialstaat. Ein Blick auf Klassenstrukturen und Transformationen, Manuskripte Neue Folge. Berlin, S. 48-61, abrufbar unter: rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Manuskripte/Manuskripte-neu_4.pdf.
- Reißig, Rolf (2000): Die gespaltene Vereinigungsgesellschaft. Bilanz und Perspektiven der Transformation Ostdeutschlands und der deutschen Vereinigung, Berlin.
- Reißig, Rolf (2009): Gesellschafts-Transformation im 21. Jahrhundert. Ein neues Konzept sozialen Wandels, 1. Aufl., Wiesbaden.
- Reißig, Rolf (2014): Transformation – ein spezifischer Typ sozialen Wandels. Ein analytischer und sozialtheoretischer Entwurf, in: Brie, Michael (Hrsg.): Futuring. Transformation im Kapitalismus über ihn hinaus, Münster, S. 50-100.
- Rilling, Rainer (2009): Plädoyer für das Öffentliche, in: Candeias, Mario/Rilling, Rainer/Weise, Katharina (Hrsg.): Krise der Privatisierung. Rückkehr des Öffentlichen, Texte der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Berlin, S. 175-190.

- Rilling, Rainer (2014): Transformation als Futuring, in: Brie, Michael (Hrsg.): Futuring. Transformation im Kapitalismus über ihn hinaus, Münster, S. 12-49.
- Roesler, Jörg (2010): Der schwierige Weg in eine solidarische Wirtschaft. Historische Erfahrungen aus Weltwirtschaftskrise und New Deal, Hamburg.
- Rosen, Richard D./Electris, Christi/Raskin, Paul D. (2010): The Century Ahead: Searching for Sustainability, Boston, abrufbar unter: www.mdpi.com/2071-1050/2/8/2626/pdf.
- Šik, Ota (1979): Humane Wirtschaftsdemokratie. Ein 3. Weg, Hamburg.
- Steinitz, Klaus (2007): Worin müsste sich ein demokratischer Sozialismus im 21. Jahrhundert vom gescheiterten Realsozialismus unterscheiden?, Berlin.
- Thomas, Michael (2014): Transformation und Regionalisierung – Versuch eines produktiven Umgangs mit inflationären Leitbegriffen, in: Brie, Michael (Hrsg.): Futuring. Transformation im Kapitalismus über ihn hinaus, Münster, S. 281-302.
- Thompson, Edward P. (2011): William Morris. Romantic to Revolutionary, Oakland.
- Veld, Roeland J. in 't (2011): Transgovernance: The quest of governance of sustainable development. This report results from the project Science for Sustainable Transformations: Towards effective governance (TransGov), at the IASS Institute for Advanced Sustainability Studies Potsdam, Potsdam.
- Vilmar, Fritz/Sattler, Karl-Otto (1978): Wirtschaftsdemokratie und Humanisierung der Arbeit. Systemat. Integration d. wichtigsten Konzepte, Köln/Frankfurt a.M.
- Weipert, Axel (Hrsg.) (2014): Demokratisierung von Wirtschaft und Staat. Studien zum Verhältnis von Ökonomie, Staat und Demokratie vom 19. Jahrhundert bis heute, Berlin.
- WGBU (Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen) (2011): Welt im Wandel: Gesellschaftsvertrag für eine große Transformation, Berlin.
- World Watch Institute (2010): State of the World 2010. Transforming Cultures. From Consumerism to Sustainability, New York/London.
- Wright, Erik Olin (2010): Envisioning Real Utopias, London/New York.

MASTERPLAN UND REVOLUTION

Michael Burawoy

Marxismus nach Polanyi¹

Was sollen wir mit dem Marxismus anfangen? Für die meisten Menschen ist die Antwort einfach: Beerdigt ihn! In den Sozialwissenschaften hat der Mainstream sich schon lange vom Marxismus verabschiedet. Talcott Parsons hat den Marxismus als eine Theorie abgetan, deren Bedeutung ganz auf das 19. Jahrhundert beschränkt sei – eine Version des Utilitarismus des 19. Jahrhunderts, die für das 20. Jahrhundert ohne Bedeutung ist (Parsons 1967: 135). Ironischerweise notierte er diese Überlegungen 1967, gerade als der Marxismus überall auf der Welt eine starke Wiederbelebung erfuhr – eine Wiederbelebung, bei der man sich auf das demokratische Erbe und den Vorbildcharakter des Marxismus berief und den sowjetischen Marxismus als Herrschaftsideologie ablehnte. Der Aufschwung hielt nicht lange an, vielmehr erlitt er Rückschläge, spätestens als die revolutionären Hoffnungen erst durch Repression und Gewaltherrschaft und dann durch den Marktfundamentalismus überwältigt wurden. Als schließlich im Jahre 1991 die Sowjetordnung zusammenbrach und China gleichzeitig zur Marktwirtschaft überging, erklärten seine Totengräber den Marxismus für endgültig erledigt und überall auf der Welt läuteten dazu die Glocken.

Angesichts solcher antimarxistischer Euphorie vermitteln die letzten Aufrechten oft den Eindruck, aus der Zeit gefallene Dogmatiker zu sein. Tatsächlich haben Marxistinnen und Marxisten ihren Feinden manchmal einen Gefallen getan, beispielsweise wenn sie ihren religiösen Eifer in Traktaten zur Schau stellten, die wenig Bezug zur Realität haben, oder wenn sie den Marxismus in seiner unverfälschten Form verteidigten, wie er sich in den Schriften von Karl Marx und Friedrich Engels offenbarte. Die Schülerinnen und Schüler, die auf Marx und Engels folgten – Lenin, Plechanow, Trotzki, Bucharin, Luxemburg, Kautsky, Gramsci, Fanon, Amin, Mao –, waren demnach bloß eine Randglosse zur bibel-

¹ Übersetzt aus: Burawoy, Michael (2013): *Marxism after Polanyi*, in: Williams, Michelle/Satgar, Vishwas (Hrsg.): *Marxisms in the 21st Century. Crisis, Critique & Struggle*, Johannesburg: WITS University Press, S. 34-52 – d.Ü. Dieser Aufsatz erscheint auch in: Burawoy, Michael (2015): *Public Sociology. Öffentliche Soziologie gegen Marktfundamentalismus und globale Ungleichheit*, herausgegeben von Brigitte Aulenbacher und Klaus Dörre mit einem Nachwort von Hans-Jürgen Urban. Weinheim und Basel: BeltzJuventa.

festen Quellenlektüre. Jene Epigonen stellen Marx und Engels nicht in ihren Zusammenhang, als fehlbare Personen, deren Denken die Zeit reflektiert, in der sie lebten, sondern sehen sie als Gestalten, die Christus vergleichbar und daher ein Urgrund ewiger Wahrheit sind. In ihren Augen können die Erzväter nicht die Unwahrheit sprechen.

Jenseits von Beerdigung oder Offenbarung gibt es einen dritten Ansatz, der überlegter an den Marxismus herangegangen ist. In den Sozialwissenschaften und darüber hinaus haben viele Theoretikerinnen und Theoretiker sich angeeignet, was sie für bewahrenswert hielten, wozu etwa die marxistische Analyse der schöpferischen Macht des Kapitalismus, die Vorstellung von Ausbeutung und Klassenkampf, die Idee der ursprünglichen Akkumulation oder sogar marxistische Auffassungen von Ideologie und Staat gehören. Diese Neo- und Post-Marxistinnen und Marxisten verbinden Vorstellungen von Marx und marxistische Ideen häufig mit denen anderer Gesellschaftstheoretikerinnen und Gesellschaftstheoretiker wie Max Weber, Émile Durkheim, Michel Foucault, Pierre Bourdieu, Jürgen Habermas, Simone de Beauvoir, Catherine MacKinnon und so weiter. Tatsächlich haben auch diese Theoretikerinnen und Theoretiker – häufig ohne ihre Schuld einzugestehen – selbst viele marxistische Vorstellungen übernommen, sogar dann, wenn sie offene Feindschaft gegenüber dem Marxismus zum Ausdruck brachten. Die Neo-Marxistinnen und Neo-Marxisten behandeln den Marxismus wie einen Supermarkt. Sie nehmen mit, was ihnen gefällt, und lassen alles andere zurück, manchmal geben sie am Ausgang ihre Empfehlungen ab, manchmal nicht. Sie haben keine Skrupel, wegzuworfen, was nicht in die Zeit passt.

Der vierte Ansatz, von dem hier ausgegangen wird, behandelt den Marxismus als eine lebendige Tradition, der Erneuerung und Wiederaufbau gut tut, da ja auch die Welt, die sie beschreibt und die sie zu transformieren versucht, sich wandelt. Schließlich liegt dem Marxismus die Idee zugrunde, dass sich Überzeugungen – wissenschaftliche oder ideologische – notwendigerweise mit der Gesellschaft verändern. Wenn sich also die Welt wandelt, dann muss dies auch der Marxismus tun, der unterschiedliche soziale und ökonomische Strukturen sowie verschiedene historische Erbschaften reflektiert. Doch kann der Marxismus die Welt nicht einfach widerspiegeln. Er will sie verändern; um aber eine solche sich verändernde Welt umzugestalten, bedarf es einer sich verändernden Theorie, einer Theorie, die auf der Höhe der Zeit ist und sich der konkreten Situation anpasst.

Marxismus als lebendige Tradition

Wenn der Marxismus eine lebendige Tradition ist, welche Gemeinsamkeit lässt dann alle seine Varianten zu einem Teil dieser Tradition werden? Was macht den Marxismus zum Marxismus? Was ist sein bleibender Kern – unabhängig von der konkreten Periode, vom nationalen Terrain? Was haben alle Strömungen des Marxismus gemeinsam? Wenn wir uns die marxistische Tradition als einen immer weiter wachsenden Baum vorstellen, dann können wir fragen: Was sind seine Wurzeln? Was definiert seinen Stamm, was seine Äste und Zweige?²

Die Wurzeln dieses Baums wachsen selbst bereits aus einem veränderlichen Geflecht von vier grundlegenden Positionen heraus: dem historischen Materialismus, wie er im Vorwort von »Zur Kritik der Politischen Ökonomie« angelegt ist, den historischen Voraussetzungen, wie sie sich in der »Deutschen Ideologie« finden, Vorstellungen von der menschlichen Natur, wie sie in den »Philosophischen Manuskripten« von 1844 ausgeführt werden, und dem Verhältnis von Theorie und Praxis aus den »Thesen über Feuerbach«. Der Stamm des marxistischen Baumes ist die Theorie des Kapitalismus, wie sie in den drei Bänden des »Kapital« dargestellt und während der letzten anderthalb Jahrhunderte von den Erbinnen und Erben überarbeitet wurde.

Darüber hinaus gibt es die verschiedenen Zweige des Marxismus – den deutschen, den russisch-sowjetischen, den westlichen, den Dritte-Welt-Marxismus –, einige Zweige sind tot, andere sterben, wieder andere blühen und gedeihen. Jeder Zweig sprießt aus seiner eigenen Rekonstruktion des Marxismus hervor, als Antwort auf je konkrete historische Umstände. Der deutsche Marxismus war eine Reaktion auf die reformistischen Tendenzen in der deutschen sozialistischen Bewegung von

² Es gibt natürlich andere Periodisierungen des Marxismus, aber die meisten stellen eine Geschichte des Zusammenbruchs dar. So zeichnet George Lichtheim Geburt und Aufstieg des Marxismus und seinen Fall nach der Russischen Revolution nach (Lichtheim 1961). Perry Anderson, der nach dem europäischen Aufschwung der 1960er und frühen 1970er Jahre schreibt, konzentriert sich auf die Entwicklung des klassischen Marxismus, dem der Rückzug des westlichen Marxismus in die Philosophie folgte, als er den Kontakt zu seiner revolutionären Triebkraft verlor (Anderson 1976). Leszek Kołakowski beschrieb den Sündenfall des Marxismus im Zusammenhang mit dem Aufstieg der Sowjetunion und dem westlichen Marxismus, auf den in der Studentenbewegung der 1960er Jahre seine endgültige Degeneration folgte (Kołakowski 1978). Es ist bemerkenswert, dass all diese klassischen Darstellungen vor dem Zusammenbruch des Kommunismus geschrieben wurden, als dessen Existenz noch vollkommen fraglos war.

1890 bis 1920 sowie auf die Fähigkeit des Kapitalismus, Krisen, die er erzeugt hat, zu absorbieren. Der russische Marxismus entsprang den Dilemmata zwischen der zusammengesetzten und uneinheitlichen Entwicklung des Kapitalismus im Weltmaßstab und dem Kampf um den Sozialismus in einem Land. Der westliche Marxismus war eine Antwort auf den sowjetischen Marxismus, den Faschismus und das Ausbleiben der Revolution im Westen. Der Dritte-Welt-Marxismus ringt mit den Dilemmata der Unterentwicklung und ist in koloniale und post-koloniale Kämpfe verwickelt.

Wenn wir diesen Baum genauer betrachten, sehen wir, dass der Marxismus als ein überschaubares Projekt begann, das allerdings über nationale Grenzen hinweg Menschen miteinander verband – man denke nur an die Erste Internationale. Als der klassische Marxismus Unterstützung von der Bevölkerung erhielt, verband er sich mit der nationalen Politik (in Russland, Deutschland, Frankreich usw.). Er weitete sich dann zu regionalen Blöcken aus – dem sowjetischen, dem westlichen und dem Dritte-Welt-Marxismus. Worin besteht der Maßstab des Marxismus heute? Selbst wenn seine Basis in der Bevölkerung geschrumpft ist, kann er, wie ich meine, nicht mehr länger nur auf lokale, nationale oder regionale Probleme reagieren. Er muss sich globale Probleme zu eigen machen, Probleme, die den ganzen Planeten betreffen. Um den Marxismus in globalem Maßstab zu rekonstruieren, muss, so scheint mir, die materielle Basis des Marxismus vom Standpunkt des Marktes überdacht werden, aber nicht des Marktes in seinen geografischen Dimensionen (Märkte waren schon immer gleichermaßen global wie lokal) und auch nicht mit Blick auf die Vormachtstellung des Neoliberalismus (Märkte haben sich periodisch immer wieder ausgedehnt oder sind geschrumpft), sondern im Hinblick auf die neuen Methoden der Kommodifizierung.

Kurz gesagt hat es drei Wellen der Vermarktlichung³ gegeben, die über die Welt hinweg geschwappt sind: Die erste Welle umfasste das 19. Jahrhundert, die zweite setzte nach dem Ersten Weltkrieg ein und die dritte Mitte der 1970er Jahre. Mit jeder dieser Wellen ist die Kommodifizierung einer führenden Produktivkraft verbunden – nacheinander waren es Arbeit, Geld und Natur. Dies sind nach Karl Polanyi jene drei

³ Hier und im Weiteren wird »marketization« mit »Vermarktlichung« übersetzt. Dies ist kein schönes Wort für einen »unschönen« Vorgang – die Zumutung, Gesellschaft müsse marktgleich funktionieren, alle Güter müssten Warenform annehmen, alle Kooperationsprozesse nach dem Vorbild der Märkte ablaufen – Anm. d. Hrsg.

Güter, deren Verwandlung in (fiktive) Waren, wie er behauptete, ihren Gebrauchswert zerstört (Polanyi 1944/1978).⁴ So verliert Arbeit, wenn sie unreglementiertem Tausch unterworfen wird, ihren Gebrauchswert – sie kann nicht produktiv sein. Wird Geld unreglementiertem Tausch unterworfen, dann ist sein Wert solchen Schwankungen ausgeliefert, dass die Unternehmen pleitegehen. Und wird Natur in eine Ware verwandelt, so zerstört dies unsere Existenzbedingungen – die Luft, die wir atmen, das Wasser, das wir trinken, den Boden, auf dem wir unsere Nahrung anbauen, die Körper, in denen wir leben. Jede Welle der Kommodifizierung erzeugt eine Gegenbewegung, die auf einem je eigenen Kreis sich ausweitender Rechte (Arbeitsrechte, soziale Rechte, Menschenrechte) aufbaut, der in immer größerem Maßstab – lokal, national und voraussichtlich auch global – organisiert wird. Schließlich entspricht jeder Gegenbewegung eine spezifische Konfiguration des Marxismus: Der klassische Marxismus stützte sich auf die Prognose einer ökonomischen Utopie; der sowjetische, der westliche und der Dritte-Welt-Marxismus stützen sich auf staatliche Regulierung; der soziologische Marxismus schließlich beruft sich auf eine wachsende und sich selbst regulierende Zivilgesellschaft.

Die Periodisierung des Marxismus kann mit der Periodisierung des Kapitalismus verknüpft werden; die Perioden selbst aber werden fortwährend als eine Geschichte der sich verändernden Gegenwart rekonstruiert, als eine Geschichte, die der Gegenwart einen Sinn verleiht, der sie von der Vergangenheit unterscheidet und diese zugleich fortsetzt. Marx (1890) sah nur eine Periode des Kapitalismus, Lenin (1917) sah zwei und Ernest Mandel (1972) drei. Wir sehen ebenfalls drei Perioden, aber diese basieren nicht auf der Produktion, sondern auf dem Markt als der herausragenden Erfahrung der Gegenwart. An diesem

⁴ Unter fiktiven Waren versteht Polanyi jene Güter, die ihrem Wesen nach nicht für den Verkauf produziert werden. Er schreibt: »... Arbeit, Boden und Geld [sind] ganz offensichtlich *keine Waren*: die Behauptung, dass alles, was gekauft und verkauft wird, zum Zwecke des Verkaufs produziert werden muss, ist in Bezug auf diese Faktoren eindeutig falsch... Arbeit ist bloß eine andere Bezeichnung für die menschliche Tätigkeit, die zum Leben an sich gehört, das seinerseits nicht zum Zwecke des Verkaufs, sondern zu gänzlich anderen Zwecken hervorgebracht wird; auch kann diese Tätigkeit nicht vom restlichen Leben abgetrennt, aufbewahrt oder flüssig gemacht werden. Boden wiederum ist nur eine andere Bezeichnung für Natur, die nicht vom Menschen produziert wird; und das eigentliche Geld schließlich ist nur ein Symbol für Kaufkraft, das in der Regel überhaupt nicht produziert, sondern durch den Mechanismus des Bankwesens oder der Staatsfinanzen in die Welt gesetzt wird.« (Polanyi 1944/1978: 107f.) – Anm. d. Hrsg.

Punkt breche ich mit dem konventionellen Marxismus, der behauptet, die Produktion gebe die Grundlage für die Opposition gegenüber dem Kapitalismus ab. Dies ist nicht mehr haltbar, zum Teil deshalb, weil gerade in der Produktion das Einverständnis mit dem Kapitalismus hergestellt wird, und zum Teil, weil angesichts der globalen Produktion überzähliger Arbeitspopulationen Ausbeutung schnell zum begehrten Privileg weniger wird. Zwar spielt Ausbeutung in der Dynamik der Akkumulation weiterhin eine zentrale Rolle, aber nicht in der Erfahrung der geknechteten Bevölkerung. In der Marxschen Analyse erscheint die Erfahrung des Marktes als »Warenfetischismus«, als Camouflage des verborgenen Sitzes der Produktion, aber er ist weit mehr als das, er prägt mannigfaltige Dimensionen der menschlichen Existenz.

Polanyi rekonstruieren

Wenn ich den Markt zu einer zentralen Stütze der menschlichen Existenz mache, so beziehe ich mich damit auf Karl Polanyis Theorie und Geschichte des Kapitalismus. Polanyis 1944 geschriebenes Buch »The Great Transformation« untersucht die politischen und sozialen Folgen der wachsenden Bedeutung des Marktes vom Ende des 18. Jahrhunderts bis zur Weltwirtschaftskrise. Der Markt, so Polanyi, hatte derart zerstörerische Konsequenzen, dass eine Gegenbewegung zum Schutz der Gesellschaft entstand. Diese Gegenbewegung kann jedoch ebenso destruktiv sein wie der Markt, den sie eindämmen will. Sie umfasste den Faschismus und Stalinismus ebenso wie den New Deal und die Sozialdemokratie. Polanyi kam zu dem Ergebnis, die Folgen des Marktfundamentalismus seien derart gravierend, dass die Menschheit niemals mehr damit experimentieren würde. Er sollte sich irren – der Marktfundamentalismus traf unseren Planeten in den 1970er Jahren erneut, bedrohte die menschliche Existenz und vernichtete Gemeinschaften.

Die Ursache für Polanyis verfehlten Optimismus besteht darin, dass er die Logik des Kapitalismus nicht wirklich ernst nimmt. Zwar greift er Marx' frühe Schriften über Entfremdung auf, lehnt dessen Theorie der Geschichte aber ab, ob sie nun als Abfolge von Produktionsweisen, als selbsterstörerische Dynamik des kapitalistischen Wettbewerbs oder als Verschärfung des Klassenkampfes verstanden wird. Indem Polanyi aber die Idee historischer Gesetzmäßigkeiten ablehnt, verwirft er auch die Logik des Kapitals, ihm entgeht insbesondere der wiederholte Einsatz des Marktfundamentalismus durch das Kapital zur Überwindung seiner

inneren Widersprüche. Das ist der Punkt, an dem David Harvey ins Spiel kommt, der den »Neoliberalismus« als eine ideologische Offensive des Kapitals gegen die Errungenschaften der Arbeiterschaft nach dem Zweiten Weltkrieg betrachtet (Harvey 2005/2007).⁵

Anzuerkennen, dass es gegenwärtig eine neue Welle des Marktfundamentalismus gibt, führt dazu, dass Polanyis homogenisierende Betrachtung der Geschichte des Kapitalismus als eine einzige Welle der Vermarktlichung, die wiederum einer einzigen Gegenbewegung Raum gäbe – etwas, das er die »Große Transformation« nannte –, in Zweifel gezogen werden muss. Polanyi, der sich insbesondere auf die Geschichte Englands bezieht, berichtet im Detail, wie das Speenhamland-System⁶ die Arbeit vor ihrer Kommodifizierung schützte, bis mit der Verabschiedung des *New Poor Law* im Jahre 1834 Sozialunterstützung außerhalb von Armenhäusern verboten wurde. Das Jahr 1834 markierte so die Errichtung eines reinen Arbeitsmarkts, der das ganze 19. Jahrhundert hindurch Gegenbewegungen gegen die Kommodifizierung hervorbrachte: Angefangen mit der Chartistenbewegung von 1848, die den Arbeitern das Wahlrecht verschaffen, über die Fabrikbewegung, die die Länge des Arbeitstages begrenzen wollte, über die Abschaffung der *Combination Acts*,⁷ mit der die Gewerkschaften gestärkt werden sollten, bis zu Forderungen nach Arbeitslosenversicherung und Mindestlöhnen. In diesen Kämpfen ging es Polanyi zufolge nicht um Ausbeutung, sondern um den Schutz der Arbeit vor ihrer Kommodifizierung. Die Gesellschaft wehrte sich gegen den Markt.

In Polanyis Geschichte war die Kommodifizierung der Arbeit nur ein Teil der langen Aufstiegtendenz des Marktes, die vom Ende des 18. Jahrhunderts über den Ersten Weltkrieg bis zur Weltwirtschaftskrise andauerte. Erleichtert durch die Kommodifizierung des Geldes, die durch die Regulierung der Wechselkurse mittels ihrer Anbindung an den Gold-

⁵ Harvey setzt die Welle der Vermarktlichung mit Akkumulation durch Enteignung gleich, ein notwendiger Begleitumstand der Kommodifizierung, den Marx nur für einen Teil der Vorgeschichte des Kapitalismus gehalten hatte, den er ursprüngliche Akkumulation nannte.

⁶ Das Speenhamland-System wurde per Gerichtsbeschluss in Teilen Englands, vor allem in Südengland, nach 1795 eingeführt und sollte das Existenzminimum sichern – Anm. d. Hrsg.

⁷ Diese Gesetzgebung wurde 1799 verabschiedet und verbot die Bildung von Gewerkschaften und kollektive Lohnverhandlungen. Sie war auch eine Reaktion auf die Französische Revolution und sollte die Selbstorganisation der arbeitenden Klassen verhindern – Anm. d. Hrsg.

standard gesichert wurde, weitete sich der Markt auf den Bereich des internationalen Handels aus. Die Eröffnung eines unkontrollierten globalen Marktes im Handel mit dem schwankenden Wert nationaler Währungen brachte die einzelnen Nationalökonomien derart aus dem Gleichgewicht, dass die Staaten nach und nach vom Goldstandard abkamen und protektionistische Maßnahmen ergriffen. In Ländern wie Italien, Deutschland und Österreich nahm der Protektionismus die Gestalt des Faschismus an, in den USA trat er als New Deal auf, in der Sowjetunion nahm er mit der Kollektivierung und zentralen Planung die Gestalt des Stalinismus und in Skandinavien die der Sozialdemokratie an. Polanyis Ansicht nach machte der Aufschwung der Kommodifizierung letzten Endes einer Gegenbewegung Platz, die auf der Grundlage einer kollektiven Selbstregulierung der Gesellschaft zum Sozialismus hätte führen können, mit gleicher Wahrscheinlichkeit jedoch auch zum Faschismus und zur Einschränkung der Freiheit.

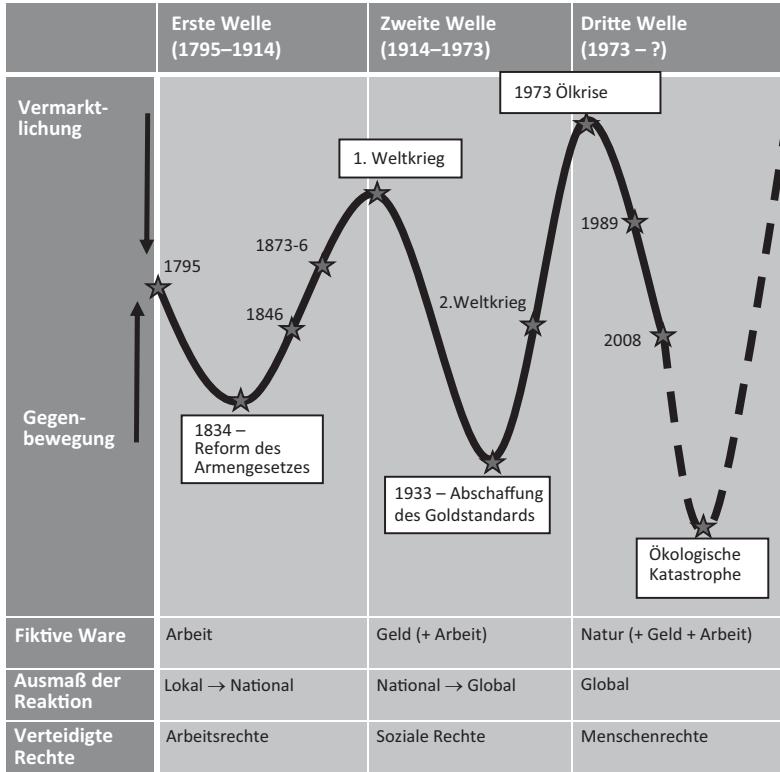
Da wir wissen, dass sich Polanyi in Bezug auf die Zukunft irrte, wird auch seine Darstellung der Vergangenheit fragwürdig. Wird Polanyis Argumentation noch einmal überprüft, so zeigt sich, dass es nicht eine einzige Aufwärtsbahn der Vermarktlichung gab, sondern dass es sich um mindestens drei Wellen der Vermarktlichung handelt (vgl. Abbildung 1). Die erste reicht von den Speenhamland-Entscheidungen bis zum Ersten Weltkrieg und wird hauptsächlich von der Kommodifizierung der Arbeit und ihrem späteren Schutz angeschoben.

Die zweite Welle vom Ersten Weltkrieg bis in die Mitte der 1970er Jahre entspringt der Kommodifizierung des Geldes (und einer erneuten Kommodifizierung der Arbeit), die zu einer Gegenbewegung führt, welche die Regulierung der nationalen Wirtschaften umfasst.

Die dritte Welle, die viele als Neoliberalismus kennen, beginnt 1973 mit der Ölkrise und löst mit der Rekommodifizierung von Arbeit und Geld sowie einer Kommodifizierung der Natur eine dritte Welle der Vermarktlichung aus.

Wir befinden uns immer noch mitten im Einflussbereich dieser neuen Welle der Vermarktlichung. Unterdessen haben wir Strukturanpassungsmaßnahmen, die den in die Krise geratenen Wirtschaften des Südens verordnet wurden, und die Schocktherapie, die das postsowjetische Regime und seine Satelliten in Ost- und Mitteleuropa anwendeten, hinter uns gebracht. Das sukzessive Versagen staatlich regulierter Ökonomien diente dazu, dem zunehmenden Glauben an den Markt weitere Nahrung zu liefern. Und die Abfolge der Finanzkrisen in Asien und Lateinamerika in den 1990er Jahren, die schließlich in der Finanzkrise von

Abbildung 1: Drei Wellen der Vermarktlichung



2008 kulminierte, diente dazu, die Macht des Finanzkapitals zu konsolidieren.⁸ Einzigartig an der dritten Welle ist allerdings, wie die Expansion des Kapitalismus zu einem Anstieg der Umweltzerstörung geführt hat, der auf die ökologische Katastrophe zusteuert. Ob wir über den Klimawandel sprechen oder das Verklappen giftiger Abfälle, die Privatisierung von Wasser, Luft und Boden oder den Handel mit menschlichen Organen, die Kommodifizierung der Natur steht im Zentrum der nahe bevorstehenden Krise des Kapitalismus. Die Gegenbewegung der dritten Periode muss die Tendenz des Kapitalismus beschränken, die Grund-

⁸ Naomi Klein (2007) bietet uns ein wundervolles Panorama über die Fähigkeit des Kapitalismus, die Krisen, die er hervorbringt, durch Prozesse der ursprünglichen Akkumulation zu exploitiern.

lage menschlicher Existenz zu zerstören, sie muss die Eingrenzung und Regulierung der Märkte und die Sozialisierung der Produktionsmittel fordern, was mit der Ausweitung von Freiheiten ebenso wie mit ihrem Rückgang vereinbar wäre.

Polanyis große Transformation von einer vorherrschenden Vermarktlichung zur Gegenbewegung wird durch drei Wellen der Vermarktlichung abgelöst, von denen jede ihre eigene reale oder imaginäre Gegenbewegung hat. Jede Welle der Vermarktlichung wird durch eine führende fiktive Ware geprägt. So wie jede neue Welle der Vermarktlichung auch eine neue fiktive Ware einbezieht, so kommt es zur Rekommodifizierung jener Waren, die schon vorher einmal kommodifiziert waren, aber in neuer Weise. Arbeit zum Beispiel wurde in sukzessiven Wellen kommodifiziert, dekommodifiziert und dann rekommodifiziert. Wir sollten uns also die drei Wellen nicht als voneinander abgeschottete und getrennte vorstellen, sondern als eine Form dialektischer Progression oder vielleicht besser Regression.

Der Rhythmus wie die Erfahrung dieser Wellen ist in verschiedenen Teilen der Welt unterschiedlich. Polanyi hatte selbst erkannt, welche besonders destruktiven Folgen die erste Welle der Vermarktlichung in den Kolonien hatte, wo es, wie er betont, kein Widerstandsvermögen gegen die Vernichtung der indigenen Gesellschaften gab. So wie er aber hinsichtlich der Zerstörung der Arbeiterklasse im England des 19. Jahrhunderts übertreibt, so übertreibt er auch bei der Vernichtung indigener Gemeinschaften in Südafrika. Wir wissen jetzt, dass der Kolonialismus der Landenteignung tatsächlich Grenzen setzte, um die Grundlage für indirekte Herrschaft und Arbeitskraftreserven für die Industrie zu schaffen. Doch hat Polanyi in seiner Untersuchung des Kolonialismus immerhin die Frage unterschiedlicher Folgen der Vermarktlichung in Abhängigkeit von der jeweiligen Position innerhalb der kapitalistischen Weltordnung aufgeworfen.⁹

Nicht weniger wichtig ist der geschichtliche Kontext. So sind Russland und China heute, nach einer Periode des Staatssozialismus, die eine Reaktion auf die zweite Welle der Vermarktlichung war, mit der Gleichzeitigkeit aller drei Wellen von Vermarktlichung konfrontiert, das heißt,

⁹ Polanyi behauptete, dass es die extreme Form der Enteignung (*disembedding*) sei, die zu Revolten der Arbeiterklasse führe, während spätere Historiker, vor allem E.P. Thompson (1963) behaupteten, dass es die Stärke der Tradition, die sich auf den Handwerken gründete, m.a.W. eine vorgeformte Arbeiterklasse und nicht ihre Zerstörung war, die zur wachsenden Mobilisierung beitrug.

mit der Gleichzeitigkeit der Kommodifizierung von Boden, Arbeit und Geld. Im russischen Fall wurde die Vermarktlichung, zumindest in den ersten sieben Jahren der post-sowjetischen Ära, von einem beispiellosen ökonomischen Niedergang begleitet, während sie in China mit einem beispiellosen wirtschaftlichen Wachstum verbunden war. In Russland wurde die mutwillige Zerstörung des Parteistaats vom Marktfundamentalismus und einem Glauben an den Markt als Königsweg zum Kapitalismus angespornt, während der Markt in China unter der Regie des Parteistaats eingeführt wurde. Das atemberaubende Tempo der ökonomischen Entwicklung in China ist ein durchschlagender Beweis für Polanyis Argument, dass Märkte politischer Organisation bedürfen.

Jede Welle der Vermarktlichung wird kurz gesagt durch sukzessive Verknüpfungen der Kommodifizierung von Arbeit, Geld und Natur mit entsprechenden Gegenbewegungen unterschiedlichen Ausmaßes und der Verteidigung besonderer Rechte geprägt. Jede Welle erfasst Länder in jeweils verschiedener Weise in Abhängigkeit von ihrer Geschichte und ihrem Platz in der Weltwirtschaft. Außerdem reflektiert jede Welle, wie ich im Weiteren zeigen will, jeweils besondere Widersprüche des Kapitalismus und eine besondere Vision des Sozialismus ebenso wie die Verteidigung einer besonderen Gruppe von Rechten. Diese Bewegung der Geschichte führt zu einer Abfolge von Marxismen: Auf den klassischen Marxismus folgen der sowjetische, westliche und Dritte-Welt-Marxismus, die wiederum dem Platz machen, was ich den soziologischen Marxismus nenne. Doch soll jeder Marxismus für sich selbst betrachtet werden.

Erste Welle: Der klassische Marxismus

Bei der ersten Welle der Vermarktlichung im 19. Jahrhundert lag der Schwerpunkt auf der Kommodifizierung der Arbeit – zuerst auf der Trennung der Arbeitskraft von den Subsistenzmitteln, sodass sie auf dem Arbeitsmarkt gekauft und verkauft werden konnte, und dann auf Strategien des Kapitals, die Kosten der Arbeitskraft durch Dequalifizierung zu reduzieren, durch die Beschäftigung verschiedener Mitglieder einer Familie und die Schaffung einer Reservearmee der Arbeit. Dies führte zu Kämpfen, die von der Produktion, von den Fabriken ausgingen: Kämpfe für Arbeitsrechte wie die Begrenzung der Länge des Arbeitstags, den Schutz vor Arbeitslosigkeit, das Recht, sich in Gewerkschaften zu organisieren, Kämpfe für die Ausweitung des Wahlrechts, die Entwicklung

von Genossenschaften und die Entwicklung politischer Parteien. Die Gegenbewegung trägt lokalen Charakter und baut sich zu einer nationalen Organisation der Arbeiterklasse auf, um die staatliche Durchsetzung von Arbeitsrechten zu sichern.

Dies entspricht dem klassischen Marxismus von Marx und Engels und den goldenen Jahren der deutschen Sozialdemokratie, dem Marxismus von Karl Kautsky, Rosa Luxemburg und Eduard Bernstein. Er beruht auf dem Gedanken, dass der Kapitalismus als Ausbeutungssystem zum Untergang verurteilt ist, da die Produktionsverhältnisse letzten Endes zur Fesselung der Produktivkräfte führen werden. Der Wettbewerb zwischen den Kapitalisten führt nach dieser Auffassung am einen Ende der Gesellschaft zur Akkumulation des Reichtums und am anderen Ende zur Verelendung, was auf der einen Seite in einer sich vertiefenden Überakkumulationskrise und einer wiederkehrenden Zerstörung von Produktionsmitteln resultiert und gleichzeitig auf der anderen Seite zu einer Verschärfung des Klassenkampfes führt. Im klassischen Marxismus wird die Auffassung geteilt, dass der Kapitalismus aufgrund seiner eigenen Gesetze zur Selbstzerstörung verurteilt sei und auf diesem Wege dem Sozialismus Platz machen werde.

In der Debatte zwischen Luxemburg (1899; 1906) und Kautsky (1892; 1899) ging es darum, wann die letzte Krise des Kapitalismus eintreten werde, wann die Produktivkräfte endgültig gefesselt würden oder ob es, wie Bernstein (1899) meinte, keine letzte Krise des Kapitalismus gäbe, da dieser selbst sich zum Sozialismus *entwickeln* werde (vgl. auch Goode 1983). Trotz abweichender Meinungen teilten alle drei den Glauben, dass der Aufstieg des Sozialismus garantiert wäre, weil der Kapitalismus untergehen müsse. Ein Ergebnis davon war, dass der Sozialismus über weite Strecken nicht genauer betrachtet wurde. Man nahm an, er entwickle sich auf der Basis der Selbstzerstörung der kapitalistischen Produktionsweise durch die Konzentration des Kapitals und die Kollektivierung der Arbeit. Dieser Ansicht nach ist der Sozialismus ein ökonomisches Utopia und die Negation des Kapitalismus. Der klassische Marxismus hing von den Gesetzen der Geschichte ab – der Abfolge von Produktionsweisen, der Dynamik des Kapitalismus, der die Elemente seiner eigenen Zerstörung hervorbringt, und der Geschichte als Geschichte des Klassenkampfes –, die vom Kapitalismus unweigerlich zum Sozialismus führen.

Der klassische Marxismus litt unter drei fatalen Schwächen. Erstens war seine Theorie des Klassenkampfes falsch – der Klassenkampf führt nicht notwendigerweise zu seiner Intensivierung, vielmehr wird die Ar-

beiterklasse durch die Zugeständnisse, die ihr gemacht werden, innerhalb des Bezugssystems des Kapitalismus organisiert. Zweitens war seine Staatstheorie unterentwickelt – der Staat ist darauf ausgerichtet, den Kapitalismus ebenso gegen die Kapitalisten wie gegen die Arbeiter zu verteidigen. Der Staat erkennt die materiellen Interessen der Arbeiter an und setzt sie – in einer zwar eingeschränkten, aber maßgeblichen Weise – mittels Gewerkschaften und Parteien durch, er reguliert aber auch die Beziehungen zwischen den Kapitalisten, damit die Konkurrenz den Kapitalismus nicht zerstört. Drittens und letztens verfügte dieser Marxismus kaum über eine Theorie sozialistischer Transformation – außer im Falle Bernsteins, der diese Transformation für einen evolutionären Prozess hielt, der auf der unvermeidlichen Ausdehnung der parlamentarischen Demokratie beruht. Dabei verwechselte er das Ende des Konkurrenzkapitalismus mit dem Ende des Kapitalismus überhaupt und sah nicht, dass der Staat die Auswüchse des Kapitalismus einschränken und die Vertiefung des Klassenkampfes durch die Schaffung eines organisierten Kapitalismus verhindern konnte.¹⁰ Die klassischen Marxisten sahen die Anzeichen des organisierten Kapitalismus, aber sie hielten sie fälschlicherweise für Anzeichen des Sozialismus. Eigentlich schuf der organisierte Kapitalismus die Grundlagen für die zweite Welle des Marxismus.

Die zweite Welle: Der sowjetische, der westliche und der Dritte-Welt-Marxismus

Nach Polanyis Darstellung erfuhr die Vermarktlichung nach dem Ersten Weltkrieg einen neuen Energieschub, nicht zuletzt als Reaktion auf die sozialistischen Bewegungen. Aber nun umfasste die Vermarktlichung

¹⁰ Unter »organisiertem Kapitalismus« wird hier jener Typ des Kapitalismus verstanden, der durch die Bildung von Monopolen und Oligopolen, die Verbindung von Finanz- und Industriekapital und deren enge Verflechtung mit dem Staat gekennzeichnet war. Der Staat übernahm regulierende Funktionen und nahm durch staatliche Investitionen und Dienstleistungen wichtige gesamt kapitalistische Interessen wahr. Er war teilweise auch durch einen hohen nationalen Organisationsgrad der Lohnarbeiter gekennzeichnet. Es wird davon ausgegangen, dass diese Phase in den 1870er Jahren begann und den Kapitalismus der freien Konkurrenz ablöste. Einer der wichtigsten marxistischen Theoretiker des »organisierten Kapitalismus« war Rudolf Hilferding mit seinem Werk »Finanzkapital« (Hilferding 1947) – Anm. d. Hrsg.

nicht nur die Arbeit, sondern auch den internationalen Handel und seine Regulierung durch Währungen, die an den Goldstandard gebunden waren. Die ständig schwankenden Wechselkurse, die in Deutschland mit einer galoppierenden Inflation und in den USA mit dem großen *Crash* verbunden waren, führten die Staaten dazu, ihre nationalen Währungen zu verteidigen und den Goldstandard aufzugeben. So nahm die Gegenbewegung nun die Gestalt einer nationalstaatlichen Wirtschaftsregulierung an. In Deutschland und Italien geschah dies unter dem Faschismus, in Skandinavien unter der Sozialdemokratie und in den USA in Form des New Deal. Als der Bürgerkrieg vorbei war und die Neue Ökonomische Politik verkündet wurde, setzte auch die Sowjetunion auf Vermarktlichung, sie sollte diese Politik aber 1928 mit der Ankündigung der Zwangskollektivierung in der Landwirtschaft und dem Übergang zur zentralen Planung aufgeben. Weltweit befanden sich die Märkte auf dem Rückzug und unter dem Einfluss der keynesianischen Wirtschaftslehre übernahm der Staat Regulierungsfunktionen. Dies hielt bis Mitte der 1970er Jahre an, als sich eine neue Runde der Vermarktlichung durchzusetzen begann.

Wenn die Gegenbewegung zur Vermarktlichung im 19. Jahrhundert aus lokalen Kämpfen hervorging, in denen sich die Koinzidenz von Ausbeutung und Kommodifizierung der Arbeit sowie die Notwendigkeit zur Durchsetzung von Arbeitsrechten reflektierte, so ging die Gegenbewegung zur Kommodifizierung des Geldes, der Quelle der zweiten Welle der Vermarktlichung, von nationalen Schutzmaßnahmen aus. Die Kommodifizierung des Geldes, die sich in der Unsicherheit der Währungskurse niederschlug, brachte ein derartiges ökonomisches Chaos hervor, dass nationale Ökonomien sich aus der internationalen Wirtschaft zurückzogen. Sie entwickelten Maßnahmen, um das Bankwesen zu regulieren, erzielten aber auch bei den Arbeits- und den sozialen Rechten Fortschritte durch wohlfahrtsstaatliche Regelungen, die auch diejenigen unterstützen, die keinen Zugang zum Arbeitsmarkt hatten, indem für Kinder, Kranke, Alte, Arbeitslose usw. Beihilfen zur Verfügung gestellt wurden. Ob unter dem Faschismus, dem Stalinismus oder der Sozialdemokratie: Die mit Arbeit verbundenen sozialen Rechte stärkten den Rückhalt des neuen Regimes in der Bevölkerung. Die zweite Welle der Vermarktlichung führte also zu nationalen Schutzmaßnahmen für Kapital und Arbeit gleichermaßen sowie zu einer Regulierung der Kommodifizierung des Geldes.

Wenn die erste Welle des Marxismus durch den Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit charakterisiert wird, so ist die zweite Welle

durch den Konflikt der Bereiche von Produktion und Tausch gekennzeichnet: Überproduktion im Kapitalismus, die nach staatlicher Administration verlangte, und Unterversorgung im Sozialismus, die die Schaffung von Märkten einforderte (vgl. z.B. Baran 1957; Sweezy 1946).¹¹ Weit entfernt davon, ein utopisches Konstrukt zu sein, wie in der ersten Periode, war die Vorstellung vom Sozialismus jetzt nur eine allzu reale: Er basierte auf nationaler Wirtschaftsplanung und dem Schutz sozialer Rechte.

Statt einen imaginären Sozialismus zu entwerfen, der auf den hypothetischen Zusammenbruch des Kapitalismus folgen würde, sollte der Marxismus jetzt einen tatsächlich existierenden Sozialismus vernünftig begründen und legitimieren. Der Marxismus wurde zu einer Ideologie, die eine neue Form der Klassenherrschaft rechtfertigte, die Klassenherrschaft einer Partielite, die gelegentlich auch als Nomenklatura bezeichnet wird. Die bevorstehende kommunistische Transformation und die Kritik des Kapitalismus wurden zur Durchhalteparole der kommunistischen Parteien auf der ganzen Welt. Dieser sowjetische Marxismus verlor jede Ähnlichkeit mit einer dynamischen Wissenschaft und wurde stattdessen zu einem Dogma, einem degenerierten Zweig des Marxismus.

Dies führte im marxistischen Lager zu einer Gegenreaktion, die als westlicher Marxismus bekannt ist. Dieser Marxismus machte der Sowjetunion den Anspruch auf Sozialismus streitig und setzte sich gleichzeitig mit dem Ausbleiben der Revolution im Westen auseinander, das heißt, mit der Frage, warum die Arbeiterklasse vom Kapitalismus vereinnahmt wurde, statt ihn zu überwinden. Im westlichen Marxismus finden wir einerseits die Schriften von Georg Lukács und der Frankfurter Schule, die die Macht des Kapitalismus zur Mystifikation unterstreichen. Andererseits finden wir das Werk von Antonio Gramsci, der untersucht, auf welchem Wege der fortgeschrittene Kapitalismus und die Zivilgesellschaft, die damit einhergeht, sich durch die Ausweitung sozialer Rechte, einschließlich bestimmter Arbeitsrechte, die Zustimmung der Arbeiterklasse verschaffen (vgl. u.a. Gramsci 1948ff.; Horkheimer/Adorno 1947; Lukács 1923; Marcuse 1955; Marcuse 1958; Marcuse 1964). Zusammen mit den sozialen Bewegungen der 1960er und 1970er Jahre hat der westliche Marxismus eine Erneuerung des Marxismus bewirkt, in der die Frage der Dauerhaftigkeit und Flexibilität des Kapitalis-

¹¹ In Bezug auf die Widersprüche der staatssozialistischen Ökonomie vgl. die beiden Nichtmarxisten János Kornai (1992) und Alec Nove (1983).

mus angesichts der Krisen und Kämpfe, die er ausgelöst und überstanden hatte, untersucht wurde.¹²

Der Dritte-Welt-Marxismus ist der dritte Zufluss zum Marxismus der zweiten Welle: Er zeigt, wie der Imperialismus Unterentwicklung hervorbringt, fordert zu einer Absonderung vom kapitalistischen Weltsystem auf und schlägt vor, autarke Formen des Staatssozialismus einzuführen. Wird von China abgesehen, dann stellt Kuba diese Form des Dritte-Welt-Marxismus am besten dar. Die Theoretiker der abhängigen Entwicklung, André Gunder Frank (1966/1968) und Samir Amin (1974), schrieben vom Standpunkt des Dritte-Welt-Marxismus aus. Eine herausragende Gestalt im afrikanischen Kontext ist Frantz Fanon (1961/1969). Fanon nimmt die Frage der Abhängigkeit zum Ausgangspunkt und analysiert die Kräfteverhältnisse der Klassen im antikolonialen Kampf. Er fürchtet die Vormachtstellung einer »einheimischen Bourgeoisie«, die sich schmarotzerisch am internationalen Kapital bedient, ihre eigenen Machtinteressen verfolgt und ihre Unsicherheit durch demonstrativen Konsum kompensiert. Fanon erwägt die Möglichkeit eines nationalen Befreiungskampfes, der aus der Vereinigung dissidenter Intellektueller mit einer revolutionären Bauernschaft hervorgeht. Ein solcher Kampf für einen partizipatorischen demokratischen Sozialismus, betonte Fanon, sei die einzige Hoffnung für Afrika.

Das Südafrika der Apartheid brachte seinen eigenen und besonderen Marxismus der zweiten Welle hervor, der an der Schnittstelle von sowjetischem, westlichem und Dritte-Welt-Marxismus entstand. Einerseits stand die Südafrikanische Kommunistische Partei unter der Knute der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (KPdSU) und folgte deren Drehungen und Wendungen selbst dort, wo sie auf lokale Bedingungen reagierte, indem sie den Begriff des inneren Kolonialismus und des »Kolonialismus besonderen Typs« entwickelte. So schrieben Jack und Ray Simons (1969) die erste große marxistische Geschichte Südafrikas und zeigten, wie »class« und »race« bei der Formierung der südafrikanischen Arbeiterklasse miteinander verflochten waren. Harold Wolpe (1972) begründete eine ganz andere Tradition der marxistischen Analyse, indem er sich auf den französischen Strukturalismus der 1970er Jahre bezog, um den Begriff »race« zu problematisieren, der ihm zufolge in der Verbindung vorkapitalistischer mit kapitalistischen Produktionsweisen ver-

¹² Ich beziehe mich hier auf ein ganzes Spektrum von Arbeiten, das u.a. die Schriften von Louis Althusser (1965/1969; 1969/1971), Ralph Miliband (1969), Nicos Poulantzas (1968/1973) und William Appleman Williams (1961) umfasst.

wurzelt war. Dies führte zu einer neuen marxistischen Historiografie, die mit Personen wie Colin Bundy, Martin Legassick, Duncan Innes, David Kaplan, Rob Davies, Dan O'Meara und Mike Morris verbunden ist und die sich auf die Besonderheit des Apartheid-Staates und seine Beziehung zur kapitalistischen Klasse konzentrierte. Gleichzeitig brachten andere wie Charles van Onselen in der Tradition von E.P. Thompson oder Edward Webster in der Tradition von Harry Braverman sehr originelle Werke über die Formierung der Arbeiterklasse hervor, indem sie deren Gemeinschaften und Arbeitsprozesse erforschten. Dieser Marxismus der zweiten Welle erlosch in Südafrika und machte einem Marxismus der dritten Welle Platz, der auf die Kritik der Post-Apartheid-Ordnung gerichtet war und sich auf die sozialen Bewegungen fokussierte, die dieser Kritik Ausdruck verliehen hatten.

Die dritte Welle: Der soziologische Marxismus¹³

Der Marxismus der zweiten Welle verfolgte das Anliegen, den Sozialismus auf Erden vermittels einer staatlich regulierten Wirtschaft aufzubauen. Dies reichte von der Sozialdemokratie über das sowjetische Planungsmodell bis zu Formen des afrikanischen Sozialismus und dem Modell einer selbstverwalteten Wirtschaft. Wenn Märkte nicht überhaupt abgelehnt wurden, wurden sie als Ergänzung zum sozialistischen Projekt verstanden. So hat Johanna Bockman (2011) argumentiert, die ursprüngliche Stoßrichtung der neoklassischen Wirtschaftstheorie habe darin bestanden, Märkte in das sozialistische Projekt einzuführen, um mithilfe von Märkten Preisprobleme der staatlichen Planung lösen zu helfen oder die Organisation von selbstverwalteten Ökonomien zu unterstützen. Dass die neoklassische Ökonomie vom Kapitalismus eingespannt wird, ist ein neueres Phänomen insbesondere der dritten Welle der Vermarktlichung, das uns abermals mit der Frage konfrontiert, was Sozialismus bedeutet.

Wenn der klassische Marxismus von der Selbstzerstörung der kapitalistischen Produktionsweise ausging, worauf ein nicht weiter geprüfter utopischer Kommunismus folgen sollte, und wenn der sowjetische Marxismus als Staatsideologie fungierte, die einen real existierenden Staatssozialismus repräsentierte, so fokussiert der Marxismus der drit-

¹³ Siehe zu diesem Begriff auch Burawoy und Wright (2002) sowie Burawoy (2003) – Anm. d. Hrsg.

ten Welle weder auf die Wirtschaft noch auf den Staat, sondern auf die Zivilgesellschaft. Er stützt sich auf den Marxismus der zweiten Welle von Gramsci, der als Erster die Bedeutung der Zivilgesellschaft als institutionellem Raum, der sich von Staat und Wirtschaft unterscheidet und doch auf diese bezogen ist, in den Mittelpunkt gestellt hat. Wenn Lenins Schriften den Marxismus der ersten und zweiten Welle überspannten, so gilt das Gleiche für Gramsci mit Bezug auf die zweite und dritte Welle des Marxismus. Daraus resultiert seine bleibende Bedeutung. Viele der Formulierungen Gramscis, die im Gegensatz zum Sowjetmarxismus stehen, nehmen die dritte Welle des Marxismus mit ihrer Zentrierung auf die Gesellschaft vorweg. Gramscis Interesse am Verhältnis von Staat und Zivilgesellschaft ist jedoch noch zu eng. Wir müssen Polanyis Interesse am Verhältnis von Markt und Gesellschaft hinzufügen.¹⁴

Im Gegensatz zu Gramsci, Polanyi und Fanon denkt der Marxismus der dritten Welle Zivilgesellschaft zugleich global wie national – eine Zivilgesellschaft, die die Menschheit gegen heraufziehende ökologische Katastrophen verteidigt, die in letzter Konsequenz eine globale Dimension annehmen. Die Kommodifizierung der Natur in Gestalt einer Privatisierung von Wasser, Land oder Luft bringt Krisen hervor, die den ganzen Planeten betreffen. Natürlich werden kurzfristig die einen besser als die anderen in der Lage sein, Katastrophen wie Erdbeben, Hurrikans und Hochwasser zu überstehen; aber am Ende werden wir alle leiden. Prototypen für solche Katastrophen sind Tschernobyl oder die drohende Klimakatastrophe. Diese Katastrophen verlangen globale Lösungen auf der Basis von Menschenrechten, die die Grundlagen der menschlichen Existenz schützen, was wiederum erfordert, die kapitalistische Produktionsweise zu beenden, die im Streben nach Profit systematisch die Umwelt zerstört. Zwar mag die Kommodifizierung der Natur in der dritten Welle der Vermarktlichung für die Menschheit eine neue Bedrohung darstellen, aber sie koexistiert mit der Rekommodifizierung der Arbeit, wie wir dies überall im Zusammenhang mit der Entwicklung von Informalisierung, flexiblen Formen der Ausbeutung (*flexploitation*) und Prekarität sehen. Hinzu kommen neue Formen der Kommodifizierung des Geldes, wie sie sich in der Finanzkrise der 1990er Jahre zeigten, die in der Finanzkrise von 2008 kulminierte. Die Bail-Out-Maßnahmen für das Kapital haben die Tendenz zur Kommodifizierung des Geldes nicht beendet, sondern weiter gestärkt.

¹⁴ Ich habe diese komplementäre Beziehung ausführlich dargestellt in Burawoy 2003.

Tabelle 1: Drei Wellen des Marxismus

	Erste Welle (1795-1914)	Zweite Welle (1914-1973)	Dritte Welle (1973-?)
Widerspruch	Kapital – Arbeit	Produktion – Tausch	Produktion – Umwelt
Sozialismus	utopisch	staatlich	gesellschaftlich
Marxismus	klassisch	sowjetisch, westlich, Dritte Welt	soziologisch – global
Debatten	Dynamik des Kapitalismus	Staatliche Regulation	Reale Utopien
Methologie	Theorie leitet Praxis	Praxis leitet Theorie → Autonomie der Theorie	Dialog von Theorie und Praxis
Universalismus	linear	aufkrotyiert	von unten gebildet

Der Zusammenbruch des Staatssozialismus in Ost- und Mitteleuropa 1989 und in der Sowjetunion 1991 war zum Teil die Folge der dritten Welle der Vermarktlichung, er hat diese Welle aber auch verstärkt, indem ihr neue Energie zugeführt und Alternativen zur Vorherrschaft des Marktes diskreditiert wurden. Aus dem Inneren des sowjetischen Einflussbereichs gesehen wurden die illusorischen Möglichkeiten der Marktwirtschaft noch aufgebläht durch die Fragilität und die Widersprüche des Staatssozialismus. Dieser hatte immer versucht, mit dem Kapitalismus gleichzuziehen. Seine Unfähigkeit, eine dynamische Wirtschaft aufrechtzuerhalten, hat zu seinem Untergang geführt. Allerdings brachte die Sowjetordnung, solange sie bestand, auch alternative Vorstellungen eines demokratischen Sozialismus von unten hervor – die Genossenschaften in Ungarn, die Solidarność-Bewegung in Polen und die während der sowjetischen Perestroika aufblühende Zivilgesellschaft. Dieser Sozialismus von unten beruhte auf der Idee der kollektiven Selbstorganisation der Gesellschaft.

Der Sozialismus der dritten Welle der Vermarktlichung wird weder durch irgendeinen katastrophalen Bruch mit der Vergangenheit entstehen, wie der klassische Marxismus glaubte, noch durch einen vom Staat geförderten Sozialismus von oben, sondern durch eine molekulare Transformation der Zivilgesellschaft, durch den Aufbau dessen, was Erik O. Wright (2010) reale Utopien nennt – kleinräumige Visionen von

Alternativen wie Genossenschaften, Bürgerhaushaltsverfahren und allgemein gesichertes Grundeinkommen, die sich gegen die Markttyrannie auf der einen und die staatliche Regulierung auf der anderen Seite wenden. Die Aufgabe eines soziologischen Marxismus besteht darin, die konkreten Utopien auszuarbeiten, die in Keimformen auf der ganzen Welt zu finden sind. Die Analyse fokussiert auf deren Existenzvoraussetzungen und inneren Widersprüche und damit auf ihre potenzielle Verbreitung. Der soziologische Marxismus hält den Gedanken einer Alternative zum Kapitalismus am Leben, einer Alternative, die Märkte und Staaten nicht abschafft, sondern sie der kollektiven Selbstorganisation der Gesellschaft unterordnet.

Die Methodologie, die bei jeder der drei Wellen des Marxismus zum Einsatz kam, umfasst unterschiedliche Beziehungen zwischen Theorie und Praxis. Im klassischen Marxismus hat die Theorie der Praxis Vorschriften gemacht: Die Theorie legte fest, dass der Kapitalismus unweigerlich zusammenbrechen und dann der Sozialismus seinen Aufstieg machen würde. Für die Praxis kam es nur darauf an, zu wissen, wo man sich im historischen Verlauf befand. Im Sowjetmarxismus entschied die Praxis – nationales Überleben um jeden Preis – über die Theorie. Der Marxismus war eine notdürftig verschleierte Ideologie des herrschenden Parteistaats. Der soziologische Marxismus gibt theoretische Gewissheiten und praktische Imperative auf und versucht stattdessen, eine Balance oder einen Dialog zwischen Theorie und Praxis zu erreichen. Es geht nicht nur darum, jetzt die Welt zu verändern, die wir verstehen haben, sondern auch darum, die Welt zu verändern, um sie besser zu verstehen. Wir spüren reale Utopien auf, die die kollektive Phantasie in Schwung bringen, aber wir befragen sie auch in Bezug auf ihre mögliche Verallgemeinerbarkeit (Burawoy/Wright 2002).

Während der klassische Marxismus eine Allgemeinheit auf der Basis fehlerhafter historischer Gesetze bot und der Sowjetmarxismus eine Allgemeinheit auf der Grundlage eines einzelnen diktatorischen Regimes offerierte, hat der soziologische Marxismus uns keine Garantien zu bieten, nur eine unaufhörliche Suche und Rekonstruktion, eine Allgemeinheit, die immer kontingent ist, vom Konkreten ausgehend mit Hilfe des Abstrakten geschaffen (Hall 1986).

Auf dem Wege zu einem globalen Marxismus

Für manche Menschen ist der soziologische Marxismus ein Oxymoron. Schließlich hat der klassische Marxismus die Soziologie als bürgerliche Ideologie abgelehnt, und wenn der westliche Marxismus sich von der Soziologie, vor allem von Max Weber und Sigmund Freud, etwas geborgt hat, dann ging es nicht darum, die Idee der Zivilgesellschaft aufzubauen. Gramsci selbst hat die Soziologie abgelehnt, da sie sich nur mit dem Spontanen und daher mit dem Trivialen befasse.¹⁵

Warum also nun soziologischer Marxismus? Vereinfacht gesagt: Das Ansehen der Soziologie als Kritik der Vermarktlichung und Verstaatlichung steht außer Frage. Ob wir uns den Schriften von Weber oder Durkheim, Simmel oder Michels, Elias oder Parsons, Habermas oder Bourdieu zuwenden, die Kritik des ökonomischen Reduktionismus und der instrumentellen Vernunft spielt eine zentrale Rolle. Vielleicht wurde der Staat früher als möglicher oder partieller Neutralisierer gesehen, aber heute scheint sich diese Möglichkeit erschöpft zu haben. Da der Staat immer mehr unter die Knute des Marktes zu geraten scheint, scheint die Verteidigung einer unabhängigen »Zivilgesellschaft« immer notwendiger zu werden.

Das Problem mit der Soziologie ist jedoch – und das Gleiche lässt sich von Gramsci und Polanyi sagen –, dass der Begriff der »Zivilgesellschaft« auf nationale Grenzen beschränkt bleibt. Heute müssen wir diesem Gedanken eine transnationale Reichweite geben. Die Vermarktlichung – die Kommodifizierung von Arbeit, Geld und Natur – erfasst alle Teile des Planeten. Niemand entkommt dem Tsunami, auch wenn manche in der Lage sind, effektivere Dämme aufzuschütten. Darüber hinaus bedarf es einer globalen Lösung; aber da sollten wir vorsichtig sein, da Lösungen sich als ebenso schlimm erweisen können wie die Probleme, die sie beheben sollen. Was könnte schlimmer sein als ein planetarer Totalitarismus, der unter dem Vorzeichen der Vermeidung von Umweltzerstörung errichtet wurde? Vermutlich wird es uns besser gehen, wenn wir nationale Lösungen miteinander verbinden, die auf die Gesellschaft zentriert sind. Allerdings haben wir es auch hier mit Problemen zu tun, da der Zustand von Gesellschaften sehr verschieden ist: In Südafrika ist er fissi-

¹⁵ In dieser Hinsicht lässt sich Gramscis Kritik der Soziologie besonders gut auf Polanyis Anrufung von »Gesellschaft« als *deus ex machina* anwenden. Für Gramsci ist Gesellschaft oder »Zivilgesellschaft« etwas, das spezifische soziale und politische Kräfte strukturiert, aber auch von ihnen strukturiert wird.

par,¹⁶ in China prekär, in Russland gallertartig. In jedem Land müssen wir die Einschnitte der Zivilgesellschaft erkunden und die Beziehungen zwischen Gesellschaft und Staat, Gesellschaft und Markt herausarbeiten. Nur auf diesem Wege können wir die Möglichkeiten globaler Verbindungen besser verstehen, nur dadurch können wir die Möglichkeiten realer Utopien besser begreifen. So wie wir über eine globale Zivilgesellschaft nachdenken, müssen wir auch über einen globalen Marxismus nachdenken, d.h. einen Marxismus, der die nationalen und regionalen Konstellationen zugleich anerkennt und überschreitet. Wenn der Marxismus der ersten Welle seiner Reichweite nach national und der Marxismus der zweiten Welle regional (sowjetisch, westlich, Dritte Welt) war, so haben wir heute die Möglichkeit eines Marxismus, der Nation und Region weiterhin anerkennt, aber auch die drängenden Erfahrungen umfasst, die, wenn auch unter ungleichen Voraussetzungen, überall auf der Welt geteilt werden. Und wenn der Marxismus der ersten Welle den Sozialismus als eine Utopie entwarf, die durch historische Gesetzmäßigkeiten garantiert war, und der Marxismus der zweiten Welle zur Herrschaftsideologie wurde, die den Sozialismus als Stalinismus rechtfertigte – wodurch die Utopie zur Dystopie wurde –, so konstruiert der Marxismus der dritten Welle den Sozialismus Stück für Stück als Archipel realer Utopien, das sich über die ganze Welt erstreckt und Populationen anzieht, die durch die dritte Welle der Vermarktlichung immer mehr prekariert werden. Der Marxist wird zum Archäologen, der die Alternativen ausgräbt, die unter den Stürmen von Kapitalismus und Staatssozialismus hervorgebracht und wieder zertrümmert wurden.

Schließlich sind wir auf sehr unheilvolle Weise mit der Herstellung einer neuen fiktiven Ware konfrontiert, die Polanyi niemals vorhergesehen hatte: dem Wissen. Wir leben in einer Gesellschaft, in der Wissen als Produktionsfaktor immer wichtiger wird, ein Produktionsfaktor, dessen Erzeugung und Verbreitung immer stärker kommodifiziert wird. Die Universität, die früher selbstverständlich als öffentliches Gut galt, ist zu einem privaten Gut geworden, das dem Diktat des Marktes unterworfen ist. Studentinnen und Studenten sind zu Gebühren zahlenden Konsumentinnen und Konsumenten auf der Suche nach beruflichen Qualifikationen und Zeugnissen geworden, die ihnen wenig mehr als lebenslange Schulden garantieren. Die Fakultäten werden zerschlagen und auf die Gelegenheitsarbeit von Lehrenden und Forschenden zugeschnitten, nichtakademische Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter werden ent-

¹⁶ fisspar = Zellteilung, sich durch Teilung vermehrend

lassen, während die Administratorinnen und Administratoren zu hochbezahlten Managerinnen und Managern und Unternehmensvorständen werden. Die Universität, die Bürgerinnen und Bürger für ein demokratisches Gemeinwesen ausgebildet und Wissen zur Lösung gesellschaftlicher Probleme bereitgestellt hatte, wird in ein Instrument für kurzfristige Kapitalinteressen verwandelt, gerade zu einem Zeitpunkt, wo ihr Beitrag zum Überleben des Planeten besonders gebraucht wird. Der Kampf um die Universitäten ist nicht nur ein Kampf um deren eigenes Überleben geworden; er hat in jeder Gegenbewegung zur dritten Welle der Vermarktlichung eine zentrale Rolle zu spielen: als ein potenzieller moderner Fürst zur Verteidigung der modernen Gesellschaft.¹⁷

Aus dem amerikanischen Englisch von Regine Othmer

Literatur

- Althusser, Louis (1965/1968): Für Marx, Frankfurt a.M.
 Althusser, Louis (1969/1974): Lenin und die Philosophie. Über die Beziehung von Marx zu Hegel. Lenins Hegel-Lektüre, Reinbek.
 Amin, Samir (1974): Accumulation on a World Scale. A Critique of the Theory of Underdevelopment, New York.
 Anderson, Perry (1976/1978): Über den westlichen Marxismus, Frankfurt a.M.
 Baran, Paul (1957/1966): Politische Ökonomie des wirtschaftlichen Wachstums, Neuwied.
 Bernstein, Eduard (1899/1991): Die Voraussetzungen des Sozialismus und die Aufgaben der Sozialdemokratie, Berlin.
 Bockman, Johanna (2011): Markets in the name of socialism. The left-wing origins of neo-liberalism, Stanford.
 Burawoy, Michael (2003): For a sociological Marxism: The Complementary Convergence of Antonio Gramsci and Karl Polanyi, in: Politics & Society, Vol. 31 (2), S. 193-261.
 Burawoy, Michael/Wright, Erik Olin (2002): Sociological Marxism, in: Turner, Jonathan H. (Hrsg.): Handbook of Sociological Theory. Handbooks of sociology and social research, New York, S. 459-486.
 Fanon, Frantz (1961/1969): Die Verdammten dieser Erde. Mit einem Vorwort von Jean-Paul Sartre, Reinbek.
 Frank, A. Gunder (1966): Development of Underdevelopment, New York.

¹⁷ Dies spielt auf Antonio Gramscis Ziel der Herausbildung eines kollektiven »modernen Fürsten« im Kampf um Gegen-Hegemonie an. Er entwickelt dieses Konzept in Auseinandersetzung mit Machiavellis Konzept des »Fürsten« als zentralem Akteur moderner Staatlichkeit – Anm. d. Hrsg.

- Goode, Patrick (Hrsg.) (1983): Karl Kautsky. Selected Political Writings, London.
- Gramsci, Antonio (1948/1991-2002): Gefängnishefte. Kritische Gesamtausgabe in zehn Bänden, Hamburg.
- Hall, Stuart (1986): The Problem of Ideology – Marxism without Guarantees, in: Journal of Communication Inquiry, Vol. 10 (2), S. 28-44.
- Harvey, David (2003/2005): Der neue Imperialismus, Hamburg.
- Harvey, David (2005/2007): Kleine Geschichte des Neoliberalismus, Zürich.
- Hilferding, Rudolf (1919/1947): Das Finanzkapital. Eine Studie über die jüngste Entwicklung des Kapitalismus, Berlin.
- Horkheimer, Max/Adorno, Theodor W. (1947/1968): Dialektik der Aufklärung. Philosophische Fragmente, Amsterdam.
- Kautsky, Karl (1892): Das Erfurter Programm. In seinem grundsätzlichen Theil, Stuttgart.
- Kautsky, Karl (1899): Bernstein und das Sozialdemokratische Programm. Eine Antikritik, Stuttgart.
- Klein, Naomi (2007/2009): Die Schock-Strategie. Der Aufstieg des Katastrophen-Kapitalismus, Frankfurt a.M.
- Kolakowski, Leszek (1978): Die Hauptströmungen des Marxismus. Entstehung, Entwicklung, Zerfall, 3 Bde., München/Zürich.
- Kornai, János (1992): The Socialist System. The Political Economy of Communism, Princeton.
- Lenin, Wladimir I. (1917): Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus. Gemeinverständlicher Abriss, in: Ders.: Werke. Bd. 22, Berlin, S. 189-309.
- Lichtheim, George (1961): Marxism. An Historical and Critical Study, London.
- Lukács, Georg (1923/1968): Geschichte und Klassenbewusstsein, Neuwied.
- Luxemburg, Rosa (1899): Sozialreform oder Revolution?, in: Dies.: Gesammelte Werke, Bd. 1.1, Berlin, S. 369-445 (abrufbar unter: www.marxists.org/deutsch/archiv/luxemburg/1899/sozrefrev/index.htm).
- Luxemburg, Rosa (1906): Massenstreik, Partei und Gewerkschaften, in: Dies.: Gesammelte Werke, Bd. 2, Berlin, S. 91-170 (abrufbar unter: www.marxists.org/deutsch/archiv/luxemburg/1906/mapage/index.htm).
- Mandel, Ernest (1972): Der Spätkapitalismus. Versuch einer marxistischen Erklärung, Frankfurt a.M.
- Marcuse, Herbert (1955/1965): Triebstruktur und Gesellschaft, Frankfurt a.M.
- Marcuse, Herbert (1958/1964): Die Gesellschaftslehre des sowjetischen Marxismus, Darmstadt/Neuwied.
- Marcuse, Herbert (1964/1967): Der eindimensionale Mensch, Neuwied, Berlin.
- Marx, Karl (1890): Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie. Erster Band, in: MEW, Bd. 23, Berlin.
- Miliband, Ralph (1969): The State in Capitalist Society, New York.
- Nove, Alec (1983): The Economics of Feasible Socialism, London.
- Parsons, Talcott (1967): Some comments on the sociology of Karl Marx, in: Sociological Theory and Modern Society, New York, S. 102-135.
- Polanyi, Karl (1944/1978): The Great Transformation. Politische und ökonomische Ursprünge von Gesellschaften und Wirtschaftssystemen, Frankfurt a.M.

- Poulantzas, Nikos (1968/1975): Politische Macht und gesellschaftliche Klassen, Frankfurt a.M.
- Simons, Ray Esther/Simons, Harold Jack (1969): Class and Colour in South Africa, 1850-1950, Harmondsworth.
- Sweezy, Paul M. (1946): The Theory of Capitalist Development, New York.
- Thompson, Edward P. (1963/1987): Die Entstehung der englischen Arbeiterklasse, Frankfurt a.M.
- Williams, William A. (1961): The Contours of American History, Cleveland.
- Wolpe, Harold (1972): Capitalism and cheap labor power in South Africa: From segregation to apartheid, in: Economy and Society (1), S. 425-456.
- Wright, Erik Olin (2010): Envisioning Real Utopias, London/New York.

Erik Olin Wright

Durch Realutopien den Kapitalismus transformieren¹

»There is no alternative«

Margaret Thatcher, frühe 1980er Jahre

»Another world is possible«

Motto des Weltsozialforums, Anfang der 2000er Jahre

In diesem Beitrag wird ein breiter Ansatz erkundet, um soziologisch über emanzipatorische Alternativen zu dominanten Institutionen und sozialen Strukturen nachzudenken. Der Schwerpunkt liegt vor allem auf dem Problem von Alternativen zum Kapitalismus, aber vieles ließe sich gleichfalls auf andere dominante Institutionen anwenden. Das nun Folgende soll zu einer normativ gegründeten Soziologie des Möglichen, nicht nur des Gegenwärtigen, beitragen.

Am Beginn des 21. Jahrhunderts eine Theorie der Alternativen zum Kapitalismus zu entwickeln, ist eine dringliche Aufgabe: Den meisten Menschen erscheint der Kapitalismus als die natürliche Ordnung der Welt. Das war nicht immer so. Im 20. Jahrhundert sahen viele Linke und viele Rechte gleichermaßen den Sozialismus als Alternative, sei es als emanzipatorisches Versprechen, sei es als drohende Unterdrückung. Heute jedoch ist selbst für die meisten Kritiker (des Kapitalismus – M.B.) der Sozialismus als eine Zukunft gegenüber dem Kapitalismus kaum noch glaubwürdig. Dies bedeutet nicht, dass die Menschen begonnen haben, den Kapitalismus durchgängig als eine wohltuende Gesellschaftsordnung zu betrachten, in der die Menschheit aufblühen wird. Wir leben ja in einer Periode, in der viele der traditionellen Kritiken am Kapitalismus zutreffender als jemals zuvor scheinen: Ökonomische Instabilität

¹ Der Beitrag basiert auf Erik Olin Wrights Ansprache als Präsident der Amerikanischen Vereinigung der Soziologinnen und Soziologen, Denver (August 2012). Im Original veröffentlicht als: Wright, Erik Olin (2012): Transforming Capitalism through Real Utopias. American Sociological Review Vol. 78 (1), S. 1-25. In diesem Artikel werden die Grundpositionen des folgenden Buches von Erik Olin Wright von 2010 zusammengefasst: Envisioning real utopias, London/New York. Erik Wright war von 2011 bis 2012 Präsident der American Sociological Association und hat seine Ansprache als Präsident am 20. August 2012 in Denver gehalten.

und die Krise beschädigen das Leben vieler Menschen; Ungleichheit, ökonomische Polarisierung und Unsicherheit des Erwerbslebens haben sich in vielen wirtschaftlich entwickelten Ländern vertieft; das Kapital ist zunehmend »heimatlos« geworden, bewegt sich über den Globus und hat die demokratische Handlungsfähigkeit von Staaten und Gemeinschaften ernsthaft unterminiert; gigantische Unternehmen dominieren die Medien und die kulturelle Produktion; der Markt erscheint wie ein Naturgesetz, das sich dem menschlichen Eingriff entzieht; die Politik wird immer mehr durch das Geld beherrscht und erweist sich gegenüber den Anliegen und Sorgen der einfachen Bürgerinnen und Bürger als immer ignoranter. Der Bedarf an einer dynamischen Alternative zum Kapitalismus ist so groß wie eh und je. Die besonderen institutionellen Arrangements jedoch, die mit Alternativen verbunden werden – Sozialismus begründet auf der staatlichen Kontrolle der Wirtschaft –, werden als unfähig angesehen, diese Versprechen einzulösen. Anstatt als Bedrohung des Kapitalismus angesehen zu werden, erscheint das Reden über den Sozialismus gegenwärtig mehr als ein archaischer, utopischer Traum oder, schlimmer noch, als etwas, was davon ablenkt, sich mit den lösbaren Problemen in der Realität zu befassen.

Um sich den Problemen zuzuwenden, wie sie in der Idee der »Realutopien« verankert sind, wird im Folgenden ein machtzentrierter Ansatz vorgeschlagen. Im Kern dreht sich der Vorschlag darum, die Machtverhältnisse in der Ökonomie so zu verändern, dass die Möglichkeit einer ernsthaften Demokratie vertieft und erweitert wird. Zunächst werden zwei Grundannahmen diskutiert, die von allen Varianten kritischer und emanzipatorischer Sozialwissenschaft geteilt werden. Die Idee der Realutopien ist eine Form von Antwort auf die intellektuelle Herausforderung, die durch diese Annahmen formuliert wird.

Die Grundlagen

Alle Varianten der Sozialwissenschaft, soweit sie kritische und emanzipatorische Anliegen haben, unabhängig davon, ob sie in den Werten und Überzeugungen der Linken oder der Rechten begründet sind, teilen zwei Grundannahmen:

Grundannahme einer kritischen Sozialwissenschaft: Viele Formen menschlichen Leidens und viele Einschränkungen menschlichen Gedeihens sind das Resultat existierender Institutionen und sozialer Strukturen.

Grundannahme einer emanzipatorischen Sozialwissenschaft: Eine richtige Transformation existierender Institutionen und Strukturen hat das Potenzial, menschliches Leiden deutlich zu reduzieren und die Möglichkeiten menschlichen Gedeihens auszuweiten.

Die erste Annahme bestätigt die sehr allgemeine Vorstellung, dass wesentliche Aspekte menschlichen Leidens und der Einschränkungen menschlichen Gedeihens nicht einfach das Resultat der menschlichen Natur, Taten Gottes oder Variationen in den Eigenschaften von Menschen sind, sondern soziale Ursachen haben. In dieser abstrakten Form wird diese Annahme von nahezu allen Soziologen akzeptiert, unabhängig davon, ob sie sich explizit mit irgendeiner Form kritischer Soziologie identifizieren. Sie ist folglich nicht umstritten. Außerordentlich umstritten wird diese Annahme natürlich, wenn konkrete Aussagen zu den sozialen Quellen der Übel getroffen werden. Es wurden viele Vorschläge gemacht, diese zu bestimmen: die Grundstrukturen der kapitalistischen Ökonomie; die nichtintendierten Effekte des Wohlfahrtsstaats; anhaltende soziale und kulturelle Strukturen von Rassismus und Sexismus; die Bildungsinstitutionen; Veränderungen in den Familienstrukturen; bestimmte Arten von Technologien. Ein großer Teil der soziologischen Forschung versucht, diese Quellen des Übels zu identifizieren und zwischen rivalisierenden Argumenten zu entscheiden.

Die zweite Annahme sollte nicht als bloße Abwandlung der ersten begriffen werden. Es kann sein, dass verschiedene kausale Prozesse, die mit dem Kapitalismus verbunden sind, große Teile menschlichen Leids erklären, dass aber jeder vorsätzliche Versuch, die Grundstrukturen des Kapitalismus zu transformieren, die Dinge nur schlimmer machen würde. Infolge der nichtintendierten und nicht zu kontrollierenden Effekte der Versuche der bewussten gesellschaftlichen Transformation, wäre die Kur schlimmer als die Krankheit. Dies ist im Kern das Argument von Hayek (1988) in seinem Angriff auf radikale Reformer. In der langen Tradition des klassischen konservativen Denkens stellt Hayek zwei zentrale Behauptungen auf (wenn auch nicht genau mit diesen Begriffen formuliert): Erstens sind im Allgemeinen die nicht-intendierten Konsequenzen des bewussten sozialen Wandels größer als die intendierten Konsequenzen. Zweitens: Je umfassender die angestrebte gesellschaftliche Transformation ist, desto größer sind die nicht-intendierten negativen Konsequenzen.² Zusammengenommen führen diese Argumente zu

² Hayeks zwei Annahmen sind auf der Schwierigkeit begründet, ein kohärentes soziales Gleichgewicht zu erzeugen, in dem die verschiedenen Arten von Erwar-

dem Schluss, dass selbst, wenn man die erste Annahme (die einer kritischen Sozialwissenschaft – M.B.) akzeptiert, man die zweite Annahme (die einer emanzipatorischen Sozialwissenschaft – M.B.) zurückweisen muss. Die emanzipatorische Annahme stelle den »fatalen Dünkel« von Intellektuellen dar, die, nach den Worten Hayeks, annehmen, dass »der Mensch in der Lage ist, die ihn umgebende Welt nach seinen Wünschen zu gestalten«.

Auch wenn ich mit Hayeks Pessimismus nicht einverstanden bin und die Grundannahme einer emanzipatorischen Sozialwissenschaft teile, so denke ich doch, dass solche Argumente nicht leicht von der Hand gewiesen werden dürfen. Der bekannte Aphorismus »Der Weg zur Hölle ist mit guten Absichten gepflastert« basiert auf zu vielen historischen Beispielen, als dass er ignoriert werden dürfte; viele von diesen Beispielen wurden durch emanzipatorisches Streben beflügelt. Die Idee der Realutopien ist ein Weg, über Alternativen und Transformationen nachzudenken, der diesen Bedenken Rechnung trägt.

Der Ausdruck »Realutopien« ist als Provokation gemeint, gehen doch »Utopie« und »real« nicht leicht zusammen. Thomas Morus hat im frühen 16. Jahrhundert das Wort *Utopie* als eine Art Wortspiel geprägt, indem er das griechische Wort für Ort – *topos* – mit zwei Vorsilben verbunden hat, die in Englisch gleich klingen – *ou* mit der Bedeutung von »nicht« und *eu* mit der Bedeutung von »gut«. Utopia ist zugleich ein Ort im Nirgendwo und ein guter Ort. Sie ist die Phantasie einer perfekten Welt, die unsere moralischen Ideen vollständig verkörpert. Wenn Politikerinnen und Politiker einen politischen Vorschlag pauschal diskreditieren wollen, ohne ernsthaft argumentieren zu müssen, nennen sie ihn utopisch.

Realisten lehnen solche Phantasien als Ablenkung von der ernsthaften Aufgabe ab, praktische Verbesserungen existierender Institutionen durchzuführen. Die Idee der Realutopie umschließt diese Spannung zwi-

tungen und Verhaltensweisen sozialer Akteure sich in einer Weise verbinden, welche das notwendige Minimum an sozialer Stabilität ermöglicht. Hayek zufolge können soziale Systeme nur langsame, evolutionäre Prozesse des Wandels und breit verteilter Anpassung tolerieren. Nach dieser Auffassung von der inhärenten Fragilität sozialer Integration führt abrupter bewusster Wandel unweigerlich zu sozialer Desintegration. In Reaktion auf das entstehende Chaos kommt es zwangsläufig zu staatlicher Unterdrückung als einzigem Weg, die soziale Ordnung aufrechtzuerhalten (so ist der »Weg zur Knechtschaft« die Vorhersage über Versuche der Revolution). Dazu bedarf es keiner Annahme böser Absichten seitens der Revolutionäre, sondern nur von Selbstbetrug, Wunschdenken und Arroganz.

schen Träumen und Praxis: *Utopie* bedeutet, Visionen von Alternativen zu den dominanten Institutionen zu entwickeln, die unsere tiefsten Sehnsüchte nach einer Welt verkörpern, in denen alle Menschen Zugang zu den Bedingungen eines gedeihlichen Lebens haben; *real* meint, dass es darauf ankommt, Alternativen vorzuschlagen, die die Probleme nicht-intendierter Folgen, selbsterstörerischer Dynamiken und die schwierigen Dilemmata von normativen Trade-Offs ernst nehmen.³

Ein Realutopist hält an den emanzipatorischen Idealen fest, ohne sich ihrer zu schämen oder in Zynismus zu verfallen, und ist sich zugleich der tiefen Komplexitäten und Widersprüche bei der Realisierung dieser Ideale völlig bewusst.

Die Erforschung von Realutopien ist ein integraler Bestandteil einer breiten Agenda einer emanzipatorischen Sozialwissenschaft, die vier wesentliche Aufgaben hat:

1. Spezifizierung der *moralischen Prinzipien* der Bewertung von gesellschaftlichen Institutionen;
2. die Nutzung dieser moralischen Prinzipien als Standards für die *Diagnose und Kritik* existierender Institutionen;
3. die Entwicklung eines Sets von *lebensfähigen Alternativen* als Antwort auf die Kritik;
4. die Ausarbeitung einer *Theorie der Transformation* zur Realisierung dieser Alternativen.

Um über diese Aufgaben nachzudenken, ist die Metapher einer Reise von Nutzen: Die beiden ersten Aufgaben sagen uns, was falsch ist an der Welt, in der wir leben, und warum wir sie hinter uns lassen wollen; die dritte Aufgabe erzählt uns etwas über den Ort, zu dem wir hin wol-

³ Der Begriff *nicht-intendierte Konsequenzen* bezieht sich auf alle Nebenfolgen einer Transformation, die nicht Teil der Motivation für die Transformationen gewesen sind. Einige von ihnen mögen positiv sein, viele sind jedoch negativ. *Selbsterstörerische Dynamiken* stellen einen besonderen Fall negativer nicht-intendierter Konsequenzen dar: Es handelt sich um Nebenfolgen, die im Laufe der Zeit die Möglichkeitsbedingungen zerstören, die Transformation selbst aufrecht zu halten. Der Terminus *Dilemmata normativer Trade-Offs* bezieht sich auf den Fakt, dass je größer die Anzahl moralischer Werte ist, denen jemand zu folgen versucht, es desto unwahrscheinlicher ist, dass irgendein institutionelles Arrangement in der Lage ist, sie alle vollständig zu verwirklichen. Wenn unsere emanzipatorischen Ideale einen Bereich komplex miteinander verbundener Werte umfassen – z.B. Freiheit, Demokratie, Gleichheit, Nachhaltigkeit, Gemeinschaft und Individualität –, dann sind die institutionellen Transformationen unweigerlich mit Spannungen und Widersprüchen entlang dieser Werte konfrontiert. Ein Realutopist macht sich darüber Sorgen, ein reiner Utopist dagegen nicht.

len; und die vierte Aufgabe hilft uns zu verstehen, wie wir von hier nach dort kommen. Der weitere Teil des Beitrags wird sich jedem einzelnen Element dieser Reise widmen.

Moralische Prinzipien

Viele verschiedene moralische Prinzipien können als Standards genutzt werden, um existierende Institutionen und soziale Strukturen zu beurteilen, die Erforschung von Alternativen anzuleiten und die Aufgaben der Transformation zu definieren. Unterschiedliche moralische Prinzipien inspirieren zu unterschiedlichen Reisen.

Hier will ich mich auf drei Prinzipien konzentrieren: Gleichheit, Demokratie und Nachhaltigkeit.

Gleichheit

Moralische Fragen, die mit der Idee der Gleichheit verbunden sind, haben immer einen zentralen Gegenstand der Soziologie dargestellt: Es geht um das Verständnis der Ursachen und Konsequenzen verschiedener Formen von Ungleichheit, besonders derer, die mit Klassen, Geschlechtern und Rassen (race – M.B.) verbunden sind. Ich definiere das Prinzip der Gleichheit folgendermaßen: In einer sozial gerechten Gesellschaft würden alle Menschen grundsätzlich den gleichen Zugang zu jenen gesellschaftlichen und materiellen Bedingungen haben, die für ein gedeihliches Leben notwendig sind.

Vier Ideen sind entscheidend in dieser Formulierung. Erstens wird in diesem Prinzip das *menschliche Gedeihen* als oberstes Gut bestimmt. In den Diskussionen egalitärer Ideale wird eine ganze Bandbreite miteinander verbundener Begriffe genannt: Wohlfahrt, ein gutes Leben, Glück und auch das Gedeihen. In der Praxis ist es wahrscheinlich nicht wesentlich, welche Idee genutzt wird, weil gesellschaftliche Praktiken, die eines dieser Ziele unterstützen, mit großer Sicherheit auch die anderen fördern.

Mir scheint jedoch menschliches Gedeihen am wenigsten anfällig zu sein gegenüber einer rein subjektiven Interpretation und am systematischsten geprägt durch gesellschaftliche Bedingungen. Es bezieht sich auf die verschiedenen Wege, auf denen Menschen in der Lage sind, ihre Talente und Fähigkeiten zu entwickeln, ihr Potenzial als menschliche Wesen zu realisieren. Das Konzept privilegiert keine der Fähigkeiten gegenüber anderen. Diese Fähigkeiten sind intellektuell, körperlich,

künstlerisch, sozial und moralisch. Ein gedeihliches menschliches Leben ist eines, in dem diese Talente und Fähigkeiten entwickelt werden.⁴

Das egalitäre Ideal ist zweitens im Prinzip der Idee des gleichen Zugangs zusammengefasst, nicht dem der gleichen *Chance*. Es ist charakteristisch für die Amerikaner, über Fairness als Chancengleichheit nachzudenken. Auch ich glaube, dass gleiche Chancen eine gute Sache sind – eine Welt, die durch gleiche Chancen geprägt ist, ist besser als eine mit ungleichen Chancen. Aber ich denke, dies reicht nicht, um die moralische Intuition, die hinter der Idee der Gleichheit steht, völlig zu erfassen. Die Gleichheit der Chancen hat eine Reihe von Begrenzungen. Sie wäre auch gegeben in einer Welt, in der es eine perfekte Lotterie gäbe, die per Geburt zehn Prozent der Kinder ein gedeihliches Leben sichert, während die restlichen neunzig Prozent ein Leben in Entbehrung vor sich sehen. Das ist eine Version von gleichen Chancen, aber kaum jemand würde dies als gerecht ansehen. Die Idee der Chancengleichheit legt auch kein Augenmerk auf die Ungleichheit der Ergebnisse – die gleiche Chance, Hungers zu sterben, ist immer noch eine gleiche Chance; aber sie stellt keinen gleichen Zugang zu den Bedingungen her, die für ein gedeihliches Leben notwendig sind. Und schließlich ist Chancengleichheit kompatibel mit einer sehr harten strafenden Sicht auf Menschen, die es nicht schaffen, in jungen Jahren die Chancen, die sie haben, zu nutzen. Vom Standpunkt der Chancengleichheit ist, wenn Menschen im »Ausgangspunkt« gleiche Chancen haben, nichts ungerecht daran, wenn sie später Entbehrungen leiden, weil sie als junge Erwachsene ihre Chancen ausgeschlagen haben. Dies reflektiert eine soziologisch verarmte Sicht auf den Lauf des Lebens, darauf, wie sich Motivationen formen und in verschiedenen Lebensabschnitten unterbrochen werden. Es stellt eine völlig unrealistische soziologische und psychologische Auffassung vom Maß der »Verantwortung« für die Konsequenzen eigenen Handelns dar, die Personen zugerechnet werden können.⁵ Die Position des gleichen

⁴ Die Idee eines gedeihlichen Lebens, die hier vorgeschlagen wird, steht in engem Bezug zur Idee der »Fähigkeiten«, wie sie von Sen (1999) und Nussbaum (2000) entwickelt wurde. Zu einer ausführlichen Diskussion des Gedeihens siehe Wright (Wright 2010, Kapitel 2).

⁵ Wie viel Verantwortung Individuen für ihre Wahlentscheidungen zugerechnet werden soll, ist natürlich eine sehr schwierige philosophische Frage. Es gibt immer eine Spannung zwischen der soziologischen Erklärung von Verhalten einerseits, die auf die Ursachen blickt, die hinter den Entscheidungen stehen, die Menschen machen, und der Zurechnung moralischer Verantwortung von Menschen für ihre Wahlentscheidung andererseits. Im Allgemeinen lassen egalitäre Theo-

Zugangs schließt einen weit mitfühlenderen Blick auf die Lage von Menschen ein als die Position der Chancengleichheit. Sie hat zugleich ein Gerechtigkeitsprinzip, das höhere Forderungen stellt: Menschen sollen über ihr ganzes Leben hinweg den Zugang zu den Bedingungen eines gedeihlichen Lebens haben.

Drittens bezieht sich das egalitäre Prinzip sozialer Gerechtigkeit nicht nur auf die materiellen, sondern auf die materiellen *und* auf die sozialen Bedingungen gedeihlichen Lebens. Die Idee »soziale Bedingungen, um gedeihlich zu leben« ist komplex. Wenn es um *materielle Bedingungen* geht, dann ist ziemlich klar, worüber wir reden – vor allem über ökonomische Ressourcen, um Bedürfnisse zu befriedigen, und auch solche Dinge wie persönliche physische Sicherheit. Bei *sozialen Bedingungen* handelt es sich um eine weit heterogenere Idee. Dazu gehören Aspekte wie gesellschaftliche Anerkennung, Gemeinschaft, Solidarität und Vertrauen. In einer gerechten Welt würden alle Menschen einen weitgehend gleichen Zugang zu solchen sozialen Bedingungen haben. Das bedeutet, dass Fragen sozialer Stigmatisierung und Ausgrenzung neben den bekannteren Sorgen um den Zugang zu materiellen Ressourcen Probleme sozialer Gerechtigkeit sind.⁶ Soziale Ausgrenzungen auf der Grundlage von Rasse, Geschlecht, sexueller Orientierung, Ethnizität, körperlicher Behinderung o.ä. haben den gleichen moralischen Stellenwert wie Klasse, wenn es um Maßstäbe der Kritik existierender gesellschaftlicher Institutionen und sozialer Strukturen geht.⁷

Viertens bezieht sich das oben formulierte Prinzip der Gleichheit auf *alle* Personen. Das bedeutet, dass in einer gerechten Welt alle Personen unabhängig von Rasse, Klasse, Geschlecht, sexueller Orientierung, körperlicher Behinderung, Ethnizität, Religion, Nationalität, Status der

rien Ungleichheiten zu, die als Resultat von Wahlentscheidungen und Anstrengung entstehen, nicht aber solche, die durch Kräfte bedingt sind, die außerhalb der Kontrolle der Individuen liegen und für die sie keine Verantwortung tragen. Aber es ist wohl unmöglich, eine eindeutige Linie zwischen diesen Quellen von Ungleichheit zu ziehen.

⁶ Nancy Fraser (2000; 2003) betont die Idee sozialer Anerkennung als integralen Bestandteil von Gerechtigkeit. Zur Diskussion über den wechselseitigen Zusammenhang von Klasse und Anerkennung als moralische Fragen siehe Sayer (2005).

⁷ Die zentrale Idee hier ist, dass alle diese Formen sozialer Ausgrenzung einen gleichen *moralischen Stellenwert* haben. Das muss von der Frage unterschieden werden, welche *erklärende Bedeutung* jede dieser gegebenen Formen von Ausgrenzung für den Zugang zu den Bedingungen eines gedeihlichen Lebens hat, sei es im Leben konkreter Personen oder in den sozialen Institutionen einer bestimmten Gesellschaft.

Staatsbürgerschaft oder Lebensort weitgehend den gleichen Zugang zu den materiellen und sozialen Bedingungen haben, die für ein gedeihliches Leben notwendig sind. Das ist ein sehr starkes Kriterium. Wir leben in einer ungerechten Welt, wo einige in armen Gemeinschaften oder Ländern geboren werden, andere dagegen in reichen Gemeinschaften und Ländern. In der Folge haben Menschen einen ungleichen Zugang zu den materiellen Bedingungen eines gedeihlichen Lebens. Es mag sein, dass es aus ganz verschiedenen Gründen schwierig – oder sogar unmöglich – ist, diese globale Ungerechtigkeit völlig zu überwinden. Aber eine abträgliche Ungleichheit wird nicht dadurch gerecht, nur weil es schwierig ist, die Dinge zu ändern.⁸

Demokratie

Es gibt viele verschiedene Wege, um Demokratie zu definieren. Ich möchte sie hier auf eine Weise definieren, die den zentralen moralischen Wert betont, den demokratische Institutionen zu realisieren suchen: In einer völlig demokratischen Gesellschaft würden alle Menschen den weitgehend gleichen Zugang zu den notwendigen Bedingungen haben, um in bedeutungsvoller Weise an jenen Entscheidungen mitzuwirken, die ihr Leben beeinflussen.

Der Wert, der der Demokratie zugrunde liegt, ist der Wert der Selbstbestimmung, ist die Vorstellung, dass Menschen ihr Leben selbst kontrollieren, anstatt dass es durch andere kontrolliert wird. Dies schließt die individuelle Freiheit ein, Entscheidungen zu treffen, die ihr Leben als eigenständige Personen betreffen, und die Fähigkeit, an kollektiven Entscheidungen mitzuwirken, die das Leben als Mitglied einer umfassenderen Gemeinschaft beeinflussen. Wenn der demokratische Wert in dieser Weise definiert wird, dann teilen die Ideen individueller Freiheit und Demokratie grundsätzlich den gleichen Grundwert. Individuelle Freiheit bedeutet, dass Menschen in der Lage sind, autonom Entscheidungen zu treffen, ohne dass sie dazu andere konsultieren müssten, vo-

⁸ Es ist offensichtlich ein zutiefst kontroverser Anspruch, dass die Prinzipien egalitärer sozialer Gerechtigkeit auf Staatsbürgerschaft und Lebensort angewendet werden können. Einige Philosophen haben behauptet, dass Gerechtigkeitsprinzipien nur im Rahmen staatlicher Zuständigkeit voll angewendet werden können, da nur Staaten jene »Spielregeln« durchsetzen können, die Distribution, Chancen und Rechte bestimmen. Die geografisch eingeschränkte Zuständigkeit von Staaten mag eine starke Aussage über eine Welt sein, die unsere Fähigkeit beschränkt, uns in Richtung globaler sozialer Gerechtigkeit zu bewegen, aber ich glaube nicht, dass sie die zentrale Bedeutung des moralischen Imperativs selbst definiert.

rausgesetzt, dass diese Entscheidungen keinen wesentlichen Einfluss auf andere ausüben. Wenn solche Entscheidungen aber einen wesentlichen Einfluss auf andere haben, dann sollten diese anderen an diesen Entscheidungen mitwirken. Im Allgemeinen benutzen wir den Begriff Demokratie, um Situationen der kollektiven Entscheidungsfindung zu beschreiben, und den Terminus Freiheit, um Situationen zu beschreiben, die rein durch individuelle Wahlentscheidungen geprägt sind. Aber beide Termini teilen den gleichen, ihnen zugrunde liegenden Wert der Selbstbestimmung. Was sie unterscheidet, ist der Kontext, in dem diese Wahl erfolgt und in dem Entscheidungen getroffen werden.

Natürlich hat letztlich alles irgendwie Bedeutungsvolle, was wir tun, irgendeinen nicht beabsichtigten Nebeneffekt auf andere. In der Praxis gibt es keine natürliche Grenze zwischen dem Privaten und dem Öffentlichen. Wie die Grenze gezogen wird, hängt davon ab, was für eine Entscheidung wir darüber treffen, welche Nebeneffekte auf Andere erlaubt sind. Dies ist letztlich eine politische Entscheidung und spiegelt im Allgemeinen die relative Macht von verschiedenen sozialen Interessen wider. In einer völlig demokratischen Gesellschaft würde die kritische Demarkationslinie zwischen der Sphäre des Öffentlichen und des Privaten durch demokratische Deliberation zwischen Bürgerinnen und Bürgern bestimmt werden, die sich als Gleiche begegnen.

Diese Definition von Demokratie vorausgesetzt, gibt es zwei Hauptwege, auf denen eine Gesellschaft dabei versagen könnte, demokratische Werte zu realisieren. Sie könnte erstens den Test »gleicher Zugang« dann nicht bestehen, wenn einige Menschen einen stärkeren Zugang als andere zu politischer Macht haben. Das kann expliziten Regeln der Exklusion geschuldet sein wie in den Jahren nach der Gründung der USA, als Frauen und Nicht-Weiße vom Wahlrecht ausgeschlossen waren, oder es kann dadurch bedingt sein, dass zugelassen wird, dass verschiedene Formen privater Macht einigen Menschen einen privilegierten Zugang zu politischer Macht geben. Das bedeutet nicht, dass in einer zutiefst demokratischen Gesellschaft tatsächlich jede und jeder in gleichem Maße an der Ausübung von Macht beteiligt ist, sondern erfordert, dass jede und jeder den gleichen Zugang zur Partizipation hat. Zweitens kann eine Gesellschaft gemessen an dem Anspruch versagen, demokratische Werte zu realisieren, weil wichtige Entscheidungsfelder, die einen wesentlichen Einfluss auf das Leben vieler Menschen haben, vom kollektiven Entscheidungsprozess ausgeschlossen sind.

Nachhaltigkeit

Zukünftige Generationen sollen Zugang zu den sozialen und materiellen Bedingungen eines gedeihlichen Lebens zumindest in jenem Maße haben wie die gegenwärtig Lebenden. Dieser Weg, ökologische Nachhaltigkeit zu verstehen, ist eng mit dem Gleichheitsprinzip von sozialer Gerechtigkeit verbunden. Gleichheit ist ein Prinzip sozialer Gerechtigkeit zwischen den heute in der Welt Lebenden. Nachhaltigkeit ist ein Gerechtigkeitsprinzip bezogen auf Menschen, die in der Zukunft leben.⁹

Das Problem der Nachhaltigkeit als intertemporale Gerechtigkeit wirft eine ganze Reihe von sehr schwierigen Fragen auf. Dies ist vor allem dem Umstand geschuldet, dass es so schwer ist, technologischen Wandel weit in die Zukunft zu projizieren. Es kann immer sein, dass das, was heute wie eine düstere Zukunft der Umwelt aussieht, die wegen Ressourcenerschöpfung, globaler Erwärmung und Giftmüll das menschliche Gedeihen untergräbt, durch dramatische technologische Fortschritte, die das menschliche Gedeihen befördern, mehr als kompensiert wird. Viele glauben, dass es immer eine technologische Lösung für die Probleme der Zukunft geben wird, und es deshalb keinen guten Grund gibt, auf Kosten der heutigen Generationen die Umwelt für zukünftige Generationen zu schützen. Bezogen auf die reichen Länder der heutigen Welt klingt dies wie eine Rationalisierung des schieren Eigennutzes, aber mit Blick auf den globalen Süden ist dieses Argument plausibler. Das bedeutet, dass moralische Sorgen, wie sie das Problem der Nachhaltigkeit aufwirft, nicht wirklich von moralischen Sorgen abgetrennt werden können, die durch das Prinzip von Gleichheit und sozialer Gerechtigkeit, global verstanden, aufgeworfen werden.

⁹ Einige Ökologen werden gegenüber dieser anthropozentrischen Sicht auf Nachhaltigkeit kritisch sein. Ich bin über die Klimaerwärmung und andere ökologische Fragen vor allem wegen ihrer Folgen für das menschliche Gedeihen besorgt. Wenn wir heute in einer Eiszeit leben würden und die globale Erwärmung den Planeten gemäßigter und menschenfreundlicher machen würde, dann gäbe es viel weniger Grund zur Sorge. In praktischer Hinsicht ist es in der heutigen Welt wahrscheinlich gleichgültig, ob man das Prinzip der Nachhaltigkeit in der Sorge um das menschliche Gedeihen zukünftiger Generationen oder in einem breiteren Verständnis für das Wohlergehen aller lebenden Geschöpfe verankert. Beide Perspektiven verlangen große Anstrengungen, den Schaden für die Umwelt zu reduzieren. Eine anthropozentrische Perspektive auf Umweltfragen ist kein Freibrief für Umweltzerstörung, da diese für zukünftige und heutige Generationen schädlich ist; sie begründet nur, warum eine solche Zerstörung eine moralische Frage ist.

Diagnose und Kritik

Die Prinzipien von Gleichheit, Demokratie und Nachhaltigkeit stellen Kriterien für die moralische Bewertung jeder beliebigen Institution, sozialen Struktur oder auch ganzen Gesellschaften bereit. Wir können feststellen, in welchem Maße Schulen und Gesundheitseinrichtungen oder Geschlechterverhältnisse bzw. rassistisch geprägte Strukturen diese Werte realisieren. Ich konzentriere mich im Folgenden auf den Kapitalismus.¹⁰ Und dies nicht deshalb, weil ich glauben würde, dass aller Schaden, der durch existierende Institutionen angerichtet wird, irgendwie auf die Effekte des Kapitalismus reduziert werden könne, sondern weil ich glaube, dass die Erkundung von realutopischen Alternativen zum Kapitalismus eine besonders dringliche Aufgabe der Gegenwart ist.

Gleichheit

Kapitalismus ist ein Motor wirtschaftlichen Wachstums und technologischen Wandels, wie gleichermaßen Karl Marx und Adam Smith bemerkt haben. Der Kapitalismus hat die produktive Fähigkeit hervorgebracht, die materiellen Bedingungen bereitzustellen, damit alle Menschen, zumindest in den wirtschaftlich entwickelten Ländern und vielleicht auch auf der ganzen Welt, ein gedeihliches Leben auf einem vorher unbekanntem Niveau führen können. Aber Kapitalismus erzeugt von Natur aus auch hohe Niveaus von Ungleichheit beim Zugang zu diesen Bedingungen und verlängert damit die Existenz von Defiziten menschlichen Gedeihens, die beseitigt werden könnten. Dies ist zunächst ganz einfach dem bloßen Ausmaß von Ungleichheit in Einkommen und Reichtum geschuldet, wie es durch kapitalistische Märkte erzeugt wird. Auch wenn wir das weichere Kriterium der »Chancengleichheit« heranziehen, ist es fast trivial, darauf hinzuweisen, dass in den USA jene rund 20 Prozent aller Kinder, die in Familien heranwachsen, die unterhalb der Ar-

¹⁰ Es bedarf einer kurzen Anmerkung über die Definition von Kapitalismus. Viele setzen Kapitalismus mit Marktwirtschaft gleich. Kapitalismus ist aber nicht einfach eine Wirtschaft, in der Märkte eine zentrale Rolle bei der Koordination wirtschaftlicher Aktivitäten spielen. Kapitalismus ist eine spezifische Art von Marktwirtschaft – eine Marktwirtschaft, bei der die Arbeiter die Firmen, in denen sie arbeiten, weder besitzen noch kontrollieren, bei der das Kapital sich in Privateigentum befindet und den jeweiligen Zwecken unter dem Gesichtspunkt privaten ökonomischen Nutzens zugeteilt wird (anders gesagt, auf der Basis von privater Profitorientierung), und bei der die Arbeitskraft vermittelt durch Arbeitsmärkte auf die wirtschaftlichen Aktivitäten verteilt wird.

mutsgrenze aufwachsen, nicht die gleichen Möglichkeiten haben, ihre Talente und Potenziale zu entfalten wie Kinder, die in wohlhabenden Familien aufwachsen. Es geht aber nicht nur um die ungleichen Möglichkeiten für Kinder, sondern um den ungleichen Zugang zu den Bedingungen eines gedeihlichen Lebens über die ganze Lebensspanne hinweg. Dies ist der Tatsache eines unzureichenden Einkommens für ein Leben auf einem kulturell definierten würdigen Niveau und der ungleichen Verwundbarkeit gegenüber den Risiken des Lebens, wie sie aus dem Arbeitsmarkt resultieren, geschuldet. Die Konsequenzen dieser Formen ökonomischer Ungleichheit werden durch die systematische Unterversorgung mit entscheidenden öffentlichen Gütern verschärft. Die Bezieher hoher Einkommen können das Fehlen von öffentlichen Gütern durch teure hochwertige private Güter kompensieren, um verschiedene Arten von Bedürfnissen zu befriedigen – Bildung, Gesundheit, öffentliche Sicherheit und Erholung. Die Bezieher niedriger Einkommen sind auf öffentliche Güter angewiesen, die durch kapitalistische Märkte unweigerlich nur mangelhaft bereitgestellt werden.

Diese materiellen Ungerechtigkeiten des Kapitalismus sind dem normalen Funktionieren kapitalistischer Ökonomien wesenseigen; sie sind nicht nur einfach das Resultat von Krisen oder spezieller ökonomischer Bedingungen. Das bedeutet nicht, dass die einzig mögliche Lösung darin bestünde, den Kapitalismus abzuschaffen. Es könnte möglich sein, diese Form von Ungerechtigkeit durch die staatliche Bereitstellung öffentlicher Güter und durch eine Umverteilung deutlich abzuschwächen, die den ungerechten Ungleichheiten des Kapitalismus entgegenwirkt, diesen selbst aber als dominante ökonomische Struktur nicht antastet. Die Erfahrungen einiger weniger nordeuropäischer kapitalistischer Länder weist darauf hin, dass eine wesentliche Abschwächung von Ungleichheiten, die durch den Kapitalismus erzeugt werden, möglich ist. Aber es ist wichtig zu erkennen, dass selbst in diesen Fällen diese Abschwächung das Resultat der Entwicklung von nichtkapitalistischen Institutionen ist, die in der Lage sind, den Effekten kapitalistischer Prozesse entgegenzuwirken. Im Resultat sind die ökonomischen Systeme dieser Länder weniger rein kapitalistisch geprägt.

Demokratie

Aus drei Gründen erzeugt der Kapitalismus schwere Defizite bei der Verwirklichung demokratischer Werte: (1) durch den Ausschluss wichtiger Entscheidungen von öffentlicher Aushandlung; (2) dadurch, dass er erlaubt, dass privater Reichtum Einfluss auf den Zugang zu politischer

Macht nimmt; und (3) dadurch, dass Diktatur am Arbeitsplatz zugelassen wird.

Erstens: Der Ausschluss wichtiger Entscheidungen von öffentlicher Aushandlung ist dem Konzept von Privateigentum an den Produktionsmitteln wesenseigen. Das Wort »privat« im Privateigentum bedeutet, dass die Eigentümer das Recht haben, andere von den Entscheidungen über die Nutzung eben dieses Eigentums auszuschließen. In der Praxis gibt es natürlich immer einige Einschränkungen bei der Nutzung des Privateigentums, vor allem dann, wenn dessen Nutzung relevante negative Externalitäten erzeugt (z.B. Umweltverschmutzung). In einer kapitalistischen Wirtschaft ist die entscheidende Macht, über das Kapital zu verfügen, jedoch ganz in den Händen der Privateigentümer.¹¹ Der Eigentümer einer großen Fabrik hat das Recht, diese Fabrik zu schließen und mit dem Ziel erhöhten Profits einen anderen Standort zu suchen. Dies kann einen verheerenden Effekt nicht nur auf das Leben jener haben, die ihren Job verlieren, sondern auch auf das Leben anderer vor Ort, deren Häuser an Wert verlieren, oder deren Lebensunterhalt in anderer Weise von der Fabrik abhängig war. In einer kapitalistischen Ökonomie ist es völlig legitim, solche Entscheidungen alleinig nach dem Kriterium zu treffen, was für diejenigen, denen die Fabrik gehört, nutzbringend ist. Menschen, die von solchen Entscheidungen betroffen sind, haben keinerlei Recht, an der Entscheidung mitzuwirken. Dies aber ist eine Verletzung des Demokratieprinzips.

Jene, die den Kapitalismus verteidigen, können einwenden, dass es für die Dynamik des Kapitalismus, für Effizienz und Wirtschaftswachstum notwendig ist, dass es den Kapitaleigentümern gestattet ist, ihr Kapital zu verlagern, ohne sich Gedanken über die Auswirkung einer solchen Entscheidung auf die Nichteigentümer zu machen. Sie können sogar sagen, dass die individuelle Freiheit, die mit dem Privateigentum verbunden ist, wichtiger sei als Demokratie. Demokratie ist ja schließlich nicht das Einzige, um das wir uns sorgen. In komplexen Systemen sind normative Trade-Offs unvermeidlich. Aufgrund solcher Annahmen kann man den Schluss ziehen, dass das Recht der Zerstörung der Werte von Häusern oder des Lebensunterhalts von Bürgerinnen und Bürgern

¹¹ Es gibt sicherlich viele Differenzierungen in Bezug auf diese einfache Charakterisierung. Die Nutzung von Steuern für Investitionen in Infrastruktur ist zum Beispiel eine öffentliche Verfügung über Kapital. Wie ich weiter unten ausführen werde, gilt, dass in dem Maße, wie durch den Staat mittels Steuern und anderer Mechanismen über Kapital in der Wirtschaft verfügt wird, die Wirtschaft weniger kapitalistisch im umfassenden Sinne wird.

der betroffenen Kommune durch die Werte, die mit dem Privateigentum verbunden sind, gerechtfertigt ist, auch wenn dies bedauerlicherweise demokratische Werte verletzt. Dies alles kann man sagen; aber was man nicht legitimerweise sagen kann, ist, dass der Kapitalismus, indem er öffentlich relevante Entscheidungen Privatpersonen überlässt, nicht den fundamentalen Wert der Demokratie verletzen würde.

Ein zweiter Grund dafür, dass der Kapitalismus der vollständigen Verwirklichung der Demokratie widerspricht, ist die Tatsache, dass er es zulässt, dass privater Reichtum den Zugang zu politischer Macht beeinflusst. Dies ist überall wahr; es gibt keine kapitalistische Demokratie, die in der Lage wäre, die politische Entscheidungsfindung von der Ausübung jener Macht abzuschirmen, die mit kapitalistischem Reichtum verbunden ist. In den USA wurde dieser Angriff auf die Demokratie durch die jüngste Entscheidung des Obersten Gerichts über die Nutzung von Unternehmensfonds für politische Kampagnen intensiviert. Aber dieses Problem ist nicht für das institutionelle Design des politischen Spiels der USA spezifisch; es ist den Ungleichheiten des Kapitalismus bezogen auf Reichtum und auf die strukturelle Macht des Kapitals wesenseigen.¹²

Die dritte Weise, in der Kapitalismus Demokratie verletzt, ist der Umstand, dass er Diktatur am Arbeitsplatz zulässt. Wenn Arbeiterinnen und Arbeiter sich bereit erklären, für einen kapitalistischen Arbeitgeber zu arbeiten, dann stimmen sie auch zu, sich der Autorität anderer zu unterwerfen und zu tun, was ihnen gesagt wird. Wenn ihnen dies nicht passt, dann können sie kündigen; aber da sie dann eine andere Arbeit finden müssen, ist dies eine illusorische Autonomie. Solange Arbeiter nicht zwischen demokratisch organisierten Arbeitsplätzen und autoritären Firmen frei wählen können, kann das Beschäftigungsverhältnis nicht wirklich als »Kapitalismus zwischen einwilligenden Erwachsenen« angesehen werden. Man kann diese Arrangements wiederum mit dem Verweis auf Effizienz oder andere Gründe verteidigen, aber dies ändert nichts an dem Fakt, dass autoritäre Arbeitsplätze das demokratische Prinzip verletzen, dass Menschen Mitwirkende an jenen kollektiven Entscheidungen sein sollen, die in bedeutungsvoller Weise ihre Leben beeinflussen.¹³

¹² Die strukturelle Macht des Kapitals bezieht sich darauf, wie Kapitalinteressen die Möglichkeiten staatlichen Handelns einschränken, weil dieses von der Vitalität der Kapitalakkumulation abhängig ist. Für die mittlerweile klassische Diskussion siehe Block (1977), Lindblom (1977) und Przeworski (1985).

¹³ Für eine gute Diskussion zum Problem der Diktatur am Arbeitsplatz als fundamentale Verletzung demokratischer Prinzipien siehe Dahl (1985).

Nachhaltigkeit

Es ist dem Kapitalismus wesenseigen, dass er die Qualität der Umwelt zukünftiger Generationen bedroht. Ursache sind die Imperative des Konsumismus und das unaufhörliche Wachstum der materiellen Produktion. Die Welt ist endlich; ein endloses Wachstum materieller Konsumtion ist einfach nicht mit langfristiger Nachhaltigkeit der Umwelt vereinbar. Dies heißt nicht, dass Wohlstand als solcher mit der Umwelt nicht vereinbar wäre, sondern dass ein Wohlstand, der von der Dynamik endlosen Wachstums abhängt, mit der Umwelt nicht vereinbar ist.¹⁴

Konsumismus und Wachstumsimperative im Kapitalismus sind nicht einfach nur kulturelle Fakten. Konsumismus ist ein zentraler Imperativ einer stabilen kapitalistischen Wirtschaft; denn nur dadurch, dass Menschen auf Märkten Waren kaufen, können kapitalistische Unternehmen Jobs schaffen; und nur durch Jobs können die meisten Menschen Einkommen erzielen. Eine antikonsumistische Wirtschaft ist eine, in der die Steigerung der Arbeitsproduktivität nicht in höheren Konsum, sondern in ein Mehr an Muße verwandelt wird. Würde dies aber passieren, dann würden kapitalistische Unternehmen ständig mit Problemen einer unzureichenden Nachfrage für ihre Produkte konfrontiert sein.¹⁵ In der Wirtschaftskrise, die 2008 begann, erscholl das beständige Mantra, wie das Wachstum, wie die Konsumnachfrage zu stimulieren sei. Nur wenn es gelänge, die Profitmaximierung als treibende Kraft der Kapitalakkumulation einzuschränken, wäre es möglich, in den reichen Regionen der Welt die Wirtschaft so umzugestalten, dass der Ausweitung der Muße Priorität gegenüber der Ausweitung der Konsumtion gegeben würde und die meisten Menschen in der Lage wären, ohne einen ständigen Anstieg der materiellen Produktion einen adäquaten Lebensstandard zu erreichen. Dies alles ist mit Kapitalismus nicht zu vereinbaren.

Alternativen

Die dritte Aufgabe einer emanzipatorischen Theorie besteht darin, zu ergründen, wie über Alternativen nachgedacht wird – gleichermaßen bezogen auf spezifische Institutionen und auf die Makrostrukturen

¹⁴ Zu einer Diskussion der Möglichkeit von Wohlstand ohne Wachstum siehe Jackson (2009).

¹⁵ Siehe Schor (1993) zu einer Diskussion über den konsumistischen Imperativ des Kapitalismus.

der Gesellschaft. Alternativen können unter den Gesichtspunkten der *Wünschbarkeit*, der *Lebensfähigkeit* und der *Erreichbarkeit* evaluiert werden. Wenn du dir Gedanken über die Wünschbarkeit machst, aber die Fragen von Lebensfähigkeit oder Erreichbarkeit ignorierst, dann bist du ein schlichter Utopist. Die Erforschung von Realutopien verlangt das Verständnis dieser beiden anderen Dimensionen. Das Kriterium der Lebensfähigkeit fragt: Wenn wir diese Alternative hervorbringen könnten, würden wir dann in der Lage sein, in ihr zu verbleiben, oder würde sie mit solchen nicht-intendierten Konsequenzen und selbstzerstörerischen Dynamiken verbunden sein, dass sie nicht nachhaltig wäre? Unter dem Kriterium der Erreichbarkeit stellt sich an eine lebensfähige Alternative die Frage: Wie kommen wir von hier nach dort?

In diesem spezifischen Moment der Geschichte ist es m.E. notwendig, sich im besonderen Maße auf das Problem der Lebensfähigkeit zu konzentrieren. Man könnte natürlich sagen, dass es sinnvoll ist, erst einmal festzustellen, ob eine Alternative überhaupt erreichbar ist, bevor man deren Lebensfähigkeit diskutiert. Warum Zeit mit der Erforschung nicht-erreichbarer Alternativen verschwenden? Es stellt sich aber heraus, dass das Problem der Erreichbarkeit einfach zu kompliziert ist, insbesondere, wenn wir verstehen wollen, ob etwas jenseits der unmittelbaren Zukunft erreichbar ist. Welche Innovationen auf dem Gebiet der öffentlichen Ordnung oder institutioneller Transformationen mögen erreichbar sein, sagen wir im Jahre 2040? Es gibt viel zu viele Unsicherheiten, um auch nur zu beginnen, auf diese Frage in irgendeiner interessanten Art und Weise zu antworten. Es gibt aber noch einen viel tieferen Grund, warum ich denke, dass die Frage nach der Lebensfähigkeit Priorität gegenüber der Frage der Erreichbarkeit haben sollte: Die Entwicklung von glaubwürdigen Ideen über lebensfähige Alternativen ist einer der Wege, ihre Erreichbarkeit zu begünstigen. Menschen werden sich viel eher für Alternativen engagieren, von denen sie glauben, dass sie funktionieren, als für Alternativen, die sie für ein Wolkenkuckucksheim halten. Zudem kann die breite Diskussion lebensfähiger Alternativen die kulturelle Resonanz für Aktionen erhöhen, die auf der Linie solcher lebensfähiger Ideen liegen. Lebensfähigkeit beeinflusst Erreichbarkeit. Dies spiegelt einen interessanten Aspekt des Begriffs von den »Grenzen des Möglichen« in sozialen Kontexten im Unterschied zur natürlichen Welt wider. Bevor Einstein zeigte, dass sich nichts schneller als Licht bewegen kann, galt es natürlich trotzdem, dass die Lichtgeschwindigkeit die absolute Grenze möglicher Geschwindigkeit darstellte. Die Realität dieser Möglichkeitsgrenzen hing nicht von ihrer Entdeckung

ab. Anders stellt sich dies hinsichtlich der Frage sozialer Möglichkeit dar, denn der Glaube an die Grenzen des sozial Möglichen ist einer der Faktoren, die beeinflussen, ob etwas überhaupt möglich wird. Der Nachweis der Lebensfähigkeit von Alternativen hat das Potenzial, diesen Glauben zu beeinflussen.

Zwei weitere Anmerkungen zur Idee der Alternativen sind an dieser Stelle für die Erforschung von Realutopien zu machen. Erstens: Wie man über Alternativen denkt, hängt zum Teil von der eigenen Konzeptionalisierung der Idee des »sozialen Systems« ab. Eine bestimmte Metapher für das Nachdenken über soziale Systeme stellt diese in Analogie zu Organismen dar, deren Teile eng miteinander zu einem funktionalen Ganzen verflochten sind. Es gibt ein bestimmtes Maß an Freiheit und Variabilität in der Art und Weise, in der die Teile funktionieren, aber letztlich bilden sie eine Totalität funktionaler Interdependenz. Wenn wesentliche Teile des Ganzen entfernt oder deutlich transformiert werden, kommt es zur Desintegration des Ganzen. Entsprechend einer anderen Metapher ist das soziale System eher ein Ökosystem. Man stelle sich einen Teich vor. Dieser enthält viele Arten von Fischen, Insekten und Pflanzen. Manchmal wird eine fremde Spezies in ein solches Ökosystem eingeführt und gedeiht, manchmal aber auch nicht. Einige Ökosysteme sind sehr fragil und können leicht zerstört werden; andere tolerieren durchaus ein stärkeres Eindringen fremder Arten, ohne dadurch wesentlich beeinflusst zu werden. Denkt man über ein soziales System als Ökosystem nach, dann gilt weiterhin, dass alles voneinander abhängt, aber die Wechselwirkungen bilden keine eng funktionalisierte Totalität. Dies eröffnet einen anderen Weg, sich Alternativen vorzustellen. Ein Weg, ein Ökosystem zu transformieren, ist die Einführung einer fremden Art, die zunächst eine Nische findet und dann schrittweise bestimmte andere Arten ersetzt. Die Idee der Realutopien als Weise der Transformation einer Gesellschaft korrespondiert mehr mit der Sicht auf die Gesellschaft als Ökosystem als mit der, sie als Organismus zu betrachten.

Die zweite allgemeine Anmerkung zu Alternativen betrifft zwei konträre Weisen des Nachdenkens darüber, wie die Welt zu einem besseren Ort gemacht werden kann – durch Reformen mit dem Ziel der Verbesserung oder durch realutopische Transformationen. Reformen mit dem Ziel der Verbesserung blicken auf existierende Institutionen, identifizieren deren Schwächen und schlagen Verbesserungen vor, die umgesetzt werden können. Diese Verbesserungen sind wichtig – sie verringern den Schaden und erhöhen das Gedeihen –, aber sie sind begrenzt auf Vorschläge, die sich direkt auf existierende Strukturen beziehen und

einen Schritt darüber hinaus gehen. Im Gegensatz dazu stellen Realutopien sich die Konturen einer alternativen sozialen Welt vor, die emanzipative Ideale verkörpert, und suchen von hier aus nach sozialen Innovationen, die wir in der Welt, wie sie ist, realisieren können, und die uns in Richtung dieser alternativen Welt voranbringen. Manchmal stellt sich heraus, dass es dabei um nichts anderes als um eine Reform mit dem Ziel der Verbesserung geht, aber oft stellen solche Reformen keine Bausteine einer emanzipatorischen Alternative dar. Nehmen wir zum Beispiel die Maßnahmen positiver Diskriminierung (*affirmative action*) mit Bezug auf die Rassenfrage. Positive Diskriminierung ist eine wichtige Politik, um die verderblichen Folgen des andauernden Rassismus zu bekämpfen. Dabei handelt es sich nicht nur um das Erbe des Rassismus der Vergangenheit. Aber ich würde behaupten, dass positive Diskriminierung keinen Baustein einer Welt von Gerechtigkeit und Emanzipation mit Bezug auf die Rassenfrage darstellt. Sie stellt ein notwendiges Mittel dar, um sich in Richtung einer solchen Welt zu bewegen, aber sie ist nicht selbst ein konstitutives Element jener Alternative, nach der wir streben.

Wenn man sich in dieser Weise positiv auf Realutopien bezieht, bedeutet dies nicht, Reformen mit dem Ziel der Verbesserung zurückzuweisen. In der praktischen Welt der Kämpfe, um die sozialen Bedingungen für menschliches Gedeihen zu schaffen, kommt es darauf an, ein pragmatischer Idealist zu sein. Oft bedeutet dies, sich mit Flickwerkprogrammen durchzuschlagen, die keine emanzipatorische Alternative vorwegnehmen. Manchmal ist dies das Beste, was man machen kann. Aber manchmal ist es möglich, die Kämpfe für Gleichheit, Demokratie und Nachhaltigkeit über solche engen Einschränkungen hinauszuführen und Institutionen zu schaffen, die für eine grundsätzlichere Alternative konstitutiv sind.

Beispiele

Soweit es um die Erforschung praktischer Gegenstände geht, konzentriert sich die Analyse von Realutopien vor allem auf Institutionen, die in dieser oder jener Hinsicht radikalere, emanzipatorische Alternativen vorwegnehmen. Manchmal sind sie im Kontext von politischen Kämpfen geschaffen worden; in anderen Fällen entstehen sie leise, ohne scharfe Konfrontation. Manchmal befinden sie sich im offenen Konflikt mit dominanten Institutionen; ein anderes Mal besetzen sie Nischen innerhalb des sozioökonomischen Systems, Nischen, die keine Bedrohung

darstellen. Bevor eine systematische theoretische Karte der Realutopien zum Kapitalismus entwickelt wird, scheint es sinnvoll zu sein, kurz eine Reihe von Beispielen zu beschreiben. Viele von ihnen sind ausführlicher in Wright (2010: 150-269) dargestellt.

Partizipativer Haushalt: Der partizipative Haushalt stellt eine Transformation der Art und Weise dar, wie städtische Haushalte entstehen. Der Haushalt wird nicht durch technische Experten, die mit Politikern zusammenarbeiten, erstellt, sondern dieser wird durch die gewöhnlichen Bürgerinnen und Bürger geschaffen, die sich in Volksversammlungen treffen und über Haushaltsalternativen abstimmen. Im Modell des partizipativen Haushalts, wie er in den frühen 1990er Jahren durch die brasilianische Arbeiterpartei in der brasilianischen Stadt Porto Alegre initiiert wurde, erhielten Nachbarschaftsversammlungen in der ganzen Stadt die Möglichkeit, Haushaltsschwerpunkte zu diskutieren, besondere Projekte des Haushalts vorzuschlagen und dann Delegierte für einen stadtweiten Haushaltsrat zu ernennen, der alle Vorschläge der verschiedenen Nachbarschaftsversammlungen zusammenbrachte und innerhalb eines kohärenten städtischen Haushalts vereinte. Dieses Ausgangsmodell hat sich auf viele andere Städte in Lateinamerika und darüber hinaus ausgedehnt, jüngst auf Stadtteile in Chicago und New York. Im Ergebnis entsteht ein Haushalt, der dem demokratischen Ideal des gleichen Zugangs aller Bürgerinnen und Bürger bei der Teilhabe an der Ausübung von Macht, die diesen Namen verdient, deutlich näher kommt.

Wikipedia: Wikipedia ist das Beispiel von etwas, was niemand für möglich gehalten hätte, bevor es passierte. Mehrere Hunderttausend Menschen auf der ganzen Welt kooperieren aktiv ohne Entgelt und editieren die größte Enzyklopädie der Welt. Es gibt mehr als vier Millionen Einträge in englischer Sprache und diese oder jene Version von Wikipedia in über einhundert Sprachen. Sie ist für jeden in der Welt entgeltfrei nutzbar, der Zugang zum Netz hat.¹⁶ Die Qualität ist teilweise unterschiedlich, aber insgesamt ziemlich hoch. Wikipedia ist das bekannteste Beispiel für ein viel allgemeineres Modell nicht-hierarchischer

¹⁶ Der ungleiche Zugang zum Internet ist weiterhin ein wichtiges Problem, vor allem global, das den Zugang zu Wikipedia begrenzt. Die Wikimedia Foundations – jene Organisation, die die Infrastruktur für Wikipedia sichert – hat dieses Problem erkannt und entwickelt neue Technologien, um Wikipedia auf kleinen externen Speicherlaufwerken für Bibliotheken und öffentliche Schulen in Entwicklungsländern frei zugänglich zu machen, die keinen Internetzugang haben.

wirtschaftlicher Kooperation: eine Peer-to-Peer-Produktion mit Eigentumsrechten auf Basis von Open Source.¹⁷

Öffentliche Bibliotheken: »Jedem nach seinen Bedürfnissen« ist Teil eines bekannten Verteilungsprinzips, das mit Karl Marx assoziiert wird. Man geht in eine Bibliothek und wählt jene Bücher aus, die man braucht. Geht man in einen Buchladen, dann geht man zum Regal, findet das Buch, das man braucht, sieht, dass es zu teuer ist, und stellt es zurück. Öffentliche Bibliotheken sind ihrem Wesen nach antikapitalistische Institutionen, die die Ressourcen auf der Basis der Bedürfnisse verteilen und sie auf der Grundlage von Wartelisten rationieren. Einige Bibliotheken leihen mehr als nur Bücher aus: Musik, Videos, Kunstwerke, Arbeitsmittel. Oft bieten sie öffentlichen Raum für Veranstaltungen. Sie erhöhen die Gleichheit beim Zugang zu jenen materiellen Bedingungen, die für ein gedeihliches Leben notwendig sind.

Solidarische Finanzierung: Gewerkschaften und andere Organisationen der Zivilgesellschaft verwalten oft Rentenfonds für ihre Mitglieder. Im Kern stellt dies ein kollektiv kontrolliertes Kapital dar, das auf der Basis verschiedener Prinzipien verteilt werden kann. Ein interessantes Beispiel ist der *Quebec Solidarity Fund*, der durch die Arbeiterbewegung in den 1980er Jahren entwickelt wurde. Ziel des Fonds ist die Nutzung von Investitionen, nicht um die Ersparnisse für die Renten zu maximieren, sondern um Arbeitsplätze zu schützen und zu schaffen. Ein Weg, durch den der *Solidarity Fund* dies tut, sind direkte Investitionen in kleine und mittlere Unternehmen, sei es durch Private Equity Fonds oder durch Kredite. Diese Investitionen gehen gewöhnlich an Unternehmen, die stark in der Region verwurzelt sind und im Rahmen eines sozialen Prüfungsverfahrens bestimmte Kriterien erfüllen. Der *Solidarity Fund* ist auch in die Verwaltung der Firmen involviert, oft dadurch, dass er im Board der Direktoren vertreten ist. Investitionen werden gemeinhin in Unternehmen getätigt, die einen hohen gewerkschaftlichen Organisationsgrad haben, da dies dazu beiträgt, das Informationsproblem über die ökonomische Lebensfähigkeit des Unternehmens zu lösen, und die Kontrolle der Einhaltung der Nebenbedingungen der Investitionen begünstigt. Solidarische Finanzierung geht also über das gewöhnliche, sozial überprüfte Investment hinaus, denn es ist viel aktiver und direkter im Projekt der Kapitalallokation auf der Basis sozialer Prioritäten engagiert.

¹⁷ Für eine ausführliche theoretische und empirische Diskussion solcher innovativen kooperativen Formen der Produktion siehe Benkler (2006).

Genossenschaften im Belegschaftseigentum: Die wohl älteste Vision einer emanzipatorischen Alternative zum Kapitalismus sind Unternehmen, die im Eigentum der Arbeiter sind. Der Kapitalismus begann damit, dass die Arbeiter enteignet und als Lohnarbeiter in kapitalistischen Firmen angestellt wurden. Die direkteste Form, diese Enteignung zu überwinden, ist ihre Umkehrung durch Unternehmen im Belegschaftseigentum. Zumeist und fast überall sind in Marktwirtschaften derartige Genossenschaften marginal und besetzen eher kleine Nischen als den Kern des ökonomischen Systems. Eine herausstechende Ausnahme ist die *Mondragón Corporación Cooperativa* im Baskenland (Spanien). Es ist ein Konglomerat von mehr als einhundert selbständigen Arbeiterkooperativen, die ein breites Spektrum von Gütern erzeugen und Dienstleistungen anbieten, wozu hochwertige Kühlschränke, Zulieferungen für die Automobilindustrie, Fahrräder, Industrieroboter u.a. gehören. Die Kooperativen des Konglomerats haben die schwere Wirtschaftskrise Spaniens wesentlich besser überstanden als konventionelle kapitalistische Unternehmen.

Der Rat für Sozialwirtschaft von Quebec: Der Begriff Sozialwirtschaft bezieht sich auf eine ganze Bandbreite von Wirtschaftsorganisationen, oft in Kommunen verankert, deren Produktion darauf gerichtet ist, eher direkt Bedürfnisse zu befriedigen als Profit zu erzielen. Die Beispiele in Quebec umfassen in Kommunen verankerte Zentren der Tagesfürsorge, Sorgeangebote für Ältere, Zentren der beruflichen Weiterbildung und Sozialwohnungen. Quebec hat einen demokratisch gewählten Rat, den *chantier de l'économie sociale*, dem Vertreter aus allen Sektoren der Sozialwirtschaft angehören und der Initiativen zur Förderung der Sozialwirtschaft organisiert, deren Beziehung zur Provinzregierung vermittelt und an der Ausdehnung der Rolle der Sozialwirtschaft in der regionalen Wirtschaft im Allgemeinen arbeitet. Der *chantier* befördert demokratisch-egalitäre Prinzipien, indem er Wirtschaftsaktivitäten, die bedürfniszentriert sind, vorantreibt und neue Formen demokratischer Repräsentation und Koordination für die Sozialwirtschaft entwickelt.

Urbane Landwirtschaft mit kommunalen Immobilientreuhandgesellschaften (community land trusts): In einer Reihe von Städten der USA gibt es Initiativen zur Entwicklung einer urbanen Landwirtschaft. Einige von ihnen haben den bekannten Charakter von städtischen Gärten mit individuellen Parzellen. In anderen Städten aber gibt es ernsthafte Anstrengungen zur Entwicklung von kommunal verankerten städtischen Landwirtschaftsbetrieben, die in der Lage sind, Arbeitsplätze zu schaffen und bestimmte Lösungen für Probleme der »Nahrungswüste« in ver-

fallenen Stadtzentren anzubieten. Ein wesentliches Problem solcher Bemühungen ist das Wesen von Eigentumsrechten, die mit der urbanen Landwirtschaft verbunden sind, und die Frage, wie eine solche Entwicklung in einer Weise aufrecht erhalten werden kann, dass dabei die Verantwortlichkeit gegenüber den Kommunen gesichert wird. Der Vorschlag von kommunalen Immobilientreuhandgesellschaften zum Betreiben einer urbanen Landwirtschaft ist eine Herangehensweise an dieses Problem.

Internetgestützte Reziprozitätswirtschaft in der Musik: In zugespitzter Form könnte man sagen, dass das Leben der Musiker polarisiert ist: Es gibt die hungernden Künstler und das Leben der Prominenten. Das Internet eröffnet einen möglichen Raum für Musiker, einen Mittelklassenstandard der Lebensweise zwischen diesen beiden Extremen zu erzielen. Die Idee besteht darin, dass Musiker Websites kreieren, die es erlauben, ihre Musik frei herunterzuladen – mit der Bitte, einen frei festzulegenden Betrag zu bezahlen. Durch diesen Mechanismus etablieren die Musiker eine direkte Beziehung zu den Fans, sie basiert auf der Norm der Reziprozität und der Kooperation anstatt des gewöhnlichen Warenaustauschs (siehe Belsky et al. 2010).

Zufallsdemokratie (Randocracy): Unter demokratischer Governance wird im Allgemeinen verstanden, dass es gewählte Vertreter oder Versammlungen auf der Basis der direkten Partizipation gibt. Eine dritte Variante sind Formen der Repräsentation ohne Wahlen, die auf einer zufallsbasierten Auswahl basieren. Die Jury vor Gericht ist das klassische Beispiel. Im antiken Athen wurde die Gesetzgebung durch Bürgervertretungen vorgenommen, deren Mitglieder per Los ausgewählt wurden. Heute wird dieses Prozedere für eine ganze Reihe von öffentlichen Politiken in Situationen angewandt, wo Nichtpolitikerinnen und Nichtpolitiker eine größere Fähigkeit haben, Alternativen in einer unparteilichen, auf die kommunalen Interessen bezogenen Weise abzuwägen. Man könnte sich auch ein Zwei-Kammern-Parlament vorstellen, in dem die Mitglieder einer Kammer durch die Bürgerinnen und Bürger gewählt werden, während die Mitglieder der anderen per Zufallsprinzip bestimmt werden. Solche Institutionen erlauben es, die Fähigkeiten und Ideen einfacher Bürgerinnen und Bürger auch in Situationen zu nutzen, wo aufgrund der schieren geografischen Größe direkte Demokratie nicht möglich zu sein scheint.¹⁸

¹⁸ Zu einer allgemeinen Diskussion von Versammlungen auf der Basis der Zufallsauslese als Möglichkeit zur Beförderung von Demokratie s. Gastil/ Richards 2012.

Das bedingungslose Grundeinkommen: Das bedingungslose Grundeinkommen schlägt vor, dass jede und jeder legale Einwohner/in auf einem bestimmten Gebiet ein Einkommen erhalten soll, das ausreicht, um oberhalb der Armutsgrenze zu leben, ohne dass dafür Arbeitsleistungen zu erbringen sind oder andere Bedingungen erfüllt sein müssten. Fast alle existierenden öffentlichen Programme der Unterstützung von Einkommen würden abgeschafft werden. Auch Gesetze, die einen Mindestlohn festlegen, würden verschwinden, da es keinen Grund mehr gäbe, Arbeitsverträge mit niedrigen Löhnen zu verbieten, da die Grundbedürfnisse einer Person nicht mehr vom Lohn abhängen. Das bedingungslose Grundeinkommen eröffnet ein weites Feld neuer Möglichkeiten für Menschen. Es stellt sicher, dass jeder Jugendliche ein unbezahltes Praktikum machen kann, und nicht nur jene, deren Eltern bereit sind, sie zu unterstützen. Genossenschaften im Belegschaftseigentum würden viel lebensfähiger werden, weil die Grundbedürfnisse der Arbeiter-Eigentümer nicht von jenem Einkommen abhängen, das durch das Unternehmen erwirtschaftet wird. Dies würde auch bedeuten, dass diese Genossenschaften im Belegschaftseigentum eine höhere Sicherheit gegenüber Banken bieten könnten, sodass sie leichter an Kredite kommen. Wenn das bedingungslose Grundeinkommen relativ großzügig bemessen wäre, dann wäre es ein entscheidender Schritt hin zur Realisierung des egalitären Prinzips, jeder und jedem den gleichen Zugang zu den Bedingungen eines gedeihlichen Lebens zu geben.

Viele weitere Beispiele könnten der obigen Liste hinzugefügt werden. Wenn sie jedes für sich genommen werden, besonders in begrenzter und unvollständiger Form, stellen sie keine bedeutungsvolle Herausforderung für die kapitalistische Dominanz in der Wirtschaft dar. Aber zusammengenommen und ausgeweitet bilden sie der Möglichkeit nach Elemente einer umfassenderen Alternative. Im nächsten Abschnitt werde ich eine allgemeine Grundstruktur entwickeln, die diese Art von partikularen und begrenzten Transformationen in eine Systemalternative einbettet.

Eine allgemeine Grundstruktur für die Analyse von realutopischen Alternativen zum Kapitalismus

Die Begriffe Sozialdemokratie und Sozialismus enthalten beide das Wort »sozial«. Aber zumeist wird dieser Terminus in einer sehr lockeren und ungenau definierten Weise verwandt. Die Vorstellung dahinter ist ein politisches Programm, das der umfassend verstandenen Wohlfahrt der Gesellschaft und nicht den engen Interessen bestimmter Eliten verpflichtet ist. Manchmal, vor allem in radikaleren Versionen des sozialistischen Diskurses, wird »soziales Eigentum« an den Produktionsmitteln im Gegensatz zum »Privateigentum« ausgerufen.

Aber in der Praxis ist dies im Allgemeinen auf Staatseigentum reduziert worden. Das Wort »sozial« hatte am Ende kaum eine analytische Bedeutung bei der Ausarbeitung des politischen Programms. Es wird dargelegt, dass das Soziale in Sozialdemokratie und Sozialismus genutzt werden kann, um eine Gesamtheit von Prinzipien und Visionen zu identifizieren, die Sozialdemokratie und Sozialismus gleichermaßen vom kapitalistischen Projekt der Wirtschaftsorganisation und dem, was die rein etatistische Antwort auf den Kapitalismus genannt werden könnte, unterscheiden.

Im Zentrum der Analyse steht eine machtzentrierte Grundstruktur, um Kapitalismus und die Alternativen zu ihm zu verstehen. Macht ist ein besonders schwer fassbares und umstrittenes Konzept in der Sozialtheorie. Oft wird es in unklarer Weise formuliert, was es schwer macht, es in konkreten Diskussionen zu verwenden, wenn es um Institutionen und deren Transformation geht. Im gegebenen Zusammenhang verwende ich ein bewusst auf seinen nackten Kern reduziertes Konzept von Macht. Ich verstehe unter Macht die Fähigkeit, in der Welt Dinge zu tun, die Wirkungen haben. Man kann dies einen aktorszentrierten Begriff von Macht nennen: Menschen, individuell und kollektiv handelnd, nutzen Macht, um Dinge zu erreichen.

Ausgehend von dieser breiten Definition von Macht können wir drei Arten von Macht unterscheiden, die im Wirtschaftssystem angewandt werden: *ökonomische Macht*, die auf der Kontrolle von wirtschaftlichen Ressourcen basiert; *staatliche Macht*, die auf der Fähigkeit fußt, die Gesetzgebung und die Durchsetzung der Gesetze innerhalb eines Gebietes zu kontrollieren; und schließlich das, was ich *soziale Macht* nenne. Sie beruht auf der Fähigkeit, Menschen für kooperatives freiwilliges Handeln zu mobilisieren. Einprägsamer formuliert: Man kann Menschen dazu bringen, etwas zu tun, indem man sie entweder besticht, zwingt

oder überzeugt. Jedes Wirtschaftssystem schließt alle drei Formen von Macht ein, verbunden in je besonderer Weise.

Auf dieser Basis können drei Idealtypen von ökonomischen Strukturen unterschieden werden: Kapitalismus, Etatismus (*statism*) und Sozialismus. Sie unterscheiden sich dadurch voneinander, welches die dominante Form von Macht ist, die die Wirtschaftsaktivitäten kontrolliert.¹⁹

Kapitalismus ist eine Wirtschaftsstruktur, in der die ökonomische Aktivität durch die Ausübung von wirtschaftlicher Macht kontrolliert wird.

Etatismus ist eine Wirtschaftsstruktur, in der die ökonomische Aktivität durch die Ausübung von staatlicher Macht kontrolliert wird. Staatsbeamte kontrollieren durch diese oder jene Art von staatlich-administrativem Mechanismus die Investitionsprozesse und die Produktion.

Sozialismus ist eine Wirtschaftsstruktur, in der die ökonomische Aktivität durch die Ausübung von sozialer Macht kontrolliert wird. Das ist gleichbedeutend mit der Feststellung, dass die Wirtschaft demokratisch ist.

Diese drei Formen von Wirtschaftsstrukturen existieren niemals real in reiner Form, sondern sind immer in verschiedenen komplexen Weisen kombiniert. Die realen Wirtschaftssysteme sind Hybride, die sich danach unterscheiden, wie diese verschiedenen Formen von Macht interagieren. Wird eine Wirtschaft kapitalistisch genannt, so ist dies die Kurzfassung für einen weit unhandlicheren Ausdruck wie »ein ökonomischer Hybrid, der kapitalistische, etatistische und sozialistische ökonomische Verhältnisse einschließt, unter denen die kapitalistischen Verhältnisse dominant sind«. Die Idee eines strukturellen Hybrids kann genutzt werden, um jede beliebige Analyseeinheit zu untersuchen – Unternehmen, Branchen, regionale und nationale Ökonomien oder sogar die globale Wirtschaft. Die Möglichkeit von Sozialismus hängt also von unserer Fähigkeit ab, den sozialistischen Bestandteil des Hybriden zu stärken und die kapitalistischen und etatistischen Bestandteile zu schwächen.

Diese Art, über ökonomische Systeme nachzudenken, bedeutet, die simple binäre Gegenüberstellung Kapitalismus versus Sozialismus zu überwinden. Eine Wirtschaftsstruktur kann mehr oder minder kapitali-

¹⁹ Damit ist keine vollständige theoretische Spezifizierung der Unterschiede zwischen diesen drei Typen von Wirtschaftsstrukturen gemeint, sondern nur ihr Unterscheidung mit Bezug auf die Machtverhältnisse. Für eine umfassendere Diskussion siehe Wright (2010: 11-123).

stisch, mehr oder minder etatistisch und mehr oder minder sozialistisch sein.²⁰ Es ist deshalb unsere Aufgabe, genauer die alternativen Wege zu bestimmen, auf denen wir uns die Verstärkung der sozialistischen Bestandteile der Hybride vorstellen können. Dies wird als das Problem der *strukturellen Konfigurationen sozialer Ermächtigung* bezeichnet.

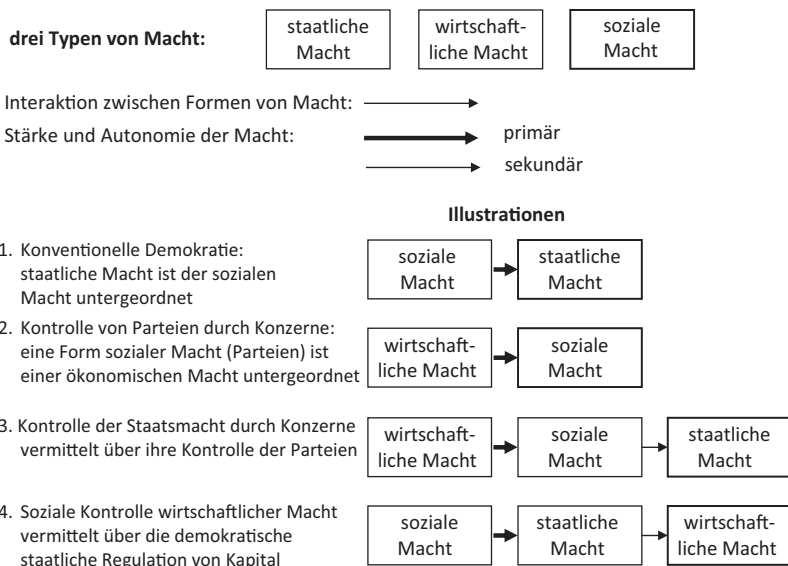
Ein visuelles Vokabular

Um das Problem der Stärkung des sozialistischen Bestandteils in einem hybriden ökonomischen System zu analysieren, scheint es sinnvoll, die verschiedenen Muster der Wechselbeziehung zwischen den drei Formen von Macht in ökonomischen Systemen grafisch darzustellen. Grafik 1 auf der folgenden Seite illustriert das visuelle Vokabular, das für diesen Zweck benutzt wird.

Die Pfeile in dieser Grafik weisen auf die Richtung des Einflusses einer Form von Macht auf die Nutzung einer anderen Form von Macht hin; die Dicke der Pfeile gibt Auskunft über die Stärke des Einflusses. So ist im ersten Modell in Grafik 1 die staatliche Macht der sozialen Macht untergeordnet. Das ist es, was gewöhnlich unter politischer Demokratie als »Herrschaft durch das Volk« verstanden wird: Die Bürgerinnen und Bürger bilden freiwillig Vereine – zumeist Parteien – mit dem Zweck, die Nutzung der staatlichen Macht mittels Wahlen zu kontrollieren. In einer Demokratie ist staatliche Macht noch wichtig (wozu sollte man auch eine Demokratie haben, wenn der Staat über keine Fähigkeit verfügt, etwas zu bewegen?). Aber diese Macht wird durch die Staatsbeamten nicht autonom ausgeübt, sie sind sozialer Macht untergeordnet.

²⁰ Es ist eine wichtige, aber ungelöste empirische Frage, wie stabil verschiedene Arten von Hybriden sein können. Nach einer traditionellen marxistischen Ansicht gilt, dass jeder kapitalistische Hybrid mit stärkeren sozialistischen Elementen zwangsläufig instabil sei. Die einzig stabilen Gleichgewichte seien jene, in denen Kapitalismus oder Sozialismus uneingeschränkt dominant seien. Wenn Ersteres der Fall ist, dann könnten sozialistische Elemente nur kleine Nischen ausfüllen und dies in einer Art, die gegenüber dem Kapitalismus funktional ist. Eine alternative Sichtweise wäre die, dass es multiple, relativ stabile Gleichgewichte geben kann, die alle drei Formen einschließen, und es sogar möglich ist, dass es ein Gleichgewicht gibt, wo es kein klares Dominanzverhältnis zwischen den drei Formen gibt. Das Ausmaß, in dem eine bestimmte Konfiguration stabil sein kann, hängt von einem komplexen Feld kontingenter historischer und politischer Faktoren ab. Dies macht es unmöglich, sehr allgemeine abstrakte Annahmen darüber zu treffen, was möglich ist.

Grafik 1: Visuelle Repräsentation von Machtkonfigurationen

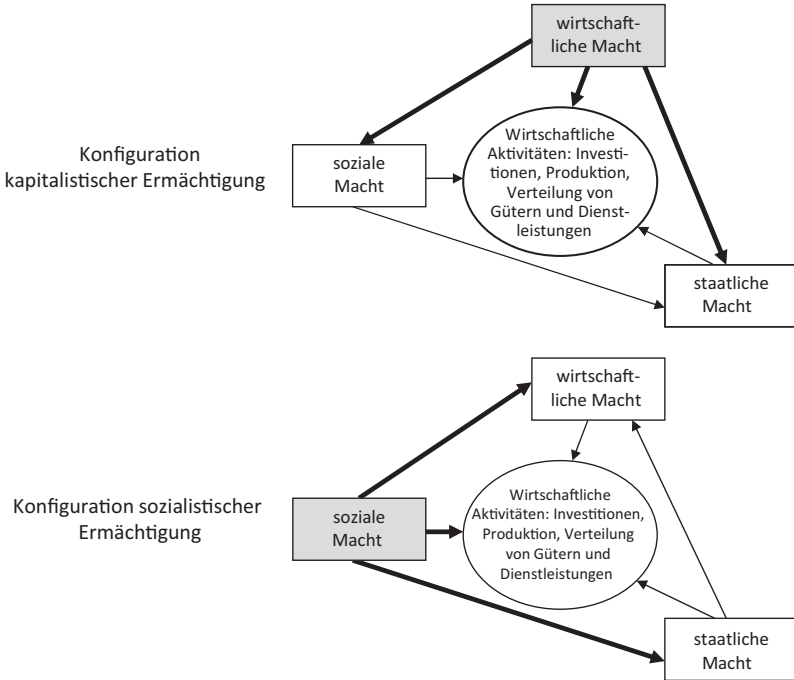


Im zweiten Modell der Grafik 1 ordnet sich die wirtschaftliche Macht die soziale Macht unter. Ein Beispiel ist die uneingeschränkte Nutzung von Spenden durch Konzerne und die Reichen, um in den USA politische Parteien zu finanzieren. Politische Parteien haben weiterhin eine Bedeutung – sie sind das Mittel, um staatliche Funktionäre auszuwählen, die die staatliche Macht direkt ausüben –, aber die soziale Macht, die durch die politischen Parteien mobilisiert wird, ist ihrerseits der Ausübung ökonomischer Macht untergeordnet.

Diese Konfigurationen können zu einer Kette von Machtverhältnissen verbunden werden wie in dem dritten und vierten Modell der Grafik 1. In dem dritten Modell wird der Einfluss von Konzernen auf den Staat über die Unterordnung der Parteien unter ökonomische Macht vermittelt. Und in dem vierten Modell schließlich ordnet sich die soziale Macht die ökonomische Macht vermittelt über staatliche Macht unter. Das ist das Ideal der sozialen Demokratie: Der Staat ist in der Lage, das Verhalten kapitalistischer Firmen effektiv zu regulieren, ist aber seinerseits demokratisch sozialer Macht untergeordnet.

Die Grafik 2 illustriert die verschiedenen aggregierten Konfigurationen der Formen von Macht in einer dominant kapitalistischen hybriden Wirtschaft und in einer dominant sozialistischen hybriden Wirtschaft.

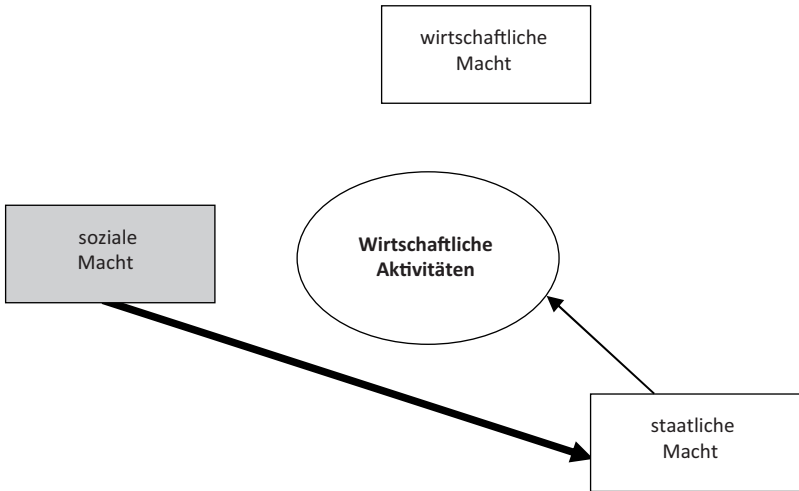
Grafik 2: Aggregierte Konfigurationen von kapitalistischer und sozialistischer Ermächtigung



In diesen Modellen dienen alle Pfeile dem Ziel, die Kontrolle über wirtschaftliche Aktivitäten zu erklären: über Investitionen, Produktion und Verteilung von Gütern und Dienstleistungen. Im Falle einer kapitalistischen Ermächtigung ist soziale wie staatliche Macht bei der Kontrolle von wirtschaftlicher Aktivität der ökonomischen Macht untergeordnet; im Falle der sozialistischen Ermächtigung sind ökonomische und staatliche Macht der sozialen Macht untergeordnet.

Konfigurationen sozialistischer Ermächtigung: Elemente für den Bau eines sozialistischen Hybriden

Für den hier gewählten Zweck erlauben diese Schemata, typische Konfigurationen sozialer Ermächtigung zu unterscheiden. Verschiedene Arten progressiver Politiken, institutioneller Innovationen und Vorschläge, Strategien und Reformen können innerhalb dieser unterschiedlichen

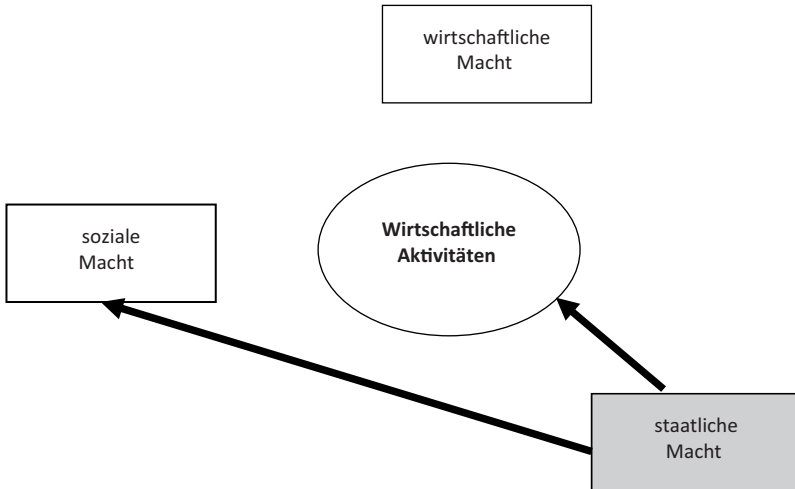
Grafik 3: Etatistischer Sozialismus

Konfigurationen verortet werden. Sieben solcher Konfigurationen sind vor allem wichtig: (1) Staatssozialismus; (2) sozialdemokratische etatistische Regulation; (3) Assoziationsdemokratie (*associational democracy*); (4) sozialer Kapitalismus; (5) die eigentliche soziale Wirtschaft; (6) die kooperative Marktwirtschaft; und (7) der partizipatorische Sozialismus. Jede dieser Konfigurationen wird im Folgenden kurz diskutiert.

1. Etatistischer Sozialismus

Die Konfiguration in Grafik 3 entspricht der klassischen Definition von Sozialismus, in der die soziale Macht die ökonomischen Aktivitäten mittels des Staats kontrolliert. Die Wirtschaft wird direkt durch die Ausübung von staatlicher Macht kontrolliert – z.B. durch Staatseigentum und die Kontrolle über die Kommandohöhen der Wirtschaft –, während zugleich die staatliche Macht ihrerseits der sozialen Macht untergeordnet ist, da sie demokratisch gegenüber dem Volk verantwortlich ist. Es ist diese Konfiguration, die den traditionellen marxistischen Ideen eines revolutionären Sozialismus zugrunde liegt. Das ist natürlich etwas anderes als das, was sich im 20. Jahrhundert als Revolutionen im Namen des Sozialismus real herausstellte. Sobald die Macht der revolutionären Parteien in Gestalt eines Ein-Parteien-Staats konsolidiert war, nahm der »real existierende Sozialismus« die Form eines autoritären Etatismus an, in dem, wie in Grafik 4 illustriert, die soziale Macht in der Zi-

Grafik 4: Konfiguration etatistischer Ermächtigung – autoritärer Etatismus



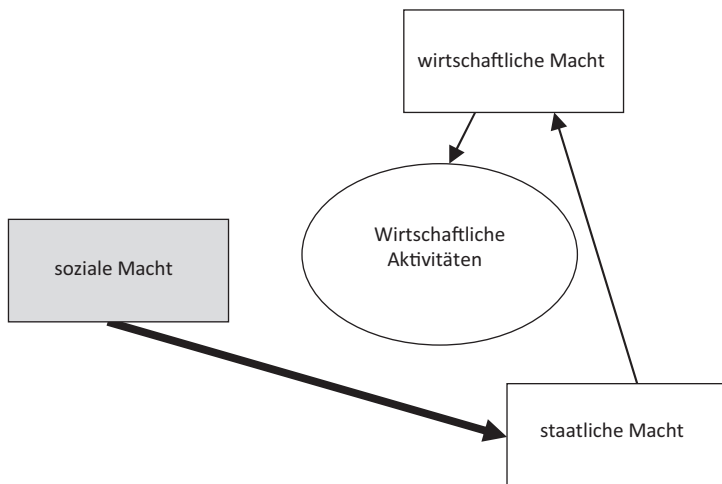
vilgesellschaft wie auch die ökonomische Macht der staatlichen Macht untergeordnet sind.

Mit gutem Grund hat die Erfahrung des autoritären Etatismus zu einer sehr skeptischen Sicht auf die Wünschbarkeit eines Modells des Sozialismus auf Basis zentralisierter staatlicher Planung geführt. Trotzdem bleibt die Machtkonfiguration eines etatistischen Sozialismus ein bedeutender Bestandteil für jeden Ansatz der Transzendierung des Kapitalismus, insbesondere dann, wenn es um große Infrastrukturprojekte, um verschiedene Arten natürlicher Monopole und wahrscheinlich auch um zumindest einige Elemente des Finanzsystems geht.

2. Soziale Demokratie I: Sozialdemokratische etatistische Regulation

In der zweiten Konfiguration (Grafik 5) reguliert die soziale Macht die Ökonomie vermittelt über staatliche und die ökonomische Macht. Dies ist ein wesentlicher Aspekt sozialer Demokratie. Die kapitalistische ökonomische Macht kontrolliert direkt die wirtschaftlichen Aktivitäten. Die Kapitalisten entscheiden weiterhin über die Investitionen, stellen die Manager ein und organisieren den Arbeitsprozess. Aber diese Macht ist durch die staatliche Macht reguliert, die ihrerseits der sozialen Macht untergeordnet ist. Vermittelt durch die Transitivität der Machtverhältnisse übt die soziale Macht regulative Kontrolle über die Ausübung ökonomischer Macht aus. Formen der Regulation von Kapital, die die Ar-

Grafik 5: Soziale Demokratie I

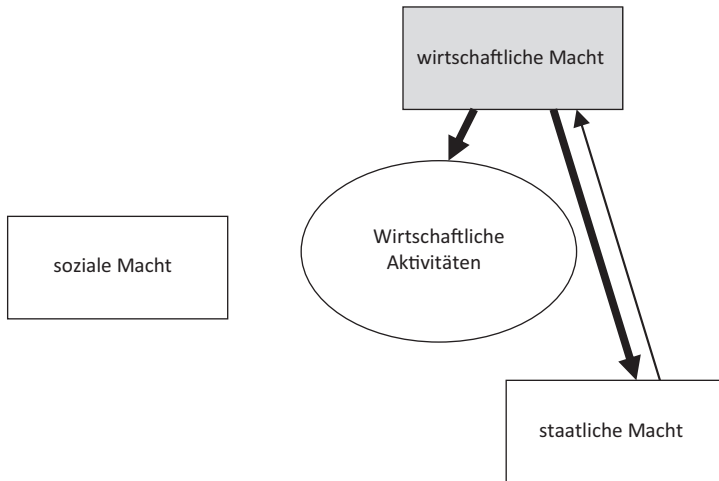


beitsbedingungen verbessern, die Arbeitsplatzsicherheit erhöhen und die Umwelt schützen, sind Beispiele für diese Art demokratischer Durchsetzung von Beschränkungen.

Die etatistische Regulation der kapitalistischen ökonomischen Macht muss nicht mit wesentlicher sozialer Ermächtigung einhergehen. Wie auch im Falle eines etatistischen Sozialismus hängt es vom Ausmaß und der Tiefe ab, in der die staatliche Macht ein genuiner Ausdruck demokratischer Ermächtigung der Zivilgesellschaft ist. In den gegenwärtigen kapitalistischen Gesellschaften ist ein großer Teil der ökonomischen Regulation ihrerseits der ökonomischen Macht untergeordnet, wie es in Grafik 6 illustriert ist. In der kapitalistischen etatistischen Regulation reguliert die staatliche Macht, aber dies geschieht in einer Weise, die systematisch durch die Macht des Kapitals selbst beeinflusst ist. In den USA sind z.B. die Unternehmensvereinigungen massiv in die Ausgestaltung der föderalen Regulation des Luftverkehrs, der Energie, Landwirtschaft und anderer Sektoren involviert. Aber noch durchdringender wirkt sich vielleicht die strukturelle Abhängigkeit des Staates von der kapitalistischen Wirtschaft aus, die diese Machtkonfiguration garantiert.²¹

²¹ Ein großer Teil jener Theorie vom kapitalistischen Charakter des Staates, wie sie in den späten 1960er und den 1970er Jahren entwickelt wurde, kann als Versuch verstanden werden, zu verstehen, wie ungeachtet der demokratischen Form des Staates ein großer – vielleicht der überwiegende – Teil staatlicher Inter-

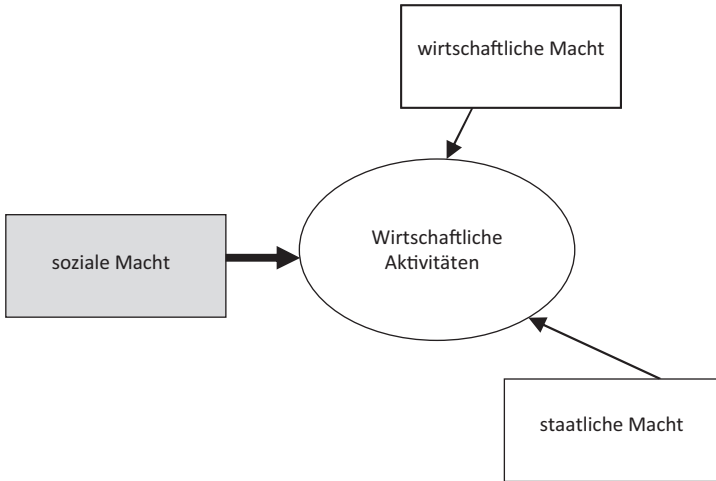
Grafik 6: Eine Konfiguration kapitalistischer Ermächtigung



3. Soziale Demokratie II: Assoziationendemokratie

Die Assoziationendemokratie (Grafik 7) umfasst einen weiten Bereich von institutionellen Mitteln, durch die kollektive Assoziationen der Zivilgesellschaft direkt an verschiedenen Formen von Governance-Aktivitäten partizipieren, gemeinhin an der Seite staatlicher Agenturen. Die bekannteste Form sind wahrscheinlich tripartistische neokorporative Arrangements in einigen sozialdemokratischen Gesellschaften, in denen die organisierten Arbeitnehmer, die Vereinigungen der Unternehmer und der Staat über verschiedene Formen ökonomischer Regulationen verhandeln, vor allem bezogen auf den Arbeitsmarkt und die Beschäftigungsverhältnisse. Die Assoziationendemokratie kann auf viele andere Bereiche ausgedehnt werden, so auf Komitees, in denen zivilgesellschaftliche Organisationen, Umweltgruppen und staatliche Agenturen bei der Regulation von Wasser in Ökosystemen zusammenwirken, oder auf Gesundheitsräte, in denen medizinische Vereinigungen, kommunale Organisationen und Beamte aus dem staatlichen Gesundheitssektor verschiedene Aspekte der Gesundheitsvorsorge planen. In dem

vention in die kapitalistische Wirtschaft eher den Bedürfnissen des Kapitals als dem kollektiven Willen des Volkes untergeordnet ist, und deshalb, in den hier verwendeten Begriffen, eher ein Ausdruck ökonomischer als sozialer Macht ist. Dieses Argument wurde in besonders eloquenter Form durch Offe (1974) und Thernborn (1978) formuliert.

Grafik 7: Soziale Demokratie II: Assoziationendemokratie

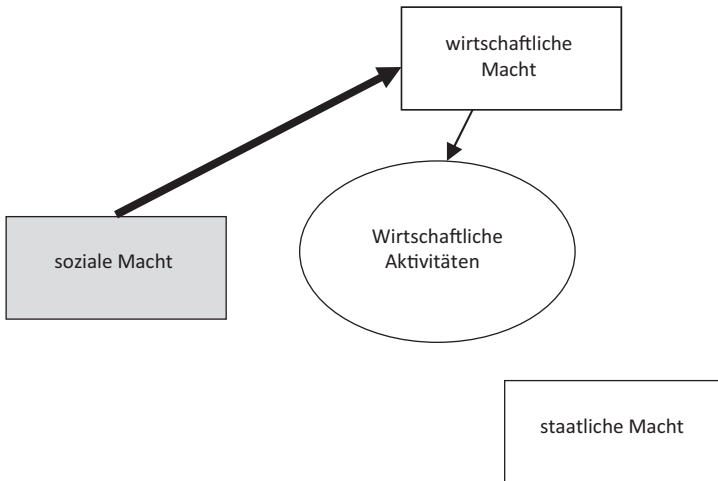
Maße, wie die Assoziationen, die darin involviert sind, intern demokratisch sind und Interessen der Zivilgesellschaft repräsentieren, und in dem Maße, wie die Entscheidungsprozesse, an denen sie beteiligt sind, nicht stark durch Eliten und den Staat manipuliert werden, sondern offen und deliberativ ablaufen, kann eine Assoziationendemokratie zur sozialen Ermächtigung beitragen.

4. Soziale Wirtschaft I: Sozialer Kapitalismus

Ich benutze den Begriff der sozialen Wirtschaft, um alle jene Konfigurationen sozialer Ermächtigung in einer Wirtschaft zu bezeichnen, in die der Staat nicht direkt involviert ist.²² Die erste Konfiguration sozialer Wirtschaft ist der »soziale Kapitalismus«. Dies ist keine der üblichen

²² Natürlich ist der Staat in alle wirtschaftlichen Aktivitäten insofern involviert, insofern er die Spielregeln durchsetzt und Steuern erhebt. Aber in einer sozialen Wirtschaft agiert der Staat relativ passiv im Hintergrund und nicht so sehr durch die direkte Organisation wirtschaftlicher Aktivitäten oder die Regulation ökonomischer Macht. Da der Staat am Rand der sozialen Wirtschaft steht, sind politisch Konservative und Libertäre oft relativ enthusiastisch bezogen auf Initiativen sozialer Wirtschaft, insbesondere dann, wenn diese Aktivitäten in religiösen Gemeinschaften oder anderen sozial konservativen Organisationen verankert sind. Wenn die soziale Wirtschaft jedoch Ideale von Wirtschaftsdemokratie verkörpert, wozu die reale Mobilisierung von sozialer Macht und die Bemühungen gehören, die ökonomische Macht unterzuordnen, dann können diese Initiativen eine größere Herausforderung der Ideologie freier Märkte darstellen.

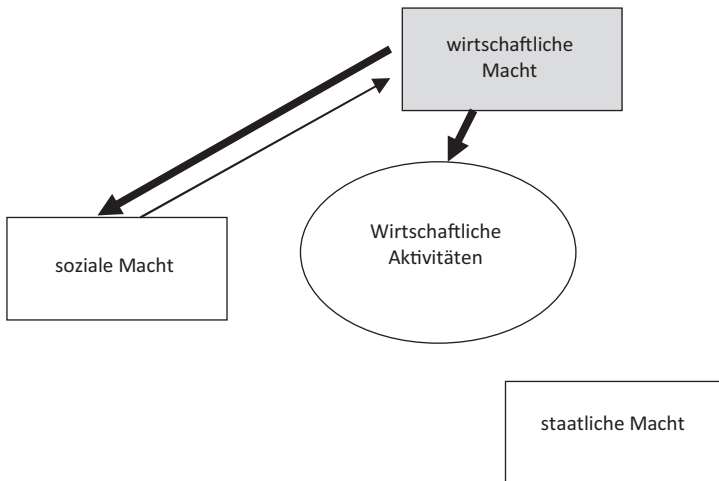
Grafik 8: Soziale Wirtschaft I – Sozialer Kapitalismus



Ausdrucksweisen. Ich benutze diesen Begriff, um eine Machtkonfiguration zu beschreiben, in der zivilgesellschaftliche Assoziationen durch eine Reihe von Mechanismen direkt die Art und Weise beeinflussen, in der ökonomische Macht ausgeübt wird (Grafik 8). Die *Solidarity Funds* in Quebec sind ein gutes Beispiel. Managementgremien von Unternehmen, in denen alle Stakeholder²³ des Unternehmens und seiner Aktivitäten durch Direktoren vertreten sind, sind gleichfalls eine Form sozialen Kapitalismus.

Der einfache Fakt, dass soziale Macht einen Einfluss auf ökonomische Macht ausübt, bedeutet aber nicht, dass dies eine Form sozialer Ermächtigung darstellt. In Grafik 9 beeinflusst soziale Macht die Ausübung ökonomischer Macht; aber sie tut dies in einer Weise, die selbst der ökonomischen Macht untergeordnet ist. Ein Beispiel sind Handelsvereinigungen, die durch die freiwillige Kooperation zwischen kapitalistischen Unternehmen mit dem Ziel der Durchsetzung industrieller Standards gebildet werden. Diese Art kollektiver Selbstorganisation bildet eine Konfiguration kapitalistischer und nicht sozialistischer Ermächtigung.

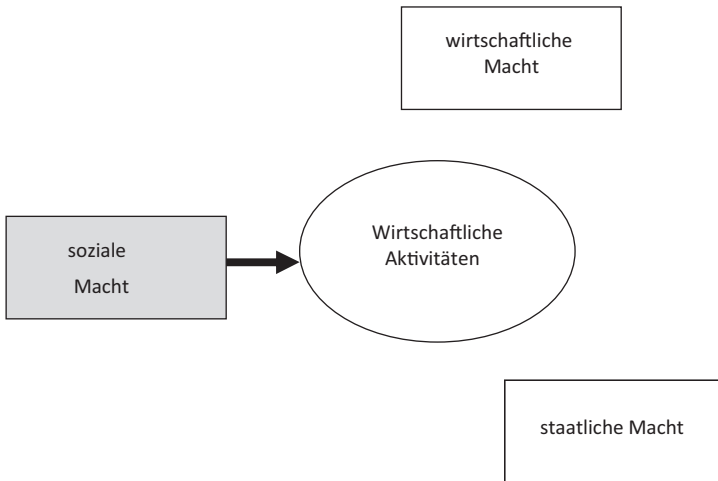
²³ Als Stakeholder werden alle jene Gruppen und Personen bezeichnet, die ein Interesse an einem Unternehmen haben und von den Folgen der Tätigkeit desselben betroffen sind – die juristischen Eigentümer, die Belegschaft, der Ort oder die Region, in der das Unternehmen tätig ist, KonsumentInnen, Bürgerinnen und Bürger, soweit Umweltinteressen berührt sind usw. – M.B.

Grafik 9: Eine Konfiguration kapitalistischer Ermächtigung

5. Soziale Wirtschaft II: Der Kern sozialer Wirtschaft

Der Kern sozialer Wirtschaft geht über den sozialen Kapitalismus hinaus, indem er alternative Wege der direkten Organisation wirtschaftlicher Aktivität herstellt, die sich von der kapitalistischen marktorientierten Produktion, der staatlich organisierten Produktion und der Hauswirtschaft unterscheiden (Grafik 10). Sein Gütezeichen ist eine Produktion, die durch Kollektive mit dem Ziel der direkten Befriedigung menschlicher Bedürfnisse organisiert wird, die ihrerseits nicht der Disziplin der Profitmaximierung oder der staatlich-technokratischen Rationalität untergeordnet sind. Der Staat mag in die Finanzierung dieser Kollektive involviert sein, aber weder organisiert er sie noch ihre Dienstleistungen direkt. Das System der Tagesfürsorge in Quebec ist ein gutes Beispiel. 2008 bezahlten die Eltern nur sieben kanadische Dollar am Tag für Vorschulkinder, die den ganzen Tag in kommunal verankerten, nicht am Profit orientierten Zentren der Tagesfürsorge betreut wurden, während die Subventionen seitens der Regionalregierung sicherten, dass diejenigen, die diese Fürsorge übernahmen, einen auskömmlichen Lohn (*living wage*) erhielten. Diese Zentren der Tagesfürsorge sind oft als »solidarische Genossenschaften« organisiert. Dies ist eine organisatorische Form, die durch gewählte Vertreterinnen und Vertreter der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, der Konsumentinnen und Konsumenten (in diesem Fall der Eltern) und der Kommune geführt wird. Wikipedia ist ein anderes herausragendes Beispiel für eine soziale Wirtschaft im ei-

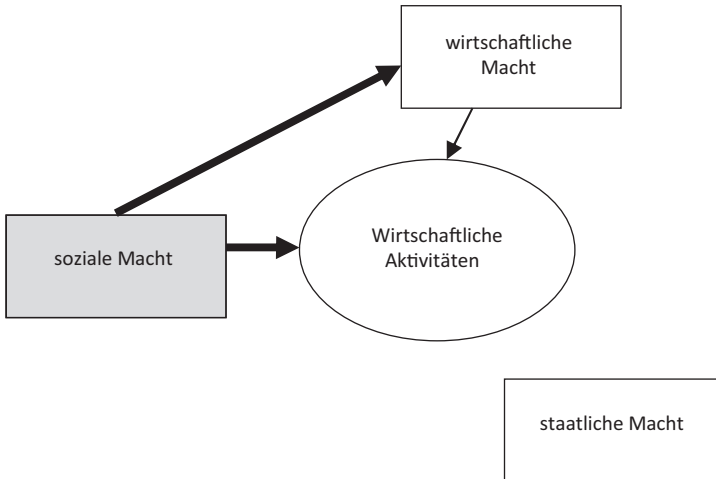
Grafik 10: Soziale Wirtschaften II – Der Kern sozialer Wirtschaft



gentlichen Sinne. Wikipedia erzeugt Wissen und verbreitet Information außerhalb des Marktes und ohne staatliche Unterstützung; die Finanzierung kommt vor allem durch Spenden der Teilnehmerinnen und Teilnehmer und aus dem Unterstützerkreis.

6. Soziale Wirtschaft III: Kooperative Marktwirtschaft

In einem genossenschaftlichen Unternehmen im Rahmen einer kapitalistischen Wirtschaft, das im Belegschaftseigentum ist, hat das Eine-Person-Eine-Stimme-Prinzip zur Folge, dass die Machtverhältnisse im Unternehmen auf freiwilliger Kooperation und Überzeugung basieren, nicht auf der relativen ökonomischen Macht der verschiedenen Leute. Durch demokratische Mittel kontrollieren alle Arbeiterinnen und Arbeiter, alle Mitglieder der Genossenschaft, gemeinsam die ökonomische Macht, die das Kapital im Unternehmen darstellt. Und wenn die einzelnen Genossenschaften sich zu größeren Vereinigungen von Genossenschaften verbinden – vielleicht sogar zu einer Genossenschaft von Genossenschaften, die kollektiv Finanzen, Ausbildung und andere Formen von Unterstützung bereitstellen –, dann beginnen sie den kapitalistischen Charakter ihres wirtschaftlichen Umfelds zu transzendieren, indem sie eine kooperative Marktwirtschaft konstituieren (Grafik 11). Die übergreifende Genossenschaft weitet in einem solchen Markt den sozialen Charakter von Eigentum in dem einzelnen genossenschaftlichen Unternehmen aus und verschiebt die Governance in Richtung eines Sta-

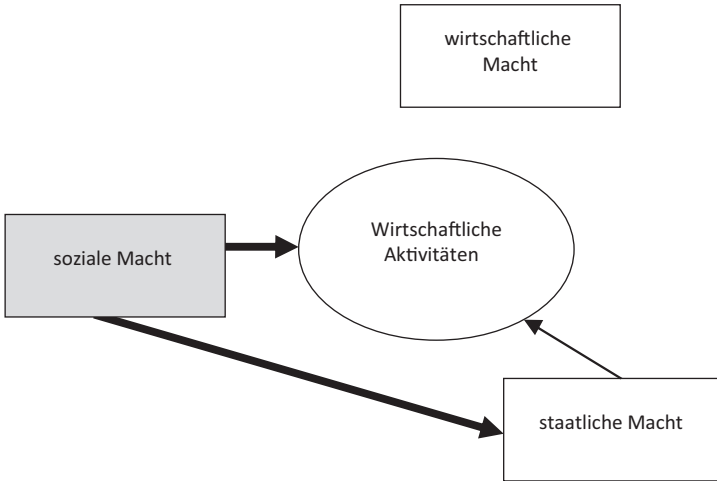
Grafik 11: Soziale Wirtschaft III – sozialer Kapitalismus

keholder-Modells, in dem die genossenschaftlichen Unternehmen durch demokratische Organe geführt werden, die alle Kategorien von Menschen repräsentieren, deren Leben durch die Wirtschaftsaktivitäten der Unternehmen beeinflusst sind. Die *Mondragón Corporación Cooperativa* ist ein Beispiel dafür. Solche Unternehmen behalten einen hybriden Charakter. Sie verbinden kapitalistische und sozialistische Elemente, aber die sozialistischen Elemente haben ein beträchtliches Gewicht.

7. Partizipatorischer Sozialismus

Die abschließende Konfiguration sozialer Ermächtigung kombiniert die soziale Wirtschaft und den etatistischen Sozialismus: Der Staat und die Zivilgesellschaft organisieren und kontrollieren gemeinsam verschiedene Formen der Produktion von Gütern und Dienstleistungen (Grafik 12). In einem partizipatorischen Sozialismus ist die Rolle des Staates durchgreifender als in einer rein sozialen Wirtschaft. Der Staat stellt nicht nur Finanzen bereit und setzt die Parameter, er ist gleichfalls auf verschiedene Weise direkt in die Organisation der wirtschaftlichen Aktivitäten und die Produktion involviert. Andererseits unterscheidet sich aber der partizipatorische Sozialismus vom etatistischen Sozialismus, da in diesem die soziale Macht nicht nur vermittelt über die gewöhnlichen Kanäle demokratischer Kontrolle staatlicher Politik eine Rolle spielt, sondern direkt innerhalb der produktiven Aktivitäten selbst. Ein gutes Beispiel ist die partizipatorische Haushaltspolitik kommunaler Regie-

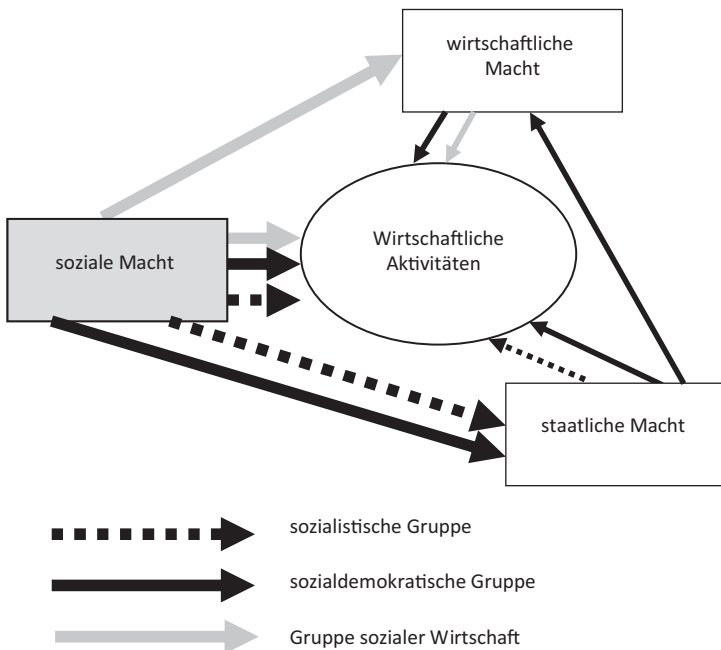
Grafik 12: Partizipatorischer Sozialismus



Da diese Haushalte die Verteilung von Ressourcen zur Erzeugung von Infrastruktur für menschliche Bedürfnisse bestimmen, sollten sie als ein Aspekt von wirtschaftlicher Aktivität verstanden werden. Partizipatorische Haushalte sind also nicht einfach nur eine Form demokratischer Partizipation am Staat, sondern Teil einer partizipatorischen sozialistischen Wirtschaft.

Die sieben Konfigurationen zusammen

Wie in Grafik 13 dargestellt, können diese verschiedenen Konfigurationen sozialer Ermächtigung zu drei größeren Gruppen zusammengefasst werden. Jede dieser Gruppen entspricht unterschiedlichen politischen Traditionen sozialökonomischer Transformation. Es handelt sich um die sozialistische Gruppe, die Gruppe sozialer Wirtschaft und die sozialdemokratische Gruppe. Diese unterschiedlichen Gruppen differieren bezogen auf die Rolle, die sie dem Staat zumessen, und mit Blick auf das Ausmaß, in dem sie versuchen, die kapitalistische ökonomische Macht unterzuordnen oder zu umgehen. Was alle diese Konfigurationen gemeinsam haben, ist die Idee der Demokratisierung der Macht über das Wirtschaftsleben durch Unterordnung der ökonomischen und staatlichen Macht unter die soziale Macht, jene Macht, die auf freiwilliger Kooperation für kollektives Handeln beruht. Natürlich beinhaltet das Ideal des Sozialismus viel mehr als das. Gleichheit und soziale Gerechtigkeit gehören gleichfalls zum Kern der traditionellen sozialistischen Werte,

Grafik 13: Kombinierte Konfigurationen sozialer Ermächtigung

zu denen heute ökologische Nachhaltigkeit hinzukommen sollte. Was das hier ausgeführte Modell von Sozialismus aber betont, ist, dass die Verwirklichung aller dieser Werte von der Transformation der Machtverhältnisse abhängt, die bezogen auf wirtschaftliche Aktivitäten ausgeübt werden. Dies schließt gleichermaßen die Art und Weise ein, wie soziale Macht direkt in die Gestaltung wirtschaftlicher Aktivitäten involviert ist, und wie sie diese vermittelt über die Demokratisierung des Staates ausübt.

Transformationen

Den Kapitalismus in eine *sozialistische* Richtung zu transformieren, bedeutet die Demokratisierung der Wirtschaft vermittelt über die sieben Konfigurationen, die in Grafik 13 zusammengefasst sind. In diesem Prozess bleibt die ökonomische Struktur ein Hybrid von kapitalistischen, eta-

tistischen und sozialistischen Praxen und Verhältnissen, aber die sozialistische Dimension gewinnt an Gewicht und Zentralität.

Die Ausweitung und Stärkung der sozialen Macht in jeder dieser Konfigurationen kann durchaus mit dem Erhalt der Dominanz des Kapitalismus kompatibel sein, aber *wenn* es möglich ist, die soziale Macht in allen diesen Konfigurationen zu erhöhen, dann könnte der kumulative Effekt eine qualitative Transformation sein, in der der Sozialismus zu jener dominanten Form der Verhältnisse innerhalb eines komplexen wirtschaftlichen Hybrids werden würde, die sich in demokratisierten Machtverhältnissen Kapitalismus und Etatismus unterordnen würde.

Das ist natürlich ein sehr großes *Wenn*. Der Skeptizismus bezogen auf den Sozialismus am Anfang des 21. Jahrhunderts betrifft mindestens genauso die Chancen, die Vorherrschaft der kapitalistischen Verhältnisse herauszufordern, wie die Frage der Lebensfähigkeit alternativer Institutionen. Die Macht des Kapitals scheint so massiv, dass in dem Augenblick, in dem die soziale Macht diese Vorherrschaft bedroht, diese soziale Macht unbarmherzig angegriffen und untergraben werden würde. Der reale Fortschritt bei der Demokratisierung der Wirtschaft durch diese Konfigurationen scheint so lange unmöglich, wie der Kapitalismus vorherrscht.

Aus diesem Grunde glauben radikale Antikapitalisten oft, dass das entschiedene Brechen der Macht des Kapitals weniger eine Konsequenz jeder ernsthaften Bewegung in Richtung Sozialismus als deren Vorbedingung sei.

Marx hatte eine elegante Lösung für dieses Problem. Er ging davon aus, dass der Kapitalismus langfristig selbst die Bedingungen seiner eigenen Existenz zerstört: Die Bewegungsgesetze und Widersprüche des Kapitalismus würden ihn in ein immer fragileres und verwundbareres System verwandeln, wodurch auch die Fähigkeit der herrschenden Klasse und ihrer politischen Alliierten, die Transformation zu verhindern, immer schwächer werden würde.

Letztlich würde der Kapitalismus einfach nicht mehr zu halten sein. Das war eine starke Vorhersage und keinesfalls nur eine schwache Annahme über zukünftige Möglichkeiten.²⁴ Dies löst zwar nicht das Pro-

²⁴ Auch wenn es eine umfangreiche Debatte über diese Frage gibt, so glaube ich, dass Marx weitgehend deterministisch an die Frage des Untergangs des Kapitalismus herangegangen ist, obwohl er keine deterministischen Vorstellungen über den Prozess des wirklichen Aufbaus von Sozialismus hatte. Kapitalismus könne an-

blem, wie eine emanzipatorische Alternative zum Kapitalismus aufzubauen sei, macht aber auf lange Sicht das Problem der Überwindung der Hindernisse durch die existierenden Machtverhältnisse weniger quälend.

Sehr wenige selbst von denen, die auch heute innerhalb der marxistischen Tradition wirken, sind davon überzeugt, dass sich der Kapitalismus selbst zerstören wird. Er mag von Krisen geplagt sein und großes Elend in der Welt verursachen, aber er verfügt auch über eine enorme Kapazität, Alternativen abzublocken. Zumindest in der entwickelten Welt kann das Problem der Transformation nicht so angegangen werden, dass man annimmt, es käme nur darauf an, den Zeitpunkt richtig zu nutzen, zu dem der Kapitalismus aufgrund seiner eigenen Widersprüche so schwach und chaotisch ist, dass er umgestürzt werden kann. Das Problem der Transformation verlangt vielmehr ein Verständnis, welche langfristigen Chancen die *Strategien* der Transformation haben, die kapitalistische Macht zu erodieren und sozialistische Alternativen aufzubauen.

Drei Logiken der Transformation haben die Geschichte antikapitalistischer Kämpfe geprägt. Sie werden als Strategien bezeichnet, die auf den Bruch hin orientiert sind (*rupture strategies* – M.B.), daneben gibt es interstitielle und symbiotische Strategien:

Auf den Bruch orientierte Transformationen zielen auf die Schaffung neuer emanzipatorischer Institutionen durch einen scharfen Bruch mit den existierenden Institutionen und sozialen Strukturen. Leitbild ist der Krieg, in dem der Sieg letztlich von der entscheidenden Niederlage des Feindes in direkter Konfrontation abhängt. Der Sieg führt zu einem radikalen Schnitt, bei dem die existierenden Institutionen zerstört und neue Institutionen relativ schnell aufgebaut werden. In den meisten Versionen schließt dieses revolutionäre Szenario die Übernahme der Staatsgewalt und die schnelle Transformation der staatlichen Strukturen ein, um dann die neuen Apparate der Staatsmacht für die Beseitigung der Macht der herrschenden Klasse in der Wirtschaft zu nutzen.

Interstitielle Transformationen streben danach, neue Formen sozialer Ermächtigung in den Nischen und Grenzbereichen der kapitalistischen Gesellschaften aufzubauen, oft dort, wo sie keine unmittelbare Bedrohung für die herrschenden Klassen und Eliten darzustellen scheinen.

gesichts der durch seine Bewegungsgesetze verursachten Intensivierung der Widersprüche nicht, so war er überzeugt, ewig überleben. Zu meiner Beurteilung dieser Annahme siehe Wright 2010; Kapitel 4.

Proudhons Vision des Aufbaus einer genossenschaftlichen Alternative zum Kapitalismus im Kapitalismus selbst ist eine Version dieser Perspektive aus dem 19. Jahrhundert. Die vielen heutigen sozialwirtschaftlichen Experimente sind ebenfalls Beispiele. Die zentrale theoretische Idee ist, dass die Schaffung von realen Alternativen in welchen Räumen auch immer die entscheidende ideologische Funktion hat zu zeigen, dass alternative Weisen des Arbeitens und Lebens möglich sind, und dass sie in ihrer Potenz die Beschränkungen solcher Räume erodieren.²⁵

Symbiotische Transformationen umfassen Strategien, in denen die Ausweitung und Vertiefung institutioneller Formen der sozialen Ermächtigung, die den Staat und die Zivilgesellschaft einschließen, zugleich dazu beitragen, praktische Probleme zu lösen, mit denen die dominanten Klassen und Eliten konfrontiert sind. In den 1970er Jahren wurde dies als »nicht-reformistische Reformen« bezeichnet – Reformen, die zugleich das Leben innerhalb des existierenden Systems verbessern und das Potenzial für zukünftige Fortschritte demokratischer Macht ausbauen. Dies spiegelt sich auch in einer ganzen Reihe von Formen zivilen Aktivismus wider, in der soziale Bewegungen, lokale Führer und Stadtregierungen in einer Weise zusammenarbeiten, die zugleich die Demokratie stärkt und praktische Probleme löst.

Alle drei Strategien haben ihren historischen Platz in den antikapitalistischen sozialen Bewegungen und Politiken. Auf den Bruch orientierte Strategien sind am engsten mit dem revolutionären Sozialismus und Kommunismus verwandt, interstitielle Strategien mit einigen Strömungen des Anarchismus und symbiotische Strategien mit der Sozialdemokratie. Es ist leicht, Einwände gegen jede dieser Strategien zu erheben. Auf den Bruch orientierte Strategien haben eine grandiose, romantische Ausstrahlung auf die Kritiker des Kapitalismus, aber die historischen Ergebnisse sind sehr trist. Es gibt keinen Fall, wo Sozialismus, wie er hier definiert ist – als eine zutiefst demokratische und egalitäre Organisation von Machtverhältnissen in der Wirtschaft –, das Resultat von derartigen, auf den Bruch orientierten Strategien der Transformation des Kapitalismus gewesen ist. In der Praxis scheinen diese Strate-

²⁵ Die Idee der interstitiellen Transformationen hat eine innere Verwandtschaft mit verschiedenen Strömungen des gewaltlosen Aktivismus, in denen Menschen dringend geraten wird – um Worte zu benutzen, die Gandhi zugeschrieben werden –, »selbst der Wandel zu sein, den Du in der Welt zu sehen wünschst«. Der Unterschied dazu ist, dass interstitielle Transformationen den kollektiven Aufbau neuer Institutionen einschließen und nicht nur das individuelle Verhalten in einer würdevollen, Werte bestätigenden Weise.

gien dafür anfällig zu sein, eher in autoritären Etatismus als in demokratischen Sozialismus zu münden. Interstitielle Strategien mögen zu Verbesserungen im Leben der Menschen und bei ihrem Einkommen sowie zu egalitäreren Praxen führen, aber nirgends waren sie darin erfolgreich, in einer ernsthaften Weise die kapitalistischen Machtverhältnisse zu untergraben.

Was die symbiotischen Strategien betrifft, so haben sie in den erfolgreichsten Gestalten von Sozialdemokratie tatsächlich zu einem humaneren Kapitalismus geführt, einem Kapitalismus mit weniger Armut, weniger Ungleichheit und Unsicherheit, aber sie haben es in einer Weise getan, die den Kapitalismus stabilisierte und die zentralen Machtstrukturen des Kapitals intakt ließ. Es zeigte sich in der Geschichte, dass das Kapital jedem Fortschritt symbiotischer Strategien, sobald er ganz offensichtlich diese Kernstrukturen bedrohte, mit heftigem Widerstand begegnete. Die Reaktion der schwedischen Kapitalisten auf Vorschläge für eine ernsthafte Einbeziehung der Gewerkschaften in die Kontrolle über Investitionen (die so genannten Arbeitnehmerfonds – M.B.) in den späten 1970er Jahren ist eines der besten Beispiele.²⁶ Diese genannten Einwände sind alle begründet. Zusammengefasst tragen sie dazu bei, dass viele Menschen den Eindruck haben, dass es einfach nicht möglich ist, den Kapitalismus durch irgendeine Art von langfristiger kohärenter Strategie zu überwinden.

Pessimismus ist intellektuell leicht, vielleicht sogar Ausdruck von Faulheit. Oft spiegelt er nur die einfache Übertragung vergangener Erfahrungen auf die Zukunft wider. Unsere Theorien über die Zukunft sind aber viel zu schwach, um wirklich irgendwelche überzeugten Aussagen darüber treffen zu können, was *nicht* passieren kann. Die angemessene strategische Orientierung sozialer Transformation ist es deshalb, heute jene Dinge zu tun, die uns in die bestmögliche Position versetzen, darüber Hinausgehendes später zu tun, d.h. jetzt daran zu arbeiten, Institutionen und Strukturen zu schaffen, die die Chancen dafür eher erhöhen als verringern, zukünftig entstehende historische Möglichkeiten welcher Art auch immer zu nutzen. Die Verwirklichung von Realutopien kann zugleich weit umfassendere Alternativen vorwegnehmen und uns in Richtung auf die Verwirklichung dieser Alternativen voranbringen.

Ausgehend von diesem Verständnis halte ich es für die chancenreichste Herangehensweise in der Zukunft, eine strategische Orientierung zu wählen, die um ein Wechselspiel von interstitiellen und sym-

²⁶ Siehe dazu im Detail Sjöberg (2006) – M.B.

biotischen Strategien herum organisiert ist, vielleicht mit periodischen Episoden, die Elemente einer auf den Bruch orientierten Strategie einschließen. Durch interstitielle Strategien können Aktivistinnen und Aktivisten sowie Gemeinschaften ökonomische Institutionen aufbauen und stärken, die demokratische egalitäre Prinzipien verkörpern. Symbiotische Strategien durch den Staat können dazu beitragen, den Raum und die Unterstützung für diese interstitiellen Innovationen auszubauen. Die Wechselwirkung zwischen interstitiellen und symbiotischen Strategien kann dann eine Richtung annehmen, bei der die sozialistischen Elemente im hybriden kapitalistischen System vertieft werden.

Genossenschaften im Belegschaftseigentum sind ein gutes Beispiel. Unter den gegebenen Bedingungen sind sie mit ernsthaften Hindernissen konfrontiert, zu einem wesentlichen Bestandteil von Marktwirtschaften zu werden. Die Kreditmärkte sind ihnen gegenüber skeptisch; Arbeiterinnen und Arbeiter scheuen das Risiko, ihre Ersparnisse in einem Unternehmen zu verlieren, das nur eine geringe Wahrscheinlichkeit von Erfolg hat; und die Genossenschaften stehen Zulieferketten gegenüber, bei denen sie aufgrund ihrer eigenen geringeren Größe höhere Preise zahlen müssen als ihre kapitalistischen Konkurrenten. Symbiotische Strategien, die auf staatliche Politik gerichtet sind, können alle diese Fragen angehen. Ausgehend von dem Potenzial von Genossenschaften im Belegschaftseigentum, Probleme von Arbeitslosigkeit und schrumpfender Steuerbasis zu lösen, könnten neue Spielregeln politische Anziehungskraft gewinnen, diese Genossenschaften zu unterstützen. Selbst innerhalb der Logik von Marktwirtschaften können die positiven Externalitäten von Genossenschaften im Belegschaftseigentum eine Rechtfertigung abgeben, sie öffentlich zu subventionieren und durch spezielle Programme gegen Risiken abzusichern, um so ihre Lebensfähigkeit zu erhöhen. Solche Politiken könnten mit der Zeit das Gewicht einer genossenschaftlichen Marktwirtschaft innerhalb des breiteren kapitalistischen ökonomischen Hybrids erhöhen.

Eine solche Kombination von symbiotischen und interstitiellen Strategien bedeutet nicht, dass der Prozess der Transformation jemals dem reibungslosen Pfad einer aufgeklärten Kooperation zwischen widerstrebenden Klassenkräften folgen wird. Worum es hier geht, ist die Transformation des Kerns der Machtverhältnisse des Kapitalismus; und dies bedroht letztlich die Interessen der Kapitalisten. Auch wenn sich die Eliten damit abfinden würden, dass ihre Macht schwindet, so werden sie ein solches Projekt wohl kaum dankbar begrüßen. Symbiotische Transformationen tragen dazu bei, Probleme im Kapitalismus zu lösen, aber

oft sind sie nicht optimal für die Eliten und werden deshalb bekämpft.²⁷ Dies bedeutet, dass ein zentrales Element von auf den Bruch orientierten Strategien – die Konfrontation zwischen gegensätzlichen organisierten sozialen Kräften, in der es Gewinner und Verlierer gibt – Teil jeder plausiblen Richtung von nachhaltiger sozialer Ermächtigung sein wird. Der Zweck der Konfrontation ist jedoch nicht der systematische Bruch mit der kapitalistischen Dominanz, sondern eher die Schaffung eines größeren Raums für das Wechselspiel von interstitiellen und symbiotischen Strategien.

Schlussfolgerungen

Der hier vorgeschlagene Grundansatz für einen Sozialismus, der in sozialer Ermächtigung begründet ist, schließt ein Bekenntnis zu institutionellem Pluralismus und Heterogenität ein. Anstelle eines vereinheitlichten institutionellen Designs des Hinausgehens über den Kapitalismus öffnen die Konfigurationen sozialer Ermächtigung den Raum für eine hohe Diversität von institutionellen Formen. Genossenschaften im Belegschaftseigentum und lokale Projekte sozialer Wirtschaft, vom Staat betriebene Banken und Unternehmen, die soziale demokratische Regulation von Unternehmen, solidarische Finanzierung und partizipatorische Haushalte untergraben ihrer Potenz nach alle die Dominanz des Kapitalismus und erhöhen das Gewicht sozialer Macht im ökonomischen Hybrid.

Der institutionelle Pluralismus der Zielorientierung regt einen strategischen Pluralismus der Praxen der Transformation an. In einigen dieser Konfigurationen verlangt die Stärkung sozialer Macht staatliche Macht. In anderen Konfigurationen kann ein Fortschritt ohne Einbeziehung des

²⁷ Wie ich in Wright 2010 (Kapitel 11) diskutiere, besteht die zentrale Idee in diesem Zusammenhang darin, dass es innerhalb des Kapitalismus verschiedene institutionelle Gleichgewichte gibt, die ihrerseits alle funktional mit dem Kapitalismus kompatibel sind (d.h. dazu beitragen, Probleme der kapitalistischen Reproduktion zu lösen). Aber manche sind besser für die Kapitalisten als andere, und manche schließen mehr soziale Ermächtigung ein als andere. Eine symbiotische Transformation ist ein Wandel, der danach strebt, die soziale Ermächtigung auszuweiten und dabei doch ein institutionelles Gleichgewicht zu erreichen, das zu einem hinreichend guten Funktionieren des Kapitalismus beiträgt. Das verlangt oftmals, dass die von den Kapitalisten präferierten Lösungen blockiert werden. Wie Rogers dargestellt hat (Wright/Rogers 2011: 164): Um zu erreichen, dass die Kapitalisten den besseren Weg akzeptieren, muss der schlechtere Weg geschlossen werden.

Staates erreicht werden. Das gilt vor allem für Initiativen der sozialen Wirtschaft. Aktivistinnen und Aktivisten der Linken, vor allem der radikalen Linken, sehen diese Art von lokal orientierten, gemeinschaftsbasierten Initiativen oft als nicht sehr politisch an, da sie nicht immer eine direkte Konfrontation mit der politischen Macht einschließen. Dies ist eine enge Sicht auf Politik. Interstitielle Strategien der Schaffung von Realutopien können zeigen, dass eine andere Welt möglich ist, indem sie in jenen Räumen, die da sind, geschaffen werden. Und anschließend wird Druck auf den Staat und die Politik ausgeübt, um diese Räume auszuweiten. Für viele Menschen hat diese Art von interstitiellen Initiativen zudem den Vorteil, unmittelbare handgreifliche Resultate nach sich zu ziehen, bei denen der Beitrag jeder und jedes Einzelnen ganz offensichtlich zählt. Eine Vision emanzipatorischer Alternativen, wurzelnd in dem multidimensionalen und multiskalaren Problem der Vertiefung der Demokratie, kann eine große Breite von Strategien und Projekten der Transformation umfassen. Da Demokratie in den meisten entwickelten kapitalistischen Gesellschaften ein zentraler Wert ist – symbolisch wie substanzuell –, kann ein politisches Projekt für eine wahrhaft demokratische Gesellschaft auch die Imagination vieler Bürgerinnen und Bürger ansprechen.

Übersetzung: Michael Brie

Literatur

- Belsky, Leah/Kahr, Byron/Berkelhammer, Max/Benkler, Yochai (2010): Everything In Its Right Place: Social Cooperation and Artist Compensation, in: Michigan Telecommunications and Technology Law Review, Vol. 17, S. 1-66.
- Benkler, Yochai (2006): The Wealth of Networks: How Social Production Transforms Markets and Freedom, New Haven, CT.
- Block, Fred (1977): The Ruling Class Does Not Rule, in: Socialist Revolution, Vol. 33, S. 6-28.
- Dahl, Robert (1985): A Preface to Economic Democracy, Berkeley.
- Fraser, Nancy (2000): Rethinking Recognition, in: New Left Review (3), S. 107-120.
- Fraser, Nancy (2003): Soziale Gerechtigkeit im Zeitalter der Identitätspolitik. Umverteilung, Anerkennung und Beteiligung, in: Umverteilung oder Anerkennung? Eine politisch-philosophische Kontroverse, Frankfurt a.M., S. 13-128.
- Gastil, John/Richards, Robert (2012): Making Direct Democracy Deliberative through Random Assemblies. Presented at the 2012 annual meeting of the American Sociological Association, Denver.

- Hayek, Frederic A. (1988): *The Fatal Conceit: The Errors of Socialism*, Chicago. (dt.: *Die verhängnisvolle Anmaßung. Die Irrtümer des Sozialismus*, Tübingen 1988)
- Jackson, Tim (2009): *Prosperity without Growth: Economics For a Finite Planet*, New York.
- Lindblom, Charles (1977): *Politics and Markets: The World's Political-Economic Systems*, New York.
- Nussbaum, Martha C. (2000): *Women and Human Development: The Capabilities Approach*, Cambridge.
- Offe, Claus (1974): *Structural Problems of the Capitalist State: Class Rule and the Political System. On the Selectiveness of Political Institutions*, in: Beyme, Klaus von (Hrsg.): *German Political Studies*, Beverly Hills, S. 31-45.
- Przeworski, Adam (1985): *Capitalism and Social Democracy*, Cambridge.
- Sayer, Andrew (2005): *The Moral Significance of Class*, Cambridge.
- Schor, Juliet (1993): *The Overworked American: The Unexpected Decline of Leisure*, New York.
- Sen, Amartya (1999): *Development as Freedom*, Oxford.
- Sjöberg, Stefan (2006): *Kollektive Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand*, in: *Utopie kreativ*, Vol. 186 (April), S. 311-322.
- Therborn, Göran (1978): *What Does the Ruling Class Do When It Rules?*, London.
- Wright, Erik Olin (2010): *Envisioning real utopias*, London/New York.
- Wright, Erik Olin/Rogers, Joel (2011): *American Society: How It Really Works*, New York.

Rolf Reißig

Neue Transformation – eine theoretische Konzeptualisierung und gesellschafts-politische Problematisierung

Von einem Randthema wird »Transformation« heute zu einem Leitgedanken gesellschaftlichen Wandels. Doch die Vorstellungen über Wandel, Veränderung, Umgestaltung sind – verständlicherweise – sehr unterschiedlich und auch umstritten. Und schlüssige theoretische Konzepte zur Erklärung und Deutung gerade der heutigen neuen Transformation liegen nicht vor. Eine inhaltliche Qualifizierung und gesellschaftskritische Profilierung dieser Transformationsdebatte ist eine Voraussetzung, damit eine nachhaltige gesellschaftliche Transformation überhaupt denkbar und schließlich real möglich wird.

Gerade in Zeiten gesellschaftlichen Umbruchs und historischen Übergangs gewinnen – wie die Geschichte zeigt – fundierte Analysen und theoretische Wandlungskonzepte ein besonderes Gewicht. So soll mit den folgenden Ausführungen ein Beitrag dazu geleistet werden, »Transformation heute« theoretisch zu konzeptualisieren und im Kontext der realen sozialen und ökologischen Dynamiken gesellschaftspolitisch zu problematisieren. Dies schließt kritische Gesellschaftsanalyse, historische Vergleiche sowie auch normative Sinndeutungen ein. Methodologisch geht es hierbei um einen wechselseitigen Dialog zwischen »Theorie« und »Praxis«, »Praxis« und »Theorie«.

1. Unterschiedliches Transformationsverständnis und seine Folgen

Bei den zumeist sozialwissenschaftlich geprägten Diskussionen um gesellschaftlichen Wandel moderner bürgerlich-kapitalistischer Gesellschaften wurde der Begriff »Transformation« lange Zeit ausgeblendet. Vornehmlich wurde und wird mit den Begriffen »Entwicklung«, »sozialer Wandel« (von Parsons über Luhmann bis Bendix, Münch, Zapf), »weitergehende Modernisierung« (Zapf), »reflexive Modernisierung« (Beck) und »Innovation« (Zapf) gearbeitet. Transformation geschah nur anderswo – so als Demokratisierungsprozesse in asiatischen, lateiname-

rikanischen und afrikanischen Ländern des 20. Jahrhunderts; und besonders als Übergang der ehemals staatssozialistischen Länder zu kapitalistischen Marktwirtschaften und liberalen Demokratien westlichen Typs nach 1989/90.

Transformation wurde als Adaption und Imitation und als zielorientiertes Handeln im Kontext westlicher Vorbilder verstanden. Auch heute noch ist dieses Transformationsverständnis für den dominierenden Strang des Transformationsdiskurses prägend (Bertelsmann-Stiftung 2006; Kollmorgen/Merkel/Wagener 2015).

Doch das mit den Umbrüchen 1989/90 in Osteuropa prognostizierte »Ende der Geschichte« (Fukuyama 1992) ist nicht eingetreten. Im Gegenteil – die westlichen Gesellschaften werden selbst Objekt und Subjekt gesellschaftlicher Veränderungs- und Transformationsprozesse. Mit den zunehmenden Konflikten, Brüchen und Wandlungserfordernissen in den bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaften findet in jüngster Zeit der Begriff »Transformation« auch in Bezug auf die westlichen Gesellschaften verstärkte Anwendung (z.B. WGBU 2011). Dies spricht für beachtenswerte Veränderungen im gesellschaftlichen Diskursfeld. Doch die Vorstellungen über gesellschaftlichen Wandel und Transformation sind nach wie vor unterschiedlich und umstritten. »Transformation« fungiert nicht selten nur als eine neue Bezeichnung für jegliche technologische, ökologische, soziale, politische und wirtschaftliche Entwicklungs- und Wandlungsprozesse.

Als Leitbegriff für inhaltliche Analysen und wertende Deutungen gesellschaftlicher Wandlungsprozesse ist der Begriff »Transformation« allerdings nur tauglich, wenn er inhaltlich eindeutig bestimmt und präzisiert wird. Der Begriff Transformation erfüllt nur dann seinen Sinn, wenn er als Synonym für substanzielle und systemische gesellschaftliche Umformungen, Übergänge zu einem neuen Entwicklungspfad, als Wandel von Ordnungs- und Gesellschaftsmodellen, gesellschaftlichen respektive sozialen Formationen – »Trans« und »Formation« als die beiden Metaphern der Kategorie Transformation – gedacht wird. Denn im Unterschied zum allgemeinen Begriff des »sozialen Wandels« beschreibt der Begriff »Transformation« nicht nur Wandel *im* (Ordnungs-)System, sondern Wandel *des* (Ordnungs-)Systems – sowohl was Ursachen, Triebkräfte und auch gesellschaftliche Konsequenzen betrifft. Im Unterschied zum Begriff »Revolution«, der eher einen abrupten, gewaltsamen, vorbestimmten Durch- und Umbruch zu einer höheren Ordnung kennzeichnet, reflektiert der Begriff »Transformation« mehr die Ereignisgeschichte, die Entstehung des »Neuen« im »Alten«, die Kontingenz, die Offenheit

des Prozesses, unterschiedliche Übergangsformen und den Verzicht auf Mystifizierung und Heilserwartungen.

Der Begriff »Transformation« unterscheidet sich auch von dem der »Evolution«, der gesellschaftlichen Wandel nicht so sehr mit einem Gestaltungswillen verbindet und stärker die Selbsttransformation des betrachteten Systems reflektiert (vgl. auch Wagener 1996: 2). Und Transformation ist auch von »Transition« zu unterscheiden. Von Transition sprechen wir, wenn es um einen Wechsel politisch-institutioneller Ordnungen bzw. Regime geht, der als gesteuerter Prozess handelnder Akteure verläuft.

Eine Schärfung des Transformationsbegriffs und Transformationsverständnisses ist gerade in den heutigen, besonders ökologisch geprägten Transformationsdebatten erforderlich. Indem diese die ökologischen Konfliktlagen kritisch thematisieren, stärken sie das Bewusstsein in der Gesellschaft für das Erfordernis neuer Entwicklungspfade. Doch wird Transformation in diesem Kontext oft als rein ökologisches Umbauprojekt der Industriegesellschaft interpretiert; nicht selten als primär technisch-organisatorisches Projekt, das eine Veränderung der allgemeinen Rahmenbedingungen durch eine neue institutionelle Steuerung von oben verlangt (so z.B. WGBU 2011). Doch ein solches Transformationsverständnis ist zu eng und ignoriert den gesamtgesellschaftlichen Wandel. Transformation ist jedoch ein spezifischer Typ sozialen bzw. gesellschaftlichen Wandels (dazu ausführlich Reißig 2014). Transformation als spezifischer Wandlungstyp ist vor allem durch folgende Eigenschaften und Besonderheiten gekennzeichnet:

- Transformation ist ein grundlegender Wandel der Entwicklungsrichtung, des Entwicklungspfad, ein Prozess der Destruktion und der Neukonstitution von Typen sozioökonomischer und soziokultureller Entwicklungsweisen, von Typen sozialer Ordnungen. Transformation ist deshalb ein mehrdimensionaler, komplexer gesellschaftlicher Wandlungsprozess, ein prozessualer Wandel der Strukturen, Institutionen, kulturellen Deutungsmuster und der Lebensweise.
- Transformation ist charakterisiert durch eine *Wechselwirkung von eigendynamischen*, evolutionären, nicht steuerbaren Such-, Lern- und Experimentierprozessen sowie von *intendierten*, eingreifenden, langfristigen und umkämpften Prozessen grundlegender gesellschaftlicher Veränderungen und Umgestaltungen.
- Transformation vollzieht sich in einer *Vielzahl von Formen* sowie in *unterschiedlicher Zeitdauer* und wird vor allem durch *endogene Ursachen*, Quellen, Anstöße, Ereignisse hervorgerufen. Neben endogenen

Ursachen können auch *exogene Anstöße* (z.B. Vorbilder von außen) oder *spezifische Ereignisse* für Transformationsprozesse ein beachtliches Gewicht erlangen.

- Transformation ist trotz Zukunftsannahmen und normativer Leitideen der Akteure ein *ereignishafter, kontingenter, offener Entwicklungsprozess*.

Die Frage des jeweiligen Transformationsverständnisses hat nicht nur weitreichende *theoretische*, sondern vor allem auch *praktisch-politische* Konsequenzen. Transformation in dem hier zugrunde liegenden Verständnis wird als ein Wandlungsprozess interpretiert, der an den heutigen Prozessen, Konflikten, evolutionären Trends anknüpft, diese aber in Richtung qualitativer Verschiebungen des gesellschaftlichen Reproduktionsmusters voranbringt (Demirović 2014: 430ff.). Dieses Transformationsverständnis setzt auf schrittweise, aber grundlegende Veränderungen in der Logik des gesellschaftlichen Wandels bürgerlich-kapitalistischer Gesellschaften, auf neue und zukunftsfähige Entwicklungsweisen. Es unterscheidet sich von einem Konzept, das sich primär an Krisen, Massenunruhen, Aufständen und radikalen Brüchen orientiert. Ein solches Verständnis von Transformation schließt im Wandlungsprozess sowohl Konstanz als auch Ereignishaftigkeit, Kontingenz und Brüche ein. Die Betonung der Offenheit evolutionärer Wandlungen beinhaltet zugleich die Akzeptanz der Möglichkeit und Notwendigkeit der Gestaltung gesellschaftlicher Verhältnisse. Damit grenzt sich dieses Transformationsverständnis, das im gesellschaftlichen Evolutionsverständnis und im gesellschaftlichen Gestaltungserfordernis gründet, von Konzepten der ausschließlich sich selbst organisierenden und modernisierenden Gesellschaften ebenso ab wie vom Transformationsverständnis als einem primär politischen Projekt von oben, das mittels politischer Steuerung vorgedachte Konzepte und Alternativen umzusetzen versucht. Transformationsverständnis und gesellschaftliches Handeln stehen so oder so in einem engen Zusammenhang.

Transformation in diesem hier entwickelten Verständnis wird mithin einerseits als ein eigener und spezifischer Typ gesellschaftlichen Wandels in der Evolutionsgeschichte der Zivilisation interpretiert und andererseits als ein theoretisches und politisches Konzept gesellschaftlichen Wandels, Übergangs und Umbaus konzipiert, das sich von alten Gewissheiten unterschiedlicher Provenienz trennt, ohne neue festzuzurren.

2. Transformation auf der historischen Agenda

2.1 Zeitdiagnose und Epochenverständnis

Transformation ist in der gesellschaftlichen Wirklichkeit begründet – in den Konflikten, Brüchen, Trends wirtschaftlicher, sozialer, kultureller Entwicklung und vor allem in den Interessen, Bedürfnissen, Erwartungen und Hoffnungen der Menschen auf ein selbstbestimmtes »gutes Leben« in einer »guten Gesellschaft« (zu Letzterem vgl. auch Rosa 2013: 408f.). Die Analyse der gesellschaftlichen Verhältnisse und insbesondere des kapitalistischen Marktsystems und seiner Folgen für das Zusammenleben der Menschen stelle, so Karl Polanyi, »die Basis dar für die Analyse der Entwicklung und der Transformation der gegenwärtigen Gesellschaft« (Cangiani/Polanyi-Levitt/Thomasberger 2005: 58). Bei der Annäherung an Transformation geht es also um eine möglichst konkrete und genaue Bestimmung der jeweiligen gesellschaftlichen und geschichtlichen Situation. Denn Transformation als spezifischer Typ gesellschaftlichen Wandels ist an eine spezifische gesellschaftliche und historische Grundsituation gebunden. Transformation als sozialer Übergangsprozess ist nicht der Normalfall von Entwicklung und gesellschaftlicher Veränderung, sondern ein »Sonder- oder Ausnahmefall« sozialen, gesellschaftlichen Wandels. Eine historische Situation, in der sich traditionelle Evolutionsprozesse mit Umbruchprozessen und neuen Zukunftspotenzialen schneiden.

Die Frage, ob in der jeweils gegebenen gesellschaftlichen Grundsituation letztlich eine Transformation »ansteht«, berührt mithin vor allem die, ob der bisher dominierende wirtschaftliche, soziale, kulturelle Entwicklungspfad samt des damit verbundenen spezifischen Herrschafts-, Wirtschafts- und Sozialmodells sowie die typische individuelle Lebensweise tatsächlich an gesellschaftliche und natürliche Grenzen stößt, im Prinzip nicht mehr zukunftsfähig ist und ein neuer Entwicklungstyp heranreift.

Die Diskussion um die Transformation heute kulminiert somit zunächst in der Sicht auf die zeitgeschichtliche Grundsituation und ihrer Bewertung (dazu auch Müller 2014: 166ff.). Entgegen der Mainstream-Auffassung, dass unsere Zeit trotz aller Probleme und Konflikte durch eine Stabilität und eine zukunftsfähige Entwicklungsweise gekennzeichnet sei und deshalb allein ein evolutionärer und reformerischer Wandel *innerhalb* des bisherigen Paradigmas von Entwicklung ausreichend sei (u.a. Paqué 2010), liegt diesem Beitrag die Gegenwartsdefinition als »Gesellschaft im Umbruch« (u.a. Baethge/Bartelheimer 2005) und die

Epochendefinition als »Historische Übergangssituation« (siehe auch Randers 2012; Wallerstein 2002) zugrunde.

Das 21. Jahrhundert wird im weltgeschichtlichen Kontext als eine Zeit *historischen Übergangs*, als eine *Übergangsepoche* begriffen. Eine historische Epoche – so die Beobachtung und Begründung – wirtschaftlicher, sozialer, kultureller Entwicklung geht offensichtlich *zu Ende und eine neue Umbruch- und Übergangsepoche* hat begonnen. Dass sich beide überlappen, durchkreuzen, ist typisch für historische Umbruchsituationen. Die *Ursache und der Kern* dieser neuen Umbruch- und Übergangssituation bestehen in dieser Perspektive darin, dass das über mehr als zwei Jahrhunderte hegemoniale Entwicklungs-, Industrie-, Wachstums- und Fortschrittsmodell an seine natürlichen und gesellschaftlichen Grenzen gestoßen und auf den Prüfstand gestellt ist. Dieses primär für den Westen typische Entwicklungs- und Modernisierungsmodell, das beachtlichen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Fortschritt bewirkte, ist mit seinen Folgen – von der kapitalistischen Entwicklungs- und Wachstumslogik mit ihrem ungebremsten und die Natur zerstörenden Ressourcenverbrauch, dem rasch sich vollziehenden Klimawandel bis zur Verschärfung der sozialen Ungleichheiten und Spaltungen, den zunehmenden Gefährdungen der Demokratie sowie den militärischen Konfrontationen weltweit – im Grunde nicht verlängerbar und nicht verallgemeinerbar oder nur noch um den Preis irreversibler Schäden und Zerstörungen der Natur, der Gesellschaft und des Menschen (vgl. auch Beck 2007; Randers 2012). Es ist ein Entwicklungsmodell, das sich nach Herausbildung, Aufstieg, Erfolg, Blockierung, Erosion nun in einer Phase von Krisenhaftigkeit und Umbruch befindet, aber selbstverständlich weiterhin (und gerade ökonomisch) über vielfältige Anpassungs- und Innovationspotenziale verfügt. Obgleich diese Epoche im historischen Zusammenhang als eine des Übergangs und Umbruchs verstanden wird, in der die Weichen für grundlegende Entwicklungen gestellt werden, ist sie zugleich durch Stabilitätsfaktoren und Evolutionen gekennzeichnet.

Meine Schlussfolgerung aus dieser Zeit- und Epochendiagnose lautet deshalb zunächst: Die aufgezeigten Konflikte und Krisen bzw. Brüche sind nicht primär in einem *Zusammenbruchszenario* zu fassen, sondern als Übergangs- und damit als *Transformationsepoche* zu interpretieren. Das Vergehen des Alten und das Entstehen von Neuem wird nicht als ein Nacheinander, sondern als ein Übergang und als parallel verlaufende Prozesse gedacht (siehe auch Müller 2014: 164). Es ist eine Übergangs- und Transformationsepoche, die einen längeren historischen Zeitraum umfassen wird (der *Club of Rome* geht in seiner jüngsten Prognose von

mehr als 50 Jahren aus), erhebliche Unsicherheiten und Gefährdungen einschließt, aber auch neue Chancen des Wandels eröffnet und neue Suchprozesse ermöglicht; eine Epoche, an deren Anfang wir uns befinden und deren Ausgang aus heutiger Perspektive offen ist. Mehr noch: Es sind – in Abhängigkeit vor allem von der Entfaltung der jeweiligen Kräftekonstellationen – unterschiedliche, ja *entgegengesetzte Entwicklungsszenarien und Wandlungstypen* möglich (s.u.). Transformation als eigentlich neuer Entwicklungspfad dieser Übergangsepoche ist möglich, aber keineswegs sicher. Dieses Verständnis von »Übergang« unterscheidet sich insofern sowohl von »Übergang«, verstanden als sich selbst korrigierende und weiterführende Modernisierung, als auch von Übergang als ausschließliche »Evolution« des Kapitalismus, aber auch von Übergang als totaler Bruch mit der Vergangenheit und unvermeidliches Ende der Formation und des Weltsystems des Kapitalismus.

Das Paradigma der Transformation als Prozess- und Handlungsdimension heute wird hier also abgeleitet aus einer neuen, historischen Umbruch- und Übergangsphase. Das Paradigma der Transformation ist zugleich abgeleitet aus einer neuen Handlungskonstellation, denn die Erfahrungen der Geschichte der sozialen und politischen Bewegungen und Auseinandersetzungen des vergangenen Jahrhunderts belegen: Das Setzen auf den radikalen Bruch und auf eine »Diktatur des Proletariats« als Weg zur Aufhebung von Ausbeutung, Unterdrückung und Entfremdung ist gescheitert und diskreditiert. Es konnte dem anonymen Diktat der Kapitallogik keine neue, bessere Zukunft entgegensetzen. Aber auch der Weg der Zähmung und Einhegung der kapitalistischen Marktgesetze und -auswüchse durch gesellschaftliche Steuerung und demokratische Reformen, der lange Zeit progressive gesellschaftliche Veränderungen bewirkte, konnte letztlich die neue Dominanz eines sich radikalisierten Marktes (»Neoliberalismus«) über Mensch, Natur, Gesellschaft nicht aufhalten (vgl. Hobsbawm 1998: 688 u. 694ff.). Transformation – als Alternative zur einseitigen Verabsolutierung des gesellschaftlichen Bruchs einerseits und eines ausschließlich strukturimmanenten Wandels innerhalb der gegebenen sozioökonomischen und -kulturellen Ordnung andererseits; Transformation verstanden als evolutionärer, nicht steuerbarer Prozess und als mögliche Gestaltbarkeit von gesellschaftlichen Übergängen.

2.2 Herausforderung unserer Epoche: Transformation

Wenn unsere Zeit als Zeit »gesellschaftlichen Umbruchs« und einer »historischen Übergangssituation« charakterisiert werden kann, dann kann sie zugleich auch als eine neue »Ära der Transformation« bezeichnet werden; Transformation als Signatur dieses Übergangs: Strukturell und kulturell geht es in dieser Epoche um einen grundlegenden *Pfadwechsel*, um eine einschneidende *gesellschaftliche Transformation*. Transformation – im heutigen Verständnis – als längerfristiger Übergang zu einem – zunächst allgemein formuliert – neuen Typ ressourceneffizienter, umweltkompatibler, nachhaltiger wirtschaftlicher Entwicklung, sozialer Teilhabe, demokratischer Bürgerbeteiligung und sozialer und humaner Lebensqualität. Eine solche grundlegende gesellschaftliche Transformation kann sich nur in einem längeren historischen Prozess (Epochencharakter) mit offenem Ausgang vollziehen.

»Rückblickend ist nicht mehr strittig, dass die 1970er Jahre eine Wendezeit waren ..., die langgezogene Wende vom Sozialkapitalismus der Nachkriegszeit zum Neoliberalismus des beginnenden 21. Jahrhunderts« (Streeck 2013: 23, 19). Es war, wie Konrad Jarausch feststellt, der Beginn eines »fundamentalen gesellschaftlichen Strukturwandels« und einer »strukturellen Transformation« (Jarausch 2006: 4). Der fordistisch-industrielle Entwicklungspfad stieß an seine systemimmanenten Grenzen. In der Literatur ist dies inzwischen ausführlich begründet und dokumentiert (u.a. Busch/Land 2013; Streeck 2013). Die staatssozialistisch-fordistischen Gesellschaften fanden auf die neuen Herausforderungen keine überzeugende Antwort. Die Folge war eine schleichende Erosion, die schließlich die Implosion ihres Gesellschafts- und Wirtschaftsmodells bewirkte. In den kapitalistisch-fordistischen Gesellschaften führten diese neuen, ungewohnten Blockaden und Konflikte bei den verschiedenen Akteuren zu Verunsicherungen und zu unterschiedlichen Suchstrategien. Es kam zu vielfältigen Auseinandersetzungen und auch zu Versuchen progressiver gesellschaftlicher Akteure, den Nachkriegskapitalismus emanzipatorisch, demokratisch und sozialökologisch umzubauen. Doch letztlich setzte sich die Fraktion des Kapitals durch, die im Neoliberalismus und Marktfundamentalismus die Antwort auf die Krise und die neuen Herausforderungen suchte. Eingeleitet und vorangetrieben wurde eine *marktliberale Transformation* (siehe dazu auch Reißig 2009: 124-140) der *Wirtschaft* (Übergang vom sozialstaatlich regulierten Kapitalismus zur »Entbettung« des Marktes und zur Dominanz des Finanzmarktkapitalismus), des *Staates* (Übergang vom Sozial- zum Wettbewerbsstaat) und der *Gesellschaft* (Übergang von einer partiellen Teilhabe- zu einer

marktradikalen Konkurrenzgesellschaft). Dem historischen Epochenbruch sowie der Erosion und Krise des fordistisch-industriellen Entwicklungspfades und »Sozialkapitalismus« (Streeck) folgte also kein schrittweiser Übergang zu einer sozialen, ökologischen und demokratischen Transformation. Vielmehr kam es zu einer neuen Welle globaler Vermarktlichung – nun nicht nur von Arbeit, Boden und Geld (Polanyi), sondern auch von Natur, Wissen und Information (Burawoy 2015).

Dies hat die Konflikte jedoch weiter verschärft: die Gefährdung und Zerstörung der ökologischen Grundlagen menschlichen Lebens, der *natürlichen Gemeingüter* (Ressourcen, Klima, Wasser, Landschaft, Meere), die Zerklüftung und tendenzielle Zerstörung der *sozialen und geistig-kulturellen Gemeingüter* der Weltgesellschaft (Arbeit, Bildung, Gesundheit, sozialer Zusammenhalt der Gesellschaft, freie Kommunikation, Vertrauen, Achtung, Würde, Anerkennung) sowie die *Erosion* der institutionellen und normativen *Grundlagen der Demokratie* (Einschränkung der Bürgerrechte und Rechte des Parlaments, überbordender Überwachungs- und Sicherheitsapparat, Einfluss mächtiger Lobbygruppen auf Politik und Entscheidungsfindungen).

Der Zugang der Menschen zu den natürlichen, sozialen, öffentlichen und geistig-kulturellen Gütern der Gesellschaft erfordert tief greifende gesellschaftliche Veränderungen hin zu einer sich erneuernden, nachhaltigen gesellschaftlichen Reproduktion (Brie 2014b: 194ff.). Das heißt, es geht nicht mehr um eine Rückkehr zum »Sozialkapitalismus« der Nachkriegszeit, sondern um eine Transformation des *wirtschaftlichen Pfades* und eine Transformation der *sozialen Verhältnisse*. Oder anders formuliert: *Sozial-ökologische* und *demokratisch-solidarische Entwicklung* – als zwei miteinander verbundene Säulen – können als *Kern dieser Transformation im 21. Jahrhundert* angesehen werden. Sie hat ihren Ursprung nicht allein in dem seit Mitte der 1970er Jahre sich herausbildenden Widerspruch zwischen zunehmender Marktradikalisierung einerseits und der Abwehr ihrer Folgen und den Bestrebungen zur demokratisch-gesellschaftlichen Regulation andererseits, sondern ergibt sich letztlich aus dem historischen Epochenbruch und den damit einhergehenden Erfordernissen einer grundlegenden Veränderung der Art und Weise des Wirtschaftens, des Arbeitens, des Lebens. Es geht mit dieser Transformation letztlich um evolutionäre Wandlungs- und gesteuerte Umbauprozesse von *Produktions- und Lebensweise*, von *System- und Lebenswelt* (siehe 3.3 und 3.4).

3. Die neue Transformation

3.1 Neue Transformation als Gesellschafts-Transformation

Diese »Neue Transformation« kann zunächst als Typ einer *Gesellschafts-Transformation* interpretiert werden. Denn mit dieser Transformation geht es nicht »nur« um einen Wandlungs-, Umwandlungs- und Umbauprozess der (Basis-)Strukturen und Institutionen, sondern auch um einen Wandel der gesamten gesellschaftlichen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Verhältnisse.

Gesellschafts-Transformationen sind Wandlungs- und Umwandlungsprozesse auf *gesamtgesellschaftlicher Ebene*, mit denen sich letztlich die gesamte Struktur und Formbestimmtheit gesellschaftlicher Produktions- und Lebensweise wandeln. Weltgeschichtlich können bisher zwei typische Fälle (Varianten) eines solchen Formations- bzw. Gesellschaftsformwechsels unterschieden werden. Zum einen der Fall von Transformation, der in langfristigen, sich überlappenden evolutionären und revolutionären Teilprozessen und Zyklen, gesamtgesellschaftlich eher überwiegend unbewusst, aber letztlich sich doch auch gerichtet vollzieht. Charakteristisch hierfür war der von Marx analysierte Formationsübergang vom Feudalismus zur »modernen bürgerlichen Gesellschaft« (Marx 1890: 383ff.), der sich über einen Zeitraum von rund 300 Jahren vollzog. Ein Transformationsprozess, den Karl Polanyi später in seinem Werk »The Great Transformation« mit Blick auf die Ereignisse der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts weiterführend analysierte (Polanyi 1978).

Zum anderen der Fall von Transformation, der eher Versuche einer bewussten, gesteuerten gesellschaftlichen Umwälzung markiert, in denen die handelnden Akteure auch relativ klare Vorstellungen von ihren Zielen und der neu zu schaffenden sozioökonomischen und politischen Ordnung haben. Sie sind in der Regel von kürzerer Dauer, doch erstreckt sich ihr Gesamtprozess – vor allem die soziokulturelle Transformation – auch in diesem Fall über längere Zeiträume. Beispiele dieser Gesellschafts-Transformation sind unter anderem die ansonsten so unterschiedlichen realsozialistischen sowie die postsozialistischen Transformationen im 20. Jahrhundert.

Sowohl zur Transformation als Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus liegen theoretische Arbeiten vor (u.a. Bucharin 1990; Hobsbawm 1998; Bahro 1980) als auch insbesondere zur postsozialistischen Transformation des Übergangs vom Staatssozialismus zu demokratisch-kapitalistischen Gesellschaften (u.a. Beyme und Offe 1996; Reißig 1998, 2009, 2010; Wiesenthal 2009). Darauf kann die heutige Transformations-

forschung zurückgreifen wie auch auf die Ergebnisse der Forschungen zur Transition, zum politischen Ordnungswechsel bürgerlich-kapitalistischer Gesellschaften (u.a. O'Donnell/Schmitter 1986). Im Vergleich mit den beiden genannten Fällen von Gesellschafts-Transformation im bisherigen Geschichtsprozess weist die neue Transformation sowohl Gemeinsamkeiten wie grundlegende Unterschiede und Besonderheiten auf (siehe 3.6). Doch eine neue Transformation in Gestalt der staatssozialistischen wie auch der postsozialistischen Transformation ist im Prinzip auszuschließen.

3.2 Neue Transformation als zweite »Große Transformation« der Neuzeit

Diese heute auf der historischen Agenda stehende Transformation wird als eine *neue Große Transformation* und im historischen Kontext m.E. auch als »Zweite Große Transformation« der Neuzeit (Reißig 2009) bestimmt werden können. Der Begriff »Große Transformation« verbindet sich mit dem Namen Karl Polanyi und seiner Arbeit »The Great Transformation« aus dem Jahr 1944 (Polanyi 1978). Polanyi untersucht und beschreibt darin den Prozess des allmählichen, lang andauernden Übergangs an verschiedenen Orten der Welt von den unterschiedlichen vorkapitalistischen Formen der Wirtschaft und Arbeit zur kapitalistischen Warenproduktion, zur kapitalistischen Marktwirtschaft und die nachfolgende widerspruchsvolle Entwicklung einer »Doppelbewegung« von kapitalistischer Marktradikalisierung einerseits und »Schutz der Gesellschaft« andererseits. Es handelte sich bei dieser (ersten) Großen Transformation der *Neuzeit* um einen »Epochenwechsel«, der zur »Verwandlung der Welt« (Osterhammel 2011a) führte. Es ist eine Verwandlung, in der sich ökonomische, kulturelle, soziale, ökologische Prozesse unterschiedlicher Tempi und Dynamiken überlagern, beeinflusst von einer Vielzahl von Akteursgruppen mit unterschiedlichen Interessen, die schließlich eine spezifische Richtung des Wandels befördern (ebd.). Und die politischen Formen dieses Übergangs zur industriell-kapitalistischen Marktwirtschaft waren in ihrer Gesamtheit gekennzeichnet durch tiefe, revolutionäre Schübe und reformerische Transformationsperioden (Middel 1998: 66).

In der heutigen lang andauernden Umbruch- und Übergangsepoche geht es mit einer sozial-ökologischen und demokratisch-emanzipativen Transformation in diesem historischen Verständnis ebenfalls um eine epochale gesellschaftliche Transformation. Das gilt sowohl für die Tiefe und Dynamik des Wandels als auch für die allgemeine Richtung

des Wandels. Denn mit dieser heutigen Gesellschafts-Transformation wäre – wie wir noch zeigen wollen – der am tiefsten greifende Struktur-, Wirtschafts-, Kultur- und Gesellschaftswandel seit Beginn des Industriezeitalters verbunden, der grundlegendste Wandel und Umbauprozess in der Geschichte der Moderne, der Zivilisation überhaupt. Auch im jüngsten Bericht des *Club of Rome* mit dem Titel »2052« nimmt Jørgen Randers eine ähnliche historische Einordnung der Transformation heute vor, wenn er feststellt: »Ich spreche von einem Paradigmenwechsel, der vielleicht noch umfassender sein wird als der Aufstieg der Neuzeit aus dem Mittelalter. [...] Die Alternative muss sich entwickeln, ihre Überlegenheit demonstrieren und allmählich in Führung gehen.« (Randers 2012: 363).

Doch enthält Karl Polanyis Werk zwei Begriffe für die »Große Transformation«, die auch für die Analyse und Deutung der Transformation heute zentral sind. Zum einen die »Große Transformation« als den eben beschriebenen epochalen gesellschaftlichen Umwandlungs- und Umbauprozess von den vorkapitalistischen zu den kapitalistischen Marktwirtschaften (Polanyi 1978: 59-71). Zum anderen die »Große Transformation« innerhalb kapitalistischer Marktwirtschaften als Auseinandersetzung zwischen marktliberaler/-radikaler Entwicklung und sozialer und politischer Gegenbewegungen für gesellschaftliche »Einbettung« und Regulation der Märkte. Gerade diese zweite Seite der Großen Transformation beschäftigte Karl Polanyi zeitlebens (Polanyi 1978: 214-329, 2002, 2003a, 2005a). Entgegen den meisten Interpretationen der Arbeit(en) Karl Polanyis verstand er diese »Gegenbewegung« nicht allein als »Schutz der Gesellschaft«, als Rückkehr zu einer gesellschaftlichen »Einbettung« der Märkte, sondern als eine Entwicklung, die letztlich zur Überwindung der »Marktgesellschaft« (aber nicht der Märkte) und hin zu einem neuen Wirtschafts- und Gesellschaftsmodell, hin zu einer »Neuen Demokratie«, in der der Markt bewusst »einer demokratischen Gesellschaft unter(ge)ordnet« wird (Polanyi 1978: 311), führen sollte. Denn die Folge einer ungebremsten Marktradikalisierung wäre die Zerstörung von Mensch, Gesellschaft und Natur. Gerade in den 1930er Jahren – mit dem Aufkommen und der Durchsetzung des Faschismus in Europa – gewinnt dieses Szenario in den Arbeiten von Karl Polanyi entscheidende Bedeutung. Die soziale und humane Alternative ist für ihn deshalb eine Gesellschaft, in der die Verwandlung von Arbeit, Grund und Boden sowie Geld in »fiktive Waren« aufgehoben, dem Marktgeschehen entzogen werden und die Menschen ihre Gesellschaft selbstbestimmt bedürfnisgerecht gestalten können. Es ist eine demokratische Gesellschaft, in

der die Menschen ihr Handeln unmittelbar und persönlich verantworten können (Polanyi 2005b). Erstmals hat Michael Brie in seiner Studie »Polanyi neu entdecken« eine solche neue und weiterführende Interpretation des analytischen und theoretischen Gehalts von Karl Polanyis Werk vorgelegt (Brie 2015b).

Im Sinne Karl Polanyis verstehen wir die »Große Transformation« heute sowohl als neuen, epochalen Übergangsprozess zu einem neuen wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen Entwicklungspfad und Gesellschaftsmodell wie auch als Prozess des Ringens um die Zurückdrängung von Marktradikalität, Naturzerstörung und sozialen Verwerfungen. Denn wie schon zu Zeiten Polanyis steht heute – unter veränderten Bedingungen – die Frage im Vordergrund, ob die Grundlagen unserer Gesellschaft und Natur durch eine fortschreitende marktradikale Entwicklung irreversibel zerstört werden oder ob es gelingt, die Folgen dieser Entwicklung abzuwehren und erste Schritte zur Richtungsänderung kapitalistischer Produktions- und Entwicklungsweisen durchzusetzen (Bischoff/Lieber 2013) und schließlich Öffnungen hin zu einem neuen sozialen und ökologischen Entwicklungspfad zu erschließen, letztlich hin zu einer »Solidarischen Teilhabegesellschaft« (siehe 3.4 und Reißig 2009: 174-190). Eine »Neue Große Transformation« hat also auch heute eine solch doppelte Dimension. Dabei handelt es sich aus meiner Perspektive nicht um zwei Transformationen, sondern um miteinander eng verbundene, aber doch auch um unterschiedliche Phasen und Entwicklungszyklen eines gesellschaftlichen Wandlungs- und Umformungsprozesses in einer Epoche historischen Übergangs.

Es wird deshalb hier davon ausgegangen, dass es in der Geschichte der Menschheit bislang nur zwei Große Transformationen, grundlegende epochale Umbruchphasen gab, die mit der heutigen Großen Transformation vergleichbar wären (siehe auch WGBU 2011: 5): die *Neolithische Revolution*, die den Übergang von der Jäger- und Sammlergesellschaft zur Agrargesellschaft verkörperte und eine grundlegende Änderung der ökonomischen Aktivitäten, der sozialen Rolle der Menschen, der Natur der Gesellschaft und ihrer Institutionen bewirkte (vgl. dazu Robinson 2008: 11ff.), sowie die *Industrielle Revolution* und der allmähliche Übergang an verschiedenen Orten der Welt von den unterschiedlichen vor-kapitalistischen Formen des Wirtschaftens und Arbeitens zur kapitalistischen Warenproduktion, zur kapitalistischen Moderne.

Die neue Transformation tatsächlich als »Zweite Große Transformation« zu bezeichnen, wird aber nur dann gerechtfertigt sein, wenn sie in der Praxis zu einer neuen, zukunftssträchtigen Art und Weise des Wirt-

schaftens, des Arbeitens und des Lebens der Menschen führt. Entsprechende Voraussagen über den Ausgang dieses Wandlungsprozesses sind heute jedoch kaum möglich. Aber als historische Herausforderung, als stattfindender evolutionärer Wandlungsprozess sowie als heutige gesellschaftspolitische Auseinandersetzung um die gegenwärtige und künftige sozioökonomische und soziokulturelle Entwicklungsrichtung lassen sich Aussagen und Hypothesen sehr wohl treffen. Dies ist umso wichtiger, als auch der gesellschaftliche Diskurs hierzu seit Längerem in Gange ist und gerade gesellschaftskritische Analysen, Erklärungen und Deutungen neu herausgefordert sind.

3.3 Transformation des wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen Entwicklungspfades

Der lange Zeit in den kapitalistischen Industrieländern dominierende Entwicklungspfad ist – wie schon begründet – an seine natürlichen und gesellschaftlichen Grenzen gestoßen. Die marktliberale/-radikale Entwicklung hat dies nicht zuletzt mit dem Aufbrechen der großen Krise 2007/08 noch deutlicher werden lassen. Ein neuer Pfad als allmählicher Wandel von Produktions- und Lebensweise ist erforderlich, aber bis heute gesamtgesellschaftlich nicht sichtbar. Dennoch muss die Transformationsforschung einen solch erforderlichen Wandel sowohl begründen und erklären als auch vor allem seine partiellen und punktuellen Ansätze aufspüren und aufzeigen. Hierbei geht es auch um einen permanenten und gleichberechtigten Dialog zwischen Theorie und Praxis, zwischen Praxis und Theorie.

Zum einen Wandel der Produktionsweise, das heißt in dieser Übergangsepoche vor allem der schrittweise Übergang zu einem ressourceneffizienten, umweltkompatiblen, solidarischen und damit nachhaltigen Typ wirtschaftlicher Entwicklung. Das erfordert den Übergang vom heutigen finanzdominierten Akkumulationsregime zu einem sozialökologischen Akkumulationsregime und zu einer neuen Regulationsweise (vgl. auch Klein 2013: 128f.).

Das bedingte u.a. einen weitreichenden ökologischen Umbau der Wirtschaftsstrukturen, der zugleich sozial zu gestalten ist. Nach Jørgen Randers heißt das, die Investitionen in den sozialökologischen Umbau beträchtlich zu erhöhen (Randers 2012: 128f.). Zugleich bedeutet Wandel der Akkumulations- und Produktionsweise Wandel der volkswirtschaftlichen Proportionen zugunsten der öffentlichen Daseinsvorsorge und der sozialwirtschaftlichen Dienste. Die heutige Transformationsfrage stellt erstmals auch die Wachstumsfrage mit anderen Vorzeichen.

Denn die alte Gleichung – Wachstum gleich Fortschritt gleich Wohlstand gleich höhere Lebensqualität – gilt so nicht mehr. Dieses bisher tragende Wachstumsmodell ist nicht mehr wie in der Vergangenheit eine wesentliche Voraussetzung zur Bearbeitung grundlegender Probleme (Arbeitslosigkeit, Armut, Prekariat, soziale Ungleichheit) in den entwickelten kapitalistischen Ländern, wie Wachstum an sich aber auch nicht der Grund aller Probleme, allen Übels ist. Wachstum – Entwicklung – Wohlstand sind in dieser Transformation neu zu definieren sowie in einem längeren Prozess gesellschaftlichen Wandels auf neue Art und Weise zu verwirklichen.

Ging es in der ersten Großen Transformation der Neuzeit nicht zuletzt um den Übergang von der Agrar- zur rasch wachsenden Industriegesellschaft, so geht es mit der heutigen Transformation um den Umbau des gesamten traditionellen Industriesystems und den Übergang vom industriell-fordistischen zu einem neuen, wirtschaftlich nachhaltigen, ökosozialen Entwicklungspfad. Dieser ist bislang noch in keinem Land vollzogen worden. Es gibt kein entsprechendes gesellschaftliches bzw. wirtschaftliches Modell, an dem sich heute die einzelnen Länder und Akteure orientieren könnten. Auf welchem Wege in dieser Transformation eine stabile und zukunftsfähige Entwicklung und gesellschaftliche Reichtumsproduktion ohne das traditionelle Wachstumsmodell zu erreichen sind, ist deshalb Gegenstand vielfältiger und kontroverser Diskussionen (Dörre 2011; Land 2011; Miegel 2014; Müller/Strasser 2011; Paqué 2010; Paech 2011; Klein 2013).

Die Präferenzen reichen von neuem, »besserem« Wachstum über begrenztes qualitatives Wachstum bis hin zu Transformation und Wohlstand ohne Wachstum. Das Nachdenken über die neue Gesellschaftstransformation verlangt deshalb konstruktive Antworten und praktikable Alternativen auf diese neuen Herausforderung von wirtschaftlicher, sozialer und gesellschaftlicher Entwicklung.

Zum anderen würde dieser Übergang zu einem neuen Typ von wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Entwicklung mit nachhaltigen *Wandlungen der Lebenswelt und Lebensweise* verbunden sein. Es geht um den schrittweisen Übergang vom zunehmenden und weltweiten Ausschluss großer sozialer Gruppen und Regionen von Wohlstand und sozialer Sicherheit zu einem alternativen, neuen Typ sozialer Teilhabe an der gesellschaftlichen Reichtumsproduktion und gleicher demokratischer Teilnahme an Öffentlichkeit, an Entscheidungsprozessen über die gesellschaftliche Entwicklungsrichtung und an der Gestaltung des individuellen und gesellschaftlichen Lebens. Denn Gesellschafts-Transforma-

tion bedeutet Wandel des Wirtschafts-, Produktions- *und* Sozialmodells, der System- *und* der Lebenswelt.

Die konkreten Wege zu dieser sozialen Teilhabe und demokratischen Teilnahme sind in den verschiedenen Weltregionen (z.B. Industrie- bzw. Schwellen- oder Entwicklungsländer) sehr unterschiedlich und müssen in vielen auch erst noch gefunden und ausprobiert werden (vgl. auch Randers 2012). Letztlich geht es jedoch in allen Regionen – wenngleich unter jeweils sehr unterschiedlichen Voraussetzungen – um gleiche Teilhabe aller an Arbeit, Bildung, Gesundheits- und Daseinsvorsorge, Kultur und öffentlichem Leben und Teilnahme an der Gestaltung der eigenen Lebensperspektive und eines solidarisch-demokratischen Gemeinwesens.

Zukunftsfähige Entwicklung als soziale Teilhabe stellt in dieser Transformation die Frage nach dem »Guten Leben« (gerade auch in westlichen Gesellschaften) neu, schon weil diese mit Umweltkompatibilität und Ressourceneffizienz vereinbar sein muss. Die Qualität des Lebens hängt – wie die Erfahrungen der modernen Industriegesellschaften zeigen – nicht allein vom Kaufen und Nutzen von Waren und Diensten (Massenkonsumention) ab, sondern zu einem wesentlichen Teil von sinnvollem Tun, von gesunder Umwelt, guten Bildungschancen, ausreichender Gesundheitsvorsorge, Pflege menschlicher Beziehungen, zivilgesellschaftlicher Tätigkeit. Das alles ist nicht zuerst nur eine Frage des Geldes (Wohlstand), sondern vor allem auch der Zeit und der gleichberechtigten Teilhabe als Voraussetzung für Wohlfahrt (Schernhorn 2011: 97ff.; Etzioni 2011: 328ff.).

So oder so, ein sozialökologischer, solidarischer Pfadwechsel geht gerade in den westlichen Gesellschaften mit Änderungen der bisherigen Lebensweiseformen und Lebensstile einher; als gesellschaftliches Erfordernis wie als neuer Möglichkeitsraum, Transformation eben als kultureller Wandel. Randers spricht in seinem jüngsten Bericht an den *Club of Rome* davon, dass die neue Transformation auf eine neue kulturelle Stufe der Zivilisation abziele (Randers 2012: 328ff.).

Schließlich erfordert diese neue Gesellschafts-Transformation den Übergang zum *Typ sozialökologischer und solidarischer Entwicklung im globalen Maßstab*. Denn die grundlegenden Menschheitsprobleme – ökologische Krisen und Schäden, Klimawandel, Ressourcenknappheit, soziale Ungleichheit, Verelendung weiter Teile der Erdbevölkerung, Hunger und Flüchtlingsströme – sind allesamt globaler Natur und übersteigen die Problemlösungskapazität der Nationalstaaten. Es geht deshalb um den Übergang zu einem neuen Pfad globaler Entwicklung, in dem Nachhaltigkeit, Demokratie, Solidarität und Gerechtigkeit eine neue Ein-

heit bilden. Das erfordert globale Regulation und ein alternatives, neues Finanz-, Weltwirtschafts-, Umwelt- und Sicherheitssystem, ein friedliches, kooperatives Zusammenwirken und -leben der Menschen; Gesellschafts-Transformation als Transformation der Welt-Gesellschaft.

Hierbei werden – wie die heutige Entwicklung schon zeigt – mögliche Transformationswege und -gesellschaften in den verschiedenen Ländern und Regionen der globalen Welt sehr unterschiedlich sein. Es ist auch klar, dass die entwickelten Länder eine besondere Verantwortung tragen und »Vorleistungen« für einen neuen, nachhaltigen Entwicklungspfad in den Schwellen- und Entwicklungsländern erbringen müssen.

Diese Transformation ist mithin als ein Wandel der Produktions- und Lebensweisen, der Macht- und Eigentumsstrukturen sowie der individuellen und gesellschaftlichen Deutungsstrukturen zu verstehen.

Das aber mündet in die Frage nach der *Demokratie als Machtfrage* der Transformation. Für Karl Polanyi war die »Demokratisierung« des wirtschaftlichen und sozialen Lebens als Überwindung der »Objektivierung« und Entfremdung des Menschen im selbstregulierten Marktsystem das zentrale Moment gesellschaftlicher Transformation auf dem Weg zur »menschlichen und solidarischen Gesellschaft« (Cangiani/Thomasberger 2003: 20). Der mit der neoliberalen Wende eingeleitete Frontalangriff auf die Demokratie und ihre Institutionen verlangt heute mehr denn je einen tief greifenden Um- und Neuaufbau demokratischer Institutionen als Voraussetzung einer nachhaltigen wirtschaftlichen, sozialen, ökologischen und friedfertigen Entwicklung. Wie sich zeigt, gehört das zu den schwierigsten und vielfach auch noch offenen Fragen gesellschaftlichen Wandels. Transformation als Gesellschafts-Transformation – die mit dem Erfordernis der Umwandlung des Typs wirtschaftlicher, sozialer, kultureller Entwicklung einhergeht – macht aber auch deutlich, dass diese nur über längere Zeiträume mit unterschiedlichen Phasen, inhaltlichen Prioritäten und regionalen Schwerpunkten, über vielfältige Zwischenschritte, Vermittlungen möglich werden kann.

3.4 Leit- und Zukunftsbild(er): Solidarische Teilhabegesellschaft

Moderne Gesellschaften wälzen ihr System gesellschaftlicher Arbeit, die sozialen und kulturellen individuellen Bedürfnisse beständig um. Der beschleunigte Wandel ist ein typisches Kennzeichen heutiger bürgerlich-kapitalistischer Gesellschaften (vgl. auch Rosa 2013). Und ihre Legitimation korrespondiert nicht nur mit Güterverteilung, sondern auch mit Zukunftsversprechen. In Zeiten gesellschaftlichen Umbruchs und von Transformationen gewinnen Fragen nach der Existenz und Funk-

tion von Leit- und Zukunftsbildern für alle sozialen Akteure ein besonderes Gewicht. Potenzielle Träger und Treiber gesellschaftlicher Transformation können und sollten sich dem nicht entziehen.

Für die heutige Transformation gibt es jedoch keine etablierten Vorbilder. Ihr liegt kein fertiges Modell, kein ausgearbeiteter Masterplan zugrunde, das bzw. den es in der gesellschaftlichen Praxis nur noch umzusetzen gilt. Diese Transformation ist auch kein primär politisch gesteuertes Unternehmen von oben, sondern eher ein widerspruchsvoller Such-, Experimentier- und Lernprozess. Dennoch operieren die verschiedenen Akteure heute – gestützt auf Analysen, Trends, Prognosen – mit einer gewissen Voraussicht (vgl. auch Osterhammel 2011b). Sie entwickeln (unterschiedliche) normative Leitideen, Zukunftsannahmen und auch Visionen für diese Transformation. Hierzu hat sich in jüngster Zeit selbst ein entsprechender Diskurs herausgebildet.

Offensichtlich bedarf gerade eine Gesellschafts-Transformation, die im Hier und Heute beginnt, beginnen muss, aber auf einen grundlegenden Richtungs- und Pfadwechsel orientiert ist, eines gesellschaftlichen Narrativs, eines überzeugenden Leitbildes (keine Endzielprojektion). Schon Karl Polanyi war davon ausgegangen, dass eine Wertvorstellung, ein »inneres Wissen« als regulative Idee dient, um dem gesellschaftlichen Wandel eine Richtung zu geben (Polanyi 2003b: 64). Gleichzeitig entwarf er selbst das (Leit-)Bild einer neuen Gesellschaft als Überwindung der »Marktgemeinschaft« und der Etablierung einer freiheitlich-demokratischen und solidarischen Gesellschaft (Polanyi 1978: 332ff.), das auch heute noch von strategischer Bedeutung ist.

Im Unterschied zu vielen traditionellen Leitbildern der Vergangenheit muss das heutige Leitbild der »Transformation« jedoch zuerst von den Grenzen des Erdsystems als Ausgangspunkt gesellschaftlicher Entwicklung und von der globalen Interessenverflechtung ausgehen und zugleich auf eine andere, bessere, gerechtere, sicherere und freiere (Welt-)Gesellschaft orientieren.

Als ein solches Leitbild der heutigen Gesellschafts-Transformation wird zum Beispiel das einer *nachhaltigen und solidarischen Gesellschaft* oder (verkürzt) einer *Solidarischen Teilhabegesellschaft*, einer *Solidarischen Weltgesellschaft* formuliert (vgl. Reißig 2009: 150ff.). »Solidarische Teilhabegesellschaft« wäre nicht die (vergebliche) Suche nach der besten aller Welten. Sie könnte auch keine detaillierte Beschreibung von Zukunft sein, die so gar nicht möglich wäre und die sich im Gegenteil angesichts der Erfahrungen des 20. Jahrhunderts mit ideologisch geprägten »Zukunftsentwürfen« und ihren totalitären Resultaten geradezu

verbietet. »Solidarische Teilhabegesellschaft« versteht sich vielmehr als eine Antwort auf die grundlegenden sozialen, ökologischen, demokratischen und geistig-kulturellen Konflikte und Herausforderungen unserer Zeit sowie als Gegenentwurf zur heute dominierenden marktradikalen Konkurrenzgesellschaft. Und ein solches Leitbild bzw. Zukunftskonzept könnte als ein Diskussionsangebot an die unterschiedlichen Transformationsakteure fungieren und dem viel diskutierten, aber sozial oft verengt interpretierten Projekt des »ökologischen Umbaus« eine klarere, Gesellschaft verändernde Perspektive geben.

Solidarische Teilhabegesellschaft wäre als Suche nach einem Typ weiterentwickelter Demokratie (repräsentative und partizipative Demokratie, Bürgergesellschaft) und neuer Wirtschaftsweise (Einbettung der Produktionsweise in die natürlichen Kreisläufe, der Märkte in eine soziale Regulationsweise; nachhaltiges, umweltkompatibles, ressourceneffizientes, solidarisches Wirtschaften bei zunehmender Bedeutung der Reproduktionsökonomie) mit Vorrang von Menschenrechten und Gemeinwohl zu verstehen. Und Solidarische Teilhabegesellschaft wäre gerichtet auf einen neuen Typ freiheitlicher individueller Entfaltungsmöglichkeiten sowie selbstbestimmter Teilhabemöglichkeiten für alle an der gesellschaftlichen Reichtumsproduktion, an guter Arbeit, solider Bildung, freier Kommunikation, demokratischer Gestaltung des Gemeinwesens.

Solidarische Teilhabegesellschaft würde in diesem Sinne dann zu einer die Vorzüge der Moderne und ihre Evolutionspotenziale bewahrenden und weiterführenden demokratischen, pluralen und zukunfts-offenen Gesellschaft. Doch sie verkörperte damit nicht einfach eine neue Phase im Zyklus kapitalistischer Entwicklung (wie z. B. einst der Teilhabekapitalismus oder ein möglicher künftiger Grüner Kapitalismus), sondern die Aufhebung der Dominanz finanzmarktgetriebener Verwertungsbedingungen vor allem auch über die gesellschaftlichen Grundgüter, und die Etablierung einer neuen Regulationsweise, in der schließlich soziale, ökologische, demokratische Faktoren die Richtung von (effizienter) Verwertung, Reproduktion und nachhaltiger Entwicklung bestimmen. Dies kann nicht ohne Eingriffe in die Struktur und Logik von Macht- und Eigentumsverhältnissen gelingen. Solidargesellschaft wäre damit also eine historische Zäsur in Gestalt einer neuen Gesellschaftsform mit einem neuen sozioökonomischen und soziokulturellen Entwicklungsmodell, ein Gesellschaftstyp, der den Weg öffnen könnte für einen neuen Typ von Moderne und Zivilisation. Eine solch neue Transformation muss jedoch – soll sie gelingen – die Evolutions- und Erneuerungspotenzi-

ale bürgerlich-kapitalistischer Gesellschaften bewahren und auf neuer Grundlage für eine neue Gesellschaftsentwicklung und neue Zivilisation weiterentwickeln. Alle historischen und aktuellen Versuche, dies zu »umgehen«, sind gescheitert (siehe auch Brie 2015a: 37). Weder die klassische Modernisierungstheorie noch die Antikapitalismuskonzepte bieten deshalb für ein solches Transformationskonzept das erforderliche Erklärungspotenzial.

Eine Leitidee, ein narratives Leitbild der heutigen Transformation kann daher immer nur als Rahmen gesetzt und als dynamisierender evolutiv-närer Prozess sowie als offenes, emanzipatives Projekt handelnder Menschen verstanden und formuliert werden. Hierbei kann durchaus auf die Beispiele gestaltbarer, alternativer Entwicklungspfade in der Geschichte der Moderne (z.B. New Deal, Skandinavisches Modell) verwiesen werden. Und Richard Wilkinson und Kate Pickett haben in einer umfangreichen Studie und durch Vergleiche zwischen zahlreichen modernen Industriegesellschaften nachgewiesen, dass egalitärer und gerechter strukturierte Gesellschaften sowohl besser funktionieren als auch die Menschen zufriedener machen (Wilkinson/Pickett 2010).

Ein solches Narrativ der Transformation gilt es positiv und als Angebot an breite gesellschaftliche Mehrheiten zu kommunizieren, das heißt Wandel und Transformation natürlich auch als Anstrengung, Mühe und Wagnis, aber weder als Zumutung und Bedrohung noch als eine zu realisierende Wunsch-dir-was-Vorstellung, sondern als berechtigte Hoffnung für die Menschen auf ein Leben in Sicherheit, Freiheit und Solidarität. Hoffnung aber ist, wie Sartre es nannte, selbst eine Triebkraft gesellschaftlicher Veränderungen.

Transformationen waren immer – und das kann für die neue Transformation nicht weniger gelten – heftige und konflikthafte gesellschaftspolitische Auseinandersetzungen um Hegemonie, Macht und Eigentum. Heute führen bereits erste Überlegungen und alternative Vorschläge und mehr noch praktische Transformationsschritte – so in Richtung eines Übergangs zu einer veränderten, ökologischen Wirtschaftsweise, einer Überführung öffentlicher Güter in die öffentliche Hand, eines Ringens um neue Formen sozialer Teilhabe wie z.B. der Bürgerversicherung – zu solchen tief greifenden sozialen und politischen Auseinandersetzungen.

In demokratisch-pluralistischen Gesellschaften mit unterschiedlichen politischen und kulturellen Präferenzen muss und kann die Frage des Transformations- und Entwicklungspfad, des Übergangs zu einem neuen Ordnungs- und Sozialmodell nur noch auf Basis eines demokra-

tischen Mehrheitswillens und im breiten demokratischen Konsens ausgehandelt, ausgekämpft und realisiert werden (vgl. Vester 2011). Wie schwierig das ist, zeigt die Realität der heutigen Gesellschaft, deren Transformationsfähigkeit noch wenig ausgeprägt ist. Die neue Gesellschafts-Transformation als spezifischer Typ sozialen Wandels hat dennoch nur als konsequent demokratische und solidarische Transformation eine Chance und Zukunft. Auch das ist ein wesentliches Merkmal der heutigen Gesellschafts-Transformation, welches diese von nicht wenigen Transformationen der Vergangenheit unterscheidet.

3.5 Öffnungen, Zugänge zur und Wege der Transformation

Gerade mit dieser heute auf der historischen Agenda stehenden Gesellschafts-Transformation soll im Grunde etwas entstehen, was eigentlich nicht entstehen kann, oder anders formuliert: »Transformation ist eine mögliche Unmöglichkeit.« (Brie 2011: 71) Transformation muss deshalb ihre eigenen Voraussetzungen schaffen, damit eine reale mögliche Möglichkeit ihrer Realisierung entsteht. Dies ist umso dringlicher, da eine sozialökologische und solidarische Transformation auf enorme objektive und subjektive Blockaden und Hürden stößt. Sie ist konfrontiert mit der institutionell weitverzweigten Verfestigung des alten Entwicklungspfades, mit den systemimmanenten Lebensweisen und Lebensstilen in fast allen Milieus der Gesellschaft, auch bei denen, die diesen Wandel eigentlich befürworten. Sie ist konfrontiert mit der Macht des Finanzkapitals und der Anpassungsfähigkeit der herrschenden konservativen Kräfte und dem heute herrschenden Diskurs, der Wege zu einer sozialökologischen und solidarischen Transformation blockiert. Und diese Erfordernisse einer gesellschaftlichen Transformation sind vor allem mit der Tatsache konfrontiert, dass es heute – im Unterschied zu allen bisherigen Transformationen – kein eindeutig zu definierendes Subjekt der Transformation gibt und sich die Herausbildung neuer, gesellschaftlicher Akteurskoalitionen und deren Fähigkeiten zu gesellschaftlicher Steuerung als besonders kompliziert erweist. Auch deshalb dominiert das finanzmarktgesteuerte Akkumulations- und Regulationsmodell noch immer die Struktur und Funktionslogik bürgerlich-kapitalistischer Entwicklung.

Angesichts dessen stellt sich die Frage: Transformation ja – aber wie? Die Antworten auf diese – am Ende entscheidende – Frage sind im Transformationsdiskurs und in den Transformationskonzepten sehr unterschiedlich. Vom kulturell motivierten individuellen Ausbruch aus einer nicht mehr zu rechtfertigenden Lebensweise (vgl. u.a. Welzer/Wiegandt

2011; Paech 2011) bis zur Großen Transformation als Wandel der Technik, der Politik und der Kultur, nicht aber der Gesellschaftsstruktur oder des Eigentums (vgl. WGBU 2011).

Das hier diskutierte Konzept der Transformation rückt auch bei der Frage nach dem *Wie, nach den Öffnungen und Zugängen* zur Transformation stärker die Gesellschaft, ihre Spielregeln (vgl. North 2005), ihr Räderwerk und die in ihr sich vollziehenden individuellen und kollektiven Handlungen von Menschen sowie die Diskurse ins Blickfeld. Dabei wird zunächst jedoch davon ausgegangen, dass die der Transformation entgegenstehenden Macht-, Eigentums- und Ideologieverhältnisse die eine Seite der inneren Struktur der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaften sind. Möglichkeiten eines transformativen Wandels ergeben sich jedoch selbst schon aus dem hybriden Charakter dieser inneren Struktur der modernen bürgerlichen Gesellschaften und den darin angelegten Entwicklungspotenzialen (Wright 2010): aus den Verflechtungen von Macht- *und* Vergesellschaftungspotenzialen (Zivilgesellschaft, Öffentlichkeit, Demokratie, Märkte), von Kapital- *und* Soziallogik. Ein neues Entwicklungsmodell, ein neuer Entwicklungspfad wird deshalb nicht als totaler Bruch mit dieser komplexen Gesellschaft entstehen können, aber auch nicht als ausschließlich reformerischer Wandel innerhalb ihrer systemischen Strukturen. Schaut man auf die verschiedenen Transformationsfälle der Vergangenheit, dann zeigt sich: Transformationen als gesellschaftliches Übergangsphänomen gingen und gehen zumeist zahlreiche partielle, molekulare wirtschaftliche, soziale, geistig-kulturelle Veränderungen voraus. Das ist auch heute zu beobachten. Das heißt, Potenziale einer möglichen anderen Entwicklungsweise reifen in dieser Gesellschaft heran. Transformation als Handlungskomponente und Gestaltungswille bedeutet, sie freizusetzen, auszureizen, miteinander zu verbinden, weiterzuentwickeln und schließlich gegen die vielfältigen Blockaden und Widerstände institutionell abzusichern. Öffnungen und Zugänge zur gesellschaftlichen Transformation sind damit nicht zuerst eine Frage der Zukunft, sondern der Gegenwart, der Lebenswelten. Und in der Praxis vollziehen sich solche Öffnungen und Zugänge *unten* und schon *heute*; in gesellschaftsveränderndem Handeln individueller und kollektiver Akteure.

Es sind die vielfältigen individuellen Selbstveränderungsprozesse und die sozialen und gesellschaftspolitischen Bewegungen, die die Logik heutiger marktliberaler Entwicklung infrage stellen und partielle wirtschaftliche, soziale, kulturelle Transformationsprozesse, Alternativen, Projekte in Gang setzen – z.B. ökologische Energienetzwerke in Dörfern

und Regionen, Formen der Gemeinwohlökonomie, Überführungen öffentlicher Güter in die öffentliche Hand, Rekommunalisierungen, unterschiedlichste Formen von Genossenschaften, neue soziale Teilhabe- und demokratische Beteiligungs- und Lebensweiseformen. Empirische Transformationsforschungen zeigen heute schon, wie sich »Pioniere des Wandels« herausbilden, die die Grenzen des etablierten Gesellschafts- und Entwicklungsmodells deutlich machen, sie mittels praktischer Projekte überschreiten und eine Beispielfunktion für konkrete ökologische, soziale, demokratische Transformationsprozesse ausüben. Oft beginnen sie als einzelne Individuen oder als kleine Gruppen in Nischen, wo sie zunächst kleinräumig und häufig nicht besonders sichtbar agieren. Sie gewinnen dann durch Vernetzungen wachsende Kompetenzen, gezieltere Kommunikationen mit der Politik und Öffentlichkeit an Bedeutung und können so transformatorische Dynamiken auslösen (vgl. Leggewie/Welzer 2009; WGBU 2011).

In solchen lebensweltlichen Kontexten kommt es zur Stärkung eines bestimmten Wir-Gefühls, eines Selbst-Bewusstseins, zu neuen Teilhabeformen und zu partiellen Machtverschiebungen. Ob solche Keime des Neuen wieder in den alten Entwicklungspfad integriert werden oder einmal in eine weiterführende Gesellschafts-Transformation münden, ist heute noch ungewiss.

Doch ohne diese molekularen evolutionären Wandlungen und ohne schrittweise Such- und Experimentierprozesse, ohne kleine Transformationen, ohne die damit einhergehenden Selbstveränderungs- und Lernprozesse und ohne letztendliche Herausbildung einer neuen »Sozialen Macht« (Erik O. Wright) – als Voraussetzung auch zur Realisierung »großer Transformationsprojekte« – dürfte es künftig kaum eine große Transformation geben. Dies ist auch das Konzept des amerikanischen Soziologen Erik O. Wright, durch Alternativen und Realutopien den Kapitalismus zu transformieren (Wright 2010 und in diesem Band, S. 59-106). Transformation beginnt gerade unter den heutigen komplizierten gesellschaftlichen Bedingungen und Kräfteverhältnissen mehr denn je zunächst von *unten*.

Doch – auch das muss eine kritische Transformationsperspektive klar hervorheben – ohne frühere oder spätere Veränderung *oben* wird es eine Transformation zumindest als Modell- und Paradigmenwechsel nicht geben können: unten und oben – Selbstentfaltung, Selbstveränderung und gesellschaftsverändernde soziale, ökologische, demokratische Reformpraktiken – nicht als Gegensätze, sondern als widerspruchsvolle, sich überlappende Wandlungsprozesse.

Ein Blick auf die Geschichte der unterschiedlichen Transformationsfälle zeigt, dass ein solches Zusammenspiel kleiner Transformationen alle bisherigen großen Transformationsverläufe kennzeichnete. So war auch die erste Große Transformation der Neuzeit kein plötzlich einsetzender, linearer Prozess. Ihr gingen vielmehr zahlreiche partielle, molekulare wirtschaftliche, soziale, kulturelle Veränderungen voraus. Und sie war begleitet von Spiralen der Aufwärtsentwicklung wie von Phasen der Stagnation und der Rückschläge. Was als Große Transformation bezeichnet wird, ist tatsächlich ein »Zusammenspiel von zahlreichen kleinen Veränderungen« (Osterhammel 2011b: 626).

Die Erfahrungen bisheriger Transformation belegen zudem: Zugänge zur Transformation hatten in der Geschichte immer nur dann eine Chance, wenn sich der wirtschaftliche, soziale, kulturelle Wandel mit den Bedürfnissen, Interessen und Wünschen der »einfachen« Menschen, von größeren Gruppen der Bevölkerung, verknüpfte. Transformation, soll sie Zustimmung in der Bevölkerung finden, muss als praktisches und überzeugendes Beispiel in Gestalt konkreter, zunächst durchaus kleiner Transformationsprojekte, -schritte, -wege schon heute und morgen sichtbar, erlebbar werden.

Hier dürfte sich ganz wesentlich die Zukunft der neuen Transformation mitentscheiden. Dabei kann hier an Karl Polanyis »Common Man's Masterplan« von 1943 erinnert werden, wo er konkrete Projekte entwickelt, die den Weg von einer »Marktgesellschaft« zu einer »Neuen Demokratie«, zu einer freien und solidarischen Gesellschaft öffnen sollten (Polanyi 2015).

Möglicherweise gibt es auch in einer neuen Großen Transformation – vergleichbar mit der ersten – *Arenen der Transformation*, die im Zusammenspiel zahlreicher kleiner Veränderungen eine besondere Wandlungsdynamik auslösen und grundlegendere gesellschaftliche Veränderungen vorantreiben können. In der ersten Großen Transformation waren das die weitreichenden Veränderungsprozesse in Bezug auf die Energiebasis von Wirtschaft und Gesellschaft, die neue Bedeutung von Zeit, Kommunikation und Wissen sowie die politische Machttransformation (vgl. WGBU 2011: 92).

In der zweiten Großen Transformation der Neuzeit könnten das der Übergang zu erneuerbaren, dezentralen Energien und der Abschied vom fossilen Zeitalter, die neue Rolle kollaborativer (Rifkin) und libertärer *commons* sowie einer solidarischen Ökonomie und damit die Herausbildung einer grundlegend veränderten Wirtschaftsstruktur sein. Aber gerade auch die Umverteilung von oben nach unten und hin zu öffentlichen

Haushalten mit tiefgreifender sozialökologischer Umgestaltung sowie die Überführung öffentlicher Güter und Dienste (»sozialwirtschaftliche Dienste«) in die öffentliche Hand und vor allem Wege zu einer »neuen Demokratie« und einer wirkmächtigen Bürgergesellschaft sind wichtige Wege der Transformation. Auch hier gilt es wieder festzuhalten: Die Zukunft der Transformation entscheidet sich in diesem Sinne in der Gegenwart, nicht zuletzt im Prozess einer Selbstermächtigung der Bürgerinnen und Bürger, in den vielfältigen Suchprozessen, Kämpfen und Bewegungen um Erneuerung der Demokratie, um Stärkung von Gleichheit und Solidarität, um Erweiterung der Freiheitsrechte. Oder anders formuliert: Die Zukunft der Transformation hängt vor allem davon ab, ob und wie die Gesellschaft transformationsfähig wird. Und genau hier liegen nach wie vor die großen Defizite, die Blockaden heutiger Transformation.

Dies kann sich letztlich auch nur in dem Maße ändern, wie sich die Einstellungen und Wertestrukturen in den verschiedenen sozialen Milieus weiter zugunsten von Selbstermächtigung und Emanzipation (siehe dazu Vester 2011; Inglehart 2008; Müller-Hilmer 2006) verändern und so Voraussetzungen für die Herausbildung neuer sozioökonomischer und soziokultureller Interessenkoalitionen entstehen. Denn diese Transformation kann sich nur als gleichberechtigte Koalition unterschiedlicher Kräfte der Arbeit, der Wissenschaft, der Politik, des Unternehmertums, der Eliten, aber vor allem der zivilen Gesellschaft gegen die widerständigen Kräfte der Finanzoligarchie und des autoritären Neoliberalismus realisieren.

3.6 Neue Transformation im historischen Vergleich:

Unterschiede und Besonderheiten

Gegründet auf die bisherigen analytischen und theoretischen Ausführungen lassen sich einige Aussagen zur Frage einer neuen Transformation verallgemeinern: Die heutige Transformation kann, typologisch betrachtet, als ein Fall von Gesellschafts-Transformation verstanden werden. Im Vergleich mit früheren Fällen von Gesellschafts-Transformation und vor allem mit der ersten großen Transformation der Neuzeit (besonders im 18. und 19. Jahrhundert), aber auch mit den staatssozialistischen und postsozialistischen Transformationen des 20. Jahrhunderts können grundlegende Gemeinsamkeiten, wie sie für gesellschaftliche Transformationen generell typisch sind, wie zugleich eine ganze Reihe von Unterschieden und Besonderheiten hervorgehoben werden. Zu Letzterem gehören:

- Die neue Rolle des gesellschaftlichen Naturverhältnisses und von Nachhaltigkeit. Ging es in der ersten großen Transformation um die Herausbildung der Industrie- und Wachstumsgesellschaft und seitdem immer wieder um beschleunigten Fortschritt im Sinne des »Schneller, Weiter, Höher« in allen Bereichen, so geht es heute um einen sozial-ökologischen Wandel und Umbau dieser Industriegesellschaft und der bisherigen Produktions- und Lebensweise und zugleich um eine Entschleunigung der »Beschleunigungsgesellschaft« (Rosa 2013), jedoch auch in Zukunft um gesellschaftliche Reichtumsproduktion in neuen Formen und zum Wohle der Menschen.
- In diesem Sinne handelt es sich bei der heutigen Gesellschafts-Transformation um einen grundlegenden Paradigmenwechsel in Wirtschaft und Politik, um den tiefsten Einschnitt in der Geschichte der Moderne und den Übergang nicht »nur« zu einem neuen Entwicklungstyp, sondern wahrscheinlich auch um Herausbildung eines neuen (sozial-ökologischen und demokratisch-partizipativen) Typs von Moderne und Zivilisation. Insofern könnte die heutige neue Transformation auch als »Zweite Große Gesellschafts-Transformation der Neuzeit« interpretiert werden.
- Die Transformation heute ist mehr noch als die erste Große Transformation der Neuzeit und auch die Transformationen des 20. Jahrhunderts in ihrer grundlegenden Entwicklungsrichtung und ihren Folgewirkungen eine Transformation mit globaler Dimension, eine globale Transformation. Global sind heute sowohl die neue dritte Welle der Vermarktlichung als auch die neue dritte Welle gesellschaftlicher Gegenbewegungen im gegenwärtigen Transformationsgeschehen (vgl. Burawoy 2015). In diesem Sinne heißt Gesellschafts-Transformation: Transformation zur und der Welt-Gesellschaft. Hierbei werden sich die Transformationen (Plural!) im 21. Jahrhundert – je nach Ort, Region, Tradition und Kräftekonstellation – beachtlich unterscheiden.
- Der neuen Transformation liegt kein Masterplan, kein fertiges Zukunfts- und Leitbild zugrunde, ist und bleibt sie doch zugleich ein kontingenter, ereignishafter und offener Entwicklungsprozess. Und dennoch agieren die unterschiedlichen Akteure – gestützt auf empirische Daten und gesellschaftliche Analysen – mit gesellschaftlich veränderten Narrativen, Zukunftsannahmen und zum Teil auch Visionen, um die Herausforderungen der wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen Transformation zu umreißen (vgl. Osterhammel 2011b; WGBU 2011).

- Im Unterschied zu früheren Transformationen gibt es heute kein eindeutig zu definierendes Subjekt der Transformation, stattdessen eine Vielzahl und Vielfalt möglicher individueller und kollektiver Transformations-Akteure.
- Verändert hat sich auch der Faktor »Zeit«. Auch die heutige Transformation wird ein langwieriger, evolutionärer und gesteuerter Prozess sein. Aber: »Die evolutionäre Gelassenheit früherer Transformationen ist dahin, Zeit wird zu einem zentralen politischen Streitpunkt.« (Osterhammel 2011b: 628)
- Wie in früheren Transformationen spielen auch in den heutigen Transformationen die Fragen Hegemonie, Macht und Eigentum eine zentrale Rolle. Und sie stoßen damit auf heftige Widerstände konservativer wirtschaftlicher und politischer Beharrungskräfte und führen zu tief greifenden gesellschaftspolitischen Auseinandersetzungen. Diese können aber erfolgreich letztlich nicht mehr gewaltsam, sondern nur noch in einem evolutionären, demokratisch-solidarisch gesteuerten und von einem breiten gesellschaftlichen Konsens getragenen Prozess bearbeitet werden.
- Als erfolgreiche Transformation ist die neue Transformation an evolutionäre, sich dynamisierende gesellschaftliche Wandlungen, an handlungs-, diskurs- und strategiefähige Akteure, an die Bevölkerung inspirierende konkrete Transformationsprojekte und an ein gesellschaftliches Narrativ, das breite öffentliche Resonanz findet, gebunden. Ob, wann und wie solche Bedingungen »erfolgreicher Transformation« sich jemals herausbilden werden, kann heute niemand voraussagen. Aber nicht zuletzt als Orientierungspunkte sind sie für eine Transformations-Strategie und -politik gesellschaftlicher Akteure von Bedeutung.
- Für die analytische und theoretisch-konzeptionelle Bearbeitung der »Transformation heute« verfügen wir über ein reichhaltiges theoretisches Fundament klassischer System-, Struktur-, Kultur-, Handlungs- und Akteurstheorien (vgl. auch Kollmorgen/ Merkel/Wagener 2015). Doch auch in ihrer Summe verkörpern sie – wie wir an anderer Stelle ausführlicher begründet haben (Reißig 2009: 29-66) – kein zeitgemäßes Paradigma der neuen Transformation. Insofern kann man dem amerikanischen Soziologen Burawoy nur zustimmen, wenn er feststellt, dass die marxistische Wissenschaft wichtige Erkenntnisse zur ökonomischen und gesellschaftlichen Entwicklung hervorgebracht hat, aber eben »kaum eine Theorie sozialistischer Transformation« (Burawoy 2015: 44). Ein modernes und zugleich vielgestaltiges Pa-

radigma der Transformation, das interdisziplinär und als Dialog verschiedener Erklärungsansätze zu erarbeiten ist, bleibt eine Herausforderung der Transformationsforschung unserer Zeit (vgl. Reißig 2009: 195-200, 2014: 91-94). Deshalb erfordert Transformationsforschung mehr denn je statt Totalität Pluralität, statt Determinismus und Gesetzesfetischismus Handlungs- und Entscheidungsdimension, statt Logik der Fortschreibung Logik der Alternative (Schulze 2003).

4. Transformation heute – Wo stehen wir?

Eine neue Gesellschafts-Transformation ist auf die historische Agenda gerückt. Sie kann hinsichtlich ihres sozialen und kulturellen Gehalts als sozial-ökologische und demokratisch-partizipative Transformation thematisiert werden. So oder so geht es um eine Veränderung der Logik sozialen Wandels bürgerlich-kapitalistischer Gesellschaften, um eine neue, zukunftssträchtige sozioökonomische und soziokulturelle Entwicklungsrichtung.

Die 1970er Jahre können als ein Wendepunkt in dieser Umbruchepoche gelten. Doch auch und gerade die neue Transformation ist kein linearer, aufsteigender Entwicklungsprozess. Und in der Tat konnte sich diese neue Transformation bislang in keinem Land als dominierender Pfad herausbilden. Mehr noch: Auf die Erosion und Krise des fordistisch-industriellen Entwicklungspfades, des »Sozialkapitalismus« (Streeck) folgte vielmehr eine nun über 30-jährige neoliberale »Entbettung« des Marktes, eine Deregulierung und umfassende Privatisierung und die Herausbildung eines marktliberalen/-radikalen Gesellschafts- und Entwicklungsmodells.

Dieses setzte sich – bei allen Unterschieden – zugleich als globales Entwicklungsmuster weltweit durch. Und heute? Die globale Vermarktlichung schreitet weiter voran und hat – wie gezeigt – neben den »fiktiven Waren« Arbeit, Boden, Geld nun auch Natur, Wissen und Information voll erfasst. Der marktliberale Entwicklungspfad dominiert nach wie vor. Die Welt ist nicht sozialer, ökologischer, demokratischer und friedvoller geworden. Von einem sozial-ökologischen Wandlungs- und Umwandlungsprozess sind wir heute weiter entfernt, als dies vor Jahren noch angenommen werden konnte. Auch weil die heutigen Gegenbewegungen zur globalen Vermarktlichung zu schwach, zu fragmentiert sind und sich noch nicht als neue Freiheits-, Demokratie- und Emanzipationsbewegungen und -koalitionen formieren. Ist also die »Neue Transfor-

mation« dann doch eher ein »Wunschdenken« und ihre Thematisierung nur die Verbreitung von Illusionen? Gerade aus einer emanzipatorisch-kritischen Perspektive gesehen keineswegs. Denn in dieser heutigen Umbruch- und Übergangszeit geht es – ähnlich wie in der Zeit der ersten großen Transformation, wo ein paradigmatisches Forschungsprogramm zur »Großen Transformation« (u.a. Tocqueville, Comte, Spencer, Marx; später dann Tönnies, Durkheim, Simmel und Weber) entstand (siehe Müller/Schmid 1995: 17f.) – um die Erarbeitung eines neuen, zeitgemäßen Transformations-Konzepts und heute nicht zuletzt um eine gesellschaftskritische Profilierung des Transformationsdiskurses. Denn ohne einen zeitgemäßen gesellschaftlichen Diskurs über Transformation wird es eine soziale, ökologische und demokratische Transformation nicht geben können.

Und in dieser Umbruch- und Übergangszeit geht es zugleich auch um die Analyse und Kritik der komplexen, widerspruchsvollen und mehrdimensionalen Entwicklung der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft und ihres Wandels; um die kritische Beobachtung und das Erforschen neuer Optionen individueller und kollektiver Akteure und um gesellschaftliche Ansätze und Trends von Transformation sowie um die Diskussion alternativer Konzepte. Denn das Zukünftige entsteht eben bereits in der sozialen Realität des Gegenwärtigen; in den Köpfen und auch in der unmittelbaren sozialen Wirklichkeit. Beides ist heute punktuell und partiell zu beobachten. Es entsteht eine Vielzahl von sozialen Gruppen und Bewegungen, die für gesellschaftliche Veränderungen eintreten. Auch wenn sie in ihren Zielen oft nicht übereinstimmen, gibt es – bei genauerem Hinsehen – in der Vielfalt ihrer Forderungen manche Übereinstimmungen: Respekt gegenüber der Natur, soziale Gleichheit in der Gesellschaft, demokratische Mitsprache und Mitentscheidung auf allen Ebenen, individuelle Selbstverwirklichung bei solidarischem Miteinander. Auch zeigen Untersuchungen, dass die Kritik an der dominierenden neoliberalen Entwicklungsrichtung in Bereichen der unteren und mittleren Milieus zunimmt (u.a. Eurobarometer 2007; Institut für Demoskopie Allensbach 2013). Und intellektuell hat diese Kritik eine beachtliche Breite erreicht und die geistige neoliberale Dominanz unterhöhlt und partiell zurückgedrängt.

Die Suchprozesse nach Alternativen sind in Gang gekommen, wobei sich eine breite Palette sehr unterschiedlicher Vorstellungen und Konzepte offenbart (z.B. WGBU 2011; Müller/Strasser 2011; Miegel 2014; Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages 2013; Brie 2014a). Und es sei noch einmal daran erinnert: Eine solche grundlegende Ge-

sellschafts-Transformation kann sich nur in einem längeren historischen Prozess (Epochencharakter) mit unterschiedlichen Entwicklungsphasen und -richtungen vollziehen. Systemische Gesellschaftsveränderungen brauchen Zeit. Der Wandel der Energiesysteme, ein neues Wachstumsmodell, die Lösung der Klimafrage, die Umsetzung sozialer Gerechtigkeit, eine umfassende Demokratisierung und der Wandel der heute dominierenden institutionell-kulturellen Leitvorstellungen sind Anforderungen, die nur über längere Zeiträume und in unterschiedlichen gesellschaftlichen Bewegungs- und Suchprozessen zu erkunden und zu bewerkstelligen sind. Randers meint in seinem neuesten Bericht an den *Club of Rome*, dass erst *nach* 2052 die wirklich grundlegenden gesellschaftlichen Umwandlungen (Transformation) erfolgen werden, weil erst dann die kritische Situation – die Klima- und soziale Frage – sich so zugespitzt haben würde, dass Gesellschaft veränderndes Handeln unausweichlich wird. Doch müsse mit diesem Handeln im Sinne ökologischen und sozialen Wandels schon heute begonnen werden; ein Prozess, in dem sich dann bereits neue Konturen abzeichnen können (Randers 2012: 34 und 363).

Auch in diesem Beitrag wird davon ausgegangen, dass schon heute die Weichen für einen solchen sozialökologischen Wandel gestellt werden müssen und können; denn heute geht es bereits um die Zukunft einer neuen Transformation. Angesagt ist damit ein Perspektivenwechsel (siehe Braun 2001: 9). Nicht auf eine Zukunftsgesellschaft hoffen, in der dann menschliche Emanzipation erst möglich werde, sondern Selbstermächtigung und Emanzipation der Menschen im Hier und Heute, woraus schließlich eine neue, freie und solidarische Gesellschaft entstehen kann.

Doch diese Transformation ist nicht nur ein längerer, sondern zugleich ein kontingenter und keineswegs ein linearer, aufsteigender Prozess von »Höherentwicklung«. Im Gegenteil, in einer solchen Umbruch- und Übergangszeit wie der unsrigen sind *verschiedene Entwicklungsszenarien* denkbar und real möglich: auch die Fortführung einer marktradikalen, finanzmarktgetriebenen Entwicklung, worauf einflussreiche Teile der Herrschenden weiterhin setzen. Möglich und heute zunehmend sind jedoch auch stark autoritär und rechtspopulistisch geprägte Antworten auf ein sich möglicherweise vertiefendes Krisenszenario. Das kann unter Umständen Niedergänge, Zusammenbrüche, Katastrophen infolge von »Grenzüberschreitungen« herbeiführen (vgl. Randers 2012: 271; zur Chaostheorie vgl. Tainter 1990; Diamond 2011). Doch formieren sich auch Kräfte, die auf einen »Grünen Kapitalismus« bzw. auf einen »New

Green Deal« setzen. Und schließlich gibt es molekulare, evolutionäre Wandlungsprozesse und akteurszentriertes Handeln unterschiedlicher sozialer Kräfte und sozialer Bewegungen aus verschiedenen Milieus, die sozial-ökologische und demokratisch-partizipative Wandlungen anstreben und früher oder später auch real ermöglichen können.

Welches Szenario sich letztendlich realisieren wird, ist gegenwärtig nicht vorhersehbar. Zumal sich die Tendenzen der globalen Vermarktlichung mit ihren Gefährdungen für Mensch, Natur, Gesellschaft und Demokratie sowie nicht zuletzt die der gewaltsamen und militärischen Austragung sozialer, politischer, religiöser und nationaler Konflikte weiter verstärkt haben. Auch wenn es also für das Gelingen einer sozial-ökologischen und demokratisch-partizipativen Transformation keine Garantie gibt, sollte gesellschaftskritisches und zumal theoretisches Denken zumindest versuchen, ein solches zeitgemäßes Transformationskonzept zu thematisieren und eine solche auf der historischen Agenda stehende soziale und humane Entwicklungsvariante der Transformation realistisch zu beschreiben, zu erklären und ihren Sinn zu verdeutlichen. Es sollte so dazu beitragen, dass in der Gesellschaft Voraussetzungen einer solch möglichen Transformation entstehen, sich vertiefen und diese auch praktische Gestalt annehmen kann.

Auf die zuletzt gestellte Frage – Wo stehen wir heute? – lässt sich abschließend m.E. so antworten: Wir stehen am Anfang einer historisch herangereiften neuen Gesellschafts-Transformation, die trotz der ungebrochenen Dominanz von Finanzmarktkapitalismus und globaler Vermarktlichung sich in molekularen evolutionären Wandlungen sowie in Diskursen, sozialen Bewegungen, praktischen Beispielen und Projekten auch partiell und punktuell abzeichnet, zugleich jedoch weiterhin auf enorme strukturelle und kulturell-mentale Hindernisse stößt und deren letztendlicher Ausgang aus heutiger Sicht offen ist.

Literatur

- Baethge, Martin/Bartelheimer, Peter (2005): Berichterstattung zur sozioökonomischen Entwicklung in Deutschland, Wiesbaden.
- Bahro, Rudolf (1980): Die Alternative. Zur Kritik des real existierenden Sozialismus, Reinbek bei Hamburg.
- Beck, Ulrich (2007): Weltrisikogesellschaft: Auf der Suche nach der verlorenen Sicherheit, Frankfurt a.M.
- Bertelsmann-Stiftung (2006): Bertelsmann Transformation Index 2006. Auf dem Weg zur marktwirtschaftlichen Demokratie, Gütersloh.

- Beyme, Klaus/Offe, Claus (Hrsg.) (1996): Politische Theorien in der Ära der Transformation, Opladen. (Politische Vierteljahresschrift: Sonderheft ; 26)
- Bischoff, Joachim/Lieber, Christoph (2013): Die »große Transformation« des 21. Jahrhunderts. Politische Ökonomie des Überflusses versus Marktversagen. Eine Flugschrift, Hamburg.
- Braun, Jens (2001): Übergangsdanken. Notizen zu Gesellschaft, Kultur und Politik, Schkeuditz.
- Brie, Michael (2011): Die Fähigkeit zur Transformation – Fortschrittskriterium heutiger Gesellschaften, in: Thomas, Michael (Hrsg.): Transformation moderner Gesellschaften und Überleben in alten Regionen. Debatten und Deutungen, Münster u.a., S. 61-84.
- Brie, Michael (Hrsg.) (2014a): Futuring. Perspektiven der Transformation im Kapitalismus über ihn hinaus, Münster.
- Brie, Michael (2014b): Transformationen des Reichtums – Reichtum der Transformationen. Eine Vier-in-Einem-Perspektive, in: Brie, Michael (Hrsg.): Futuring. Transformation im Kapitalismus über ihn hinaus, Münster, S. 194-241.
- Brie, Michael (2015a): Für ein Bündnis des liberalen Sozialismus und libertären Commonismus, in: Brie, Michael (Hrsg.): Polanyi neu entdecken: Das hellblaue Bändchen zu einem möglichen Dialog von Nancy Fraser und Karl Polanyi, Hamburg, S. 13-99.
- Brie, Michael (Hrsg.) (2015b): Polanyi neu entdecken. Das hellblaue Bändchen zu einem möglichen Dialog von Nancy Fraser und Karl Polanyi. Beiträge zur kritischen Transformationsforschung 1, Hamburg.
- Bucharin, Nikolaj Ivanovič (1990): Die Ökonomik der Transformationsperiode [1920], Berlin.
- Burawoy, Michael (2015): Marxismus nach Polanyi, in: Aulenbacher, Birgit/Dörre, Klaus (Hrsg.): Public Sociology. Öffentliche Soziologie gegen Marktfundamentalismus und globale Ungleichheit. Mit einem Nachwort von Hans-Jürgen Urban, Weinheim/Basel. (siehe auch Aufsatz im vorliegenden Band, S. 31-56)
- Busch, Ulrich/Land, Rainer (2013): Teilhabekapitalismus. Aufstieg und Niedergang eines Regimes wirtschaftlicher Entwicklung am Fall Deutschland 1950 bis 2010, Norderstedt. <http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:101:1-201301241231>
- Cangiani, Michele/Polanyi-Levitt, Kari/Thomasberger, Claus (2005): Die Polarität: Menschliche Freiheit – marktwirtschaftliche Institutionen. Zu den Grundlagen von Karl Polanyis Denken, in: Chronik der großen Transformation: Artikel und Aufsätze (1920-1945). Bd. 3: Menschliche Freiheit, politische Demokratie und die Auseinandersetzung zwischen Sozialismus und Faschismus, Marburg, S. 15-64.
- Cangiani, Michele/Thomasberger, Claus (2003): Machtpolitik, Systemkonfrontation und friedliche Koexistenz: Die Bedeutung der Demokratie. Karl Polanyis Analysen der internationalen Beziehungen, in: Chronik der großen Transformation: Artikel und Aufsätze (1920-1945). Bd. 2: Die internationale Politik zwischen den beiden Weltkriegen, Marburg, S. 11-43.
- Demirović, Alex (2014): Transformation und Ereignis. Zur Dynamik demokratischer Veränderungsprozesse der kapitalistischen Gesellschaftsformation, in:

- Brie, Michael (Hrsg.): *Futuring. Transformation im Kapitalismus über ihn hinaus*, Münster, S. 419-435.
- Diamond, Jared (2011): *Kollaps: Warum Gesellschaften überleben oder untergehen*, Frankfurt a.M.
- Dörre, Klaus (2011): Landnahme und die Grenzen kapitalistischer Dynamik. Eine Ideenskizze, in: *Initial*, 22. Jg., Heft 4, S. 56-72.
- Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages (2013): *Schlussbericht der Enquete-Kommission »Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität – Wege zu nachhaltigem Wirtschaften und gesellschaftlichem Fortschritt in der Sozialen Marktwirtschaft«*, Drucksache 17/13300.
- Etzioni, Amitai (2011): Eine neue Charakterisierung des guten Lebens, in: Welzer, Harald/Wiegandt, Klaus (Hrsg.): *Perspektiven einer nachhaltigen Entwicklung. Wie sieht die Welt im Jahr 2050 aus?*, Frankfurt a.M., S. 328-338.
- Eurobarometer (2007): *Energy Technologies: Knowledge, Perception, Measures*, Brüssel.
- Fukuyama, Francis (1992): *Das Ende der Geschichte. Wo stehen wir?*, München.
- Hobsbawm, Eric J. (1998): *Das Zeitalter der Extreme. Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts*, München.
- Inglehart, Ronald (2008): Changing values among western publics from 1970 to 2006, in: *West European Politics*, 31. Jg., Heft 1-2, S. 130-146.
- Institut für Demoskopie Allensbach (2013): Was ist gerecht? Gerechtigkeitsbegriff und -wahrnehmung der Bürger, www.insm.de/insm/dms/insm/text/kampagne/gerechtigkeit2013/allensbach-umfrage/allensbach-umfrage-soziale-gerechtigkeit/Allensbach-Umfrage%20Soziale%20Gerechtigkeit.pdf.
- Jarusch, Konrad H. (2006): Krise oder Aufbruch? Historische Annäherungen an die 1970er Jahre, in: *Zeithistorische Forschungen/Studies in Contemporary History*, Online-Ausgabe, Heft 3, S. 4-10.
- Klein, Dieter (2013): *Das Morgen tanzt im Heute. Transformation im Kapitalismus und über ihn hinaus*, Hamburg.
- Kollmorgen, Raj/Merkel, Wolfgang/Wagener, Hans-Jürgen (Hrsg.) (2015): *Handbuch Transformationsforschung*, Wiesbaden.
- Land, Rainer (2011): Zur Unterscheidung zwischen Wirtschaftswachstum und wirtschaftlicher Entwicklung, in: Thomas, Michael (Hrsg.): *Transformation moderner Gesellschaften und Überleben in alten Regionen. Debatten und Deutungen*, Münster u.a., S. 99-137.
- Leggewie, Claus/Welzer, Harald (2009): *Das Ende der Welt, wie wir sie kannten. Klima, Zukunft und die Chancen der Demokratie*, Frankfurt a.M.
- Marx, Karl (1890): *Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie. Erster Band*, in: MEW, Bd. 23., Berlin.
- Middel, Matthias (1998): *Metaerzählungen: Vergleichende Revolutionsgeschichte und Sonderwegthese*, in: *Berliner Debatte Initial*, Heft 5, S. 59-75.
- Miegel, Meinhard (2014): *Hybris. Die überforderte Gesellschaft*, Berlin.
- Müller, Hans-Peter/Schmid, Michael (Hrsg.) (1995): *Sozialer Wandel. Modellbildung und theoretische Ansätze*, Frankfurt a.M.
- Müller-Hilmer, Rita (2006): *Gesellschaft im Reformprozess. Studie zu politischen*

- Typen in Deutschland im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung, Berlin/Bonn.
- Müller, Horst (2014): Probleme marxistischer Analytik in der eröffneten Krisen- und Übergangsepoche, in: Brie, Michael (Hrsg.): *Futuring. Transformation im Kapitalismus über ihn hinaus*, Münster, S. 161-175.
- Müller, Michael/Strasser, Johano (2011): *Transformation 3.0. Raus aus der Wachstumsfalle*, Berlin.
- North, Douglass C. (2005): *Understanding the process of economic change*, Princeton.
- O'Donnell, Guillermo A./Schmitter, Philippe C. (1986): *Transitions from authoritarian rule*, Baltimore.
- Osterhammel, Jürgen (2011a): *Die Verwandlung der Welt. Eine Geschichte des 19. Jahrhunderts*, München.
- Osterhammel, Jürgen (2011b): *Große Transformation*, in: *Merkur*, Heft 7, S. 625-631.
- Paech, Niko (2011): *Vom grünen Wachstumsmythos zur Postwachstumsökonomie*, in: Welzer, Harald/Wiegandt, Klaus (Hrsg.): *Perspektiven einer nachhaltigen Entwicklung. Wie sieht die Welt im Jahr 2050 aus?*, Frankfurt a.M., S. 131-151.
- Paqué, Karl-Heinz (2010): *Wachstum! Die Zukunft des globalen Kapitalismus*, München.
- Polanyi, Karl (1978): *The Great Transformation. Politische und ökonomische Ursprünge von Gesellschaften und Wirtschaftssystemen [1944]*, Frankfurt a.M.
- Polanyi, Karl (2002): *Chronik der großen Transformation: Artikel und Aufsätze (1920-1945). Bd. 1: Wirtschaftliche Transformation, Gegenbewegungen und der Kampf um die Demokratie*, Michele Cangiani und Claus Thomasberger (Hrsg.), Marburg.
- Polanyi, Karl (2003a): *Chronik der großen Transformation: Artikel und Aufsätze (1920-1945). Bd. 2: Die internationale Politik zwischen den beiden Weltkriegen*, Michele Cangiani und Claus Thomasberger (Hrsg.), Marburg.
- Polanyi, Karl (2003b): *Die neue Weltlage [1927]*, in: Cangiani, Michele/Thomasberger, Claus (Hrsg.): *Chronik der großen Transformation: Artikel und Aufsätze (1920-1945). Bd. 2: Die internationale Politik zwischen den beiden Weltkriegen*, Marburg, S. 63-69.
- Polanyi, Karl (2005a): *Chronik der großen Transformation: Artikel und Aufsätze (1920-1945). Bd. 3: Menschliche Freiheit, politische Demokratie und die Auseinandersetzung zwischen Sozialismus und Faschismus*, Michele Cangiani, Kari Polanyi-Levitt und Claus Thomasberger (Hrsg.), Marburg.
- Polanyi, Karl (2005b): *Über die Freiheit (1927)*, in: Cangiani, Michele/Polanyi-Levitt, Kari/Thomasberger, Claus (Hrsg.): *Chronik der großen Transformation: Artikel und Aufsätze (1920-1945). Bd. 3: Menschliche Freiheit, politische Demokratie und die Auseinandersetzung zwischen Sozialismus und Faschismus*, Marburg, S. 137-170.
- Polanyi, Karl (2015): *Der Masterplan des einfachen Bürgers. Drei Skizzen aus dem Jahre 1943 für ein Buch*, in: Brie, Michael (Hrsg.): *Polanyi neu entdecken. Das hellblaue Bändchen zu einem möglichen Dialog von Nancy Frazer und Karl Polanyi. Beiträge zur kritischen Transformationsforschung 1*, Hamburg, S. 116-135.

- Randers, Jørgen (2012): 2052 – der neue Bericht an den Club of Rome. Eine globale Prognose für die nächsten 40 Jahre, München.
- Reißig, Rolf (1998): Transformationsforschung: Gewinne, Desiderate und Perspektiven, in: Politische Vierteljahresschrift, 39. Jg., Heft 2, S. 301-328.
- Reißig, Rolf (2009): Gesellschafts-Transformation im 21. Jahrhundert. Ein neues Konzept sozialen Wandels, Wiesbaden.
- Reißig, Rolf (2010): Von der privilegierten und blockierten zur zukunftsorientierten Transformation, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Heft 30/31, S. 20-25.
- Reißig, Rolf (2014): Transformation – ein spezifischer Typ sozialen Wandels. Ein analytischer und sozialtheoretischer Entwurf, in: Brie, Michael (Hrsg.): Futuring. Transformation im Kapitalismus über ihn hinaus, Münster, S. 50-100.
- Robinson, James A. (2008): Die treibenden Kräfte der Geschichte. Eine Einleitung, in: Robinson, James A./Wiegandt, Klaus (Hrsg.): Die Ursprünge der modernen Welt. Geschichte im wissenschaftlichen Vergleich, Frankfurt a.M., S. 11-41.
- Rosa, Hartmut (2013): Weltbeziehungen im Zeitalter der Beschleunigung. Umriss einer neuen Gesellschaftskritik, Berlin.
- Schernhorn, Gerhard (2011): Die Politik entkam der Wachstumsfalle. Ein Bericht aus dem Jahre 2050, in: Welzer, Harald/Wiegandt, Klaus (Hrsg.): Perspektiven einer nachhaltigen Entwicklung. Wie sieht die Welt im Jahr 2050 aus? Frankfurt a.M., S. 64-102.
- Schulze, Gerhard (2003): Die beste aller Welten. Wohin bewegt sich die Gesellschaft im 21. Jahrhundert?, München.
- Streeck, Wolfgang (2013): Gekaufte Zeit. Die vertagte Krise des demokratischen Kapitalismus, Berlin.
- Tainter, Joseph (1990): The Collapse of Complex Societies, Cambridge.
- Thomas, Michael (Hrsg.) (2011): Transformation moderner Gesellschaften und Überleben in alten Regionen, Münster.
- Vester, Michael (2011): Auf dem Weg zu einem »partizipatorischen« Wohlfahrtsstaat?, in: Perspektiven ds, Heft 1, S. 27-49.
- Wagener, Hans-Jürgen (1996): Transformation als historisches Phänomen, Frankfurt (Oder). (Arbeitsberichte F.I.T. Viadrina, 7).
- Wallerstein, Immanuel Maurice (2002): Utopistik: Historische Alternativen des 21. Jahrhunderts, Wien.
- Welzer, Harald/Wiegandt, Klaus (Hrsg.) (2011): Perspektiven einer nachhaltigen Entwicklung. Wie sieht die Welt im Jahr 2050 aus?, Frankfurt a.M.
- WGBU (2011): Welt im Wandel. Gesellschaftsvertrag für eine große Transformation, Berlin.
- Wiesenthal, Helmut (2009): Transformation oder Wandel? Impressionen aus (fast) zwei Jahrzehnten Transformationsforschung, in: SFB 580 Jena, 31. Jg., S. 8-20.
- Wilkinson, Richard G./Pickett, Kate (2010): Gleichheit ist Glück. Warum gerechte Gesellschaften für alle besser sind, Berlin.
- Wright, Erik Olin (2010): Envisioning real utopias, London/New York.

CHANCEN UND BLOCKADEN IN DER LEBENSWELT

Thomas Seibert

Die Welt verändern, das Leben ändern

Ausgewählte Kurzgeschichten aus der langen Geschichte
der Transformation von Lebensweisen

»Die Welt verändern, hat Marx gesagt;
das Leben ändern, hat Rimbaud gesagt:
Diese beiden Losungen sind für uns eine einzige.«
André Breton

Wenn wir das richtige Leben im falschen zur Sache von Kämpfen um Lebensweisen machen, dann mag das in der aktuellen Transformationsdebatte neu sein. Die Sache selbst ist alles andere als neu.¹ So kann die letzte große Epoche sozialer Aufstände, die des Mai 1968, als eine Epoche verstanden werden, in der die verschiedenen sozialen Kämpfe erstmals ausdrücklich unter der Führung von Kämpfen um Lebensweisen standen. Anlass genug, ein paar Geschichten aus ihrer Geschichte zu erzählen. Diese Geschichten führen in einem ersten Schritt in die Zeit unmittelbar vor den Mai '68, in einem zweiten zu den kulturevolutionären Avantgarden des frühen 20. Jahrhunderts und im dritten zurück in die Epoche der Romantik.

Im ersten Schritt geht es um das, was Luc Boltanski und Ève Chiapello die Gabelung der Kapitalismuskritik in eine Sozial- und eine KünstlerInnenkritik genannt haben (Boltanski/Chiapello 2003). Im zweiten geht es um die Radikalisierung der Kapitalismuskritik zu einer Totalkritik der Wirklichkeit, für die André Breton den Begriff der »Surrealität« geprägt hat. Im dritten Schritt geht es um das subjektive Moment dieser Kritik. Genauer: Es geht dabei um den seit der Romantik ungeschlichteten Streit, ob wir es bei ihm – wie Hegel und Marx meinten – mit einer aufgespreizten Subjektivität oder – wie Nietzsche und zuletzt Foucault meinten – mit einer Subjektivität der Überschreitung zu tun haben. Wenn sich die zweite Position absichtsvoll unter den Titel einer »Ästhetik der Existenz« stellt, dann führt die Berufung auf die Kunst in den auf immer wunden Punkt subjektiven Seins: in den Abgrund ihrer Freiheit (Foucault 2007). So kamen schon für den Deutschen Idealismus Ethik und

¹ Der folgende Text ist eine erweiterte Fassung der Luxemburg Lecture, die ich am 27.6.2014 zum Auftakt der III. Transformationstagung des Instituts für Gesellschaftsanalyse der Rosa Luxemburg Stiftung gehalten habe.

Ästhetik zumindest insoweit überein, als beide zuletzt auf einen Selbstzweck führen. Soll das Kunstwerk als solches wahrgenommen werden, muss die Zuwendung von jedem ferner liegenden Zweck frei sein oder befreit werden. Das ethische Verhältnis zu sich selbst wie zu dem oder den anderen ähnelt dem Verhältnis zum Kunstwerk insoweit, als Kant zufolge ethisch immer auch darauf zu achten ist, »dass der Mensch, und überhaupt jedes vernünftige Wesen, als Zweck an sich selbst existiert, nicht bloß als Mittel zum beliebigen Gebrauche für diesen oder jenen Willen« (Kant 1980: 78). Im Folgenden wird gezeigt, dass daraus unter nachidealistischen Bedingungen Schlüsse gezogen wurden, die jedes zweckvermittelte Machtverhältnis, damit aber überhaupt jedes gesellschaftliche Verhältnis, infrage stellen.

In einem vierten Schritt wird diesen Geschichten eine offene Reihe von Fragen angeschlossen, die sich heutigen Kämpfen um Lebensweisen stellen. Da sich eine dieser Fragen von Anfang an durch alle Geschichten hindurchzieht, wird sie schon jetzt gestellt. Es ist dies die Frage, von der jede Suche nach einem richtigen Leben im falschen ihren Ausgang nehmen muss: die Frage nach dem guten Leben. Ich werde sie hier noch nicht beantworten, sondern nur erst die zwei wesentlichen Missverständnisse dieser Frage aus dem Weg räumen. Das erste Missverständnis wurde eben schon gestreift. Es liegt darin, das gute Leben mit einem Leben zu verwechseln, das zuerst und zuletzt dem moralisch Guten unterstellt wäre. Nicht wenige der ExistenzästhetInnen, von denen hier die Rede sein wird, haben das ausdrücklich zurückgewiesen. Unter einem guten Leben haben sie stattdessen ein Leben verstanden, das zumindest immer auch und immer wieder jenseits von Gut und Böse geführt wird. Insofern wird hier von gefährlichen Erfahrungen berichtet, die gut und gründlich zu bedenken sind.

Das zweite Missverständnis liegt dann aber in der Verwechslung des guten Lebens mit einem »dolce vita«. Nichts gegen ein dolce vita, im Gegenteil: Jeder und jedem ist zu wünschen, dass das Leben süß sei. Fragt man aber nach dem, was man eigens und eigentlich wünscht und will, was man im Grunde seines Herzens begehrt, was man manchmal bis zur Verzweiflung sucht und wofür man eigentlich kämpft, dann geht es, um im Bild zu bleiben, gerade nicht um die Süße, sondern um das Salz des Lebens. Dann ist noch heute einem der ältesten Sätze allen Nachdenkens über ein gutes Leben Recht zu geben, dem Satz des Sokrates, »dass man nämlich nicht das Leben am höchsten achten muss, sondern das gute Leben« (Platon 1985: 32). Im Kampf um Lebensweisen kann dieser Satz gar nicht ernst genug genommen werden. Mit ihm ist nicht nur

gesagt, dass die Bejahung des guten Lebens eine Verneinung eines Lebens einschließt, das nicht mehr ist als bloßes Überleben. Mit ihm ist auch gesagt, dass ein gutes Leben die Bejahung des Todes einschließt. Das bedeutet allerdings nicht, dass das gute Leben seinen Frieden mit dem Tod schließt. Ich lasse das hier erst einmal so stehen.

Nieder mit dem Summarischen, es lebe das Ephemere!

Der Mai 1968 war ein globaler Transformationsprozess, der sich ab den späten 1950er Jahren abzeichnete und Ende der 1970er abbrach. Die Fokussierung auf den Mai 68 verdankt sich dem Geschehen in Paris bzw. in Frankreich, wo die Protestbewegung der Studierenden einen Generalstreik von zehn Millionen Menschen auslöste. Um dieses »Schaltjahr« der Revolte herum gab es aber nicht nur in Paris, sondern überall auf der Welt kämpferische Auseinandersetzungen. Barrikaden wurden damals im Westen wie im Osten Europas errichtet: in Westberlin, Frankfurt a.M., Madrid, Rom, Mailand, Brüssel, Warschau, Prag, Belgrad und in Istanbul. Währenddessen spitzte sich in Vietnam der Krieg zu, wo im Januar 1968 die kriegsentscheidende »Tet«-Offensive des Vietcongs begann. Seit 1966 wurde in der chinesischen Kulturrevolution gekämpft, zur gleichen Zeit überall in den USA, aber auch in Japan, auf Sri Lanka und Indien, in Ägypten und Algerien, in Palästina, in Biafra/Nigeria und Südafrika. Gekämpft wurde auch in Mexiko, dem Land, in dem im Jahr 1968 die Olympischen Spiele stattfanden. Zehn Tage vor ihrer Eröffnung schossen Armee und Polizei auf eine Demonstration von ArbeiterInnen und Studierenden; bis zu 300 Menschen sterben. Den Ablauf der Spiele und ihre ZuschauerInnen überall auf der Welt stört das nicht wirklich.

Gekämpft haben ArbeiterInnen und »people of colour«, gekämpft haben Frauen, Schwule und Lesben, gekämpft haben allen voran die jungen Generationen, die Internierten der Heime und der Bildungsanstalten aller Art, auch die Internierten der Gefängnisse und psychiatrischen Anstalten. An jedem dieser Orte kamen dabei ganz verschiedene Subjekte zusammen, die sich in einem einig waren: alltäglich hier und jetzt anders leben zu wollen, in radikal veränderten Selbst- und Weltverhältnissen, in neuen sozialen Beziehungen und Weisen des Zusammenwohnens, Zusammenarbeitens, Zusammenlebens, in neuen kulturellen Ausdrucksformen, in der Erprobung neuer Sitten und Tugenden. Darum ging es auch und gerade in ungezählten bestreikten oder besetzten Fabriken, darum ging es natürlich in den Kommunen und Wohnge-

meinschaften, in alternativen Produktionsstätten, in der subkulturellen Besetzung ganzer Stadtteile oder im zehntausendfachen Gang zurück aufs Land. Das Zusammenkommen der Subjekte neuer Lebensweisen schloss neue, aber auch alte Weisen ein, sich zu organisieren: Man traf sich auf Versammlungen und Demonstrationen, bildete Banden, gründete Clubs und Komitees, sogar politische Parteien und, nicht zuletzt, bewaffnete Formationen.

Das eigentlich Besondere der Epoche des Mai 68 lässt sich allerdings schwer in Ortsnamen und Zahlen fassen. Ausgesprochen hat es sich nicht zufällig in den Losungen des Pariser Mai – hierzu ein exemplarisches Zitat: »Die Fantasie an die Macht! Traum ist Wirklichkeit! Nieder mit der Konsumgesellschaft! Gewerkschaften sind Bordelle! Es lebe Heraklit, nieder mit Parmenides! Miss deine angestaute Wut und schäme dich! Arbeitet nie! Kunst existiert nicht, Kunst bist du! Nieder mit der Alten Welt! Unter dem Pflaster liegt der Strand! Lauf schneller, Genosse, die alte Welt ist hinter dir her! Nieder mit dem Summarischen, es lebe das Ephemere! Marxistisch-Pessimistische Jugend.« (Dzierzowski o.J.)

Eine neue Reformation

Begrifflich markiert wird die Vervielfältigung und Streuung der sozialen Kämpfe bald durch die Unterscheidung, die seither die ArbeiterInnenbewegung als die Alte Soziale Bewegung von den Neuen Sozialen Bewegungen als den so genannten Alternativbewegungen trennt. Michel Foucault hat vorgeschlagen, diese Unterscheidung im Begriff der Reformation zu fassen. Wie im 15. und 16. Jahrhundert sei es auch in den 60er, 70er und 80er Jahren des 20. Jahrhunderts eher um eine Umwälzung der alltäglichen Lebensweisen und ihrer Subjektivierung im je eigenen wie im gemeinsam gelebten Leben als um eine Umwälzung der Staatsapparate gegangen. Den trotzdem, vielleicht sogar gerade deshalb zutiefst politischen Charakter der neuen wie schon der alten Reformation fasst Foucault in seinem von der Staatlichkeit im engeren Sinn abgelösten Begriff der Regierung zusammen: »Ich glaube, dass man in der Geschichte des Abendlands eine Periode finden kann, die der unseren ähnelt, auch wenn sich die Dinge natürlich nicht wiederholen, nicht einmal die Tragödien in Form der Komödie: nämlich das Ende des Mittelalters. Vom 15. zum 16. Jahrhundert bemerkt man eine völlige Reorganisation der Regierung der Menschen, jenen Aufruhr, der zum Protestantismus geführt hat, zur Bildung der großen Nationalstaaten, zur Konstitution

der autoritären Monarchien, zur Verteidigung der Territorien unter der Autorität der Verwaltungen, zur Gegenreformation, zu der neuen weltlichen Präsenz der katholischen Kirche. All das war gewissermaßen eine große Umgestaltung der Art und Weise, wie die Menschen regiert wurden, sowohl in ihren individuellen wie in ihren sozialen, politischen Beziehungen. Mir scheint, dass wir uns erneut in einer Krise der Regierung befinden. Sämtliche Prozeduren, mit denen die Menschen einander führen, sind erneut in Frage gestellt worden.« (Foucault 2005a: 117; vgl. auch Foucault 2005b: 276)

Luc Boltanski und Ève Chiapello schließen hier mit ihrer Unterscheidung von Sozial- und KünstlerInnenkritik an: die eine ist in der Geschichte der ArbeiterInnenbewegung, die andere in der Geschichte der Bohème und der künstlerischen Avantgarde begründet. Geht es in beiden um eine Kritik des Kapitalismus, erfolgt sie in der Sozialkritik primär als Kritik an Armut, Ausbeutung und Ungerechtigkeit, in der KünstlerInnenkritik primär als Kritik an Unterdrückung, an der Inauthentizität oder Uneigentlichkeit des Lebens und der »Entzauberung« der Welt, ihrer Verwandlung in eine verdinglichte Warenwelt (Boltanski/Chiapello 2003: 79ff., 213ff., 379ff., 467ff., 540ff.). Den bleibenden Unterschied beider Formen der Kritik und damit die Grenze ihrer Vermittlung fassen Boltanski/Chiapello in der Unterscheidung zwischen »spezifischer« und »generischer« Entfremdung bzw. Emanzipation zusammen. Diese Differenz sei anhand eines Beispiels erläutert: Um spezifische Entfremdung und Emanzipation wird in vielen Arbeitskämpfen gestritten, dann jedenfalls, wenn es nicht nur um eine höhere Entlohnung geht. Generische Entfremdung aber wird zum Problem gemacht, wenn der Zwang zur Arbeit selbst infrage gestellt wird. Der eigentlich prekäre Punkt dabei steht immer dann zur Entscheidung, wenn es um die Unterscheidung des Spezifischen und Generischen selbst geht: Nicht selten wird zum unüberwindlichen Gattungszwang erhoben, was doch nur ein überwindliches gesellschaftliches Verhältnis ist. Trotz dieser stets umkämpften politischen Klarstellung bleibt festzuhalten, dass die Unterscheidung zwischen spezifischer und generischer Entfremdung gleichwohl nicht gänzlich aufgehoben werden kann. Dem entspricht, dass es mehr als eine Revolte gibt, die durch den Nachweis ihrer Aussichtslosigkeit nicht zu entkräften ist.

Mindestens ebenso wichtig ist für Boltanski/Chiapello aber, dass die im Mai 1968 erreichte Durchmischung und Streuung von Sozial- und KünstlerInnenkritik spätestens in den 1980er Jahren von den herrschenden Verhältnissen absorbiert wurde. Von da an wurden nicht wenige Errungenschaften der Reformation der alltäglichen Lebensweisen

in das verkehrt, was wir heute als neoliberale und biopolitische Modernisierung des Kapitalismus bekämpfen. Dem Aufstand der Lebensweisen folgte eine Bewegung, in der die von Marx analysierte reelle Subsumtion der Arbeit unter das Kapital zur reellen Subsumtion des Lebens und letztlich der ganzen Welt unter das Kapital entgrenzt wurde: bis in die letzte Minute des Tages und den letzten Winkel der Welt hinein.

Wie in anderen großen historischen Umbrüchen resultiert das Scheitern des Aufbruchs gerade aus seinem Erfolg: aus der Bewegung, in der das rebellische Begehren von Minderheiten von einer großen und deshalb relevanten Zahl von Menschen aufgegriffen wurde. Auf dem Weg seiner gesellschaftlichen Verallgemeinerung notwendig abgeschwächt, wird das Neue zuerst Verhandlungssache eines historischen Kompromisses und zuletzt zum Konsens einer neu justierten Hegemonie. Die aber sichert, wie jede Hegemonie, den Fortbestand des modernisierten Alten. Sie gibt damit allerdings – deshalb ist das Ganze nicht hoffnungslos – den Ausgangspunkt neuer Kämpfe vor. In deren Interesse, im Interesse der jetzt zu beginnenden Kämpfe, aber liegt es, das Unabgeholte, das Nicht-Eingelöste und deshalb zwischenzeitlich Vergessene zu erinnern. Das führt mich jetzt zur – zumindest selbsternannten – Avantgarde des Mai 1968: der Situationistischen Internationale (S.I.).

Die eigensinnigste Internationale der Geschichte

Die 1957 aus dem Zusammenschluss verschiedener KünstlerInnen- und LiteratInnenzirkel entstandene S.I. gehört zunächst einmal in die Geschichte der Bohème. Deren Geschichte beginnt im 18. Jahrhundert mit der Akademisierung der kulturellen Produktion. In den KünstlerInnengruppen wie dem 1804 an der Wiener Akademie gegründeten Lukasbund organisierte sich anfangs der Widerstand von Studierenden der Malerei und Bildhauerei gegen die Zurichtung, als die sie ihre Ausbildung in den neuen Kunsthochschulen erfuhren. Die S.I. steht allerdings am Ende dieser Geschichte: sie will kein neuer KünstlerInnen- und LiteratInnenzirkel sein, sondern diejenigen sammeln, die mit Kunst und Literatur endgültig Schluss machen wollen. Schluss gemacht werden soll auch mit der Architektur, mit Theater und Film, mit der Philosophie und den Wissenschaften. Schluss gemacht werden soll überhaupt mit der Arbeitsteilung und allen sozialen Trennungen – auch mit der vom gesellschaftlichen Leben getrennten Politik. Die S.I. geht dieses ungeheure Vorhaben mit der gebotenen Ironie an und imitiert in satirischer Form die Dritte

Internationale. Ihre über die Zeit hinweg insgesamt 70 Mitglieder organisieren sich in neun nationalen Sektionen und einer »Außensektion«, koordinieren sich über »Weltkonferenzen«, über ihren internationalen »Zentralrat« oder das für Städtebau zuständige »Büro für Unitären Urbanismus«. Die Satire fällt dann allerdings ernster aus als geplant: von den 70 Mitgliedern werden 43 ausgeschlossen, 24 treten aus, die Auflösung 1972 wird dann von den letzten drei Mitgliedern beschlossen. Ganze sieben Mitglieder sind Frauen.

Einfluss gewinnt die S.I. zunächst doch künstlerisch, publizistisch und theoretisch: durch Bilder und Filme und deren skandalumwitterte Ausstellung bzw. Vorführung, durch Flugblätter und Flugschriften, durch die zwölf Ausgaben ihres luxuriös gestalteten Zentralorgans, durch die kurz vor dem Mai 1968 veröffentlichten Bücher Guy Debords und Raoul Vaneigems: *Die Gesellschaft des Spektakels* und *Handbuch der Lebenskunst für die jungen Generationen* (Debord 1974; Vaneigem 1977). Einfluss gewinnt sie zuletzt durch ihre Beteiligung an der Besetzung der Sorbonne, während der sie eine eigene Vorfeldorganisation gründete, das »Komitee zur Aufrechterhaltung der Besetzungen«.

Einfluss bis auf den heutigen Tag gewann die S.I. schließlich auch durch ihren Stil: den Stil einer kompromisslos formulierten und zumindest von einigen auch kompromisslos gelebten Radikalität. Dazu gehört das ebenso vielversprechende wie vage Konzept der »Konstruktion von Situationen« als der eigentlich »situationistischen Tätigkeit«. Sie soll zugleich individuell und kollektiv praktiziert und dabei zu dem Medium werden, indem die Kunst, die Literatur, die Philosophie und die Politik »aufgehoben« werden. Die Neuerfindung des Alltagslebens ist dabei zugleich das nächste und das fernste Ziel.

Zur »Konstruktion von Situationen« gehört zunächst die aus dem Leben der Bohème gewonnene Taktik des »Umherschweifens«: nicht nur, aber auch wortwörtlich zu verstehen, als oft über Tage und Nächte sich hinziehendes Durchstreifen der Stadt. Dazu gehört zweitens die Taktik der »Entwendung«. Wortwörtlich ist darunter die trickreiche Beschaffung der Ressourcen für ein arbeitsfreies Leben zu verstehen. Erreicht wird dieses Ziel durch Ladendiebstahl und Zechprellerei, aber auch durch die Einwerbung von Fördermitteln durch zahlungskräftige MäzenatInnen. Im übertragenen Sinn aber eröffnet die Entwendung den SituationistInnen einen subversiven Zugriff auf das gesamte Erbe der Kunst, der Literatur, der Philosophie und der revolutionären Politik. Im gelungenen Fall kann eine Entwendung deshalb als Variation auf den Akt der Zerstörung, Überschreitung und Bewahrung verstanden

werden, den Hegel eben im Begriff der Aufhebung fasst. Trotz gegenteiliger Selbsteinschätzung finden sich gelungene Entwendungen übrigens nicht nur bei Debord.

Umherschweifen und Entwendung dienten der S.I. dazu, die Hauptlinien aller Kritik ineinander zu verweben: die auf Marx zurückgehende Kritik der politischen Ökonomie, die in Nietzsche gipfelnde Kritik der Religion und der Moral und die in Dada und Surrealismus kulminierende Selbstkritik der Kunst, der Literatur und des Lebens der Bohème. Der Ernst dieses Spiels lag zum einen in der konsequenten Unterscheidung von Freund und Feind. Zu ihren eigentlichen Gegnern erhoben die SituationistInnen die Massenmedien der Information, der Bildung und der Freizeit: von den Schulen und Universitäten über Reklame, Zeitungen, Radio und Fernsehen bis zum Sport, zur Freizeitindustrie und zum Städtebau der 1960er Jahre. Erklärter Hauptgegner war deshalb der Club Méditerranée, ein heute weltweit über 80 »Urlaubsparadiese« betreibendes Touristikunternehmen. Rigoros ernst gemeint war zum anderen das Spiel, das die SituationistInnen in der Stadt und mit der Stadt spielen wollten. Indem sie den ganzen urbanen Raum und eben nicht mehr nur die Fabrik zum Ort eines kulturevolutionär entgrenzten Klassenkampfes erhoben haben, haben sie den wichtigsten Schritt der sozialen Kämpfe unserer Zeit vorweggenommen. Gelernt haben sie das nicht nur von ihren surrealistischen VorläuferInnen, sondern auch in den Universitätsseminaren des Philosophen Henri Lefebvre, in den 1960ern Treffpunkt vieler junger Radikaler. Lefebvres Begriffe des Städtischen und der städtischen Revolution lassen damals schon den Unterschied von Stadt und Land hinter sich, der mit den Megacities unserer Zeit endgültig hinfällig geworden ist (Lefebvre 2014).²

Vielleicht lässt sich der Einsatz der S.I. am deutlichsten an Vorhaben verstehen, die sie *nicht* umzusetzen vermochte. So diskutierte ihre Londoner Weltkonferenz 1960 zwei Projekte, für die von einem reichen italienischen Sympathisanten ausreichende finanzielle Mittel schon zugesagt waren. Das erste Projekt war eine militante Aktion: die im Guerilla-Stil geplante Besetzung der Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur (UNESCO) mit Sitz in Paris. Das Zweite war die auf einer Mittelmeerinsel geplante Anlage einer situationistischen Experimentalstadt als einer real existierenden befreiten

² Die Doppelung des deutschen und des französischen Titels weist auf den Dimensionssprung von der Stadt ins Städtische hin. Vgl. dazu das Vorwort Klaus Rönnebergers (in Lefebvre 2014: III).

Zone (Ohr/Erlhoff 1990: 222ff.). Beide Projekte wurden wie die ganze künstlerische, literarische und filmische Produktion einem immer kompromissloseren, dafür aber immer abstrakteren Radikalismus geopfert, der letztlich auf die Enthaltung von jeder Aktivität zielte: weil jedes konkrete Vorhaben, so der Verdacht, Teil der nur in einer »totalen Revolution« (Vaneigem) oder eben gar nicht umzustürzenden »Gesellschaft des Spektakels« geworden wäre.

Das Zeitalter der Avantgarden

Es ist Zeit für den nächsten Schritt zurück, hin zu den kulturrevolutionären Avantgarden der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts, von denen die S.I. ein später Abkömmling war. Die Rede ist von KünstlerInnen-, LiteraturInnen- und AktivistInnen-Gruppen mit weltweit mehreren Hundert MitstreiterInnen. In der Vielzahl der Bünde und Zirkel lassen sich grob vier bzw. fünf Hauptströmungen ausmachen: der Expressionismus, der in seinen italienischen und sowjetischen Flügel gespaltene Futurismus, der Dadaismus und der Surrealismus. Die nur relative Trennschärfe dieser Unterscheidungen zeigt sich darin, dass viele der ihnen zuzurechnenden KünstlerInnen, LiteraturInnen und AktivistInnen von der einen zur anderen Strömung wechselten, etliche andere sich nie fest banden oder ganz für sich allein blieben. Erklärterweise aber teilten sich alle Strömungen dieselbe, in der Barbarei des Ersten Weltkriegs geborene Epoche.

Sie verstanden sich subjektiv als vorderste Frontlinie einer in der Industrie, den Wissenschaften, der Großstadt, den proletarischen Massen und in der eigenen Vereinzelnung gipfelnden Totalkrise. Sie nahmen ausdrücklich und oft enthusiastisch Bezug auf die Oktoberrevolution und sie scheiterten ausnahmslos am Faschismus und in der Hölle des Zweiten Weltkriegs. Legt man Max Webers an der historischen Reformation gewonnene Unterscheidung der »religiösen VirtuosiInnen« von den »religiösen Laien« auch an die Avantgarden an, dann wird sichtbar, dass sie die VirtuosiInnen einer Bewegung waren, die Zehntausende, wenn nicht über hunderttausend Laien bewegte (Weber 1988: 260ff.). So sind die Avantgarden zumindest in weiterer Hinsicht sowohl in den Kontext der eher bürgerlichen »Lebensreform« als auch in den Kontext der »anderen ArbeiterInnenbewegung« an den Rändern der sozialdemokratischen oder kommunistischen Partei- und Gewerkschaftsorganisationen zu stellen (zur Lebensreform vgl. Foitzik Kirchgraber 2003; zur »anderen« ArbeiterInnenbewegung vgl. Roth 1976).

Der *Expressionismus* formiert sich zu Beginn des 20. Jahrhunderts, der Begriff war schon vor dem Ersten Weltkrieg in Umlauf. Die Kunst, das Denken, das Leben und so auch die Politik werden als »Expression«, als Ausdruck einer Subjektivität verstanden, der es im Letzten nur noch um ihren eigenen Ausdruck geht: eine Weise, sich als Selbstzweck zu behaupten. Allerdings will diese Subjektivität im Ausdruck des modernen Lebens immer auch aus ihm »aussteigen«: zurück aufs Land, zurück ins Mittelalter, hinaus in exotische Fernen oder – wie der Maler Max Beckmann – in die Einsamkeit einer inmitten des Irrwitzes des Krieges wie der Großstadt heroisch vereinzelter Existenz (vgl. Vietta/Kemper 1997; Beckmann 1983; Beckmann 1984). Einige ExpressionistInnen versuchten allerdings auch den Ausstieg nach vorne hin, in die soziale Revolution. Zu ihnen gehörte der Dichter Johannes R. Becher, der sich 1930 im Rundfunk mit Benn einen legendär gewordenen Streit lieferte. Benn vermerkt dazu brieflich an die Mit-Expressionistin Thea Sternheim: »... wollen wir von dem Radioabend bitte nicht weiter sprechen. Verfehlte Sache, blamable Situation« (Benn/Sternheim 2004: 59).

Jeden Ausstieg zurück untersagt sich der *Futurismus*, der so heißt, weil er sich entschlossen mit der technisch-industriellen Umwälzung aller Dinge und Verhältnisse – und mit der revolutionären Umwälzung der Gesellschaft – verbündet. Er tut dies allerdings in radikal gegensätzlicher Weise: die FuturistInnen der jungen Sowjetunion an der Seite der Bolschewiki, die italienischen FuturistInnen an der Seite Mussolinis. Die Mehrzahl der sowjetischen FuturistInnen endet im Gulag, die italienischen verschwinden spätestens mit dem Sturz der faschistischen Diktatur 1943. Zu erwähnen bleibt in jedem Fall der große Einfluss, den der Futurist Sergej Tretjakow gleichermaßen auf Bertolt Brecht und Walter Benjamin hatte (vgl. Mittelstädt u.a. 1985; Majakowski 1973; Tretjakow 1972).

Die *Bewegung Dada* verzichtet auf solche Parteinahmen. Der Dadaist Richard Huelsenbeck schreibt: »Wir hatten alle keinen Sinn für den Mut, der dazu gehört, sich für die Idee einer Nation totschießen zu lassen, die im besten Fall eine Interessengemeinschaft von Fellhändlern und Lederschiebern, im schlechtesten eine kulturelle Vereinigung von Psychopathen ist.« Beteiligen sich die DadaistInnen – was die meisten tun – an der Revolutionierung nicht nur der Kunst, sondern auch der Politik, dann nur als Kraft der Negation: »Das Wort ›Verbesserung‹, so noch einmal Huelsenbeck, »ist dem Dadaisten in jeder Form unverständlich.« (Huelsenbeck 1978: 11 bzw. 40)

Dada-anti-Dada

Der *Surrealismus* geht aus der Dada-Bewegung hervor und versucht, deren reine Negativität dialektisch aufzuheben: »Dada-anti-Dada« ist eine der ersten surrealistischen Losungen. Er wird deshalb zur reichsten aller Avantgarde-Strömungen: »Hier wurde«, schreibt Walter Benjamin, »der Bereich der Dichtung von innen gesprengt, indem ein Kreis von engverbundenen Menschen ›Dichterisches Leben‹ bis an die äußersten Grenzen des Möglichen trieb.« (Benjamin 1988: 201)

Der erste Grund dafür liegt darin, dass es den SurrealistInnen nicht nur um eine Kritik der bürgerlich-kapitalistischen Modernisierung geht. Sie wollen mehr, wollen eine Kritik der ganzen christlich-abendländischen Zivilisation und ihrer Rationalität und damit eine Kritik des Ganzen der Wirklichkeit überhaupt. Ihr setzen sie die Überschreitung der Wirklichkeit selbst, eben die »Sur-Realität« entgegen. Im 1924 veröffentlichten *Ersten Manifest des Surrealismus* schreibt sein »Anti-Vater« André Breton: »Der Surrealismus beruht auf dem Glauben an die höhere Wirklichkeit gewisser, bis dahin vernachlässigter Assoziationsformen, an die Allmacht des Traumes, an das zweckfreie Spiel des Denkens. Er zielt auf die endgültige Zerstörung aller anderen psychischen Mechanismen und will sich zur Lösung der hauptsächlichen Lebensprobleme an ihre Stelle setzen.« (Breton 1977: 21; den Ausdruck »Anti-Vater« verwendete Sarane Alexandriane, vgl. sein Vorwort zu Breton 2008: 7).

Der Weg dazu ist die jeden Tag aufs Neue praktizierte Subversion der Grenzen von Wachen und Träumen, von Ernst und Spiel, von Vernunft und Unvernunft in einer permanenten Offenheit für den »hazard objectif«, den »objektiven Zufall« des Wunders, des Ereignisses und der Gnade. Das Malen von Bildern und das Schreiben von Gedichten sollen deshalb weder Kunst noch Literatur sein: Ihre Aufgabe liegt im Protokoll der gelebten Erfahrung, die ihnen vorausging. Deren Raum aber ist – auch und gerade hier gehen die SurrealistInnen ihren situationistischen ErbInnen voraus – die Stadt, konkret natürlich Paris. Louis Aragon schafft dem Planeten des real existierenden Surrealismus in *Der Pariser Bauer* ein Denkmal, das eben nicht »ästhetisch genossen« werden darf. Stattdessen ist es als Erfahrungsprotokoll einer existenziellen Anstrengung zu dechiffrieren, die sich im Umherschweifen durch die Straßen von Paris jedem Zweck verweigert. Sie tut das, um sich so dem Wunder zu öffnen, das – vielleicht! – an der nächsten Ecke wartet (Aragon 1996). Das mithilfe der Psychoanalyse benannte Ziel der existenziellen Poesie besteht in der – so Breton – »Aufhebung des Ich im Es«, deren privilegier-

ter Ort die Liebe sein soll: die »amour fou«, die verrückte, leidenschaftliche Liebe (Breton 2008: 33; vgl. außerdem Breton 1970).

Erreicht haben die SurrealistInnen dieses Ziel nur bedingt, und das gilt gleichermaßen von der Kunst, vom Alltag, von der Liebe und der Politik. Das lag nicht nur, doch auch daran, dass die Pariser *Groupe Surréaliste* (und nicht nur die von Paris) männlich dominiert war und blieb. Sichtbar wird dies in einer prominenten politisch-ästhetischen Intervention, die zugleich eine Intervention ins Geschlechterverhältnis war und dies auch dokumentiert. Sie findet sich in der ersten Ausgabe der Zeitschrift *La Révolution Surréaliste*. Das Hochglanzmagazin präsentiert eine Collage, mit der sich die Gruppe politisch an die Seite der Anarchistin Germaine Berton stellt, die gerade einen Führer der faschistischen *Action Française* erschossen hatte. Die radikale Intervention belegt zugleich unübersehbar das Problem des Surrealismus. Um das Bild der Anarchistin finden sich die Passfotos der Mitglieder der *Groupe Surréaliste*: ausschließlich Männer. Beschriftet ist die Collage mit einem Vers des Dichters Charles Baudelaire (1827-1867): »Und so ist es die Frau, die in unseren Träumen den stärksten Schatten und das stärkste Licht wirft.« (Baudelaire 1990b: 230) Ohne jede Herablassung bleibt da nur zu sagen: wohl wahr!

La Révolution surréaliste

Das Scheitern der SurrealistInnen in der Politik ist allerdings nicht einfach ihr eigenes Scheitern: Es hängt am Scheitern der Oktoberrevolution, am Scheitern der sozialdemokratischen und kommunistischen ArbeiterInnenbewegung und an der Quittierung dieses Scheiterns durch die faschistische Verwüstung der Welt. Die SurrealistInnen legen darin ein noch heute beeindruckendes Zeugnis aufrechten Gangs und freien Denkens ab, anders als viele andere KünstlerInnen und Intellektuelle der Linken dieser Zeit. Mitte der 1920er Jahre machen sie Ernst mit der Politik. Prominente SurrealistInnen, darunter Breton, treten der kommunistischen Partei bei, der Titel ihrer Zeitung wird von *La Révolution Surréaliste* in *Le Surréalisme au Service de la Révolution* geändert: Der Surrealismus im Dienst der Revolution.

Zehn Jahre später, mitten im antifaschistischen Widerstand, bereiten die SurrealistInnen diesem Spuk ein Ende und brechen mit der Sowjetunion und der stalinisierten KP. Vollzogen wird der Bruch in außerordentlich dramatischer Weise auf dem *Internationalen Schriftstellerkongress zur Verteidigung der Kultur*, der im Sommer 1936 in Paris stattfindet.

Breton soll dort prominent das Wort ergreifen und verfasst dazu einen Text, in dem er das surrealistische Verständnis revolutionärer Politik im Bezug einerseits auf Karl Marx und andererseits auf den Dichter Jean-Arthur Rimbaud (1854-1891) erläutert. Der Text endet mit der später berühmt gewordenen, hier gleich zu Beginn zitierten Losung: »Die Welt verändern, hat Marx gesagt; das Leben ändern, hat Rimbaud gesagt: Diese beiden Losungen sind für uns eine einzige.« (Becker 1988: 96) Einer der Organisatoren des Kongresses, der damals eng mit dem Stalin-Regime und der Kommunistischen Partei Frankreichs (PCF) verbundene russische Schriftsteller Ilja Ehrenburg, polemisiert im Vorfeld heftig gegen die SurrealistInnen. Als Breton ihn dafür öffentlich ohrfeigt, wird dieser auf Betreiben Ehrenburgs vom Kongress ausgeschlossen. Daraufhin versucht der schwer erkrankte Surrealist René Crevel zu vermitteln – und begeht nach dem Scheitern seiner Bemühungen Selbstmord. Um den jetzt unausweichlichen Skandal einzuhegen, erlaubt die Kongressorganisation dem Surrealisten Paul Éluard, Bretons Rede in dessen Abwesenheit auf dem Kongress zu verlesen: Deutlicher konnte das Ende der Kooperation von PCF und *Groupe Surréaliste* kaum bezeugt werden!

Im Bruch mit der KP sind die SurrealistInnen allerdings nicht allein. Schon vor ihnen hat Boris Souvarine, einer der Gründer der PCF und Präsidiumsmitglied der Kommunistischen Internationale, eine neue Organisation gegründet, den *Cercle communiste démocratique* (CCD), der bald zur ersten Sammlung der linken Opposition wird. Souvarine ist es auch, der die SurrealistInnen mit Leo Trotzki in Kontakt bringt und seine Zeitung *La Critique sociale* für sie öffnet. Bretons innersurrealistischer Widerspieler Georges Bataille, Grenzgänger zwischen dem Surrealismus und der gerade entstehenden Existenzphilosophie, publiziert dort Texte, in denen er nicht nur Marx und Rimbaud, sondern beide mit Nietzsche zusammenbringt.

Der gemeinsame Widerstand gegen den Faschismus, den Stalinismus und die bürgerliche Dritte Republik Frankreichs lässt die internen Streitereien für einen Augenblick in den Hintergrund treten. Gemeinsam gründen Souvarine, Breton und Bataille die noch einmal breiter angelegte Allianz *Contre-Attaque* (»Gegenangriff«). Zu ihren bald 70 Mitgliedern gehört auch ein besonders radikaler SurrealistInnenzirkel aus der Provinz, die Gruppe *Le Grand Jeu* (Das Große Spiel) aus Reims (vgl. Gilbert-Lecomte u.a. 1980). Eine wichtige Rolle fällt dabei der Dichterin und kommunistischen Aktivistin Colette Peignot zu. Sie schreibt unter dem Pseudonym Laure, hat Berlin, Moskau und Leningrad besucht und lebt zu dieser Zeit mit Bataille zusammen. Als *Contre-Attaque* nach nur

einem Jahr scheitert, gründet Laure gemeinsam mit Pierre Klossowski, Roger Caillois und ihrem Gefährten Bataille die nach einem surrealistischen Kunstmythos benannte Geheimgesellschaft *Acéphale*.

Der Mythos kreist um einen kopflosen, also des Sitzes der zweckrational entstellten Vernunft ledigen Gott und schließt darin an Nietzsches Versuch einer dichterischen Aktualisierung des antiken Dionysos-Mythos an. Als zugleich antifaschistischer, antistalinistischer und antibürgerlicher Gegen-Mythos soll der Kult des enthaupteten Gottes die autoritären Massenideologien auf dem Feld der Affekte schlagen, die der rationalen politischen Entscheidung voraus liegen. Mit seiner Ausbreitung, so die Spekulation des *Acéphale*-Kreises, soll die Surrealität, das zweckfreie Spiel des Denkens, Träumens und Begehrens in praktizierter Poesie, nicht mehr nur die Sache radikaler Intellektueller und KünstlerInnen sein, sondern eine Massenbewegung werden.

Natürlich wollen Bataille, Laure und ihre MitstreiterInnen keine Religion gründen. Der Kult des *Acéphale* soll die kollektive Feier eines abwesenden Gottes und damit der Abwesenheit Gottes überhaupt werden: »Die Nacht ist auch eine Sonne, und die Abwesenheit des Mythos ist noch ein Mythos, der kälteste, reinste, der einzig wahre«, wird Bataille im Rückblick notieren (zitiert nach Bischof 2010: 259). Indem der Atheismus seine eigene Liturgie schafft, werde er nicht nur die alten kirchlichen und die de facto-Liturgien der stalinistischen und faschistischen Massenparteien übertrumpfen, sondern mit ihnen auch das »stahlharte Gehäuse der Hörigkeit« (Max Weber) bürgerlich-säkularer Zweckrationalität sprengen.

Breton kritisiert die Überlegungen der *Acéphale*-Loge scharf und wirft ihr vor, den Surrealismus in einen »Surfaschismus« zu verwandeln.³ Dabei wurde der Ausdruck nicht von Breton, sondern von einem Gefährten Batailles, dem Historiker Jean Dautry, ins Spiel gebracht. Bataille wiederum nimmt Bretons Kritik auf und nutzt sie zu einem vertieften Verständnis der Vorsilbe »Sur-« bzw. »Über-« im Begriff der Sur-Realität bzw. Über-Wirklichkeit wie im Begriff des »Übermenschen« bzw. »Surhomme«. In beiden Fällen werde mit der Vorsilbe »Sur-« bzw. »Über-« keine hierarchische Wertung vorgenommen, keine »höhere« Wirklichkeit und kein »höherer« Menschentyp gesetzt. Stattdessen gehe es im »Sur-« bzw. »Über-« allein um die Bewegung der Überschreitung, d.h.

³ Der Sammelband »Es brennt! Pamphlete der Surrealisten« dokumentiert vier programmatische Erklärungen von *Contre-Attaque* und die Austrittserklärung Bretons und seiner GefährtInnen (vgl. Becker 1988: 118-135).

um die Bewegung des Sichbefreiens von dieser Wirklichkeit und von diesem Menschen. Zu beiden, zur bisherigen Wirklichkeit und zum bisherigen Menschen, gehören Faschismus, Stalinismus und bürgerlicher Liberalismus: alle drei Ideologien, alle drei Lebensweisen müssen überschritten werden. Diese Überschreitung werde eben nicht, dies sei die Vernunft im *Acéphale*-Kult, von einer neuen Elite, sondern vom »verworfenen Rest« sowohl der bestehenden Wirklichkeit wie des bisherigen Menschen getragen: politisch also von der verworfenen Masse der ProletarierInnen. Das Proletariat, vom Bürgertum ausgebeutet und von Stalinismus und Faschismus in die Irre geführt, soll im Kult des *Acéphale* sich selbst als die Macht der Überschreitung erkennen. Allerdings: Bretons Kritik wird auch insoweit Rechnung getragen, als die Geheimgesellschaft *Acéphale* und die Idee einer Gegen-Liturgie aufgegeben wird. An ihre Stelle tritt 1937 das *Collège de Sociologie*, in dem die Problematik theoretisch weiterverfolgt und erste Ansätze einer »Säkularsoziologie« ausgearbeitet werden. Zu den Gästen des *Collège* gehört unter vielen anderen Walter Benjamin, der zwischenzeitlich in Paris Asyl gefunden hatte. Zwei Jahre später löst sich allerdings auch diese Formation des Surrealismus auf.

Andere entsetzliche ArbeiterInnen

Laure stirbt 1938 im Alter von nur 35 Jahren an der Tuberkulose. Bataille redigiert und publiziert ihre Schriften posthum. Sie verbreiten sich erst in den 1960er Jahren und beeinflussen so, ein objektiver Zufall, die im Mai 68 erstarkende Frauenbewegung (vgl. Laure [bürgerl. Collette Peignot] 1980). Mich führen Laure und die Geschichte des *Acéphale* zum dritten Schritt zurück: zum Schritt in die Romantik, das heißt in die Zeit zwischen der Französischen Revolution 1789, der Revolution von 1848 und der Pariser Commune von 1871.

Noch in einem späten Text hat Breton den Surrealismus in die Tradition einer weit verstandenen Romantik gestellt. Dabei hat er den romantischen Schriftsteller und Philosophen Novalis (1772-1801) zum Dritten im Bund der Dichter-Halbgötter Charles Baudelaire und Arthur Rimbaud erhoben, in denen die SurrealistInnen ihre Propheten sahen (Breton 2008: 73ff.). Stammt von Novalis der Satz »Die Welt muss romantisiert werden« und von Rimbaud »Man muss unbedingt modern sein«, so kommen beide Sätze trotz des Unterschieds im Akzent im Entwurf eines »dichterischen Lebens« zusammen. In ihm soll die Überschreitung

und Verausgabung des eigenen Lebens der Preis für die Schöpfung nicht nur einer neuen Sprache, sondern einer neuen Welt sein.

Im berühmten »Seher-Brief« an seinen Freund Paul Demeny schreibt der erst 17-jährige Rimbaud: »Ich ist ein Anderer. [...] Der Dichter macht sich sehend durch eine lange, immense und überlegte Ent-Regelung aller Sinne. Alle Formen der Liebe, des Leidens, des Wahns; er forscht selbst, er schöpft in sich alle Gifte aus, um nur die Quintessenzen zu bewahren. [...] Er gelangt zum Unbekannten, und wenn, ganz baff, er dann die Einsicht in seine Visionen verliert – er hat sie gesehen. Mag er bei seinem Springen durch die unerhörten und unbenennbaren Dinge krepieren: Es kommen andere entsetzliche Arbeiter, sie fangen bei den Horizonten an, wo der andere niedergesunken ist. [...] Der Dichter ist also wirklich der Dieb des Feuers. Er ist für die Menschheit, ja selbst für die Tiere zuständig; er wird seine Erfindungen spürbar, greifbar, hörbar machen müssen. Wenn das, was er von dort mitbringt, Form hat, gibt er Form: Ist es ungeformt, gibt er Ungeformtes.« (Rimbaud 2010: 25-30)

Wie einige andere DichterInnen fallen Novalis, Baudelaire und Rimbaud der Verausgabung ihrer Subjektivität zum Opfer: Novalis stirbt mit 29 an der Tuberkulose, Baudelaire mit 46 Jahren verarmt und ausgezehrt von Alkohol- und Drogenkonsum. Rimbaud schreibt seine Gedichte und Prosa zwischen seinem 15. und 20. Lebensjahr, bricht sein Schreiben und sein exzessives Künstlerleben dann zugunsten anderer Exzesse ab: er nimmt an der Pariser Commune teil, reist jahrelang kreuz und quer durch das kolonialisierte Afrika, wird Händler, wird wohlhabend, wird krank, kehrt nach Europa zurück und stirbt mit 37 Jahren qualvoll in Marseille, nach der Amputation seines rechten Beines.

Der Geschichte Novalis', Baudelaires und Rimbauds ist die Geschichte der Karoline von Günderrode hinzuzufügen. 1780 geboren, wird sie Schülerin eines Darmstädter Damenstifts, studiert dort Philosophie, Geschichte, Literatur und begeistert sich für die Französische Revolution. Sie liest Schelling, Fichte, Schlegel und Novalis, beginnt zu schreiben und unter dem männlichen Pseudonym Tian zu veröffentlichen: Gedichte über Freiheit und Gefangenschaft, über Liebe und Tod. Trotz prominenter Anerkennung bleibt ihr nur der mehrfach wiederholte Versuch, der bürgerlichen Frauenrolle durch Liebesverhältnisse zu entkommen. »Sie hat das Unglück«, schreibt Christa Wolf, »leidenschaftlich und stolz zu sein, also verkannt zu werden. So hält sie sich zurück, an Zügeln, die ins Fleisch schneiden. Das geht ja, man lebt. Gefährlich wird es, wenn sie sich hinreißen ließe, die Zügel zu lockern, loszugehen, und wenn sie dann, in heftigstem Lauf, gegen jenen Widerstand stieße, den

die anderen Wirklichkeit nennen und von dem sie sich, man wird es ihr vorwerfen, nicht den rechten Begriff macht.« (Wolf 2007: 13) Nach dem Scheitern eines letzten Ausbruchsversuchs erdolcht sie sich im Alter von 26 Jahren.

Die Verwirklichung der Philosophie

Spannt man die Epoche der Romantik großzügig bis auf die Zeit Rimbauds aus, der 1874 zu schreiben aufhört, dann fällt die junghegelianische Bewegung in ihre Mitte. Die Junghegelianer sind keine KünstlerInnen, sondern PhilosophInnen, fallen aber ebenso aus den von ihrer Bildungsgeschichte vorgesehenen bürgerlichen Karrieren heraus. Sie schlossen sich der Bohème an, verkehrten in deren Kreisen und Kneipen. Auch die Junghegelianer waren meistens Männer – aber eben nicht nur. Zu ihnen gehört Marie Dähnhardt, die Zigarren raucht und in Männerkleidern in der Berliner Hippelschen Weinstube verkehrt. Dort lässt sie sich 1843 von einem unter Vorwänden herbeigelockten, angesichts der betrunkenen Gesellschaft höchst verwirrten Priester mit Max Stirner verheiraten. Der sich mit prekären Beschäftigungen durchschlagende Philosoph stellt seinem philosophischen Hauptwerk *Der Einzige und sein Eigentum* deshalb die für Bücher dieser Art ungewöhnliche Widmung »Meinem Liebchen Marie Dähnhardt« voran (vgl. Stirner 1986).

Stirner ist heute primär durch die maßlos ungerechte, selbstdestruktive Polemik bekannt, mit der Karl Marx und Friedrich Engels ihn in der *Kritik der Deutschen Ideologie* überziehen, in der er als »Sankt Max« firmiert. Das zu ihren Lebzeiten nicht veröffentlichte Buch markiert den entscheidenden Bruch im Junghegelianismus. Dieser Bruch ist heute, anders als Marx und Engels damals glaubten, weniger als Bruch zwischen Materialismus und Idealismus denn als Bruch zwischen Sozial- und KünstlerInnenkritik zu lesen. Nicht zufällig kann das mit Blick auf den Unterschied verdeutlicht werden, in dem Boltanski und Chiapello die Grenze der Vermittlung beider Formen der Kritik ausgemacht haben: dem Unterschied von spezifischer und generischer Entfremdung und damit von spezifischer und generischer Emanzipation. Es wurde schon darauf hingewiesen, dass der Unterschied selbst auf unabsehbare Zeit problematisch bleiben wird, dass er ethisch, politisch und ästhetisch immer neu zur Disposition gestellt werden muss.

Ginge man die hier versammelten Geschichten auf dieses Problem hin noch einmal durch, ließe sich zeigen, dass der Tod und das Verhältnis

zum Tod vielleicht ihr dichtester, auch ihr wundester Punkt sind: Verhältnis zur generischen Entfremdung *par excellence*, Einforderung der generischen Emanzipation *par excellence*. Auch deshalb grundieren beide, Tod und Todesverhältnis, viele Gedichte, Dramen, Romane, Bilder und Aktionen. Sie bilden zugleich den Fluchtpunkt entscheidender theoretischer Anstrengungen – und theoretischer Verfehlungen. Als wichtigster Protagonist der Sozialkritik hat sich Marx zum Tod nur sehr lapidar geäußert, in einer geradezu erschütternd unreflektierten Entscheidung für das überindividuelle Gattungsleben: »Der *Tod* scheint als ein harter Sieg der Gattung über das bestimmte Individuum und ihrer Einheit zu widersprechen; aber das bestimmte Individuum ist nur ein *bestimmtes Gattungswesen*, als solches sterblich.« (Marx 1974: 539)

Stirner, in dieser Hinsicht klarer Protagonist der KünstlerInnenkritik, hat sich gerade diesen Trost versagt und dabei in aller Schärfe das Leben exponiert, für das der Tod äußerster Gattungszwang bleibt: »Allein, die Gattung ist nichts, und wenn der Einzelne sich über die Schranken seiner Individualität erhebt, so ist dies vielmehr gerade Er selbst als Einzelner, er ist nur, indem er sich erhebt, indem er nicht bleibt, was er ist; sonst wäre er fertig, tot. Der Mensch ist nur ein Ideal, die Gattung nur ein Gedachtes. *Ein Mensch sein*, heißt nicht das Ideal *des Menschen* erfüllen, sondern *sich*, den Einzelnen, darstellen. Nicht, wie Ich das *allgemein Menschliche* realisiere, braucht meine Aufgabe zu sein, sondern wie Ich Mir genüge. *Ich* bin meine Gattung, bin ohne Norm, ohne Gesetz, ohne Muster ...« (Stirner 1986: 200) Wiederum nicht zufällig markiert der Acéphale-Mythos hier eine mittlere Position, indem er ausgerechnet Stirners todesbewusste Gattungsverweigerung zum Ausgangspunkt einer postreligiösen Kommunion machen will.

In einem Brief an einen Gefährten der Acéphale-Zeit schreibt Bataille 1939: »In ihren Ursprüngen ist die Freude vor dem Tod die Formel einer mystischen Meditation. Es handelt sich um eine Freude angesichts der Gewissheit des Todes und um das Fundament einer religiösen Existenz, die sich vom Christentum trennt. Der Mensch kann statt der Repräsentation Gottes die Vorstellung seines eigenen Todes zum Gegenstand der Meditation und der Ekstase machen. Das erwartete Ergebnis kann nur der freudig als Vollendung des Lebens hingegenommene Tod sein, nicht aber die Suche nach dem Tod, die die Verdammung des Lebens bedeutete. Der Tod hat nichts von einem souveränen Gut. Was geliebt werden kann, ist das Leben, aber das Leben ist das, was sich im Tod verliert, und diese Möglichkeit, sich zu verlieren, kann bis zur Ekstase geliebt werden.« (zitiert nach Bischof 2010: 188f.).

Die im Junghegelianismus philosophisch markierte Spaltung von Sozialkritik und KünstlerInnenkritik hat erst der Mai 1968 wieder überbrücken wollen. Aus dieser Perspektive sind die heutigen, in verschiedener Weise »postmarxistischen« Formen der Kritik zu verstehen, in denen Marx und Stirner, Marx und Rimbaud, Marx und Nietzsche mehr oder minder zwanglos aufeinander bezogen werden. Noch heute geschieht das getreu der Einsicht nicht nur Bretons, nach der die kollektive Veränderung der Welt von der Veränderung eines einzelnen Lebens nicht getrennt werden darf. Mit den bisher aufgeführten Geschichten aus der Geschichte der Kämpfe um Lebensweisen ist nun ein vorläufiges Ende erreicht. Vorläufig, weil im Folgenden noch eine Reihe von offenen Fragen aufgeworfen werden, Fragen, die sich den Kämpfen stellen, in denen heute und auch übermorgen noch um andere Lebensweisen gekämpft wird.

Noch einmal: Die Einzigen und die Menge

Wenn neuere Vermittlungen von Sozial- und KünstlerInnenkritik den Begriff der Klasse in den der Multituden aufheben, soll im Begriff markiert werden, dass Kämpfe um Produktionsweisen von Kämpfen um Lebensweisen nicht getrennt werden können. Sie werden deshalb aber, das ist der zweite und entscheidende Zug, immer nur im nie abzählenden Plural ausgetragen. Es gibt Multituden, also »Mengen«, immer nur als Mengen aktiv sich verbindender und aktiv sich vereinzelter Subjektivitäten, als Multituden von Singularitäten.

Darin wiederholt sich das Kernproblem der Romantik und später der Avantgarden. Für Hegel und Marx war die Romantik Ausdruck einer aufgespreizten, sich in sich einhausenden Subjektivität. Baudelaire, Rimbaud, Nietzsche, Laure und zuletzt Foucault aber ging es um eine Subjektivität, die sich in ihrer Vereinzelung hin auf ein Gemeinsames überschreitet. Baudelaire sagt ausdrücklich, dass der Künstler ein »Mann der Menge« ist (Baudelaire 1990b: 293). Rimbaud hat die in der Vereinzelung zu unternehmende Schaffung eines Gemeinsamen, wie oben zitiert, sogar als die eigenste Aufgabe der DichterIn bezeichnet. Sie sei deshalb, so heißt es ausdrücklich, »für die Menschheit, ja selbst für die Tiere zuständig« und müsse ihre einsamen Erfindungen gerade darum »spürbar, greifbar, hörbar machen«.

Die schlichte Lebenserfahrung lehrt uns, dass beide Recht haben: Es gibt in sich eingehauste Subjektivitäten – der Neoliberalismus zehrt von

ihnen und produziert sie in Serie. Und: Es gibt die sich vereinzelnde Subjektivität, die für sich, für uns alle und sogar für die Tiere und die GötInnen das Feuer zu stehlen versucht. Wie also scheiden wir die jeweils einzigen existenziellen oder surrealen Revolten vom »Ich, Ich, Ich« des neoliberalen Realismus? »Drücken wir das Abbild der Ewigkeit auf *unser* Leben!«, notiert Nietzsche in tiefstem Einklang mit Baudelaire: »Dieser Gedanke enthält mehr als alle Religionen, welche dies Leben als ein flüchtiges verachten und nach einem unbestimmten *anderen* Leben hinblicken lehrten. [...] Diese Lehre ist milde gegen die, welche nicht an sie glauben, sie hat keine Höllen und Drohungen. Wer nicht glaubt, hat ein *flüchtiges* Leben in seinem Bewusstsein.«⁴ (Nietzsche 1980: 503)

Noch mal: Das gute Leben

Das führt vielleicht nicht direkt, jedoch früher oder später hin zur aktuellen Begeisterung für die Spiritualität indigenen »buen vivirs« und seiner »Pachamama«, seiner »Mutter Erde«.⁵ Auch und gerade hier waren uns die Avantgarden voraus, beginnend in den 1880er Jahren mit der Übersiedlung des Paul Gauguin nach Polynesien. Seinen Reisen folgten ungezählte andere Reisen vieler anderer KünstlerInnen bis in das letzte Drittel des 20. Jahrhunderts hinein. Für Breton, Bataille und schließlich Antonin Artaud war die Auseinandersetzung mit der indigenen, mit der vor- und außerchristlichen, vor- und außereuropäischen, aber auch mit der christlich-mystischen Spiritualität ein Schwerpunkt ihrer künstlerischen, theoretischen und politischen Arbeit. Sie haben dabei schnell verstanden und in aller Deutlichkeit gesagt, dass weder mit der exotischen Kitsch- und Schundformel vom »Einklang mit der Natur« noch mit einem wie auch immer zu erneuernden »Einklang mit Gott« die Fragen zu lösen sind, die der »Tod Gottes« uns stellt. Artaud hat seine Suche nach der verlorenen Zeit mit dem Leben bezahlt, Bataille seinen Gegen-Mythos aufgegeben, an seiner »inneren Erfahrung« und dem Versuch ihrer Mitteilung aber festgehalten (vgl. Bataille 1999).

Dennoch: »Pachamama« stellt nicht einfach nur den Kapitalismus, sondern die ganze christlich-abendländische Zivilisation infrage. Und:

⁴ Ähnliche Überlegungen Baudelaire's finden sich in seinem berühmten Essay »Der Maler des modernen Lebens« (Baudelaire 1990a).

⁵ Pachamama gilt vielen indigenen Völkern Südamerikas als personifizierte Erdmutter, die Leben schenkt und schützt.

Sie zieht eben deshalb auch, wie aktuell in Ecuador zu sehen, ebenso den »Sozialismus des 21. Jahrhunderts« in Zweifel. Geht es dabei um ökonomisches Wachstum und antiökonomistische Wachstumskritik, geht es zugleich immer auch um Religion und Religionskritik und folglich, beides zusammennehmend, um Technik-Kritik. Was hat uns das inmitten einer Welt zu sagen, die in 20, 30 Jahren an vielen Orten unbewohnbar sein wird wie der Mond? Und: Was hat uns das in einer Welt zu sagen, in der Liberalismus und Fundamentalismus die beiden Fronten eines immer ungeheuerlicheren Krieges bilden? Wie also finden wir jenseits dieser Fronten eine Dritte Option? Jenseits einer mehr und mehr verödenden Säkularität, deren Wahrheit die Aufzehrung der Welt in ihrer technischen Reproduktion und warenförmigen Konsumtion ist? Jenseits zugleich einer postkolonial irre gewordenen Religiosität, die sich im Selbstmordattentat vollstreckt? Was wäre beiden gegenüber ein »buen vivir«, ein gutes Leben?

Noch eine generische Entfremdung?

Das »buen vivir« führt auch zu feministischen Fragen. Zu Recht besteht der Feminismus auf einer radikalen Veränderung der Arbeitsteilung, in der die vier Formen der Arbeit – die unumgängliche Erwerbsarbeit, die Arbeit an sich selbst und den Anderen, die politische Arbeit und die zweckfreie Arbeit an den eigenen Möglichkeiten – in ein freies Verhältnis gebracht werden (Haug 2009). Zu Recht nimmt diese Frage in den Transformationsdebatten eine prominente Position ein. Muss nun aber, wer die vier Formen der Arbeit in ein freies Verhältnis setzen will, sie damit zugleich »in eins« setzen? Ist es nicht vielmehr so, dass die zweckfreie und deshalb antiökonomische Arbeit an den eigenen Möglichkeiten den drei anderen auf immer widerspricht und widersprechen wird? Folgt nicht jedes fixe Verhältnis der vier Formen der Arbeit letzten Endes nur der Spießerlösung »Dienst ist Dienst und Schnaps ist Schnaps«, oder, in feinerer Formulierung, der bildungsbürgerlichen Anrufung von Muße und Musen?

Geht der Zweifel am »Vier-in-eins« nicht über das Geschlechterverhältnis hinaus auf jedes mögliche gesellschaftliche Verhältnis? Und umgekehrt, auf intimere Verhältnisse bezogen: Bleibt nicht jedem »in eins« voraus erst einmal die berühmt-berüchtigte Formulierung des Psychoanalytikers Jacques Lacan zu bedenken, nach der es »keine geschlechtliche Beziehung« gibt? Hat er nicht Recht mit den Einwänden, die ihn nö-

tigten, diese Formulierung immer wieder zu wiederholen: dass es keine wie auch immer »natürliche«, deshalb aber eben auch keine »richtige« soziale Beziehung, dass es keine reziproken, zumindest aber keine symmetrischen Beziehungen geben kann, dass Beziehungen deshalb nie harmonisch sein werden, dass es in Beziehungen zumeist um mehr und um weniger als um Personen geht, die für sich und füreinander »eins« wären?⁶ Sind das generische oder spezifische Entfremdungen? Welche Rolle spielt hier oder was wäre von hier aus eine *amour fou*, eine leidenschaftliche und verrückte Liebe? Gibt es so etwas heute überhaupt noch? Müsste es das nicht geben? Wäre eine verrückte und leidenschaftliche Liebe das Andere zum Single-Sex oder ist sie das, was da gesucht wird? Realisiert der Single-Sex nicht auf seine Weise, dass es keine geschlechtliche Beziehung gibt?

Realität, Surrealität und Agonie des Realen

Bleiben wir bei der Arbeitsteilung. Verdichtete sich das Problem der technischen Reproduktion von Leben und Welt schon für die SituationistInnen in den Technologien der Massenkommunikation, hat sich dieses Problem heute radikal verschärft. Was den SituationistInnen die Freizeitindustrie und der Städtebau war, sind uns die sozialen Netzwerke, die wir bald implantiert mit uns tragen werden. Sie sind nur die benutzerfreundliche Oberfläche des »general intellect«, der heute nicht nur die Kommunikation, sondern überhaupt jede Produktion und Reproduktion sozialer Beziehungen und alles sozialen Reichtums trägt und durchwebt, alle unsere Lebensweisen. Erinnerung sei an die berühmte Formulierung von Marx. »Die Natur baut«, so sagt Marx in den *Grundrissen*, »keine Maschinen, keine Lokomotiven, Eisenbahnen, electric telegraphs, selfacting mules etc. Sie sind Produkte der menschlichen Industrie; natürliches Material, verwandelt in Organe des menschlichen Willens über die Natur oder seiner Betätigung in der Natur. Sie sind von der menschlichen Hand geschaffne Organe des menschlichen Hirns; gegenständlichte Wissenskraft. Die Entwicklung des capital fixe zeigt an, bis zu welchem Grade das allgemeine gesellschaftliche Wissen, knowledge, zur unmittelbaren Produktivkraft geworden ist und daher die Bedingungen des gesellschaftlichen Lebensprozesses selbst unter die Kon-

⁶ Eine bündige Zusammenstellung dieser mehrfach wiederholten und abgewandelten Formulierung und ihrer Begründungen gibt Evans (2002: 122f.).

trolle des general intellect gekommen und ihm gemäß umgeschaffen sind. Bis zu welchem Grade die gesellschaftlichen Produktivkräfte produziert sind, nicht nur in der Form des Wissens, sondern als unmittelbare Organe der gesellschaftlichen Praxis; des realen Lebensprozesses.« (Marx 1983: 602) Wie aber, so ist doch zu fragen, scheiden wir in der Welt des general intellect Realität und Irrealität? Wie scheiden wir in dieser Welt und ihren Kämpfen um Lebensweisen Realität und Surrealität? Sind wir nicht längst dem ausgeliefert, was der Soziologe Jean Baudrillard, dem die SituationistInnen die Aufnahme in die Internationale verwehrten, die »Agonie des Realen« jenseits von Realität und Surrealität genannt hat: eine Welt von Zeichen, die nur noch auf Zeichen verweisen? Hatte er nicht Recht, als er eine Kommunikationsguerilla, die diesen Namen verdiente, auf die Todesbejahung Batailles verwies, die ja selbst »nur« eine späte Wiederholung der Todesbejahung des Sokrates ist: »dass man nämlich nicht das Leben am höchsten achten muss, sondern das gut leben«? (vgl. Baudrillard 2009) Und: Wie verhält sich unser in die sozialen Netzwerke des general intellect überführtes Verhältnis zur Welt, zu uns selbst und zueinander zur Revolution des Städtischen – zu dem gerade eben erst absolvierten Jahrtausendsprung, seit dem erstmals in der Menschheitsgeschichte überhaupt mehr Menschen in den Städten als auf dem Land leben? Für Henri Lefebvre, in dessen Seminaren Debord und Baudrillard aufeinander trafen, war *la révolution urbaine* eine Revolution eben nicht der Städte, sondern des Städtischen, das mit dem Unterschied von Stadt und Land auch den des Globalen und des Lokalen hinter sich gelassen hatte. Wie verhält sich die globale Verstädterung zur globalen Vernetzung, beide auch als alltägliche Lebensweisen einer jeden verstanden?

Ein, zwei, viele Cercle Communiste Démocratique

Die Klärung all dieser Fragen verlangt eine ganz eigene »organische Intelligenz«. Das Zeitalter der Avantgarden ist vorbei, der Mai 68 ist bald 50 Jahre her. Seither wissen wir oder sollten wir wissen, dass das Private politisch und das Politische immer auch eine Sache der ersten Person ist. Die aber ist zugleich mehr und weniger als eine erste Person. Hier öffnet sich der Abgrund der Freiheit, hier ruft die Freiheit nach ihren VirtuosInnen. Wie aber wird man VirtuosIn der Freiheit? Wie gestalten wir, besser: wie gestaltet sich das Verhältnis von VirtuosInnen und Laien ihrer Transformation? Und, wichtiger und problematischer noch, wie ge-

staltet sich das Verhältnis der zur Surrealität offen stehenden Einzelnen und Gruppen zum unerbittlichen Realismus der großen Mehrheit? »Es wird noch Versammlungen auf den öffentlichen Plätzen geben und Bewegungen«, schrieb Breton im ersten surrealistischen Manifest, »an denen teilzunehmen ihr nicht zu hoffen gewagt habt.« (Breton 1977: 21) Wenn man solche Versammlungen und Bewegungen nicht auf die Plätze bringt, wie man in irgendeiner Gasse einen Streit vom Zaun bricht, dann liegt das daran, dass sie sich in jedem einzelnen Fall auch einem *hazard objectif*, einem objektiven Zufall verdanken. Wie also bereiten wir ihren Aufbruch vor, wie bereiten wir uns auf ihren Aufbruch vor? Sozial- und KünstlerInnenkritik kamen immer schon darin überein, in diesen letzten Fragen immer auch Organisationsfragen zu sehen.

Literatur

- Aragon, Louis (1996): Der Pariser Bauer, Frankfurt a.M.
- Bataille, Georges (1999): Die innere Erfahrung, München.
- Baudelaire, Charles (1990a): Der Maler des modernen Lebens, in: Der Künstler und das moderne Leben, Leipzig, S. 290-320.
- Baudelaire, Charles (1990b): Die Dichtung vom Haschisch, in: Der Künstler und das moderne Leben, Leipzig, S. 230-277.
- Baudrillard, Jean (2009): Der symbolische Tausch und der Tod, Berlin.
- Becker, Heribert (Hrsg.) (1988): Es brennt! Pamphlete der Surrealisten, Hamburg.
- Beckmann, Max (1983): Leben in Berlin. Tagebuch 1908-1909, München.
- Beckmann, Max (1984): Briefe im Kriege. 1914/1915, München.
- Benjamin, Walter (1988): Der Sürrealismus. Die letzten Momentaufnahmen der europäischen Intelligenz, in: Angelus Novus. Ausgewählte Schriften 2, Frankfurt a.M., S. 200-215.
- Benn, Gottfried/Sternheim, Thea (2004): Briefwechsel und Aufzeichnungen. Mit Briefen und Tagebuchauszügen Mopsa Sternheims, München.
- Bischof, Rita (2010): Tragisches Lachen. Die Geschichte von Acéphale, Berlin.
- Boltanski, Luc/Chiapello, Ève (2003): Der neue Geist des Kapitalismus, Konstanz.
- Breton, André (1970): L'amour fou, München.
- Breton, André (1977): Die Manifeste des Surrealismus, Reinbek.
- Breton, André (2008): Bindestrich. Texte 1952-1965, Aachen.
- Debord, Guy (1974): Die Gesellschaft des Spektakels, Düsseldorf.
- Dylan, Evans (2002): Wörterbuch der Lacanschen Psychoanalyse, Wien.
- Dzierzowski, Daniel: Des slogans de Mai 68, in: Slogans et graffiti, abrufbar unter: <http://users.skynet.be/ddz/mai68/slogans-68.html>.
- Evans, Dylan (2002): Wörterbuch der Lacanschen Psychoanalyse, Wien.
- Foitzik Kirchgraber, Renate (2003): Lebensreform und Künstlergruppierungen um

1900. Dissertation an der Universität Basel, abrufbar unter: http://edoc.unibas.ch/diss/DissB_6566.
- Foucault, Michel (2005a): Gespräch mit Ducio Rombadori, in: Schriften in vier Bänden. Dits et Ecrits: Band IV. 1980-1988, Frankfurt a.M., S. 51-119.
- Foucault, Michel (2005b): Subjekt und Macht, in: Schriften in vier Bänden. Dits et Ecrits: Band IV. 1980-1988, Frankfurt a.M., S. 269-294.
- Foucault, Michel (2007): Ästhetik der Existenz. Schriften zur Lebenskunst, Frankfurt a.M.
- Gilbert-Lecomte, Roger/Henry, Maurice/Daumal, René (1980): Le Grand Jeu. Von der Notwendigkeit der Revolte, Nürnberg.
- Haug, Frigga (2009): Die Vier-in-einem-Perspektive. Politik von Frauen für eine neue Linke, Hamburg.
- Huelsenbeck, Richard (1978): En avant Dada. Zur Geschichte des Dadaismus, Hamburg.
- Kant, Immanuel (1980): Grundlegung zur Metaphysik der Sitten, Stuttgart.
- Laure [bürgerl. Collette Peignot] (1980): Schriften, München.
- Lefebvre, Henri (2014): Die Revolution der Städte: La Revolution urbaine. Neuauflage mit einer Einführung von Kaus Ronneberger, Hamburg.
- Majakowski, Wladimir (1973): Werke in drei Bänden, Frankfurt a.M.
- Marx, Karl (1974): Ökonomisch-philosophische Manuskripte aus dem Jahre 1844, in: MEW, Bd. 40, Berlin, S. 465-588.
- Marx, Karl (1983): Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie, Berlin.
- Mittelstädt, Hannah/Bortlik, Wolfgang/Schulenburg, Lutz (1985): Drahtlose Phantasie. Auf- und Ausrufe des Futurismus, Hamburg/Zürich.
- Nietzsche, Friedrich (1980): Nachgelassene Fragmente 1880-1882, in: Sämtliche Werke. Kritische Studienausgabe in 15 Bänden, Band 9, München.
- Ohr, Roberto/Erlhoff, Michael (1990): Phantom Avantgarde: Eine Geschichte der Situationistischen Internationale und der modernen Kunst, Hamburg.
- Platon (1985): Kriton, in: Sämtliche Werke in zwei Bänden, Essen, S. 29-36.
- Rimbaud, Arthur (2010): Die Zukunft der Dichtung. Rimbauds Seher-Briefe. Hrsg. von Tim Trzaskalik, Berlin.
- Roth, Karl Heinz (1976): Die »andere« Arbeiterbewegung. Und die Entwicklung der kapitalistischen Repression von 1880 bis zur Gegenwart. Ein Beitrag zum Neuverständnis der Klassengeschichte in Deutschland, München.
- Stirner, Max (1986): Der Einzige und sein Eigentum, Stuttgart.
- Tretjakov, Sergej (1972): Die Arbeit des Schriftstellers. Aufsätze-Reportagen-Porträts, Reinbek.
- Vaneigem, Raoul (1977): Handbuch der Lebenskunst für die jungen Generationen, Hamburg.
- Vietta, Silvio/Kemper, Hans G. (1997): Expressionismus, München.
- Weber, Max (1988): Die Wirtschaftsethik der Weltreligionen, in: Gesammelte Aufsätze zur Religionssoziologie, Bd. I, Tübingen, S. 237-573.
- Wolf, Christa (2007): Kein Ort. Nirgends, Frankfurt a.M.

Michael Thomas

Transformation – Kritik – Lebenswelt

Oder: Wie bekommt man Veränderung
in eine Welt der Erstarrung?

Lebenswelt, Lebensweltbezug soll nachfolgend einen offenen konzeptionellen Rahmen sozialwissenschaftlicher Ansätze skizzieren, die mit Transformation kritische Ansprüche und Impulse für gesellschaftliche Veränderung verbinden. Lebenswelt stellt einen möglichen Zugang dar. Der Lebensweltbezug – so die zentrale These – führt zu einem Wirklichkeitsverständnis, mit dem sich Möglichkeitsräume eröffnen lassen, also Veränderung fassbar wird. Mit einer gewissen Zuspitzung: Es geht nicht darum, vorliegende sozialwissenschaftliche Perspektiven zu ergänzen, sondern um die Begründung *einer eigenständigen Perspektive*.

Lebenswelt steht nicht als Signum für eine bestimmte, eindeutig zu klassifizierende soziologische Theorie oder Methode als »Soziologie der Lebenswelt«. Sie verweist zunächst auf eine kritische Einstellung, einen neuen philosophischen und paradigmatischen Erkenntnisanspruch; der Lebensweltzugang soll Ansätze in Soziologie und verwandten Disziplinen vereinen, die sich in ihrer Distanz zu holistischen, deterministischen, objektivistischen etc. Ansätzen treffen. Die Vielfalt ist insofern nicht beliebig. Vermieden wird nachfolgend zudem eine oft vorgenommene Gleichsetzung von Lebenswelt mit Lebensweise, Kultur, alltäglichen Gewohnheiten etc. Denn solche sozialen, kulturellen Phänomene sind selbst erklärungsbedürftig, bleiben häufig deterministisch bzw. ableitungstheoretisch gebunden. Lebenswelt soll aber auch nicht holistisch den Kontrast markieren zum System bzw. die Sphären von Interaktion und Kommunikation auszeichnen. Dies würde ein mögliches Potenzial vereinseitigen, verkürzen.¹

Ein nicht selbstverständlicher kritischer wie gesellschaftsanalytischer Anspruch und eine noch darzulegende handlungstheoretische Spezifizierung sind Grundlage, um die Relevanz von Lebenswelt, Lebensweltzugang für ein zeitgemäßes kritisches Transformationsverständnis aufzuzeigen. Problemdiskussion und Problemfaltung erfolgen an drei theoretisch

¹ Mit beiden Auffassungen sind umfassende Diskurse verbunden. Auf diese wird nicht eingegangen. Für eine Auseinandersetzung siehe Müller (2014) und Srubar (1988).

relevanten Beispielen der jüngeren Transformationsgeschichte. In jedem dieser Beispiele war bzw. ist eine übergreifende Erwartung, dass es zu Anregungen für Innovationen in sozialwissenschaftlichen Theorien kommen würde. Zugleich haben sich mit den drei Beispielen und jeweils veränderten Umbruchkonstellationen Erwartung wie Anregungspotenzial verstärkt. Aus soziologischer Sicht ist das wenig überraschend. Die Soziologie ist in großen gesellschaftlichen Umbrüchen entstanden und ihre wesentlichen Entwicklungen waren mit solchen verbunden. Folglich richteten sich nicht unbegründet Erwartungen auf die nunmehr als Transformation gefassten Umbrüche. Erwartungen betrafen auch die skizzierte paradigmatische Orientierung. Bisher, so ein allgemeines Fazit, ist sie kaum eingetroffen und das Anregungspotenzial wurde nicht aufgenommen. Beides erweist sich aktuell als Herausforderung.

1. Über analytische Blindstellen bei der Betrachtung sozialistischer Gesellschaften

Der amerikanische Kulturosoziologe Peter L. Berger sah sich 1991 im Zusammenhang mit den dramatischen Veränderungen 1989 und den folgenden Jahren, also mit den einsetzenden postsozialistischen Transformationen, veranlasst, eine neue Einleitung zu seinem Buch »The Capitalist Revolution« zu schreiben. Mit Betonung von sozialen Ambivalenzen in den sozialistischen Gesellschaften kritisiert er Schwächen der sich ausbreitenden Totalitarismuskonzeption. Diese praktizierten Vergrößerungen, zu berücksichtigen wären aber im Rückblick auf die zusammengebrochenen sozialistischen Staaten bzw. Gesellschaften »Höhlen unterhalb der Eiskruste des Totalitären«. Mit diesen »Höhlen« ergeben sich eigenständige Persistenzen, Einflussfaktoren, die nunmehr (also im Transformationsprozess) »schicksalhaft wieder die vortotalitäre Situation« herstellen würden (vgl. Berger 1991: XVIIIff. – eigene Übersetzung).

Damit öffnet bzw. erweitert Berger, wenngleich in einseitig linearer Interpretation, systematisch die soziologische Analyseperspektive: Es gibt *etwas* mit erheblicher sozialer Relevanz unter bzw. jenseits der durch das System determinierten strukturellen, totalitären Zusammenhänge. Die Gesellschaft zeigt konstitutive Eigenheiten, und in solchen Eigenheiten sind kulturelle Tradierungen zu sehen, die besondere transformatorische Anschlussmöglichkeiten darstellen. Das sollte von analytischem Interesse sein.

Die Formulierung scheint eine soziologische Trivialität zu sein; Berger stellt sie allerdings angesichts einer historischen Konstellation besonders heraus. Sie ist also möglicherweise nicht so trivial. Was Berger als Defizit anmerkt, hatte im deutsch-deutschen Kontext Rainer M. Lepsius mit dem Fokus auf gesellschaftliche Strukturbildungen oder Formationen sozialer Ordnungen als Erwartung formuliert: »Insofern – nämlich mit Blick auf Strukturprinzipien und die sich ausbildenden Handlungsräume – scheint die DDR-Forschung auch für die Theorieentwicklung vielversprechend.« (Lepsius 1993: 335) Es ging nicht nur darum, eine *terra incognita* zu vermessen, es ging um die Chance, an einem »abgelaufenen Modell« besonders gut das soziologische Instrumentarium prüfen und entwickeln zu können, Aufschluss über die Eigenart von Strukturbildungen zu erhalten. Das ist die übergreifende, hier leitende systematische Fragestellung, dafür steht der historische Fall exemplarisch. Von einem erneuten oder weiteren Vermessen der untergegangenen Gesellschaft kann und muss angesichts von mehr als zwei Jahrzehnten Forschungs- und Erinnerungsarbeit nicht geredet werden (vgl. etwa Lindenberger 2014). Es geht um theoretisch relevante Erklärungsansätze.

Zunächst mussten die markanten und legitimatorischen Selbstbeschreibungen realsozialistischer Gesellschaften, an denen sich zu einem großen Teil auch die institutionalisierte Soziologie beteiligt hatte, mit den Umbrüchen Ende der 1980er Jahre endgültig ihre Konzeptions- und Hilflosigkeit offenbaren. Geht man etwa von dem für die soziale Strukturierung gesetzten Theorem von »Zwei-Klassen-und-eine-Schicht« aus (vgl. etwa Autorenkollektiv [unter Leitung von Rudi Weidig] 1988), so war mit diesem Theorem einerseits gesetzt, dass es sich bei den zwei Klassen (Arbeiter, Bauern) auf keinen Fall um antagonistische Klassen (wie Bourgeoisie und Proletariat) oder eben schon nicht mehr um »Klassen im eigentlichen Sinn« handeln würde. Dennoch wäre mit ihnen die dominierende Qualität der sozialen Struktur zu beschreiben und ließen sich alle wesentlichen sozialen Charakteristika herleiten: Die »Herrschaft des Proletariats« bestimmt übergreifende Interessen und die Entwicklungsrichtung der Gesellschaft, das Proletariat prägt immer mehr die anderen Klassen, Schichten und die Individual- oder Persönlichkeitsentwicklung. Erkennbar wird eine klassisch ableitungstheoretische Argumentationslinie.

Dies ist zwar eine sehr stilisierte Beschreibung, gibt aber doch das ideologische Korsett einer soziologischen Orientierung wieder, deren emanzipatorische Ansprüche mehr und mehr zu fiktionalen Interpretationen wurden, denen vielfach bekannte Tatsachen sozialer Entwicklung wider-

sprachen und die vor den finalen Umbrüchen endgültig kapitulierten: Die »herrschende Klasse« war es, die mehrheitlich bei den Volkskammerwahlen 1990 ihr Gesellschaftssystem abwählte. Menschengemeinschaften wie sozialistische Persönlichkeiten hatten offensichtlich eher schwache Bindungen an das System, zumindest für kurze Zeit erschien ihnen das neue oder andere als »gute Wahl«.

Konsequenterweise wurde dieses ideologische Korsett sehr rasch kritisiert und dieser Selbstbeschreibung eine diametrale Erklärung entgegengestellt, die gleichsam die politische Dimension sozialer Strukturierung umkehrte und auf die Spitze trieb: Nicht die harmonische politische Strukturierung einer sich formierenden Menschengemeinschaft ist prägend, sondern »Durchherrschaft« und »Machtmonopolisierung«, mit denen sich eine antagonistische Struktur von Parteilite und »werk-tätigem Volk« ergab. Also eher eine neuartige Klassengesellschaft, in welcher sich zudem mit dem politischen Widerspruch bzw. der »Durchstaatlichung der Gesellschaft« zugleich eine Entdifferenzierung sozialer Verhältnisse verband. Der eindeutigen strukturellen Markierung steht also eine weitgehende Homogenisierung der Masse der Beherrschten gegenüber (vgl. u.a. Meuschel 1992).

Dieses Bild bringt zutreffend die Deformationen sozialistischer Gesellschaften auf den Punkt und entlarvt die ideologischen Selbstbeschreibungen. Allerdings wird es mit einer totalitarismustheoretischen Überzeichnung häufig auf die Spitze getrieben; von dem ideologischen Selbstbild einer »entwickelten sozialistischen Persönlichkeit« wurde nunmehr hin zum Bild eines sozial defizitären »homo sovieticus« gewechselt (vgl. Sztompka 1993). Damit wurde das zu Recht aufgezeigte Konstruktionsprinzip der »Machtmonopolisierung« nicht zum Ausgangspunkt umfassenderer, differenzierterer Untersuchungen, sondern zum Korsett schematischer Zuschreibungen. Der referierte Ansatz weist die legitimatorischen Selbstbeschreibungen zurück. Er kritisiert auch Einseitigkeiten industriegesellschafts- oder konvergenztheoretischer Konzepte, die oft technisch-technologische Faktoren nicht in ihrer politischen Einbindung betrachtet haben. Diese Kritik wurde bzw. wird einseitig, wo und insofern mit dem politischen Primat Eigenarten einer relativ modernen Industriegesellschaft wie der DDR auf der Strecke blieben. Das können sowohl funktionale Eigenheiten sein, die Bewegungsspielraum und die partielle Entwicklung der Gesellschaft begründen (Industrialisierungsniveau; Arbeitsorganisation; Erwerbsquote etc.), das können ebenso Dysfunktionalitäten sein, welche die Erosion dieser Gesellschaft deutlich machen (Modernisierungsrückstand; geringe meritokratische

Dynamik und Ausdifferenzierung; Ignorieren technologischer Erfordernisse in der Wirtschaft etc.).

Die meisten der vorliegenden Analysen lassen sich dem einen oder anderen Ansatz oder einer Kombination beider zuordnen. Dies führt unstrittig zu Erkenntnisleistungen; mehr noch als andere der ehemaligen sozialistischen Gesellschaften kann die DDR zudem als gut erforscht gelten. Es liegt eine Fülle insbesondere von soziologischen, zeit- und alltagsgeschichtlichen Untersuchungen vor.

Dennoch bleiben Untersuchungen zumeist, um an Lepsius zu erinnern, bei einem Blick *auf die* Handlungsräume. Deren Strukturierung erfolgt über politische oder/und technologische Determinanten; Handlungsräume werden in einen Kontext gestellt, nicht (auch) *aus sich* erklärt. Eigentümlichkeiten der Implosion des Sozialismus, Ambivalenzen oder eigenständige Handlungspotenziale im weiteren Transformationsverlauf haben gezeigt, dass solche eigenständigen Erklärungen erforderlich wären. Die dominierenden Interpretationen hatten bzw. haben einen strukturalistischen, holistischen Bias – die Tatsache einer zweifellos gegenüber modernen Marktgesellschaften größeren politischen Determination und geringeren institutionellen Ausdifferenzierung hat den Blick dafür verstellt, dass *dennoch und gerade so* eigenständige und eigensinnige konstitutive Zusammenhangsformen eine Rolle spielen. Es geht um deren partielle Eigenlogik.

Diese aber verlangt eine »Konstitutionstheorie der Lebenswelt«, also eine Umkehrung der Kausallogik. Führt man nämlich die Konstitution der Lebensweltstruktur auf die Aktivitäten des Subjekts zurück, so lassen sich deren Dynamik und Geschichtlichkeit begreifen (vgl. Srubar 1998). Beispielsweise lässt sich für signifikante Orte und Kontexte zeigen – in einer »Arbeitsgesellschaft« sind das insbesondere Betriebe oder Brigaden –, wie sich Gesellschaft in der prekären Balance zwischen Eigenleben, technologischen und politischen Einflüssen vollzieht. Oder die wachsende Spannung zwischen der eigenen Lebenswelt und der ideologisch konstruierten Welt – phänomenologisch also die zwischen *unserer* Welt und unserer *Welt* – kann die Implosion der sozialistischen Gesellschaft verdeutlichen: Die Übersetzung zwischen den Welten, zwischen Ideologie und Alltag, wird brüchig. Die Konstitution von Zeitlichkeit, Leiblichkeit und Intersubjektivität als die Ebenen der Lebenswelt begründet deren Dynamik und Geschichtlichkeit und ist so ein eigenständiger Schritt zur Gesellschaftsanalyse. »Die intersubjektive Konstruktion der zeitlichen, räumlichen und sozialen Dimension von Handlungsfeldern wird so als ein Mechanismus der historischen Formung der sozialen Ordnung faß-

bar.« (Srubar 1998: 72) Diese Ordnung hat ihre ganz besonderen Schattierungen, in denen sich Sozialität praktisch vollzieht.

Entgegen der mit Verweis auf Peter L. Berger geforderten Aufmerksamkeit für eigensinnige gesellschaftliche Differenzierungen und dem skizzierten phänomenologischen Erklärungsansatz ist für die unter Transformationsdruck stehenden Gesellschaften eine Dominanz holistisch-struktureller Beschreibungen festzuhalten. Damit wird eine statische Perspektive gesetzt, mit der die Ausgangsgesellschaft zu einem abgeschlossenen und für die folgenden Prozesse uninteressantem Eratum wird: Nicht Bewegung in und zwischen Institutionen ist interessant, denn die hat es ja offensichtlich kaum gegeben, sondern deren Austausch; *übergangslose Systemtransformation*. So kann die etablierte Standardsoziologie weiter in komparativer Statik verharren – oder als bloße »Zustandssoziologie«, wie es bei Elias heißt² –, statt ihre verlorene Erklärungskraft zu thematisieren (Müller 1998: 177).

Die sozialistische Herkunftsgesellschaft erweist sich trotz eines mit dem Ende der 1980er Jahre geöffneten Beobachtungsfensters als wenig anregend für Fragen der Theorieentwicklung. Dies ist systematisch festzuhalten, zugleich verbinden sich damit Konsequenzen für das zweite Beispiel, die postsozialistische Transformation.

2. Postsozialistische Transformation – Leistungen und Grenzen einer Lebensweltorientierung

Die postsozialistischen Transformationen waren anfangs durchaus mit der Erwartung größerer Ambivalenzen, Kontingenzen, ja erheblicher Dilemmata verbunden (vgl. Thomas 2014). Erwartungen wie entsprechende Nachweise weckten wiederum ein besonderes theoretisches Interesse. In der Tat gab bzw. gibt es interessante Übergangskonstellationen, dafür einige exemplarische Beispiele.³

Untersuchungen zu den ökonomischen Umbrüchen, zu Privatisierungen und Marktbildungen haben gezeigt, dass auch der Weg »vom Plan zum Markt« durch situativ-lokale Eigenheiten oder kulturelle, le-

² Eine »Zustandssoziologie« friert Probleme gesellschaftlicher Veränderung gewissermaßen ein und macht sie so (zeitweilig) unschädlich (vgl. Elias 1976: XXII; generell Rampp 2015).

³ Die Beispiele gehen auf Forschungsprojekte zurück, die umfangreich dokumentiert sind. Nachweise finden sich u.a. unter www.biss-online.de.

bensweltliche Besonderheiten jeder Vorstellung von Eindeutigkeit widerspricht. Zu verweisen wäre etwa auf betriebliche »Überlebensgemeinschaften«, deren tragendes gemeinschaftliches Verständnis trotz Privatisierung in alten arbeitsweltlichen Orientierungen wurzelt, eben dem gemeinschaftlichen »Pakt« zwischen Belegschaft und (gewählter) Leitung bzw. (gewählten) Eigentümern: Die frühere betriebliche Brigade als lebensweltlich konstituierte Sozialform konnte zum Nukleus einer neuen Betriebsgemeinschaft werden, in der zunächst die Distanz zwischen Chef und Belegschaft durch den gemeinsamen Überlebensanspruch überformt wurde. Herausgebildet hat sich eine spezifische Unternehmensstruktur, die sich nicht aus dem Modus der Treuhand-Privatisierung erklärt und bis heute Eigenarten marktwirtschaftlicher Prozesse ausmacht. Sie ist nicht (nur) Relikt, sondern charakterisiert die Vielfalt moderner Marktwirtschaften (vgl. Stark 2009). Es war und ist häufig die Schwäche einer affirmativen wie einer kritischen Perspektive, hierin *nur* Defizite oder eine Abweichung von der rationalen Marktlogik zu sehen.

Bleiben wir bei dem besonders relevanten (weil überraschenden) Fall marktwirtschaftlicher Übergangsprozesse. Systematisch nachgewiesen werden konnte, dass Markteintritte und die Herausbildung von neuen Marktakteuren häufig weniger durch Rollenübernahme, die Adaption ökonomischer Rationalität zu erklären waren, als durch Berücksichtigung der *lebensweltlichen Durchdringung des Ökonomischen*. So konnte für eine Gruppe von Marktakteuren, die Neuen Selbständigen (Personen aus sozialistischen Betrieben, die mit dem Systemzusammenbruch eine eigenständige privatwirtschaftliche Existenz aufbauten), aufgezeigt werden, wie Voraussetzungen, Eigenarten und schließlich auch Konsequenzen ihrer Gründungspassagen mit lebensweltlich konstituierten Präferenzen verbunden waren. Beispielsweise zeigten sich Kontinuitäten in der Lebensführung (lebensweltlich verankerte Fähigkeit zu autonomer Entscheidungsfindung), schrittweise Habitusmetamorphosen (die zunehmende Verschränkung von gemeinschaftlichen und utilitaristischen Handlungskonzepten) oder erforderliche Unterstützungen und Vertrauen aus den früheren Nahbeziehungen betrieblicher Arbeit oder Nachbarschaft. Wo die neoklassische Gründungsforschung nur den reinen, rationalen Markttypus gelten lassen wollte, konstituierte sich eine ambivalente, aber durchaus tragfähige Sozialform. Weibliche Selbständige, die oft unter besonders prekären Bedingungen Gründungen vollzogen haben, griffen dabei auf die doppelte und so gerade DDR-spezifische lebensweltliche Prägung von familiärer Verantwortung und

beruflicher Arbeit zurück. Eine Vielfalt und Verflechtung von Motiven zeichnet schließlich diesen Sozialtypus aus.

Mit diesen zeigen sich die Selbständigen nunmehr durchaus als *Normaltypus* einer häufig prekären oder auch einer postindustriellen Selbständigkeit. Betrachtet man in phänomenologischer Perspektive die Veränderung der Zeitsemantik, so hat sich für diese Selbständigen vielfach ein individueller Zukunftshorizont geöffnet, auch wenn (weil) Adaption »nicht alles« ist. Selbst unter den eingeschränkten Bedingungen praktizierter Transformation, für welche die Treuhandanstalt und die institutionalisierte Logik der Privatisierung als Beispiele stehen, lässt sich eine relevante Eigendynamik des Sozialen nachweisen, eine eigenständige Konstitutionslogik. Diese ist wiederum direkter Beleg für die eben nicht zu unterschlagende lebensweltliche Differenziertheit der Ausgangsgesellschaft. Huinink und Mayer haben für solche Berufs- und Lebensverlaufspassagen vom eigenen »endogenen Kausalzusammenhang« gesprochen (vgl. Huinink/Mayer u.a. 1995), Matthiesen stellt die eigensinnige Wirksamkeit »lebensweltlicher Tiefendimension« heraus (vgl. Matthiesen 1995). Und es sind zudem offensichtlich gerade solche Marktpassagen, welche die sehr einfache Rückkehrsemantik bzw. Adaption konterkarieren.

Ein zweites Beispiel soll die Ambivalenz der Befunde aufzeigen und deutlich machen, dass es darum geht, mit dem Lebensweltansatz eine kritische Perspektive zu begründen, nicht aber eine einseitige Sicht vorzugeben. Untersuchungen in einer ehemaligen ostdeutschen Industriestadt haben gezeigt, wie die scheinbar unproblematische Adaption von Modernisierungsmustern in der Stadtpolitik nur durch eine eigenständige lebensweltliche Unterfütterung erfolgen konnte. Denn das zu adaptierende Muster einer Fortsetzung der industriellen Moderne war durch den umfassenden industriellen Kahlschlag und eine Reihe von Folgeprozessen nahezu zerstört. Die lebensweltliche Kontinuität industriegesellschaftlicher Muster in den gemeinschaftlichen Praktiken der Kleingärten vor Ort, in den Milieus der ehemaligen industriellen Arbeiter und Angestellten, konnte das Muster immer wieder für die Stadt in Erinnerung und wach halten. Diese Milieus gaben bzw. geben die geltenden Orientierungen und Ordnungsmuster weiter vor, und jedes noch so kleine Angebot (z.B. die Kategorisierung als regionaler Wachstumskern durch die Landespolitik) wird entsprechend als Bestätigung der Chancen industrieller Pfade rationalisiert. So werden überaus fragwürdige Adaptionsprozesse als Zukunftspotenziale verklärt, die lebensweltliche Persistenz führt hier nicht zu kritischer Öffnung, sondern spitzt die Rückkehrseman-

tik in ihrer eher fatalen Konsequenz bloß imaginiertes Zukunft noch einmal zu (vgl. Thomas 2011).

Worum es also geht, ist die *Erklärungsrelevanz* lebensweltlicher Befunde, die so auch aus der von Berger unterstellten linearen Perspektive einer »Rückkehr in die Moderne« produktiv ausbrechen. Diese Rückkehrsemantik, die als Adaption rationalisiert und als »Ende der Geschichte« ideologisiert wurde, widerspricht entschieden den Eigendynamiken lebensweltlicher Konstitution. Das trifft selbst auf den Fall der Industriestadt zu, die lebensweltlich blockiert wird. Zumeist aber sind mit den Eigendynamiken widersprüchliche Zukunftserwartungen oder Transzendenzansprüche verbunden, welche mit den sozialen Konflikten ablaufender Transformationsprozesse aufbrechen können. »Es ist also recht unwahrscheinlich, dass die liberale Semantik imstande wäre, die Dynamik, die in der Entwicklung der Zeit-, Raum- und Sozialdimension des Transformationsprozesses angelegt ist, gänzlich zu bewältigen oder gar die der Lebensweltstruktur immanente Geschichtlichkeit zum Stillstand zu bringen. In diesem Sinne ist also der Transformationsprozess kein Schritt auf das Ende der Geschichte zu. Im Gegenteil – er stellt eine radikale Neueröffnung der Geschichte dar.« (Srubar 1998: 85)

Dafür den Blick zu öffnen und die Analyse für die geschichtstreibende Dynamik der Lebenswelt wach zu halten, darin kann man nach Srubar das kritische Potenzial der Phänomenologie bzw. Lebensweltperspektive sehen (vgl. ebd.). Für die Transformationsforschung wäre dies zugleich eine theoretische Innovation.

In den Mainstream oder paradigmatischen Kern postsozialistischer Transformation ist eine solche nicht eingegangen. Die Dominanz von systemtheoretischen und anderen makrotheoretischen sowie von rationalistischen Akteurs-Konzepten blieb im Transformationsdiskurs eher ungeboren; typologisch lässt sich diese Transformation so auf Adaption und Imitation zuspitzen (vgl. Kollmorgen/Merkel/Wagener 2015). Mit dieser Zielformulierung ist Transformation trotz aller Turbulenzen wiederum in eine statische Perspektive gepackt, weder sind Ambivalenzen der Ausgangsgesellschaft noch Kontingenzen der Übergangsprozesse von Interesse. Eine auf »Rückkehr zur Moderne« fixierte Transformation kann und muss zweifellos für darüber hinaus greifende Transendenzen keine Sprache finden. Zu erklären ist solche Sprachlosigkeit aus unterschiedlichen Gründen, bedeutsam ist vor allem eine ideologische Präformierung. So hat etwa die von Anfang an maßgebende »Containment-Strategie« unterstellt, dass sich in den realsozialistischen Ausgangsgesellschaften (der DDR bzw. der anderen mittelosteuropäischen

Staaten) mit der Transformation alles, in den kapitalistischen Ankunftsgesellschaften (der BRD bzw. West- und Nordeuropa) demgegenüber fast nichts ändern müsse (vgl. Ther 2009). Wo sollte da ein offenes theoretisches Problem erwachsen?

Dass es so einfach nicht ist, zeigen die Reaktions- und Anpassungsprozesse in der Bundesrepublik wie in Europa, die nicht unerheblich mit Folgeproblemen postsozialistischer Transformationen zu tun haben. Allein dies verlangt eine Perspektivenerweiterung und wirft, entgegen verkündeter Selbstgewissheit, drängende theoretische Fragen auf. Eine paradigmatisch auf Statik und Determinismus bzw. Holismus fixierte Transformationsperspektive setzt zwar selbstbewusst Ziel- oder Endpunkt. Genau an diesem bzw. mit diesem brechen aber die Fragen wieder auf. Selbst die skizzierte Typologisierung für die postsozialistische Transformation wird so zugleich gewendet in eine anstehende, offene theoretische Suche, die nunmehr unter den Zeichen von Komplexität, Kontingenz steht und sich als »ein eigentümliches Paradox« unterschiedlicher Theorie-Kombinationen fassen lassen soll (vgl. Kollmorgen/Merkel/Wagener 2015: 211ff.). Festzuhalten ist eine offene, aufbrechende theoretische Herausforderung, die sich mit den Umbrüchen bzw. Transformationen des 21. Jahrhunderts deutlich verschärft. Gibt es Grund zu der Annahme, dass diese theoretischen Fragen nunmehr – nach zwei gescheiterten Anläufen – signifikant in den Transformationsdiskurs eingehen?

3. Transformation und Lebenswelt – für eine produktive Symbiose

Im Dorf A. ist seit 2014 eine Initiative aktiv, die sich »Hässliche Heimat« nennt. Als Ziel heißt es im ersten Paragraphen der Satzung: »Ab-schaffung des Titels!« Diese Umweltinitiative kann sich auf eine Eingabe eines ihrer maßgebenden Akteure an die staatlichen Organe der DDR Anfang der 1980er Jahre beziehen. Damals wurde die Eingabe »bearbeitet«, heute arbeitet die Initiative diese ab. Der nachholende Modernisierungsprozess hat jedenfalls eine Zerstörung der Lebenswelt des Dorfes nicht aufgehoben; der lebensweltlich begründete Veränderungsanspruch ist virulent. Auf dieses kleine Beispiel (siehe ZEE 2014) ist zurückzukommen.

Wird gegenwärtig von Transformation gesprochen, so ist – in einem diffusen Deutungsspektrum – von Umbrüchen die Rede, welche die Mo-

derne insgesamt betreffen und auf eine Komplexität von grundlegenden Änderungen in der Gesellschaft und im Gesellschafts-Natur-Verhältnis zielen (vgl. die Beiträge in Brie 2014; Thomas/Busch 2015). Insofern nicht »Rückkehr« oder »Adaption«; die typologische Differenz zum postsozialistischen Fall könnte nicht größer sein. Damit stehen aber auch die leitenden theoretischen Annahmen und Konzepte zur Disposition. Sie alle hatten ihre Geltungskraft gerade aus den Semantiken von Rückkehr und Adaption gezogen. Übergreifend und vereinfachend lässt sich die anstehende theoretische Herausforderung in folgenden Fragen fassen: Wie sind offene Veränderungen möglich? Wie also lässt sich in einer solchen Umbruchperiode oder Übergangssituation eine andere Pfadlogik gewinnen (vgl. Müller 2014: 167f.)?

Eine Beantwortung dieser Fragen wird nicht nur durch die skizzierten paradigmatischen Engführungen des Transformationsdiskurses erschwert, mehr noch ins Gewicht fallen auszumachende praktische Blockaden. Während man nicht unbegründet davon ausgehen konnte, dass sich mit den postfordistischen Umbrüchen seit den 1970er Jahren (in welche die postsozialistischen Transformationen als Teilprozesse »einzuordnen« wären) eine grundlegende Transformation hin zu einem neuen, zukunftsfähigen Entwicklungsmodell durchsetzen würde, kam es eher zu gegenläufigen Prozessen. Man kann diese neoliberalen praktischen Strategien hinsichtlich ihrer Dynamik als »Finanzmarktkapitalismus«, »Finanzialisierung« etc. inhaltlich bestimmen (vgl. Busch 2015). Entscheidend ist eine quasi totalitäre Durchdringung oder systemische Determination gesellschaftlicher Verhältnisse durch diese Prozesse. Festzuhalten ist die Kongruenz von Produktions- und Konsumweise, von Arbeitsmustern und Lebensweise, die zu einer zwar fragilen, aber dennoch blokierenden Stabilität führt. Wie so wiederum etablierte Großtheorien scheinbar bestätigt werden, so auch neoinstitutionalistische Lerntheorien – Adaption und Imitation, die Globalisierung einer imperialen Lebensweise (vgl. Brand/Wissen 2012; Deutschmann 2014). Wenig überraschend steht der Siegesfeier affirmativer bzw. offensiv neoliberaler Theorien eine weitgehende Ratlosigkeit kritischer Theorien gegenüber.⁴ Beschreiben lässt sich das Dilemma und lassen sich Blockaden durch-

⁴ Darauf kann nicht differenzierter eingegangen werden, es ist aber so, dass auch kritische Theorien ihre Antwort auf die neuen Transformationsfragen noch suchen müssen (Brie 2014).

Ein möglicher Durchbruch ist an zwei Voraussetzungen gebunden. Erstens ist zu zeigen, dass die skizzierte systemische Determination, eben der Finanzmarktkapitalismus, oder das gesetzte gesellschaftliche Naturverhältnis, d.h. die zerstörende Wucht des Anthropozäns, nicht absolut total oder grenzenlos ist. Und zweitens ist zu zeigen, wie unter dieser Voraussetzung Ansätze für andere Entwicklungsmöglichkeiten zu finden sind. Hier ist der *systematische Platz lebensweltlicher Konstitutionstheorien*.⁵ Dies ist nachfolgend auch der zentrale Punkt. Für prinzipiell anschlussfähige, wenngleich gesellschaftstheoretisch argumentierende Orientierungen ist etwa auf Erik O. Wright (2010, 2015), Michael Burawoy (2015) oder auch Horst Müller (2014) zu verweisen. Bei Erik O. Wright sticht das umfassende Konzept einer kritischen Transformation heraus, mit dem sich über praktische Prozesse aus gesellschaftlichen Nischen transformatorische Änderungen ergeben können, also reale Utopien. Michael Burawoy schließt daran an und sieht die Transformation mit einer »dritten Welle des Marxismus« verbunden, der ein soziologischer sein müsse, weil er Veränderungen insbesondere mit der Zivilgesellschaft verbindet. Und Horst Müller wiederum konzipiert einen praxeologischen Ansatz, in dessen Zentrum die soziale Konstitution alternativer Entwicklungsmöglichkeiten in besonderen Handlungskonstellationen bzw. gesellschaftlichen Situationen steht. So oder so werden deterministische, ableitungstheoretische, holistische etc. Konzepte unterlaufen und reale Ansätze konkreter Transformation identifiziert.

Die Auffassung, dass moderne (kapitalistische) Gesellschaften keinesfalls als Totalitäten oder aus einem übergreifenden funktionalen Zusammenhang (systemischer Integration) zu verstehen sind, ist zwar keinesfalls neu (Sabel/Zeitlin 1997; Stark 2009), sie erfreut sich aber anhaltender Ignoranz. Im Fall der postsozialistischen Transformation stehen dafür die neoklassische Marktrhetorik wie die neoinstitutionalistische Adaptionsfigur. Erik O. Wright bricht eine solche Sicht bzw. Ignoranz konzeptionell auf: Moderne Gesellschaften sind als Ökosysteme zu verstehen und zeichnen sich aus durch vielfältige Inkongruenzen, durch offene Gegebenheiten, durch Nischen, Hybride etc. (Wright 2015). Für die Transformationsperspektive sind diese wichtig, weil sie Ausgangspunkte

⁵ Häufig wird solchen Theorien, gerade phänomenologischen, ein kritisches und vor allem gesellschaftsanalytisches Potenzial abgesprochen. Lebenswelt ist »Boden der Tradition« und Phänomenologie eine »Soziologie ohne Gesellschaft«. Die Kritik ist zum Teil berechtigt, in ihrer Generalisierung aber unzutreffend (vgl. Endreß 2008; Srubar 1998).

alternativer Praxen und Entwicklungslogiken sein können. Das ist festzuhalten, zugleich ist der Befund nicht so eindeutig. Nicht nur können alternative Formen immer wieder systemisch integriert werden (das betont auch Wright), vor allem scheinen solche chaotischen, vielfältigen Formen für den Fortschritt moderner Marktwirtschaften durchaus funktional zu sein (Schimank 2011). Offenbar ist die nachzuweisende Existenz von Inkongruenzen und offenen Gegebenheiten nicht gleichzusetzen mit der Beantwortung der Frage nach dem Veränderungspotenzial. Zugleich aber gibt Schimank seiner Aussage über die funktionale Normalität von Vielfalt eine offene Pointe: Es könnte nämlich sein, dass »lokal entstehende Turbulenzen« sich so ausweiten und »hochschaukeln«, dass sie dem System »erhebliche Probleme« bereiten (vgl. Schimank 2011: 8). Bei der gegebenen Möglichkeit solcher Nischen oder Hybride ist die Frage zentral, ob und wie sich hier neuartige Praxisformen konstituieren. Erst deren Beantwortung wäre Ansatzpunkt einer Selbstveränderung bzw. sozialen Autogenese mit transformativem Gehalt. Darauf zielt die radikale Theoriealternative.

Für diese Alternative stehen Lebenswelt und Lebensweltzugang. In ersten Ansätzen wurde das schon aufgezeigt. Es geht um eine Autogenese des Sozialen mit nicht nur reproduktivem, sondern produktivem Potenzial: Es geht um Neues. Diese Perspektive markiert die *differenzspezifische für ein zeitgemäßes Transformationsprojekt*, sie ist als paradigmatisches Dach einer alternativen Theoriekonstruktion zu verstehen. Wichtig bleibt der Anspruch auf Konstitution, der nur durch eine spezifische praktische Handlungstheorie – ob stärker anthropologischer, phänomenologischer oder pragmatistischer Couleur – eingefangen werden kann. Eine solche Handlungstheorie bricht nicht nur mit den Einseitigkeiten individualistischer Rationaltheorien, sondern sie kann so zugleich festgefahrene Dualismen von Handeln und Struktur, von Lebenswelt und Institution unterlaufen. Sie ist in ihrem gesellschaftsanalytischen und gesellschaftstheoretischen Anspruch radikal, umfassend, ist keine Ergänzung vorliegender Struktur- und Systemtheorien, sondern in der Tat deren Alternative. Nur so können die Anforderungen zeitgemäßer Transformation aufgenommen werden. Der Anspruch ist groß; einige Eckpunkte lassen sich skizzieren.

Übergreifend ist für die paradigmatisch versammelten Konzepte festzuhalten, dass sie hinsichtlich der Sozial- und der Naturverhältnisse aus einem individualistischen und dualistischen Handlungs- und Akteurkonzept aussteigen und so (nur so) zu einer anderen Handlungserklärung kommen, die nicht nur Gemeinschaften, sondern mit deren Handeln

zugleich Veränderung und (möglicherweise) Transformation begreifen lässt. Genau dies können nämlich genannte Handlungs- und Akteurkonzepte, die im Transformationsdiskurs bestimmend sind, aufgrund expliziter oder impliziter Vorannahmen nicht.

Das etablierte und mit der modernen kapitalistischen Entwicklung harmonisierende Menschenbild bzw. Akteurs- und Handlungskonzept basiert auf einem zweifachen Dualismus, der philosophisch bei Descartes auf den Begriff gebracht wurde. Gemeint ist einmal die Aufspaltung von ego und alter – als ein sozialer Dualismus – und dann die Aufspaltung von ego (bzw. Gesellschaft) und natürlicher Umwelt (Natur), also ein Dualismus von Gesellschaft und Natur. Dies führt notwendig zu einem Primat des Individuums bzw. einem Egoismus gegenüber Sozialität und Natur, schließlich zu sozial und ökologisch dominierenden instrumentellen bzw. reinen Nutzenskalkülen. Insofern ist ein philosophischer und handlungstheoretischer Bruch mit diesen Annahmen entscheidend, erst ein solcher führt von einer Adaptions- zu einer Konstitutionstheorie.

Damit sind die aufgeführten konzeptionellen Konsequenzen verbunden: Während etwa Rationalmodelle des Handelns eher zu »mehr oder minder lineare[n] Rationalisierungsprozesse[n]« tendieren würden, macht eine revidierte Handlungstheorie den »Zugang zu gesellschaftstheoretischen Fragen möglich« (Joas 1992: 288f.). Sie kann makrosoziologische Erklärungen erbringen und so den kritischen wie umfassenden Anspruch von Konstitutionstheorien belegen.

Individualität (Akteur) und Handeln (Intentionalität) gründen in ihrer vorgängigen Einbindung in eine natürliche und soziale Umwelt, aus der heraus sie sich erst konstituieren. Es ist eine sehr umfassende, leiblich-körperliche wie praktische »primäre Intersubjektivität«, in welche ego und alter verstrickt sind. Bei John Dewey, also im frühen Pragmatismus, ist es eine vorausgesetzte Erfahrung, welche als »vollständige gegenseitige Durchdringung des Ich und der Welt der Dinge und Ereignisse« (Dewey 1988: 28) eine ontologische Unterscheidung von Subjekt-Pol und Objekt-Pol gar nicht mehr möglich macht. Es ist so eine »entsubjektiverte« Erfahrung, mit der das Subjekt zum Subjekt wird. Ähnlich verweist Merleau-Ponty auf ein »vorgängiges Erfahrungsfeld« und den »leiblichen Zusammenhang in Situationen«, aus denen sich ein eigenständiges Verhalten erst – statt institutionellen Schablonen zu folgen – ergeben kann (vgl. Merleau-Ponty 1976).

Lebenswelt markiert somit zugleich ein zutiefst praktisches Feld. Darauf hat in seiner zunehmenden Distanzierung von Husserl auch Schütz hingewiesen. Mit den Wirkensbeziehungen in einer Wirkwelt benennt

er die dem Handeln vorausgehende praktische Dimension. In den hier sich vollziehenden praktischen Beziehungen oder Interaktionen, im realen Kontakt zwischen Subjekten sowie zwischen Subjekten und Gegenständen kommt es zur intersubjektiven Konstitution von symbolischen Zusammenhängen und Deutungsschemata (vgl. Schütz 2005; generell Srubar 1988). Die Konstitution der Lebenswelt ist wesentlich Selbstkonstitution. Menschliche Sinn- und Orientierungsschemata – beispielsweise Präferenzen oder Teilhabeansprüche – bilden sich in solchen Interaktionen heraus und werden über diese stabilisiert. Für Zeit, Raum und Sozialität wurde das eingangs gezeigt.

Handeln wird, im Unterschied zu den rationalen Entscheidungstheorien, in seiner produktiven (kreativen, schöpferischen etc.) Funktion fassbar. Das haben etwa die amerikanischen Pragmatisten in ihren vielfältigen Studien – zu Wanderarbeitern, Kriminellen, Jugendgruppen, neuen Wohnformen etc. (vgl. Schubert 2011) – gezeigt. Sie konnten zudem aufzeigen, wie soziales Handeln nicht nur Nischen erkennt und besetzt, sondern solche Nischen *überhaupt erst schafft*⁶ (vgl. Hetzel 2013: 105). Diese produktive Funktion des Handelns wurzelt im praktischen Weltbezug. Vor jeder Entscheidung liegt die praktische Verstrickung von Leib, Körper, Interaktion, und gegen den Anspruch der Vernunft ist das Eigengewicht der Erfahrung zu unterstreichen. »Wäre das Leben nicht kontingent, sondern durchplanbar, fehlte der Kreativität des Handelns der situative Stachel; würde die überraschende Kontingenz des Lebens aber als bloße Obstruktion von Verhaltensschemata erfahren, fehlte ihr der Spielraum der Deliberation im Handeln. [...] Situationen können deshalb am besten als Spezifizierungen von Möglichkeitsspielräumen des Handelns für Akteure verstanden werden.« (Jung 2011: 48)

Man kann auf die besondere Rolle von gesellschaftlichen Situationen verweisen (so auch Müller 2014: 165ff.), oder in phänomenologischer Tradition auf die »signifikanten Orte und Kontexte«, auf Projekte, Nischen, Hybride – zentral ist die *nachzuweisende* produktive und kritische Funktion so gewonnener Ansatzpunkte. Gerade weil wir es mit einer Vielfalt konstitutiver Zusammenhangsformen zu tun haben, also immer auch mit einer *Vielfalt von Lebenswelten*, können die eingeholten handlungs-

⁶ Songs und andere Musik haben gezeigt, »dass Hobos [nordamerikanische Wanderarbeiter] in Reaktion auf praktische Probleme ihrer Lebenswelt neue kulturelle Werte, Ausdrucksformen und Bedeutungen definiert haben und eine neue Arbeiterkultur generierten, die ihre sehr spezifischen Erfahrungen von Freiheit und Gebundenheit, von Ungleichheit und Solidarität zum Ausdruck gebracht hat« (Schubert 2011: 144).

theoretischen Voraussetzungen gesellschaftskritisch stark gemacht werden: Die Konstitution anderer Möglichkeiten lässt sich unter bestimmten Bedingungen und in spezifischen Kontexten nachweisen; den Trends einer »imperialen Lebensweise« steht beispielsweise die Kontingenz lebensweltlicher Orte gegenüber, die Vielfalt *anderer* Lebensformen und Lebensweisen. Erst so erhält Handeln das Potenzial von Konstitution, Erzeugung oder eben Transformation. Soziales Handeln kann Regeln, Institutionen ändern und damit – wie schon angeführt – den Umbruch zu einer neuen Ordnung »einläuten« (Waldenfels 1985: 140ff.).

Vor allem aber öffnet die lebensweltliche Konstitution nicht nur unmittelbar den Zugang zu sozialen Alternativen, sondern ebenso zu ökologischen. Mit der anthropologischen und pragmatischen Fundierung des Handelns ist zugleich seine Naturgebundenheit gegeben. Zwar gibt es eine Spezifik von menschlichem und sozialem Handeln – dieses ist umweltoffen und lässt sich so nicht auf Schemata von Reiz und Reaktion oder Auslese reduzieren. Ein soziologisch gehaltvolles Evolutionskonzept muss mit Kontingenz und Offenheit des Handelns als Spezifika sozialer Evolutionsprozesse⁷ umgehen und kann die Komplexität von Handlungssituationen nicht einebnen. Gerade dies aber leistet die skizzierte Konstitutionstheorie; in einem phänomenologischen Verständnis lassen sich Individuum, Gemeinschaft und Ökosystem einschließen (vgl. Mattei 2012).

Die »molekularen Veränderungen« (vgl. Burawoy 2015: 50) oder die »realen Utopien« (vgl. Wright 2010, 2015) können somit die Komplexität anstehender Transformationen in ihren Ausgangssituationen aufschließen. Die Rückbindung in kontext- oder situationsspezifische Handlungs- bzw. Konstitutionsprozesse ist weder Verzicht auf gesellschaftspolitische Fragen noch bloßer Relativismus, sondern ein Schritt zur Identifizierung realer Konfliktlinien und relevanter Akteure bzw. Subjekte. Aufzeigen lassen sich Grund und Logik der Veränderung. Im Fall des Dorfes A. mag dies noch sehr vage sein und als fragil erscheinen, ansonsten aber gibt es durchaus überzeugende Beispiele (vgl. Brie 2014; Thomas 2014; Wright 2010, 2015). Aber selbst das Dorf A. weist auf eine der wichtigsten Dimensionen hin, nämlich darauf, dass es um die Verteidigung, die Bewahrung gemeinschaftlicher Güter geht: der Natur oder auch der Heimat.

⁷ Insofern ist eine Kritik an evolutionären Konzepten im frühen Institutionalismus durchaus berechtigt, zumal an dessen individualistischen Varianten. Macht, Interessen, soziale Konflikte wie auch physische Grundbedürfnisse sind Spezifika humanspezifischer Evolution.

Mit der »Bewegung der Commons« (vgl. Helfrich/Heinrich-Böll-Stiftung 2012) verbinden sich zu Recht große Erwartungen. Hier zeigt sich Geschichte wieder offen und können nicht abgegoldene Transzendenzansprüche praktisch wirksam werden. Dies kann ein Weg sein aus sozialer, soziologischer Erstarrung und bodenloser Utopie.

Literatur

- Autorenkollektiv (unter Leitung von Rudi Weidig) (1988): Sozialstruktur der DDR, Berlin.
- Berger, Peter L. (1991): *The Capitalist Revolution. Fifty Propositions About Prosperity, Equality, and Liberty*, Cambridge.
- Brand, Ulrich/Wissen, Markus (2012): *Global Environment and the Imperial Mode of Living: Articulations of State-Capital Relations in the Multiple Crisis*, in: *Globalizations*, 9. Jg., Heft 4, S. 547-560.
- Brie, Michael (Hrsg.) (2014): *Futuring. Perspektiven der Transformation im Kapitalismus über ihn hinaus*, Münster.
- Burawoy, Michael (2015): *Marxismus nach Polanyi*, in: Brie, Michael (Hrsg.): *Mit Realutopien den Kapitalismus transformieren?*, Hamburg, S. 31-56.
- Busch, Ulrich (2015): *Große und kleine, wirkliche und virtuelle Transformationen*, in: Thomas, Michael/Busch, Ulrich (Hrsg.): *Transformation im 21. Jahrhundert. Theorien – Geschichte – Fallstudien*, I. Halbband, Berlin, S. 133–158.
- Deutschmann, Christoph (2014): *Moderne Ökonomie ohne Wachstumszwang: ein Wunschtraum?*, in: *WSI Mitteilungen*, 67. Jg., Heft 7, S. 513-520.
- Dewey, John (1988): *Kunst als Erfahrung*, Frankfurt a.M.
- Elias, Norbert (1976): *Über den Prozeß der Zivilisation: Soziogenetische und psychogenetische Untersuchungen*, Bd. 1: *Wandlungen des Verhaltens in den weltlichen Oberschichten des Abendlandes*, Frankfurt a.M.
- Endreß, Martin (2008): *Reflexive Wissenssoziologie als Sozialtheorie und Gesellschaftsanalyse. Zur phänomenologisch fundierten Analytik von Vergesellschaftungsprozessen*, in: Raab, Jürgen u.a. (Hrsg.): *Phänomenologie und Soziologie. Theoretische Positionen, aktuelle Problemfelder und empirische Umsetzungen*, Wiesbaden, S. 85-95.
- Helfrich, Silke/Heinrich-Böll-Stiftung (Hrsg.) (2012): *Commons. Für eine neue Politik jenseits von Markt und Staat*, Bielefeld.
- Hetzl, Andreas (2013): *Rezension zu Hollstein et al. 2013*, in: *Soziologische Review*, 36. Jg., S. 104-109.
- Huinink, Johannes u.a. (1995): *Kollektiv und Eigensinn. Lebensläufe in der DDR und danach*, Berlin.
- Joas, Hans (1992): *Die Kreativität des Handelns*, Frankfurt a.M.
- Jung, Matthias (2011): *Verkörperter Intentionalität*, in: Hollstein, Bettina/Jung, Matthias/Knöbl, Wolfgang (Hrsg.): *Handlung und Erfahrung: Das Erbe von Historismus und Pragmatismus und die Zukunft der Sozialtheorie*, Frankfurt a.M./

- New York, S. 25-50.
- Kollmorgen, Raj/Merkel, Wolfgang/Wagener, Hans-Jürgen (Hrsg.) (2015): Handbuch Transformationsforschung, Frankfurt a.M.
- Lepsius, Rainer M. (1993): Zum Aufbau der Soziologie in Ostdeutschland, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Heft 2, S. 300-337.
- Lindenberger, Thomas (2014): Ist die DDR ausgeforscht? Phasen, Trends und ein optimistischer Ausblick, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, 64. Jg., Heft 24-26, S. 27-32.
- Mattei, Ugo (2012): Eine kurze Phänomenologie der Commons, in: Helfrich, Silke/Heinrich-Böll-Stiftung (Hrsg.): Commons. Für eine neue Politik jenseits von Markt und Staat, Bielefeld, S. 70-78.
- Matthiesen, Ulf (1995): Neue Selbständige im Verflechtungsprozeß von Berlin und Brandenburg, in: Thomas, Michael (Hrsg.): Selbständige – Gründer – Unternehmer, Berlin, S. 253-260.
- Merleau-Ponty, Maurice (1976): Die Struktur des Verhaltens, Berlin/New York.
- Meuschel, Sigrid (1992): Legitimation und Parteierrschaft: Zum Paradox von Stabilität und Revolution in der DDR 1945-1989, Frankfurt a.M.
- Müller, Horst (2014): Probleme marxistischer Analytik in der eröffneten Krisen- und Übergangsepoche, in: Brie, Michael (Hrsg.): Futuring. Transformation im Kapitalismus über ihn hinaus, Münster, S. 161-175.
- Müller, Klaus (Hrsg.) (1998): Postsozialistische Krisen. Theoretische Ansätze und empirische Befunde, Opladen.
- Rampp, Benjamin (2015): »Die Zivilisation ist noch nicht abgeschlossen. Sie ist erst im Werden.« – Norbert Elias' prozess- und figurationstheoretische Perspektive auf Transformation, in: Thomas, Michael/Busch, Ulrich (Hrsg.): Transformation im 21. Jahrhundert. Theorien – Geschichte – Fallstudien. Abhandlungen der Leibniz-Soziätät der Wissenschaften, Bd. 39, II. Halbband, Berlin, S. 313-338.
- Sabel, Charles F./Zeitlin, Jonathan (Hrsg.) (1997): World of Possibilities. Flexibility and Mass Production in Western Industrialization, Cambridge.
- Schimank, Uwe (2011): Wohlfahrtsgesellschaften als funktionaler Antagonismus von Kapitalismus und Demokratie: Ein immer labilerer Mechanismus?, in: MPIfG Working Paper, Heft 2.
- Schubert, Hans-Joachim (2011): Jenseits von Gemeinschaft und Gesellschaft: Prozesse der Differenzierung und Individualisierung aus Sicht der Chicago School of Sociology, in: Hollstein, Bettina/Jung, Matthias/Knöbl, Wolfgang (Hrsg.): Handlung und Erfahrung: Das Erbe von Historismus und Pragmatismus und die Zukunft der Sozialtheorie, Frankfurt a.M./New York, S. 131-149.
- Schütz, Alfred (2005): Werkausgabe, Bd. III, 2. Philosophisch-phänomenologische Schriften 2. Studien zu Scheler, James und Sartre, Konstanz.
- Srubar, Ilja (1988): Kosmion. Die Genese der praktischen Lebenswelttheorie von Alfred Schütz und ihr anthropologischer Hintergrund, Frankfurt a.M.
- Srubar, Ilja (1998): Lebenswelt und Transformation. Zur phänomenologischen Analyse gegenwärtiger Gesellschaftsprozesse, in: Müller, Klaus (Hrsg.): Postsozialistische Krisen. Theoretische Ansätze und empirische Befunde, Opladen, S. 68-87.

- Stark, David (2009): *The Sense of Dissonance. Accounts of Worth in Economic Life*, Princeton.
- Sztompka, Piotr (1993): *Civilizational Incompetence. The Trap of Post-Communist Societies*, in: *Zeitschrift für Soziologie*, 24. Jg., Heft 3, S. 83-95.
- Ther, Philipp (2009): *Das »neue Europa« seit 1989. Überlegungen zu einer Geschichte der Transformationszeit*, in: *Zeithistorische Forschungen*, 6. Jg., Heft 1, www.zeithistorisches-forschungen.de/16126041-Ther-1-2009.
- Thomas, Michael (Hrsg.) (2011): *Transformation moderner Gesellschaften und Überleben in alten Regionen: Debatten und Deutungen*, Münster u.a.
- Thomas, Michael (2014): *Transformation und Regionalisierung – Versuch eines produktiven Umgangs mit inflationären Leitbegriffen*, in: Brie, Michael (Hrsg.): *Futuring. Transformation im Kapitalismus über ihn hinaus*, Münster, S. 281-302.
- Thomas, Michael/Busch, Ulrich (Hrsg.) (2015): *Transformation im 21. Jahrhundert. Theorien – Geschichte – Fallstudien*, I. und II. Halbband, Berlin.
- Waldenfels, Bernhard (1985): *In den Netzen der Lebenswelt*, 1. Aufl. Frankfurt a.M.
- Wright, Erik Olin (2010): *Envisioning real utopias*, London/New York.
- Wright, Erik Olin (2015): *Durch Realutopien den Kapitalismus transformieren. Ansprache als Präsident der Amerikanischen Vereinigung der Soziologinnen und Soziologen (Denver 2012)*, in: Brie, Michael (Hrsg.): *Mit Realutopien den Kapitalismus transformieren?*, Hamburg, S. 59-106.
- ZEE (2014): *Zukunft Elbe-Elster*, www.zukunft-ee.de.

Judith Dellheim

Mit Luxemburgs »Akkumulation des Kapitals« zu einer solidarischen postimperialen Lebensweise¹

Die Suche nach den Ursachen der Schwäche der emanzipativ-solidarischen Kräfte bildet den Ausgangspunkt der folgenden Überlegungen. Um diese Schwäche zu überwinden, muss man sie zuerst kennen. Schließlich geht es in den nächsten Jahren darum, ob sich nur etwas »ändern wird, damit es so bleiben kann, sich also die bestehenden Herrschaftsverhältnisse reproduzieren können, oder ob sich tatsächlich etwas Wichtiges verändern wird, also etwa eine Überwindung zentraler gesellschaftlicher Herrschaftsverhältnisse in Gang gebracht werden kann« (Wolf 2012: 7). Das zwingt zum Nachdenken darüber, warum die Herrschenden mit ihrem Management der von ihnen selbst verursachten Krise stärker geworden sind und warum die Linken mehrheitlich weiter in der Defensive verharren. Das wiederum lässt fragen, warum es den Linken kaum gelingt, Menschen zu ermutigen, selbstbestimmt in Würde, solidarisch miteinander, ökologisch vernünftig leben zu wollen und dafür konsequent einzutreten. Die Lebensweise in unserer Gesellschaft scheint zu lähmen bzw. zu korrumpieren, die Zwangsmechanismen der kapitalistischen Produktionsweise erscheinen erträglich oder unüberwindbar. Es ist also erneut nach diesen Zwangsmechanismen und ihrer Fetischisierung zu fragen. Damit wird die These Pierre Bourdieus, wonach »nichts dringlicher« sei als eine »Geschichte der Marxistischen Tradition zu erarbeiten«, bekräftigt. Diese werde gebraucht, »um die Denk- und Ausdrucksweisen, die mit dem Vergessen der Geschichte, im historischen Kontext ihrer Produktion und sukzessiven Anwendung verfestigt und fetischisiert wurden, neu zu situieren« (Bourdieu 1993: 50).

Karl Marx hatte mit dem Wesen und den Scheincharakteren der Kapitalakkumulation auch den »stummen Zwang« (Marx 1890: 765), der den Lohnarbeiter an den ihn ausbeutenden Kapitalisten bindet, aufgedeckt und auf diesen Zwang auch »außerhalb des unmittelbaren Arbeitsprozesses« (Marx 1890: 558) hingewiesen. Von Marx lernend hatte

¹ Die Autorin dankt Lutz Brangsch, Michael Brie und Frieder Otto Wolf für Hinweise und Kritik.

Rosa Luxemburg zeigt, wie Kapital in hochkonzentrierter und -zentralisierter Form imperialistische Politik hervorbrachte – den »stummen Zwang« nach innen mit der Gewalt von Kanonenbooten und Maschinengewehren nach außen verbindend. Beide haben erklärt, dass die ökonomischen Gesetze kein Ende der kapitalistischen Produktionsweise begründen, sondern dass einzig Menschen, vor allem Arbeiterinnen und Arbeiter, die anders leben wollen, das Ende der Vorherrschaft der Kapitalakkumulation herbeikämpfen und eine neue Vergesellschaftungsweise einführen könnten.

In welche Richtung und in welcher Art und Weise sich Vergesellschaftung entwickelt, hängt maßgeblich von ihren Akteuren, den Kräfteverhältnissen zwischen ihnen wie in der Gesellschaft insgesamt ab. Wer wie welche Akkumulationsquellen mobilisieren kann, entscheidet über die gesellschaftliche Entwicklung: Mit der Mobilisierung und Nutzung von Akkumulationsquellen durch konkrete Akteure werden die Produktions-, Wirtschafts- und Sozialstrukturen, die gesellschaftlichen Verhältnisse, die gesellschaftlichen Akteure selbst und die natürlichen Lebensgrundlagen bewegt. Neue Mega- und Infrastrukturprojekte, neue Liberalisierungs-, Privatisierungs- und Freihandelsvorhaben belegen die besondere Dramatik der gegenwärtigen Auseinandersetzungen um Akkumulationsquellen. Die Herrschenden haben erneut eine Offensive gestartet, mit deren Gelingen sie gesellschaftliche Alternativen unmöglich machen wollen.

Ausgehend von diesen Überlegungen soll dieser Beitrag die folgende These begründen: Die Offensive der Herrschenden könnte von den emanzipativ-solidarischen Akteuren gestört und gestoppt werden, würden sie fähig, Menschen für ein gutes Leben für Jede und Jeden zu motivieren und zu aktivieren. Dabei sind Wohnen/Wohnumfeld/Mobilität und soziale Sicherung Kardinalthemen. Entsprechende politische Strategien müssten auf der Diskussion zu den Akkumulationsquellen des Finanzkapitals basieren und politische Handlungsmöglichkeiten aufzeigen. Die Gegenoffensive könnte gelingen, würden die Handelnden ihre Lebensstile und ihre politische Kultur selbstkritisch verändern. Eine solche Gegenoffensive könnte eine sozialökologische Transformation einleiten.

Akkumulation und Lebensweise hängen unmittelbar zusammen. Henri Lefebvre hatte 1947 erklärt, warum sich sozialistische Theorie und Politik mit dem Vordringen der Moderne/der Kapitalakkumulation und ihren Fetischismen im Alltag der Menschen auseinandersetzen müssen (Lefebvre 1974). An Lefebvres »Kritik des Alltagslebens« setzt nun Paul

Langley mit seinem Buch »The Everyday Life of Global Finance. Saving and Borrowing in Anglo-America« (Langley 2010) an. Er zeigt, wie mit neoliberaler Politik die Transformation von Sparen und Borgen erfolgte und auf Wohnen und Alterssicherung fokussiert wurde. Allerdings siedelt Langley seine Analyse zu den Finanzen im Alltag in der Zirkulationssphäre an. Eine Kritik seines Buches kann helfen, die Zwangsmechanismen der Kapitalakkumulation, die von Marx und Luxemburg analysiert wurden, tiefergründiger zu verstehen, Strategien sozialistischer Politik zu entwickeln und ein Gespräch über die Methode der politischen Ökonomie zu führen. So soll dieser Beitrag zeigen, dass eine politische Ökonomie, die die emanzipativ-solidarischen Akteure stärken will, sich das Erbe von Marx und Luxemburg neu kritisch aneignen und sich mit dem Zusammenhang von Vergesellschaftung, Kapitalakkumulation und gesellschaftlichem Alltag beschäftigen muss.

1. Mit Marx und Luxemburg das »Suchen lernen«

Fast 150 Jahre nach dem Erscheinen von Marx' »Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie. Erster Band« und mehr als 100 Jahre nach dem Erscheinen von Luxemburgs »Akkumulation des Kapitals« scheint die Vision von der Gesellschaft der Freien und Gleichen unerreichbar. Das zwingt dazu, ausgehend von Marx und Luxemburg, die Frage nach der Entwicklungsfähigkeit der kapitalistischen Produktionsweise erneut zu diskutieren. Es stellt sich die Frage nach den Potenzen und Grenzen der Vergesellschaftung durch Kapitalakkumulation, nach der Mobilisierung und Kombination von Akkumulationsquellen als Ergebnisse von Ausbeutung. In diesem Kontext interessieren insbesondere die Fetischisierungen, die die kapitalistische Produktionsweise hervorbringt und die deren innere Zusammenhänge als objektive Sachzwänge erscheinen lassen.

Ausgangspunkt der Analyse dieser Fetischformen war für Marx die Erkenntnis, dass sich der Mensch mit der Entwicklung der Produktivkräfte und des Privateigentums mehr und mehr aus der Gemeinschaft herauslöst, dass sich dabei Mensch wie Gemeinschaft verändern und in veränderten Formen verbunden bleiben. Im Maße dieser Herauslösung erfährt der Mensch wachsende Freiheit wie wachsende Entfremdung – er erhält höhere Freiheitsgrade, gerät aber in unpersönliche Abhängigkeiten und kann die Zusammenhänge mit den Anderen nicht direkt durchschauen und gestalten. Diese gesellschaftlichen Zusammenhänge

aber wirken; insbesondere dann, wenn ein von einem mehr oder weniger isolierten Produzenten hergestelltes Arbeitsprodukt durch die anderen als nützlich anerkannt werden muss, damit die Arbeit des Produzenten honoriert wird und er Arbeitsprodukte anderer erhalten kann. Expandieren die Waren- und Geldbewegungen, so scheinen diese von übermächtigen Kräften mit eigenem Willen geschaffen, die individuellen Schicksale bestimmend.

»Der Mensch« mit seinem Bewusstsein kann sich mit seinem »gesellschaftlichen Sein« (Marx 1859: 8-9), mit den sich geltend machenden gesellschaftlichen Zusammenhängen und ihren Fetischisierungen auseinandersetzen. Dazu muss er Vergesellschaftungsprozesse begreifen, in denen sich der gesamtgesellschaftliche Zusammenhang, vermittelt über die Konkurrenz, herstellt. Marx skizziert dabei folgende Tendenz: »Mit der Entwicklung der großen Industrie wird also unter den Füßen der Bourgeoisie die Grundlage selbst weggezogen, worauf sie produziert und die Produkte sich aneignet. Sie produziert vor allem ihre eigenen Totengräber.« (Marx/Engels 1848: 474) Die Bourgeoisie reißt »auch die barbarischsten Nationen in die Zivilisation« (ebd.: 466). Sie hat mit ihrer »Exploitation des Weltmarkts die Produktion und Konsumtion aller Länder kosmopolitisch gestaltet« (ebd.: 466) und neue Bedürfnisse geschaffen. Die wissenschaftlich gestützte Idee und Hoffnung auf die »Assoziation, worin die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist« (ebd.: 482), mündet in den Aufruf: »Proletarier aller Länder, vereinigt euch!« (Ebd.: 493). Diese Aufforderung betrifft das »Handeln in der Gegenwart« (Balibar 2013: 49).

In seiner »Kritik der politischen Ökonomie« erklärt Marx, wie Menschen, die arbeitsteilig Gebrauchswerte für den Austausch produzieren, immer auch Arbeit zur Herstellung eines gesellschaftlichen Zusammenhangs, d.h. vergesellschaftete abstrakte Arbeit, verrichten. Weil die Arbeiterinnen und Arbeiter nicht über die Produktionsmittel und daher auch nicht über die von ihnen produzierten Güter verfügen, bekommen sie auch kein Äquivalent für ihre in Waren verdinglichte, im gesellschaftlichen Zusammenhang erbrachte abstrakte Arbeitsleistung. Der Kapitalist eignet sich die Ergebnisse unbezahlter Mehrarbeit, den Mehrwert, in Form von Unternehmergewinn an. Wird dieser Gewinn genutzt, um die Produktion auszuweiten, findet Kapitalakkumulation statt. Sie treibt die Arbeitsteilung in der Gesellschaft und die Vergesellschaftung der Arbeit voran. Dabei reproduziert und stärkt sie Kapitalmachtverhältnisse. Diese entstanden mit dem gewaltsamen »Scheidungsprozess des Arbeiters vom Eigentum an seinen Arbeitsbedingungen, ein Prozess, der

einerseits die gesellschaftlichen Lebens- und Produktionsmittel in Kapital verwandelt, andererseits die unmittelbaren Produzenten in Lohnarbeiter« (Marx 1890: 742). Das ist »die sogenannte ursprüngliche Akkumulation«. Quellen dieser Akkumulation waren das Kolonialsystem, Staatsschulden, Steuern und Protektionismus. Sie befeuerten auch die weitere Kapitalakkumulation. Diese »erhält ... nicht nur jene Scheidung (zwischen dem Produktionsmittel und dem mit diesem Arbeitenden – J.D.), sondern reproduziert sie auf stets wachsender Stufenleiter« (ebd.: 742). Dabei entsteht die Illusion, die Kapitalisten würden den Arbeitern die Mittel für deren Leben vorschießen und die Produktionsmittel bereitstellen. In Wirklichkeit sind aber all diese Mittel durch die unbezahlte Arbeit der Lohnarbeiter zuvor erwirtschaftet worden (ebd.: 597).

Aus der Perspektive der Klassenverhältnisse gesehen, gewinnen die »weitere Vergesellschaftung der Arbeit und weitere Verwandlung der Erde und anderer Produktionsmittel in gesellschaftlich ausgebeutete, also gemeinschaftliche Produktionsmittel, daher die weitere Expropriation der Privateigentümer, eine neue Form: Was jetzt zu expropriieren, ist nicht länger der selbstwirtschaftende Arbeiter, sondern der viele Arbeiter exploitierende Kapitalist.« (Ebd.: 790)

Die logische Grenze der Kapitalakkumulation ist die Zerstörung der Arbeitskraft und/oder der natürlichen Bedingungen gesellschaftlichen Lebens, denn dann würde die Akkumulation des Kapitals zu einem Ende kommen. Die Expropriation der Expropriateure hingegen ist kein zwingendes Ergebnis dieser Entwicklung. Sie kann einzig die Aktion von Menschen sein, die selbstbestimmt und solidarisch leben wollen und sich dazu ermächtigen. Dem aber steht eine ganz andere Tendenz entgegen: »Im Fortgang der kapitalistischen Produktion entwickelt sich eine Arbeiterklasse, die aus Erziehung, Tradition, Gewohnheit die Anforderungen jener Produktionsweise als selbstverständliche Naturgesetze anerkennt. Die Organisation des ausgebildeten kapitalistischen Produktionsprozesses bricht jeden Widerstand, die beständige Erzeugung einer relativen Übervölkerung hält das Gesetz der Zufuhr von und Nachfrage nach Arbeit, und daher den Arbeitslohn, in einem den Verwertungsbedürfnissen des Kapitals entsprechenden Gleise, der stumme Zwang der ökonomischen Verhältnisse besiegelt die Herrschaft des Kapitalisten über den Arbeiter.« (Ebd.: 765). Der »stumme Zwang« wird für die Arbeiterinnen und Arbeiter noch weniger durchschaubar, wenn die Kapitalakkumulation über expandierende Kreditbeziehungen, über das zinstragende Kapital, über fiktives Kapital vermittelt, produziert und reproduziert wird. Dies erschwert die Auseinandersetzung mit den

Sachzwängen. Kapitaleigentümer, Industrie- und Finanzkapitalisten bilden Kooperationen, entwickeln Kapitalgesellschaften, um profitabel Großprojekte im Inland- und Ausland realisieren zu können. Zur Mobilisierung erforderlicher Akkumulationsquellen sammeln sie Vermögen und Einkommen breiter Gesellschaftskreise – auch von Arbeitern – ein. So wird Ausbeutung vergesellschaftet und jene, die einer Kapitalistengruppe Kredit geben, darunter wiederum Arbeiter, tragen zu neuer Ausbeutung bei, gehen mit den Funktionären der Kapitalakkumulation sozusagen eine Partnerschaft ein. Die Bande zwischen Arbeitern und Kapitalisten wachsen also nicht nur im Produktionsprozess, sondern auch außerhalb von ihm.

Während es den Kapitalisten insgesamt darum geht, einen wachsenden Teil der Gesellschaft in die Mobilisierung von Akkumulationsquellen für die Mehrwertproduktion einzubeziehen, wird gleichzeitig umverteilt, denn: Erstens können Löhne gedrückt werden, wenn Teile von ihnen als Wertpapiere zirkulieren. Zweitens sind die zirkulierenden Ansprüche auf künftige Profite immer mit Spekulation verbunden, wo die einen gewinnen und die anderen verlieren. Zum Dritten gibt es Krisen, deren Folgen von den Stärkeren auf die Schwächeren abgewälzt werden. Zum Vierten geht es bei der Mobilisierung eines notwendigen Kapitalminimums für militärische Aufrüstung, Krieg und Kolonialpolitik um gezielte Umverteilung durch den Staat.

Es wird deutlich, 1) dass die Kooperation zwischen dem Kapitaleigentümer, der Mehrarbeit in der Warenproduktion organisiert, und dem Kapitaleigentümer, der Mehrarbeit bei der Mobilisierung und Bewegung von Geldkapital als zinstragendes Kapital organisiert, die Zusammenarbeit mit staatlichen Akteuren braucht; 2) dass »der stumme Zwang« der Kapitalverhältnisse noch wächst, wenn die Lohnabhängigen über ein entwickeltes Finanzwesen in die kapitalistische Produktionsweise integriert werden; 3) dass der »stumme Zwang« weiter expandiert, wenn dieses Finanzwesen zunehmend die Bereiche des Alltagslebens der Lohnarbeitenden wie der Gesellschaft durchdringt; 4) dass dabei die Kapitalkooperation um weitere Kapitaleiten wächst; 5) dass mit fortschreitender Vergesellschaftung der Arbeit und der Ausbeutung sozial heterogene Gesellschaftskreise widersprüchliche Partnerschaften mit Kapitalisten und Kapitaleiten eingehen.

Was aber ist angesichts von so viel Undurchschaubarkeit und Zwangsverhältnissen überhaupt möglich? Immer wieder erscheint es so, dass die eine Gruppe der Lohnarbeitenden auf Kosten der anderen profitieren könnte. Die Tatsache, dass die Lohnarbeitenden die übergroße Mehr-

heit bilden, ist nur die eine Seite der Medaille. Wie Marx betont: »... Zahlen fallen nur in die Waagschale, wenn Kombination sie vereint und Kenntnis sie leitet. Die vergangene Erfahrung hat gezeigt, wie Missachtung des Bandes der Brüderlichkeit, welches die Arbeiter der verschiedenen Länder verbinden und sie anfeuern sollte, in allen ihren Kämpfen für Emanzipation fest beieinanderzustehen, stets gezüchtigt wird durch die gemeinschaftliche Vereitelung ihrer zusammenhangslosen Versuche.« (Marx 1864: 12-13) Rosa Luxemburg hat sich stets für die befreiende Revolution, für das »Band der Brüderlichkeit« engagiert und sich mit dem »stummen Zwang« wie mit den »lauten«, mit Kanonen flankierten Zwängen auseinandergesetzt. Sie hat die Genossinnen und Genossen zu einem kollektiven Suchprozess der demokratischen Entwicklung sozialistischer Politik eingeladen. Deshalb analysierte sie die internationalisierte Kapitalakkumulation und die imperialistische Politik der Kapitaloligarchien. Hatte für Marx die kapitalistische Akkumulation in ihrer »Reinform« im Zentrum gestanden, wie sie für hoch entwickelte Länder wie England charakteristisch war, interessierten Luxemburg die mit dem imperialistischen Zeitalter veränderten Bedingungen und Konsequenzen für die Arbeiterbewegung. Vor diesem Hintergrund untersuchte sie die Rolle der Kolonien für die Realisierung des Mehrwerts und so für die Sicherung von zahlungsfähiger Nachfrage und Akkumulationsquellen.

Die Grenze der Kapitalakkumulation ist für Luxemburg erreicht, wenn es keine nichtkapitalistischen Akteure mehr gibt, die in der Lage sind, kapitalistisch produzierte Waren zu kaufen. Dann, so ihre These, könne der Mehrwert nicht mehr realisiert werden: »Der Kapitalismus ist die erste Wirtschaftsform ..., die mit der Tendenz, zur Weltform zu werden, an der inneren Unfähigkeit zerschellt, eine Weltform der Produktion zu sein.« (Luxemburg 1913: 411) Den Expansionsdrang des nach Profitmaximierung strebenden Kapitals erklärend, folgert sie: »In seinem Drange nach Aneignung der Produktivkräfte zu Zwecken der Ausbeutung durchstößt das Kapital die ganze Welt, verschafft sich Produktionsmittel aus allen Winkeln der Erde, errafft oder erwirbt sie von allen Kulturstufen und Gesellschaftsformen ... Zur produktiven Verwendung des realisierten Mehrwerts ist erforderlich, dass das Kapital fortschreitend immer mehr den gesamten Erdball zur Verfügung hat, um in seinen Produktionsmitteln quantitativ und qualitativ unumschränkte Auswahl zu haben.« (Ebd.: 307) Es geht um eine globalisierte Mobilisierung von Akkumulationsquellen durch die Kapitaloligarchien.

Damit werden Fragen der Expansion von Kapitalverhältnissen und nach dem Verhältnis der modernen Klasse von Lohnarbeitenden zu jenen

Weltbevölkerungsmehrheiten aufgeworfen, die damals in vormodernen Produktionsweisen lebten: Lässt die Arbeiterklasse den kapitalistischen Raubzug zu, akzeptiert sie die Verbindung von ökonomischen und militärischen Zwangsformen? Beteiligt sie sich am »Konkurrenzkampf um die Reste des noch nicht mit Beschlag belegten nichtkapitalistischen Weltmilieus« (ebd.: 391)? Ziehen die Arbeiter dafür in nationale Kriege gegeneinander und gehen brutal gegen die Bevölkerung in den eroberten Ländern vor? Und umgekehrt: Wie werden die Arbeiterinnen und Arbeiter willens und fähig, ihre materiellen Bedürfnisse und Lebensweisen so zu verändern, um Gewalt untereinander, gegen die Lohnabhängigen in anderen Ländern, gegen sozial und global Schwächere, gegen die Natur zu stoppen und zu überwinden? Wie können bei Einleitung und Fortgang sozialistischer Entwicklung die Menschen in den vorkapitalistischen Produktionsweisen an tatsächlicher Vergesellschaftung in den Industriezentren partizipieren? Diese Fragen wurden vom Revisionismus vermieden. Sie stellen zugleich eine Kritik an »Engführungen« der orthodox verarmten Marx-Rezeptionen (Brie 2014) dar,

Anhand des so genannten Sezessionskrieges (1861-1865) zwischen den Nord- und Südstaaten der USA um die künftige gesellschaftliche Entwicklung, hat Luxemburg exemplarisch gezeigt, wie gesellschaftspolitische Auseinandersetzungen, die Jagd nach Akkumulationsquellen und internationale Kräftekonstellationen zusammengehen. Dieser Krieg war nicht zuletzt ein Kampf um das bessere amerikanische Gesellschaftsmodell und vorgeblich um die Sklaverei der schwarzen Bevölkerung. Er bewirkte u.a. ein enormes Haushaltsdefizit und war mit der Frage nach den Quellen für die Kapitalakkumulation verbunden. Hohe Steuern und Schutzzölle begünstigten, dass sich Infrastruktur und Maschinenindustrie stürmisch entwickelten. Vor allem aber wuchs die Ausbeutung von Lohnabhängigen. Die wirtschaftliche Bedeutung der Börse und die steuerliche Privilegierung großer Einkommen nahmen zu. Das alles ging mit einer Veränderung der gesellschaftspolitischen Kräfteverhältnisse zugunsten der Industrie- und Finanzkapitalisten einher. Mit dem »Umschwung in der Finanzpolitik der Vereinigten Staaten begann die schamlose parlamentarische Korruption der Union, der offene und skrupellose Gebrauch der Wahlen, der Gesetzgebung und der Presse als Werkzeuge nackter Tascheninteressen des Großkapitals. ... der Negerbefreier-Yankee feierte Orgien als Glücksritter der Spekulation an der Börse, schenkte sich selbst als Gesetzgeber nationale Ländereien, bereicherte sich selbst durch Zölle und Steuern, durch Monopole, Schwindelaktien, Diebstahl des öffentlichen Vermögens.« (Luxemburg 1913:

347) Individuelles und gesellschaftliches Leben wird kommerzialisiert und bietet zunehmenden Raum für Kapitalakkumulation. »Jetzt musste der Farmer immer Geld, recht viel Geld haben, um seine Steuern zu zahlen, er musste bald alles, was er hervorbrachte, verkaufen, um wieder alles, was er brauchte, aus der Hand der Manufakturisten als Ware zu erwerben.« (Ebd.: 347) Die Farmer mussten vielfach Hypothekenschulden aufnehmen und dramatisch hohe Zinsen zahlen. Massenhaft verloren sie ihr Land. Ergo: Aus England trieb die »Kapitalherrschaft ... den Bauern, nachdem sie ihm vom Boden verdrängt hatte, nach dem Osten der Vereinigten Staaten, vom Osten nach dem Westen, um aus ihm auf den Trümmern der Indianerwirtschaft wieder einen kleinen Warenproduzenten zu machen, vom Westen treibt sie ihn, abermals ruiniert, nach dem Norden – die Eisenbahnen voran und den Ruin hinterher, d.h. das Kapital als Führer vor sich und das Kapital als Totschläger hinter sich.« (Ebd.: 357) Der »Totschläger« aber schafft nicht »nur« die Eisenbahnen und die Maschinenindustrie, sondern die »Finanzlandwirtschaft« und damit zugleich Maschinenarbeit in der Landwirtschaft. Er vergesellschaftet und in Gestalt von Kapitaloligarchien organisiert er »ökonomischen Stoffwechsel« (ebd.: 389), die Zerstörung vorkapitalistischer Produktionsweisen bzw. ihre Einverleibung in Kapitalkreisläufe, ihre Ausbeutung und Nutzung als Akkumulationsquellen. Luxemburgs Darstellung macht deutlich, dass international akkumulierendes Kapital eine konkrete nationale, trans- und internationale Geschichte, vor allem eine »Akkumulationsgeschichte«, hat. Dazu gehören Freihandel, Schulden, Anleihen, Schutzzölle, Kolonialpolitik, Staatsaufträge, Kartell- und Konzernentwicklung, Staatsgarantien, Gesetze, Politik der »Interessensphären« (ebd.: 390), Militarisierung und Kriege.

Eine politische Ökonomie, die die Kapitalakkumulation in ihrer Komplexität und ihren gesellschaftlichen Wechselwirkungen erklärt, die Fetischisierungen von Vorschüssen und Zinsen, von allmächtigen Märkten und ohnmächtiger Politik aufdeckt, kritisiert und bekämpfen will, muss die von dieser Produktionsweise hervorgerufenen isolierten Sichtweisen überwinden, einen spezifischen »kosmopolitischen Draufblick« entwickeln: Obgleich die Menschheit kein Subjekt ist, muss von ihr und von der Weltwirtschaft ausgehend gedacht werden. So wären einerseits jene, die von ihrer Arbeit leben und jene, die unbezahlte Arbeit für andere verrichten, und solche, deren selbsterarbeitete Ressourcen geraubt werden, zu betrachten. Andererseits wären jene, die ausbeuten und rauben, zu sehen. Weiter wäre zu analysieren, welche Verhältnisse Ausgebeutete und Beraubte mit Ausbeutenden und Raubenden einge-

hen, um auf Kosten von anderen zu leben. Immer wären dabei auch die vielfältigen Geschlechterverhältnisse in den Blick zu nehmen.

Bei einer solchen Analyse interessieren insbesondere die Möglichkeiten für eine Solidarisierung unter den Lohnabhängigen wie der Lohnabhängigen mit anderen, die von ihrer Arbeit leben, die unbezahlte Arbeit für andere verrichten, deren erarbeitete Ressourcen geraubt werden. Die Position dieser Gruppen, vor allem die der Schwächsten, soll stärker werden. Ihre Gemeinsamkeit soll durch sie selbst politikwirksam werden. Allerdings ist auch zu berücksichtigen, dass mit der anzustrebenden Solidarisierung viele in den globalen Industrieregionen auf Privilegien verzichten müssten. Die Mehrheiten der Bürgerinnen und Bürger müssten also zunächst von aktiven Minderheiten ermutigt werden, gegen den »stummen Zwang« und gegen den »aggressiven Expansionsdrang« zu rebellieren. Sie müssten eigene Sicherheiten aufs Spiel setzen und sich von Fetischismen befreien. Emanzipatorisch-solidarische Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler hätten dazu beizutragen und den Zusammenhang von Kapitalakkumulation und Alltag aufzudecken.

2. Zur Kritik des Alltags und der Finanzialisierung

»Die Philosophie liegt in Agonie; ...« (Lefebvre 1974: 92), beklagt Henri Lefebvre den Zustand der »marxistischen Philosophie« im Jahre 1947. Die Marxisten sollten »eine Tatsache zur Kenntnis nehmen und überprüfen: der Marxismus ist *langweilig* geworden« (ebd.: 92). Einen Ausweg aus dieser Misere sieht er darin, sich erneut den Frühschriften von Marx, der Kritik der Entfremdung, der Idee des »totalen Menschen«, der Beschäftigung mit Aneignungsprozessen zuzuwenden. Hiervon ausgehend schlägt er vor, das »Alltagsleben der Gesellschaft« zu beschreiben und zu analysieren. Dieses Anliegen ist produktiv: es fokussiert auf die Lebendigkeit und den Humanismus des Marxschen Erbes. Lefebvres Angriff auf den Stalinismus ist allerdings beim Junghegelianer Marx stecken geblieben und nicht zum gereiften Marx vorgedrungen, schon gar nicht hat er Luxemburg und Gramsci erreicht. Er bleibt bei einer einfachen Rückbesinnung auf die unerledigten Fragen von Marx stehen und beschränkt sich daher auf ein Aussenden von Impulsen und auf Beschreibungen des Alltagslebens. Paul Langley ist dennoch fasziniert und beruft sich deutlich auf Lefebvre (Langley 2010: X, 12ff.). Er fokussiert auf vier Elemente: Netzwerke im Finanzbereich, Finanzmacht, Finanzidentität und Unstimmigkeiten bzw. Widerstand im Finanzbereich. Er hat sie

in den Kontext der Transformation des Sparens und Borgens im anglo-amerikanischen Raum gestellt. In seiner Analyse bezieht er sich häufig positiv auf Foucault und Butler (z.B. ebd.: 125, 240, 242), die sich in ihrer Konzentration auf außerkapitalistische Herrschaftsstrukturen de facto von Marx' und Luxemburgs Leistungen in der Kritik der politischen Ökonomie abgrenzen. Weder Foucault und Butler noch Langley interessieren sich für die Frage, wie die Kapitaleliten die erforderlichen Akkumulationsquellen, das Kapital für konkrete Projekte, für den Erfolg in der Konkurrenz, für die Eroberung von Einflussgebieten, für »Sicherheit« mobilisieren und welche Konsequenzen das für die Einzelnen und die Gesellschaft hat. Damit gerät aber der Zusammenhang zwischen den in der Akkumulation gegründeten Vergesellschaftungsstrukturen, der Finanzsphäre und der Lebensweise aus dem Blick.

Um diesen Zusammenhang untersuchen zu können, muss die Kapitaloligarchie mit ihrem symbiotischen Verhältnis zwischen dem Industriekapitalisten und dem Finanzkapitalisten als ihrem Kern näher betrachtet werden. Sie alle organisieren die Großprojekte der Kapitalakkumulation und damit der eigenen Machtbasis. Es sind vor allem sechs Bereiche, von denen aus die Kapitaloligarchien den gesamtgesellschaftlichen Zusammenhang in seiner Gänze kontrollieren und sozialen Konsens erzeugen. Dieser »Sechser-Zusammenhang« wird von den wechselseitig verknüpften Bereichen der Energie-, Transport- und Landwirtschaft bzw. dem Agrobusiness, dem militärisch-industriellen Komplex bzw. dem Sicherheitsbereich sowie von der Finanzsphäre und dem Hightech-Bereich gebildet. Diese Komponenten bewirken insgesamt den größten Flächen- und Ressourcenverbrauch, die stärkste Naturverschmutzung² und die

² Die energiebezogenen Aktivitäten bewirken weltweit ca. 63% der globalen klimaschädigenden Emissionen, darunter 77% aller Kohlendioxidemissionen. Ca. 28% der klimaschädigenden Emissionen und 36% der Kohlendioxidemissionen rühren von Elektrizität und Heizung her. Auf die Transportwirtschaft entfallen über ein Viertel der klimaschädigenden Emissionen. Sie hängt energetisch zu 96% am Erdöl, dessen Verbrauch über 95% der Transportemissionen bewirkt. Die Landwirtschaft verursacht ca. 14% der Kohlendioxidemissionen. Werden die durch Waldrodung freigesetzten klimaschädlichen Emissionen addiert, erhöht sich der klimarelevante Wert auf 32%. Hinzu kommen CH₄- und N₂O-Emissionen (EPA 2008). Das Militär ist ein nahezu unermesslicher Naturzerstörer. Allein der US-amerikanische Irakkrieg hat mehr gekostet als bis 2030 weltweit in erneuerbare Energien investiert werden müsste, um die globale Erwärmung zu stoppen. In ihm wurden von 2003 bis 2007 jährlich mehr klimaschädliche Emissionen freigesetzt, als 139 Staaten jeweils in einem Jahr produzieren (Hynes 2014: 3).

Tabelle 1: Der ökologische Fußabdruck pro Kopf in Hamburg und Deutschland, nach Komponenten (2007)

Komponenten	Hamburg		Deutschland	
	gha*/ Person	% von gesamt	gha/Person	% von gesamt
Nahrung	1,72	33%	1,71	34%
Wohnen	0,78	15%	0,75	15%
Mobilität	1,23	24%	1,14	22%
Güter	1,12	22%	1,20	24%
Dienstleistungen	0,32	6%	0,29	6%
Gesamt	5,17	100%	5,08	100%

* gha = globale Hektar

Quelle: Zukunftsrat Hamburg (2012)

höchsten Renditen. Sie prägen den ökologischen Fußabdruck der großen Mehrheit der Bevölkerung (siehe Tabelle 1).

In den Kapitaloligarchien gruppieren sich um die Eigentümer des Finanzkapitals und ihre Manager ausgewählte Unternehmer, Eliten der »Politik«, »Verwaltung«, »Sicherheit«, »Kultur und Wissenschaft«, Kommunikation, Beratung und Buchführung, der »Medien«, des »Rechts« und der »Zivilgesellschaft«. Ihre Interessen und Beziehungen sowohl untereinander als auch zu anderen sind in ständigem Fluss. Sie bewegen sich mit technisch-technologischen und kalkulatorischen Innovationen, Unternehmensstrategien, politischen Reformen, Gesetzesänderungen und neuen Gesetzen, mit politischen Konstellationen auf den verschiedenen Ebenen, mit inter- und transnationalen Vereinbarungen, mit Krisen und Kriegen.

Im Zuge des Zweiten Weltkrieges hatte sich in den USA ein militärisch-industrieller Komplex, Produkt und Stütze US-amerikanischer Kapitaloligarchien, herausgebildet, der die Gesellschaft veränderte. Anfang der 1970er Jahren kam es zu einer komplexen Krise. Ausdruck davon waren der verlorene Vietnamkrieg, Währungs-, Haushalts-, Wirtschafts- und Ölkrisen und veränderte globale Kräfteverhältnisse. Vor diesem Hintergrund wurden drei Innovationen eingeleitet: 1) die zu militärischen Zwecken entwickelten mikroelektronischen Technologien wurden »freigegeben« und wälzten insbesondere die Finanzsphäre rasant um; sie lösten eine neue Dynamik und Dimension von Vergesellschaftung aus;

2) bei steigenden Zinsen erlangten 1974 die Pensionsfonds das Recht, an den Aktienmärkten zu agieren; 3) seit Mitte der 1970er Jahre wurden die Ratings fortschreitend nicht mehr durch die Käufer von Wertpapieren, sondern durch deren Verkäufer bezahlt. Die ökonomische und politische Rolle der Ratingagenturen Standard & Poor's, Moody's und Fitch Ratings (also die Big 3) wuchs rasant (Rügemer 2012: 20). Stimuliert durch das drastisch gestiegene Zinsniveau entwickelten Finanzinstitutionen und Banken zunehmend Angebote, um ihre Profite auch unter Umgehung der geltenden Gesetze zu steigern. Dabei mobilisierten sie Geldmittel von immer breiteren Bevölkerungsschichten. Sie forderten die Deregulierung der Finanzmärkte und argumentierten mit beinträchtigtter Sparneigung sowie Diskriminierung kleiner Sparerinnen und Sparer, mit Fehlallokationen von Finanzressourcen und Wachstumschranken für die Wirtschaft. Vielfach traten Banken aus dem Federal Reserve System (FED), das zur Sicherung des Finanzsystems geschaffen wurde, aus. So sank der Anteil der Einlagen der FED-Mitgliedsbanken an den Gesamteinlagen der Geschäftsbanken von 84% im Jahre 1960 auf 68,6% im Jahre 1984 (Streit 1986: 81). Die Regulierungen verloren ihre Wirksamkeit, und mit der Abschaffung der Zinshöchstgrenzen begann ein Liberalisierungsprozess (ebd.: 31, 42f.). Massenhaft wurden aus Sparrenden Anleger (Reich 2008: 93ff.). Die Kapitaloligarchien haben neue Akkumulationsquellen mobilisiert, neu kombiniert, auf neuen Wegen genutzt. Dabei haben sie sich und die Gesellschaft mit ihrer Wirtschaft radikal verändert: breite Anwendung der Computertechnik, Entfesselung der »Wirtschaft« bzw. der »Märkte«, vor allem »der Finanzmärkte«, entgrenzte Unternehmensprozesse, Kapitalkonzentration und -zentralisation. Verfügten 1970 die fünf größten Banken über 17% der Gesamteinlagen der US-Bankenindustrie, so waren es 2010 52% (Federal Reserve Bank of Dallas 2011: 7). Hinzu kamen das wachsende Gewicht transnationaler Konzerne, die Globalisierung des »Sechser-Zusammenhangs« und damit die »Globalisierung insgesamt«. Eine neue Art und Weise von Vergesellschaftung und ein neuer Typ wirtschaftlicher bzw. wirtschaftspolitischer Regulierung wurden etabliert.

In den USA und in den Zentren der globalen Industrieregionen bieten Kapitaloligarchien ausreichend Raum, um den sozialen Konsens zu erneuern, insbesondere über das Zusammenspiel von individuellen Lebensstilen mit Arbeiten, Wohnen, Mobilität, Bildung, Ernährung, sozialer Sicherung und Freizeitverhalten. Eine Lebensweise, die die Vorherrschaft der Kapitaloligarchien des »Finanzmarkt-Kapitalismus« stützt und reproduziert, ist entstanden. Sie ist mit Ausgrenzungen verbunden – in

den Zentren selbst, vor allem aber global. Sie erzeugt Gewalt und Umweltzerstörung.

Ein Hauptmittel ist Kapitalakkumulation mittels Finanzialisierung. Das individuelle und gesellschaftliche Leben wird zunehmend von Finanzoperationen bzw. Finanzmarktakteuren durchdrungen. Die Finanzialisierung mobilisiert Akkumulationsquellen, deren Einsatz Vergesellschaftung vorantreibt. Aber dabei werden die Menschen weiter vereinzelt. Sie setzen zur Sicherung ihres Alltags Geldmittel, Eigentumstitel und Zahlungsverprechen ein und bauen Vermögen auf, um die Gesundheits- und Altersvorsorge privat abzusichern. Ihre Vereinzelnung geht mit neuen Freiheiten und enormen Abhängigkeiten einher. Die Kapitaloligarchien, die den Alltag großer Teile der Bevölkerung kontrollieren, organisieren im gleichen Prozess einen gesellschaftlichen Konsens zu ihren Gunsten. Mit ihren Partnern im Staat, im Suprastaat, im politischen Leben bilden sie ein System, das über Deregulierung, Privatisierung, Staatsschuld- und Haushaltspolitik, Anleihen, Freihandel/Handels-, Außen- und »Sicherheits«politik die Akkumulation des Finanzkapitals forciert. So wird das gesellschaftliche Leben zunehmend geprägt. Dazu gehören:

- ein neues, über Medien kommuniziertes gesellschaftliches Leitbild – die Gesellschaft von Eigentümerinnen und Eigentümern an Kapital, die unternehmerisch mit ihren Arbeits- und Geldvermögen ihr Leben unabhängig und attraktiv gestalten;
- Finanzmarktinnovationen und neue Formen für den Umgang mit Schulden als Grundlagen für die Finanzierung von privaten Haushalten;
- Infrastrukturen, die ein flexibles und mobiles Konsumverhalten fördern;
- Forderungen nach besonderen Fähigkeiten, Fertigkeiten, Verhaltens- und Lebensweisen der Arbeitskräfte bzw. der Bürgerinnen und Bürger, um Flexibilität und Mobilität zu bewältigen;
- neue Privatisierung sozialer Leistungen, öffentlicher Unternehmen bzw. des Öffentlichen;
- ein neuer Typ von Manager, der die Unternehmensführung am Interesse von Rentiers ausrichtet – den Inhaberinnen und Inhabern von Anteilen am Unternehmen – und damit an einer Profitmaximierung, die zu Spekulation stimuliert (Toporowski 2008: 13-16);
- die Privatisierung und Finanzialisierung von Naturressourcen, von Naturverschmutzung und Naturzerstörung sowie die vereinbarten vorgeblichen Klimaschutzmechanismen (siehe Backhouse 2014).

Die Arbeitskräfte, Geschäftspartnerinnen und -partner, Kundinnen und Kunden, Verbraucherinnen und Verbraucher sollen neue Bedürfnisse und Nachfrage nach Waren hervorbringen, ihre Vermögen und Einkommen zur Organisation von Kapitalinvestitionen mobilisieren, engagiert und kreativ mehr oder weniger (unentgeltliche) Arbeit in gesellschaftlichen Arbeits-, Produktions-, und Reproduktionsprozessen organisieren oder verrichten, in herrschender Konkurrenz- und Sicherheitslogik denken und handeln, an der Hegemoniereproduktion teilnehmen.

Dass die Produktions- und Lebensweisen der Zentren der kapitalistischen Produktionsweise sozial und ökologisch nicht verallgemeinert werden können, sieht auch der Mainstream. »Wir leben über unsere Verhältnisse« ist eine in den Medien zu findende Aussage. Doch dieses »Wir« ist eine Verallgemeinerung, die von sozialer Ausgrenzung abstrahiert. Hier leben die einen »über die Verhältnisse anderer ...«, auch nach absoluten Maßstäben » (Lessenich 2014). Ulrich Brand und Markus Wissen haben sich mit den Ursachen dafür auseinandergesetzt und die »Lebensweise des globalen Nordens« mit »imperial« charakterisiert (Brand/Wissen 2011: 24). Sie machen zwei Dimensionen dieser Lebensweise aus: Die Ausbeutung von Arbeitskräften und Ressourcen des globalen Südens durch den globalen Norden und dessen Okkupation der natürlichen Senken. Sie verweisen auf Clark, Forster und York, die den ungleichen ökologischen Austausch zwischen Nord und Süd als »ökologischen Imperialismus« mit gravierenden sozialen und ökologischen Konsequenzen bezeichnen.³ Brand und Wissen wollen »dieses Konzept um die Perspektive der Gramscianischen Hegemonietheorie« ergänzen und sprechen von konkreten Alltagspraxen »imperialer Lebensweise« (Brand/Wissen 2012: 551). Die globalen Industriezentren als Orte dieser Lebensweisen können angesichts der BRICS-Realität jedoch nicht mehr auf »den globalen Norden« beschränkt werden.

Wird mit dem Begriff des Imperialen, der Imperialität, »das Kommando über die Akkumulation des Kapitals im Raum und in der Zeit« (Rilling 2007: 182) gefasst, wäre herauszustellen, dass die in den globalen Industrie- und Finanzzentren Herrschenden weltweite Entwicklungen bestimmen und damit die Lebensbedingungen in den anderen Regionen prägen. Es wäre zu zeigen, wie die imperialen Produktions- und Lebensweisen das Kommando der Herrschenden über die globalisierte Kapitalakkumulation stützen und reproduzieren. Ein wichtiges Mittel da-

³ Vgl. Foster, John Bellamy/Clark, Brett/York, Richard (2001): Der ökologische Bruch. Der Krieg des Kapitals gegen den Planeten, Hamburg.

bei sind Rentenversicherungs- und Immobilienfonds, in die auch Lohnabhängige freiwillig einzahlen bzw. aufgrund ihrer sozialen Probleme (Wohnen, soziale Absicherung) einzahlen müssen. Lohnbestandteile dienen dazu, den großen Fondseignern Profite aus primärer und sekundärer⁴ Ausbeutung zu bringen und weitere Liberalisierung wie Privatisierung vorzubereiten.

Von einem anderen Herangehen her und mit einem andern Fokus resümiert Langley: »Insgesamt ist der Alltag der globalen Finanzen in transformierte Netzwerke des Sparens und Borgens eingebettet, die sich mit den Netzwerken der Kapitalmärkte überlappen; verortet in der Funktion technologischer, moralischer und politischer Kräfteverhältnisse; verkörpert in neuen und unsicheren Finanzsubjekten und deren Selbstdisziplin; und er ist charakterisiert durch vielfältige, aber problematische Widerstandspraxen.« (Langley 2010: 40) Langley demonstriert einige Wechselbeziehungen zwischen den Finanzmarktakteuren auf den verschiedenen Ebenen. Früher ist man zu einer Bank gegangen, hat ein Sparbuch angelegt, Geld eingezahlt und vorher festgelegte Zinsen eingenommen. Die Bank war Kapitalgesellschaft in weitgehend konkret bestimmten Netzwerken. Heute ist das Investmentsparen zu einer weitverbreiteten Praxis geworden. Man kauft sich in einen Investmentfonds ein oder erwirbt Anteile an einem oder mehreren Fonds. Man spekuliert auf kurzfristige Preissteigerungen oder legt längerfristig an. Man kann auch einen Fondssparvertrag abschließen und das Investmentsparen längerfristig tätigen. Das ist insbesondere dann der Fall, wenn Kleinanleger sich eine private Rente bzw. einen privaten Rentenanteil sichern wollen. Dies kann von den Regierenden befördert werden: durch Kürzungen bei den Zuschüssen in die öffentlichen Rentensysteme, durch Entlastung der Arbeitgeber bei den Sozialleistungen und durch Begünstigung des Investmentsparens und der Pensionsfonds (ebd.: 69, 71, 87).

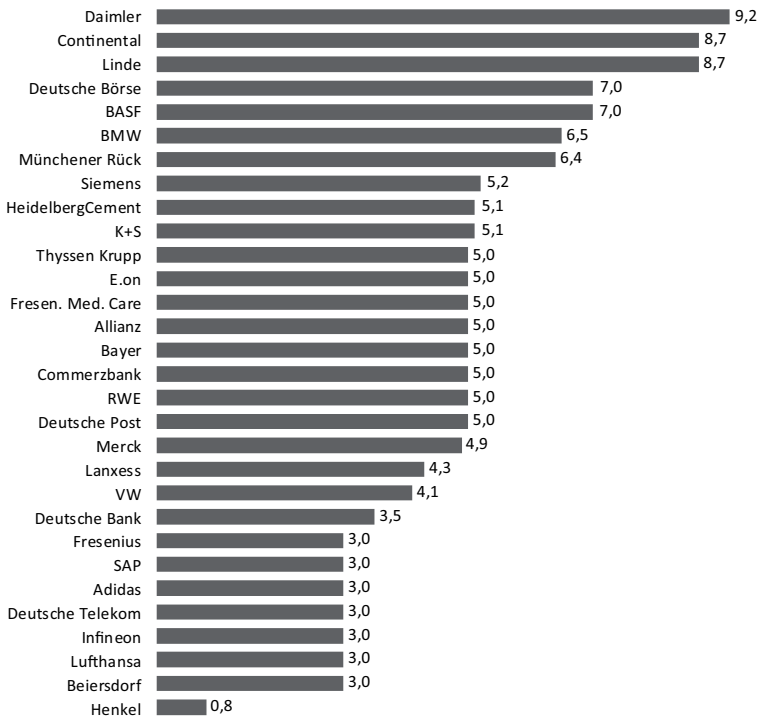
Ähnlich wie die Banken in der Vergangenheit ihre Stammkunden und Netzwerke hatten, haben auch die heutigen Banken und Fonds solche – aber diese sind wesentlich dynamischer, größer dimensioniert und weniger transparent. Sie bestehen aus globalisiert agierenden Mitgliedern und deren Netzwerken. So wirbt z.B. swisspartners: »Mit unserem global agierenden Netzwerk erarbeiten wir zukunftsweisende Lösungen nach Maß für Ihre Vermögens-, Steuer- und Erbschaftsplanung unter Einbezug komplexer Strukturen im Treuhand- und Versicherungsbereich ...

⁴ Primäre Ausbeutung findet im Produktionsprozess statt, sekundäre über Nichtäquivalententausch in der Zirkulation (siehe dazu Marx 1890: 623).

Als Netzwerk von Professionals aus sechs verschiedenen Gruppengesellschaften verfügt swisspartners über hochqualifizierte Fachkräfte. Mit fundiertem Wissen und langjähriger Erfahrung verwalten wir Vermögen unserer Kundschaft unter Wahrung der individuellen Anlageziele.« (swisspartners 2015)

Über 70% des Kapitals der swisspartners Investment Network AG gehört der LLB-Gruppe, d.h. der Liechtensteinischen Landesbank AG mit ihren hundertprozentigen Tochtergesellschaften Liechtensteinische Landesbank (Österreich) AG, LLB Asset Management AG und LLB Fund Services. Die Gruppe ist insbesondere in der Schweiz, in Österreich und in den Vereinigten Emiraten aktiv. Das Land Liechtenstein verfügt über fast 60% der Inhaberaktien (LLB 2015). Es war mit seiner Landesbank über lange Jahre hinweg eine »Oase« für Steuerflüchtlinge, insbesondere aus Deutschland. Nun lud man für Ende Januar 2015 zum ersten Finance Forum Liechtenstein. Geladen waren insbesondere Banker aus Deutschland: der ehemalige Chef der Deutschen Bank, Josef Ackermann, und Philipp Hildebrand, Vizevorsitzende von BlackRock (Finance Forum Liechtenstein 2015).

Das Beispiel illustriert, dass das alltägliche Investmentsparen mit den globalen Finanzen verknüpft ist und dass daher ethische Anlagefonds, Kreditprojekte und soziale Netzwerke kaum nachhaltige Alternativen bieten können (Langley 2010: 113ff., 208ff.). Die neuen Netzwerke der Banken und Fonds bzw. der Finanzmarktakteure sind Netzwerke mit Angehörigen konkreter global agierender Kapitaloligarchien, die Quellen für die Akkumulation ihres Finanzkapitals erschließen. Ein Blick auf die Anteile von BlackRock an den 30 DAX-Unternehmen (siehe Abbildung 1) stellt Langleys Abstraktion von Konzernen im »Sechser-Zusammenhang« auf den Prüfstand. Bei ihm ist es kein Thema, dass z.B. BlackRock in Gold, Diamant und seltene Metalle investiert, die unter unmenschlichen Bedingungen gefördert werden. Langley thematisiert die Ratings (z.B. Langley 2010: 237), fragt aber nicht nach der politökonomischen Macht der Ratingagenturen. Dabei sind die Eigentümer der drei großen Ratingagenturen an allen Investmentbanken und Unternehmen der 500 weltgrößten Unternehmen beteiligt (Rügemer 2012: 62). Langley verweist aber mehrfach auf Beschäftigungs- und Lohnprobleme (z.B. ebd.: 235). Schließlich geht das Verhalten der Investmentsparenden und Borgenden, auch wenn sie sich als berechenbare, disziplinierte Kundinnen und Kunden beweisen wollen, wesentlich auf Unkalkulierbares zurück. Sie leben unter ökonomischen Unsicherheiten, und die Herstellung sozialer Sicherheit wird von den Herrschenden zunehmend politisch ge-

Abbildung 1: BlackRocks Anteile an den 30 DAX-Unternehmen

Quelle: Jost (2014)

zielt in die Eigenverantwortung der Bürgerinnen und Bürger delegiert. Diese werden massenhaft durch Werbung zur Aufnahme von Konsumentenkrediten gelockt, durch Studiengebühren zur Kreditaufnahme gedrängt, zum Hypothekenkredit für den privaten Wohnraum – auch und insbesondere mit Blick auf die Alterssicherung – stimuliert oder genötigt. Wer heute einen Kredit nimmt, kann im Allgemeinen sicher sein, dass der Kredit verbrieft wird, in und über Netzwerke von Gläubigern zirkuliert und neue Kreditaufnahmen bewirkt.

Für das Verständnis der jüngsten Finanzkrise ist die Beschäftigung mit der Rede des damaligen US-Präsidenten George W. Bush vom 16.12.2003 hilfreich. Sie illustriert eine die Gesellschaftspolitik prägende Logik: Die Gesellschaft der USA solle eine »Eigentümergeellschaft« sein. Der Weg dorthin soll kreditfinanziert realisiert werden. Bush führte damals aus:

»Unsere Regierung unterstützt Wohneigentum, weil das gut für Amerika ist; gut für unsere Familien; gut für unsere Ökonomie. Eine der größten Hürden für das Wohneigentum ist der Erhalt von Geld ... und so habe ich heute die Ehre, ein Gesetz zu unterschreiben, das vielen Käufern bei der Abzahlung helfen wird, die Hürde zu überwinden und einen wichtigen Bestandteil des amerikanischen Traums zu erreichen ... Diese Regierung will ständig bestrebt sein, die Eigentümergesellschaft in Amerika zu fördern ... Die Wohneigentumsrate in Amerika steht auf dem Rekordstand von 68,4%. Da ist noch Raum zur Verbesserung. Die Wohneigentumsrate unter den Minderheiten ist unter 50% und das ist nicht gut ... Viele Menschen sind in der Lage, eine monatliche Hypothekenzinszahlung zu erbringen, aber nicht in der Lage, eine Abzahlung zu leisten. Und so wird diese Regierung eine Unterstützung von jährlich 200 Millionen Dollar zur Abzahlung für mindestens 40.000 Familien mit niedrigen Einkommen autorisieren. ... Der Traum vom Wohneigentum soll für jeden hartarbeitenden Amerikaner erreichbar sein.« (Bush 2003)⁵ Das Gesetz bestand aus drei Teilen: aus einer Verdopplung der Mittel für Wohnberatungsleistungen für Kreditgeber, potenzielle Käufer und Gemeinschaften; aus neuen Regelungen, die es den Käufern erleichtern, Preise zu vergleichen, das beste Geschäft und den bestmöglichen Service zu vereinbaren; aus neuen Regeln, die es den Wohnraumkäufern und -eigentümern erleichtern, Kreditanträge zu stellen und Hypothekenkreditverträge zu schließen. Die Gesetzesrealisierung hat dazu geführt, dass ein zweitklassiger Kreditmarkt für aufgrund ihrer Vermögens- und Einkommensverhältnisse, ihrer ethnischen Zugehörigkeit und ihres Geschlechts Benachteiligte geschaffen wurde. Hier waren die Zinsraten höher als auf dem erstklassigen Kreditmarkt. Während die Haushalte der Farbigen 63% ihres Nettovermögens zur Sicherung von Wohneigentum aufbringen mussten, waren es bei den Weißen nur 38,5% (Young 2013: 284f.). Frauen, insbesondere farbigen Frauen, wurde der Zugang zu den Krediten deutlich schwerer als Männern, vor allem als weißen Männern, gemacht (ebd.: 284).

Auf diesem zweitklassigen Markt zirkulierten die Kreditgeber die Verbriefungen/die Sicherungen der Schuldnerinnen und Schuldner. Einer

⁵ Die Herrschenden, die hinter diesen Geldbewegungen stehen, nennt Bush nicht. Es sind die global agierenden Kapitaloligarchien. Sie finanzialisieren das Leben der Gesellschaft und ihrer Mitglieder, um das Kapital für neue Großprojekte, insbesondere im »Sechser-Zusammenhang«, zu mobilisieren und um die Zustimmung für solche Projekte in der Gesellschaft zu sichern. Darauf beruht ihre Kontrolle über die Gesellschaft.

Verbriefung folgte die nächste, sie wurden in den Netzwerken der Kreditgeber und über diese hinaus in Umlauf gebracht. Aber die Darlehensgeber auf dem Subprime-Markt waren selbst nur schwach gesichert. Als dann, wie allgemein bekannt, die Kreditnehmerinnen und Kreditnehmer vielfach wegen Lohneinbußen ihre fälligen Zinsen und Rückzahlungen nicht tätigen konnten und in der Folge zahlreiche Kreditgeber ebenfalls zahlungsunfähig wurden, krachten nicht allein die Netzwerke der Subprime-Gläubiger zusammen. Schließlich waren diese Netzwerke insbesondere über Hedgefonds mit den »globalen Finanzen« verknüpft. Ende 2012 waren mehr als 6 Millionen Wohnungen von Zahlungsunfähigen geräumt worden, weitere 4 Millionen waren von der Zwangsräumung bedroht (ebd.: 285).

So richtig in diesem Zusammenhang von prekären Kreditgebenden und Kreditnehmenden gesprochen werden kann (Langley 2010: 235), so falsch ist es, den Wohnungsmarkt auf eine Angelegenheit von Kauf und Verkauf von Wohnungen zu reduzieren: Der Blick auf große Transaktionen von Wohnungsportfolios in Deutschland (siehe Tabelle 2) zeigt das Engagement von Banken und Fonds wie »Anlegern an der Börse« auf diesem Markt.

2014 gingen die Großverkäufe von Wohnungsportfolios weiter und übertrafen bei Weitem die von 2013. So hat ein Joint Venture des Immobilienkonzerns Prelios und der Deutschen Bank ein Paket mit 18.000 Wohnungen an das österreichische Wohnungsunternehmen BUWOG verkauft (Franke/Lorenz-Henning 2014: 4-6). In den ersten drei Quartalen 2014 wurden 79,3% der in Deutschland verkauften großen Wohnportfolios an deutsche Unternehmen, 15,9% an andere europäische Investoren, 0,8% an Käufer aus Nahost bzw. an 1,7% Finanzkräftige aus Nordamerika verkauft. Die Käufer waren zu 59,2% Immobilien AGs, zu 12,3% Spezialfonds, zu 7% Immobilienunternehmen, zu 4,9% die öffentliche Hand, zu 3,4% Investment/Asset Manager, zu 2,7% Pensionskassen, zu 2,6% Equity/Real Estate Funds (Fritz 2014).

Das Sparen und Borgen für das Eigenheim hat sehr komplexe soziale und ökologische Konsequenzen. Da ist insbesondere der enorme Flächenverbrauch, der seit Langem zu den zentralen Umweltproblemen gehört. Täglich verliert die Bundesrepublik ca. 90 ha natürliche Bodenfläche. Dafür wachsen die Straßen um etwa 22 ha täglich. Der Trend zum »Eigenheim im Grünen« aber hält an. Das selbst genutzte Wohneigentum, ca. 18,2 Millionen Wohneinheiten, ist überwiegend in Ein- und Zweifamilienhäusern anzutreffen (ifs 2014). Es hemmt die klimapolitisch dringend erforderlichen Investitionen in die energetische

Tabelle 2: Transaktionen von Wohnungsportfolios in Deutschland ab 10.000 Wohneinheiten (WE), 2010 bis 2013

Jahr	WE	Verkäufer	Verkauftes Unternehmen	Käufer
2010	Keine Transaktion mit mehr als 10 000 Wohneinheiten			
2011	29.300	Cerberus/Goldman Sachs	GSW Immobilien AG (60 %)	Anleger an der Börse
	25.100	BayernLB (Bayerische Landesbank)	DKB Immobilien AG (100 %)	TAG Immobilien AG
	23.400	Barclays Bank	BauBeCon Immobilien GmbH (100 %)	Deutsche Wohnen AG
	22.000	Speymill Deutsche Immob. Company	–	Cerberus
	21.000	Landesbank Baden-Württemberg (LBBW)	LBBW Immobilien GmbH (100 %)	Konsortium um Patrizia Immobilien AG
	13.000	Archstone (Lehman Brothers)	DeWAG GmbH (100 %)	AvalonBay Communities, Equity Residential
	11.400	Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BImA)	TLG WOHNEN GmbH (100 %)	TAG Immobilien AG
	53.200	Anleger an der Börse	GSW Immobilien AG (91 %)	Deutsche Wohnen AG
	44.900	Goldman Sachs	LEG Immobilien AG (50 %)	Anleger an der Börse
	29.400	BayernLB (Bayerische Landesbank)	GBW AG (92 %)	Konsortium um Patrizia Immobilien AG
2013	27.800	Terra Firma Capital Partners	Deutsche Annington SE (16 %)	Anleger an der Börse
	25.500	Fortress Investment Group	GAGFAH Group (18 %)	Anleger an der Börse
	11.800	Goldman Sachs	LEG Immobilien AG (13 %)	Anleger an der Börse
	10.100	Fortress Investment Group	GAGFAH Group (7 %)	Anleger an der Börse

* gerundet; bei Verkäufen von Unternehmensanteilen wurde die Zahl der Wohneinheiten anteilig angerechnet.

Quelle: Franke, Lorenz-Henning 2014

Gebäudesanierung. Die Wohneigentumsquote beträgt ca. 43% (Statistisches Landesamt Sachsen-Anhalt 2014). Entfielen 1960 auf eine Person in der Bundesrepublik statistisch 14 m² Wohnfläche, waren es 2010 bereits 42 m². Kommunen konkurrieren um die Neuansiedlung von Gewerbe- und Wohngebieten. Für Bodeneigentümer ist die Veräußerung des Bodens als Bauland meist ökonomisch günstiger als die landwirtschaftliche oder naturnahe Nutzung. Bei der Bauleitplanung wird in der Regel ausgehend vom »Bürger mit Auto« gedacht (siehe Bündnis 90/Die Grünen/Kreisverband München-Land 2013). Die »Autokommune« beeinträchtigt die Lebensqualität durch Naturverschmutzung und -zerstörung, Lärm, Gefahren – insbesondere für Kinder –, durch Stress, Ausgrenzung der Menschen ohne Auto, durch Aggressivität, verlorene Chancen für menschenwürdiges Wohnen in einem attraktiven Wohnumfeld, für Räume der Kommunikation und des solidarischen Miteinanders in der Kommune.

Auch die Kapitaleliten sind mit Widersprüchen konfrontiert: Um global konkurrenzfähig zu sein, muss man Lohnkosten drücken. Dies steht aber im Widerspruch zu den Interessen der Konsumgüterproduzenten, der Finanzmarktakteure und der Erbringer von Humandienstleistungen. Um global konkurrenzfähig und dominierend zu sein, braucht man entsprechende Wirtschaftsstrukturen, die »Sicherheit« und Attraktivität ausstrahlen. Diese »Sicherheit« und Attraktivität haben zum einen ebenfalls mit Wirtschaftsstrukturen zu tun, zum anderen mit weiteren Machtressourcen, Ideologien, Ethik, Überwachung, mit der Schwäche der Gegenkräfte. Für die Entwicklung der Wirtschaftsstrukturen werden Akkumulationsquellen gebraucht. An deren Mobilisierung und Verwertung ist die Bevölkerung beteiligt – als Arbeitskräfte, Konsumierende, Eigentümer, Finanzmarktakteure, »ruhige Mitspielende«. Sie werden auf diese Herausforderungen der Kapitalakkumulation orientiert, weshalb die Rahmenbedingungen stimmen sollen: »die Märkte« sollen funktionieren, »der Staat« soll für die funktionierenden Märkte, die fähigen und disziplinierten Arbeitskräfte, die Konsumierenden, Eigentümer, die Investoren, für leistungsfähige Infrastrukturen und für »Sicherheit« sorgen. Er soll gewährleisten, dass die erforderlichen Akkumulationsquellen mobilisiert werden, aber er soll zugleich die dafür anfallenden Kosten für das Kapital minimieren: die Steuern drücken, die Aufträge für lukrative Investitionen sichern, die Kapitalflüsse nur minimal regulieren. Der Staat kommt diesen Anliegen nach: von 1992 wuchs die Börsenkapitalisierung in der EU von 22% des BIP bis Ende 2013 auf 65% (Europäische Kommission 2015: 7); in diesem Zeitraum ist die Armut deutlich gestie-

gen. Waren 1992 in der EU ca. 15% der Bevölkerung von Armut betroffen bzw. bedroht, so waren es Ende 2013 25% (siehe Commission of the European Communities 1992; EAPN 2014).

Unter den Kapitaleliten gibt es Interessenskämpfe. Aber ihr Allgemeininteresse in Deutschland und in der Europäischen Union kann übersetzt werden in Konsolidierung der öffentlichen Haushalte, Patent- und Investitionsschutz, aktive Wirtschaftsregierung, Kapital-, Banken- und Energieunion, Infrastrukturpolitik, Delegierung von Verantwortung auf die Bürgerinnen und Bürger für ihre Beschäftigungsfähigkeit und soziale Sicherheit, Freihandel und Deregulierung der Märkte, weitgehende Privatisierung, Einsatz öffentlicher Mittel im Interesse der Kapitalverwertung bei unternehmens- und vermögensfreundlicher Steuerpolitik. Kapitaloligarchien und ihre Partner sorgen dafür, dass dies auch umgesetzt wird. Stichworte wie »Öffentlich-Private-Partnerschaften« bzw. »Public-Private-Partnerships«, »European Long-Term Investment Fund« (ELTIF), »Investitionsoffensive für Europa«, »Eigenheim«, »private Rente«, »Studiengebühren« sind Belege dafür. Bei ELTIF und der Investitionsinitiative soll privates Geld langfristig angelegt werden, um die Infrastruktur zu verbessern. Öffentliche Mittel sollen das stimulieren und Risiken übernehmen. Bei ELTIF denkt die Europäische Kommission zu 70% an Vermögenswerte von über 10 Millionen Euro und Unternehmen/Projekte, die nicht an der Börse gehandelt werden: Schulen, Krankenhäuser und Gefängnisse, soziale Infrastruktur, Sozialwohnungen, Straßen, Personenverkehrssysteme, Flughäfen, Energieinfrastruktur, Klimaprojekte, Atomkraftwerke, Pipelines und Netze, Wasser-, Abwasser- und Bewässerungssysteme, Kommunikationsinfrastruktur, Recycling- und Abfallsammelsysteme. Zu 30% plant die Europäische Kommission weitergehende Investitionen. Damit es sich für die privaten Investoren »rechnet«, wird Druck ausgeübt, um weitere Liberalisierungen und Privatisierungen voranzutreiben (WEED 2014). ELTIF ist nunmehr auch ein wichtiger Bestandteil der »Investitionsoffensive für Europa«, mit der zusätzlich mindestens 315 Mrd. Euro für Investitionen mobilisiert werden sollen. Pensionsfonds werden als mögliche Partner genannt. Wieder wird herausgestellt, dass »die innovativen Finanzinstrumente« Hebelwirkungen mit dem Faktor 15 oder 20 auf den Finanzmärkten erzielen sollen. Damit ist zwangsläufig neue Spekulation verbunden. Die »innovativen Finanzinstrumente« werden u.a. mit »Lösungen in Form von öffentlich-privaten Partnerschaften« (Europäische Kommission 2014: 14) verbunden und mit »Strukturreformen« (ebd.: 15) verknüpft – mit mehr Markt, d.h. mit mehr Macht der an den Märkten Mächtigsten. Di-

ese Logik findet sich dann auch in der vom Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel im Sommer 2014 einberufenen Expertenkommission für »eine neue Investitionsstrategie« in Deutschland. Auch in einer Studie für die Wirtschaftsminister Deutschlands und Frankreichs heißt es: »Die EU (und insbesondere die Staaten des europäischen Festlandes) sollten den Wandel von einer banken- und kreditbasierten Wirtschaft zu einer markt- und anteilsbasierten Wirtschaft vorantreiben. Dieser Wandel ist deshalb erforderlich, weil das kreditbasierte europäische System nicht in der Lage ist, die Schaffung eines neuen Wachstumsmodells zu unterstützen.« (Enderlein/Pisani-Ferry 2014: 30) Es sind jedoch nicht »die Märkte«, die investieren, sondern bestenfalls die an den Märkten bzw. an der Börse Agierenden. Da dies für sie profitabel sein muss, werden die Interessen großer Bevölkerungsgruppen, der Weltbevölkerungsmehrheit, am Profit ausgerichtet und die Erfordernisse einer sozial und ökologisch nachhaltigen Entwicklung geopfert.

3. So what? – Einige Schlussfolgerungen

Die Bürgerinnen und Bürger sind also mit ihrer unbezahlt geleisteten Arbeit, ihren Vermögen, Einkommen und Zirkulationsmitteln in die Mobilisierung von Akkumulationsquellen einbezogen. In den Zentren der kapitalistischen Produktionsweise tun sie dies, weil sie es müssen, um Einkommen zu erwirtschaften, sich sozial abzusichern, ihr Wohnproblem zu lösen; bzw. sie tun es, weil sie meinen, es tun zu müssen. In der Warenproduktion verrichten sie Arbeit, deren Ergebnisse privat/durch Kapitaloligarchien angeeignet werden. Es findet vergesellschaftete (primäre) Ausbeutung statt. Wenn dieser Mehrwert in Gestalt des Profits dann (teilweise) als Zins an die Einzelnen zurückfließt, partizipieren sie an den Ergebnissen der vergesellschafteten Ausbeutung, der sie selbst ausgeliefert sind.

Das geschieht sozial und global sehr unterschiedlich, und große Bevölkerungsteile partizipieren gar nicht: Weil sie nicht an dieser Warenproduktion aktiv mitwirken und/oder nichts einspielen können; weil der Zins de facto Lohnanteil und der erhaltene Lohn gekürzter Lohn ist, oder weil bestimmte Projekte scheitern. So findet Umverteilung statt, sekundäre Ausbeutung. In diesem »Spiel« werden die sozial und global Schwachen am meisten, am brutalsten ausgegrenzt und ausgebeutet. Es werden Ressourcen geplündert, wird Gewalt gegen Menschen ausgeübt und Natur zerstört.

Den Individuen stellt sich das »Spiel« als gegeben dar. Das Ergebnis erscheint als Glück-oder-Pech-haben, als Erfolg oder Misserfolg. Was wie ein Glücksspiel aussieht, ist eine tief verankerte Lebensweise. Und diese stärkt genau jenen »Sechser-Zusammenhang« und die mit ihm verquickten Kapitaloligarchien, von denen die ökologische Zerstörung und soziale Spaltung sowie neue Zwänge zu einer derartigen Lebensweise ausgehen. Die Individuen werden vereinzelt, auf Funktionen im Akkumulationsprozess zugerichtet, Konkurrenz- und Ausbeutungsverhältnisse angepeitscht. »Diese Gesellschaft« ist eine globalisierte »Externalisierungsgesellschaft« (Lessenich 2014), in der die Herrschenden in den globalen Industrieregionen im Konsens mit der dortigen Mehrheit die imperiale gesellschaftliche Lebensweise in ihrem Interesse fortsetzen, den global Schwächeren ein selbstbestimmtes Leben in Würde vorstellen. »Vor allem leben die Leute der Externalisierungsgesellschaft auf deren Kosten, zu deren Lasten.« (Ebd.) Zu diesem »Externalisierungsmechanismus« gehören die Finanzialisierung und der mit ihr verbundene »Freihandel«: Hinter beiden steht die von Profimaximierung getriebene Akkumulation des Finanzkapitals, die Mobilisierung der dafür nötigen Quellen. Beim Freihandel geht es den Hauptakteuren um den möglichst ungehinderten Zugriff auf Naturressourcen, Arbeitsergebnisse, Arbeitsvermögen. Und bei der Finanzialisierung geht es um den Zugriff mächtigster Finanzmarktakteure auf alle vorhandenen und potenziellen bzw. gewünschten Akkumulationsquellen für das Finanzkapital. Finanzialisierung und Freihandel sind entscheidende Mittel, um die Vorherrschaft der heutigen Kapitaloligarchien durchzusetzen. Die gesellschaftlichen Mehrheiten in der globalisierten »Externalisierungsgesellschaft« können den Willen, selbstbestimmt, solidarisch und ökologisch zu leben, nicht in Handeln umsetzen. Vielfach gibt es diesen Willen nicht einmal.

Wie aber soll aus den von globalisierten Kapitaloligarchien beherrschten Vergesellschaftungszusammenhängen ausgestiegen werden, wenn der Alltag der großen Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger in ihnen derart fest verankert ist und die eigenen Lebensstile, die gesellschaftliche Lebensweise prägt? Ansatzpunkte ergeben sich aus jenen Stellen dieser Herrschaft, die besonders parasitär, gefährlich, zerstörerisch oder schlicht widersinnig zu sein scheinen. Zunächst geht es um nicht mehr und nicht weniger, als gegen den alltäglichen Wahnsinn des »Finanzmarkt-Kapitalismus« zu rebellieren. Das beginnt mit ganz einfachen Forderungen:

- Gegen Aufrüstung und Waffenexporte
- Gegen die Totalüberwachung der Bürgerinnen und Bürger

- Gegen eine Investitions- und Infrastrukturpolitik, die auf Großprojekte setzt, die den Bürgerinnen und Bürgern, der Natur schaden
- Gegen eine Haushalts-, Steuer- und Finanzpolitik, die von unten nach oben und von öffentlich zu privat umverteilt
- Gegen Freihandel, gegen die EPAs, TTIP, CETA, TISA⁶
- Gegen den Zwang, um sozialer Sicherheit willen zum Finanzmarktakteur zu werden
- Gegen die politische Orientierung an den USA
- Gegen die »Externalisierungsgesellschaft«, die die hier Lebenden zwingt, an der Ausbeutung der global Schwächeren teilzunehmen
- Gegen diesen Konsens, gegen diese Alternativlosigkeit

Das »Gegen« mag defensiv anmuten, aber erstens ist Ausstieg aus dem »Finanzmarkt-Kapitalismus« Bedingung der Veränderung, zweitens sind die emanzipatorisch-solidarischen Kräfte in der Defensive, drittens sind dies Ansatzpunkte für Alternativen, die im Alltag beginnen können, viertens gibt es hier reale Aktionen und politische Bündnisse, fünftens können diese »Gegenbewegungen« vor dem Hintergrund der beschriebenen zerstörerischen Dynamik auch offensiv übersetzt werden in: Selbstbestimmt in Würde, solidarisch, ökologisch leben! Dies wäre eine radikale Forderung, die eine integrierende Plattform für die Arbeit an gesellschaftspolitischen Reformalternativen bilden könnte. Das aber verlangt, dass nicht länger die in den »stummen und lauten« Zwängen vorhandenen Handlungsmöglichkeiten verpasst werden, weil es keine permanente Analyse von Interessenkonstellationen, keine permanente Suche nach Handlungsmöglichkeiten, keine ständige Solidarisierung mit jenen, die am dringlichsten Solidarität brauchen, gibt.

Ausgehend von dieser Selbstkritik und vom »Gegen« wäre linke Strategiearbeit zu leisten, um Abwehrkämpfe mit der Erschließung von Handlungsmöglichkeiten verbinden zu können. Bei diesen Kämpfen geht es um die Frage, ob die Kapitaloligarchien weitere Quellen für die Akkumulation des Finanzkapitals mobilisieren und nutzen können. Die Offensive betrifft den Alltag der Menschen. Die Strategiearbeit der Linken wäre an diesem Alltag und zugleich visionär an Transformation als strukturelle Rückdrängung/Überwindung einer Vergesellschaftungsweise durch Kapitaloligarchien zu orientieren. Es geht um die Schaf-

⁶ EPAs – Europäische Partnerschaftsabkommen im Sinne neokolonialer Freihandelsabkommen mit den AKP-Staaten, TTIP-Freihandelsabkommen USA-EU, CETA-Freihandelsabkommen Kanada-EU, TISA-Abkommen über die weitere Liberalisierung des Handels mit Dienstleistungen.

fung der Bedingungen, damit sich Menschen als assoziierte Freie vergesellschaften können.

In den anstehenden Abwehrkämpfen gilt es, demokratische, soziale und ökologische Standards zu verteidigen, weitere Privatisierungen des Öffentlichen und den Einsatz öffentlicher Mittel zur Stärkung der Konzerne zu verhindern. Das schafft Voraussetzungen dafür, neue »Finanzialisierungsschübe« zu vermeiden. Zugleich geht es darum, (Groß)Projekte einer Industriepolitik zu stoppen, die auf globale Konkurrenz- und »Handlungsfähigkeit« sowie auf »Sicherheit« fixieren und so Militarisierung forcieren. Die Abwehrkämpfe gegen (neue) Freihandelsabkommen wären zeitgleich zu stärken.

Besonders wichtig ist es, konkret machbare Perspektiven aufzuzeigen und für deren Durchsetzung Kräfte zu mobilisieren. Das beginnt mit lokal und regional beeinflussbaren Problemlösungen in der Wohnungswirtschaft, in der Energieversorgung und im Transportwesen wie in konkreten Feldern der Bau- und Agrarwirtschaft. Sie erfassen das Leben der Bürgerinnen und Bürger, die als Beschäftigte, Einwohnerinnen und Einwohner, Nutzerinnen und Nutzer, Verbraucherinnen und Verbraucher, als Kundinnen und Kunden, als sozial, ökologisch, politisch Engagierte mit ihren Organisationen und Zusammenschlüssen den gesellschaftlichen Konsens infrage stellen könnten. Dafür wäre an lokal und regional verankerten Bündnissen wie an überregionalen, europäischen, transnationalen Vernetzungen dieser Bündnisse zu arbeiten. Diese wären folgerichtig wiederum am Erhalt, an der Demokratisierung und am Ausbau des Öffentlichen, an demokratischen, sozialen und ökologischen Standards, an Möglichkeiten für alternative Lokal- und Regionalentwicklung auszurichten (Dellheim 2014: 358-362).

Für den Beginn sind die politischen Auseinandersetzungen in den Bereichen Wohnen/Wohnumfeld/Mobilität und soziale Sicherung – mit ihren Links zu sozialer Sicherheit, Gemeingütern und zu einer anderen Sicherheitspolitik – von Bedeutung; vor allem wegen der hier stattfindenden Kämpfe und ihres Stellenwerts in den Akkumulations- und Gesellschaftsstrategien der Kapitaloligarchien; wegen der Potenzen, Bürgerinnen und Bürger, gesellschaftliche Akteure zu aktivieren, zusammenzubringen, zu solidarisieren, sie für eine andere gesellschaftliche Lebensweise zu interessieren.

Heute gewinnt die Unterstützung der griechischen Syriza-Regierung durch die Linken an Bedeutung. Ihre Maßnahmen zur Bekämpfung von Armut und Arbeitslosigkeit sowie zu umfassenden Reformen müssen unterstützt werden. Mehr noch: Es wäre für die Verallgemeinerung sol-

cher Maßnahmen innerhalb der EU einzutreten und Gemeinsamkeiten in diesen Interessen, Forderungen und Positionen wären politikwirksam zu machen. Das betrifft insbesondere das Ringen um Transparenz und Demokratisierung, die Durchsetzung von Bürger- und Menschenrechten, um Solidarität, Steuergerechtigkeit, die Auseinandersetzung mit Korruption und mit der Schuldenproblematik, mit Repressionen und Militarisierung, mit oktroyierter sozialer wie ökologischer Zerstörung, mit Privatisierung und Finanzialisierung. Da geht es auch um Akkumulationsquellen als politische Problematik und ein solches Herangehen könnte helfen, die politische Kraft des »Gegen« produktiv zu stärken. Von dessen Stärke hängen die möglichen Szenarien gesellschaftlicher Entwicklung in der EU ab. Für diese wiederum sind die politischen Kräfteverhältnisse in Deutschland wesentlich. Es zeichnen sich drei Szenarien ab: 1) noch stärker bestimmt durch die Interessen US-amerikanischer Kapitaloligarchien und damit an Finanzialisierung/Liberalisierung/Privatisierung/Militarisierung orientiert; 2) weiter so, aber stärker ausgerichtet an den Interessen der in der EU verankerten Kapitaloligarchien; 3) die Macht der Kapitaloligarchien zurückdrängen, ihre Herrschaft brechen, eine problemlösende sozialökologische Transformation einleiten.

Die Schwäche der Linken hat sicher auch damit zu tun, dass sie wichtige Fragen zu eng betrachten, »arbeitsmarktpolitisch« oder »sozialpolitisch«. Wenn man Interessen und Interessenkonstellationen nur sporadisch analysiert, immer »nur« aus Gründen der Arbeitsplätze, Löhne, Tarife und Preise für oder gegen etwas ist und/oder für ein bedingungsloses Grundeinkommen als Generallösung eintritt, dann übersieht man Vieles; dann beschäftigt man sich nicht mit jenen Kontexten, aus denen die Herrschenden im eigenen Akkumulations- und Machtinteresse handeln, neue Angriffe starten; dann bleiben Möglichkeiten zur Selbstermächtigung, Einflussnahme auf das gesellschaftliche Leben, insbesondere auf den »Sechser-Zusammenhang«, ungenutzt; dann schwinden Handlungsmöglichkeiten. Aber die Schwäche der Linken ist auch darin begründet, dass man sich zu wenig dessen bewusst wird, inwiefern man selbst Fetischisierungen aufgefressen ist. Oft sind Linke nicht daran erkennbar, dass sie ihre individuellen und kollektiven Möglichkeiten, anders zu leben, ausreizen und die Grenzen solcher Möglichkeiten zu einem Ausgangspunkt von Alltagspolitik machen. Die eigenen Lebensstile, die Geschichte eigener Fetischismus-Kritik und die eigene politökonomische Bildung sind Schwerpunkte notwendiger Auseinandersetzung mit der eigenen Schwäche. Da sollten es auch die »Bessergestellten« unter den Linken unterlassen, ein Eigenheim und private Sicherheitsmodelle an-

zustreben. Diese sind auf Entsolidarisierung und die Reproduktion der Wirtschafts- und Machtstrukturen angelegt.

Um politische Handlungsmöglichkeiten aufzuspüren, optimistische Ansätze verstetigen und weitertreiben zu können, bedarf es des Engagements linker Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler – insbesondere jener, die die Ursachen und Funktionsweisen des »Wahnsinns« und der Verfasstheit seiner Gegnerinnen und Gegner untersuchen, als Partnerinnen und Partner bei der Analyse von transformatorischen Potenzialen, bei der Entwicklung transformatorischer Projekte und politischer Strategien. Karl Marx und Rosa Luxemburg haben primär für jene geschrieben, die die Gesellschaft umgestalten wollen und daher andere von der Vernunft dieses Ansinnens zu überzeugen suchen. Sie haben unentwegt geforscht, um gesellschaftliche Entwicklung zu verstehen, die Idee von der Assoziation der Freien und Gleichen zu begründen, die hierfür agierenden Akteure zu stärken. Mit »dem Wahnsinn« kann man sich nur ernsthaft auseinandersetzen, wenn man immer wieder »zu Marx und Luxemburg greift« und mit ihrem Erbe eine eigene kritische Forschungs-, Denk- und Verhaltensweise im Alltag zu leben sucht. Da sind nicht die Forschungsergebnisse das Wichtigste, sondern der Prozess (Bourdieu 1991: 278). Man kann zwar auch dann scheitern, wenn man permanent nach politischen Handlungsmöglichkeiten sucht, aber vielleicht erwachsen aus dieser Suche neue Aktionsfelder, da neue Interessenkonstellationen entstehen. Wie Balibar schreibt: »Wir haben es heute nicht mehr mit der letzten Krise eines Versuchs, ›den Sozialismus‹ aufzubauen, zu tun, sondern mit der strukturellen, in ihrer Entwicklung unabsehbaren Krise einer (produktivistischen) Akkumulationsweise und einer (finanzgetriebenen) Regulationsweise des Kapitalismus, die äußerst heftige Brüche im Bewusstsein und im Gefühlsleben der Subjekte zum Gegenstück hat. Aber ich denke immer noch, in der Gesellschaft von Marx, zumindest so wie ich ihn verstanden habe, dass die Ethik, die wir nötig haben, genau diejenige ist, die sich zwischen unversöhnlichen Ansprüchen *teilt*, anstatt einfach anzunehmen, dass diese Ansprüche als zwei Seiten einer Medaille erscheinen würden, sobald die Menschen nur ein wenig guten Willen beweisen würden. (Balibar 2013: 198)

Literatur

- Backhouse, Maria (2014): Green Grabbing in the Brazilian Amazon, <http://kapacc.blog.rosalux.de/2014/02/14/maria-backhouse-green-grabbing-in-the-brazilian-amazon/>.
- Balibar, Etienne (2013): Marx' Philosophie. Mit einem Nachwort des Autors zur neuen Ausgabe. Übersetzt und eingeleitet von Frieder Otto Wolf, Berlin.
- Bourdieu, Pierre (1991): »Inzwischen kenne ich alle Krankheiten der soziologischen Vernunft«, Pierre Bourdieu im Gespräch mit Beate Kraus, in: Kraus, Beate (Hrsg.): Soziologie als Beruf. Wissenschaftstheoretische Voraussetzungen soziologischer Erkenntnisse, Berlin, S. 269-284.
- Bourdieu, Pierre (1993): *Sociology in Question*, London.
- Brand, Ulrich/Wissen, Markus (2011): Die Regulation der ökologischen Krise. Theorie und Empirie der Transformation gesellschaftlicher Naturverhältnisse, in: Österreichische Zeitschrift für Soziologie, 36. Jg., Heft 2, S. 12-34.
- Brand, Ulrich/Wissen, Markus (2012): Global Environment and the Imperial Mode of Living: Articulations of State-Capital Relations in the Multiple Crisis, in: *Globalizations*, 9. Jg., Heft 4, S. 547-560.
- Brie, Michael (2014): Von der Akkumulation des Kapitals zur Reproduktion einer solidarischen Gesellschaft. Folgerungen für revolutionäre Realpolitik. Eine kritische Reflexion der Rezeption von Rosa Luxemburgs »Akkumulation des Kapitals«. Ms.
- Bündnis 90/Die Grünen/Kreisverband München-Land (2013): Positionspapier Flächenverbrauch, www.gruene-ml.de.
- Bush, George W. (2003): Remarks on Signing the American Dream Downpayment Act, <http://www.presidency.ucsb.edu/ws/?pid=64935>.
- Commission of the European Communities (1992): Towards a Europe of Solidarity, COM(92)542 final.
- Dellheim, Judith (2014): Kapitaloligarchien und Transformation. Zur Entwicklung der Europäischen Union, in: Brie, Michael (Hrsg.): *Futuring. Transformation im Kapitalismus über ihn hinaus*, Münster, S. 332-367.
- EAPN (2014): 120 million people in European Union at risk of poverty, Presseerklärung, 6.12.1014, <http://www.eapn.eu/en/news-and-publications/news/eu-institutions-news/120-million-people-in-european-union-at-risk-of-poverty>.
- Enderlein, Hendrik/Pisani-Ferry, Jean (2014): Reformen, Investitionen und Wachstum: Eine Agenda für Frankreich, Deutschland und Europa. Ein Bericht für Sigmar Gabriel, Bundesminister für Wirtschaft und Energie, Emmanuel Macron, Minister für Wirtschaft, Industrie und Digitales, EPA (2008): Global Greenhouse Gas Emissions Data, <http://www.epa.gov/climatechange/ghgemissions/global.html>.
- Europäische Kommission (2014): Eine Investitionsoffensive für Europa, Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, die Europäische Zentralbank, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss, den Ausschuss der Regionen und die Europäische Investitionsbank, COM(2014) 903 final.
- Europäische Kommission (2015): Grünbuch. Schaffung einer Kapitalunion –

- COM(2015)63/2, SWD(2015)13.
- Federal Reserve Bank of Dallas (2011): Choosing the Road to Prosperity, Why We Must End Too Big to Fail—Now. Annual Report, Dallas.
- Finance Forum Liechtenstein (2015): Finance Forum Liechtenstein zeigt Strategien auf, <http://www.finance-forum.li/>.
- Foster, John Bellamy/Clark, Brett/York, Richard (2001): Der ökologische Bruch. Der Krieg des Kapitals gegen den Planeten, Hamburg.
- Franke, Jonathan/Lorenz-Henning, Karin (2014): Deutlicher Anstieg beim Handel großer Wohnungsportfolios in 2012 und 2013, in: BBSR-Analysen KOMPAKT, Heft 3.
- Fritz, Carla (2014): Wohnungspakete bleiben Anlegermagnet. procontraonline, 17. Oktober, <http://www.procontra-online.de/artikel/date/2014/10/wohnungspakete-bleiben-anlegermagnet/seite/1/>.
- Hynes, Patricia H. (2014): The »Invisible Casualty of War«: The Environmental Destruction of U.S. Militarism, in: DifferentTakes, 84. Jg., <http://traprock.org/wp-content/uploads/2014/06/Militarism-and-the-Environment.pdf>.
- ifs (2014): Wohneigentumsquoten in Deutschland und Europa, http://typo3.p165294.webspaceconfig.de/fileadmin/Daten_Fakten/Wohneigentumsquoten_in_Deutschland_und_Eurpoa.pdf.
- Jost, Sebastian (2014): EZB lässt sich von Finanzmacht BlackRock beraten. Die Welt, 27. August <http://www.welt.de/wirtschaft/article131660696/EZB-laesst-sich-von-Finanzmacht-BlackRock-beraten.html>.
- Langley, Paul (2010): The Everyday Life of Global Finance. Saving and Borrowing in Anglo-America, Oxford.
- Lefebvre, Henri (1974): Kritik des Alltagslebens. Bd. 1, München.
- Lessenich, Stephan (2014): Neben uns die Sintflut. Süddeutsche Zeitung, 30. Oktober.
- LLB (2015): Wir über uns, <https://www.llb.li/de/die-llb/ueber-uns>.
- Luxemburg, Rosa (1913): Die Akkumulation des Kapitals. Ein Beitrag zur ökonomischen Erklärung des Imperialismus, in: Gesammelte Werke, Bd. 5. Berlin, S. 5-411, <http://www.marxists.org/deutsch/archiv/luxemburg/1913/akkkap/index.htm>.
- Marx, Karl (1859): Zur Kritik der Politischen Ökonomie. Vorwort, in: MEW, Bd. 13, Berlin, S. 7-11.
- Marx, Karl (1864): Inauguraladresse der Internationalen Arbeiter-Assoziation, in: MEW, Bd. 16, Berlin, S. 5-13
- Marx, Karl (1890): Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie. Erster Band, in: MEW, Bd. 23, Berlin.
- Marx, Karl/Engels, Friedrich (1848): Manifest der Kommunistischen Partei, in: MEW, Bd. 4, Berlin, S. 459-493.
- Reich, Robert B. (2008): Superkapitalismus. Wie die Wirtschaft unsere Demokratie untergräbt, Frankfurt a.M.
- Rilling, Rainer (2007): Imperialität, US-amerikanische Diskurse seit 9/11, in: Brie, Michael (Hrsg.): Schöne neue Demokratie. Elemente totaler Herrschaft, Berlin, S. 141-207

- Rügemer, Werner (2012): Rating-Agenturen. Einblicke in die Kapitalmacht der Gegenwart, Bielefeld.
- Statistisches Landesamt Sachsen-Anhalt (2014): Indikator L109 – Wohneigentumsquote (%), <https://www.statistik.sachsen-anhalt.de/apps/StrukturKompass/indikator/zeitreihe/37>.
- Streit, Joachim (1986): Finanzinnovationen, Deregulierung und Geldmengensteuerung in den USA, Tübingen.
- swisspartners (2015): Der Weg zum Erfolg verlangt Sorgfalt, Respekt und Disziplin, http://www.swisspartners.com/lp/de/index_de.
- Toporowski, Jan (2008): The Economics and Culture of Financialisation, in: Working Paper. London: School of Oriental and African Studies, 158. Jg.
- WEED (2014): Europäische langfristige Investmentfonds (ELTIF), in: Informationsblatt, Heft Januar, http://www2.weed-online.org/uploads/infoblatt_europaeische_langfristige_investmentfonds.pdf.
- Wikipedia (2012): Barclays, <http://de.wikipedia.org/wiki/Barclays>.
- Wolf, Frieder Otto (2012): Rückkehr in die Zukunft – Krisen und Alternativen. Beiträge zur radikalen Philosophie, Münster.
- Young, Brigitte (2013): Gender, debt and the housing/financial crisis, in: Figart, Deborah M./Warnecke, Tonia L. (Hrsg.): Handbook of Research on Gender and Economic Life. Cheltenham, S. 278-289.
- Zukunftsrat Hamburg (2012): Der ökologische Fußabdruck der Hansestadt Hamburg. Eine Stadt lebt auf zu großem Fuß, Hamburg.

Wanja Saatkamp

Kann Plastik die Welt verändern?

Möglichkeitssinn und soziale Plastik – was aktuelle Projekte vorleben, die angesiedelt zwischen künstlerischer Praxis und sozialer Bewegung unsere Gesellschaft transformieren

»Wenn es aber Wirklichkeitssinn gibt, ... dann muß es auch etwas geben, das man Möglichkeitssinn nennen kann. ... und wenn man ihm von irgendetwas erklärt, dass es so sei, wie es sei, dann denkt er: Nun, es könnte wahrscheinlich auch anders sein. So ließe sich der Möglichkeitssinn geradezu als die Fähigkeit definieren, alles, was ebenso gut sein könnte, zu denken und das, was ist, nicht wichtiger zu nehmen als das, was nicht ist.«

Robert Musil »Der Mann ohne Eigenschaften«

»Was ist ist // Was nicht ist ist möglich // Nur was nicht ist ist möglich // Wir schreiben schwarze Zahlen ins utopische Kalkül // Wir fordern Fingerspitzen und das passende Gefühl // Tagsüber auch die Sterne, mehr Sterne überhaupt // Und heute schon die Gestirne zum Untertagebau // Wir fordern Sonnenuntergang für das Abendland // Tanzvermögen, unerschöpflich, die Nacht danach ist lang // ohne.....und jenseits von Kritik // einen völlig leeren Himmel, angereichert mit Musik.«

Einstürzende Neubauten »Was ist ist«

Im Folgenden werden vier Projekte vorgestellt, die aus meiner Sicht spannende Annäherungen zwischen sozialer Bewegung und verschiedenen künstlerischen Praxen darstellen. Sie sind dabei in ihrem Thema, ihrer Arbeitsweise und Entstehungsgeschichte sehr unterschiedlich. Man findet in ihnen jedoch einen bewussten oder unbewussten Bezug auf Joseph Beuys' Konzept der *Sozialen Plastik*¹ sowie eine gewisse Chuzpe,

¹ Joseph Beuys formulierte es so: »Der Erweiterte Kunstbegriff richtet sich auf jedermann als einen Künstler. In jedem Menschen wird also das schöpferische, kreative Wesen angesprochen. In jedem Menschen wird das freie, sich selbst bestimmende und seine Umgebung mitbestimmende, umgestalten könnende Wesen gesehen, welches Gestaltungen im gesamt-gesellschaftlichen Bereich vollziehen kann. ... In diesem Tätigwerden des Menschen als einem Künstler in jeweils seinem

die man braucht, wenn man etwas verändern will und über den *Möglichkeitssinn* verfügt.

Größer und politisch brisanter könnten die von ihnen bearbeiteten Themen nicht sein: Migration, Flüchtlingspolitik, Strukturwandel in Ostdeutschland, Recht auf Stadt, soziale Wohnungspolitik und europäische Finanzkrise. Es geht um das »Grand Hotel Cosmopolis« (Augsburg), das Projekt »Große Potemkinsche Straße« (Wittenburg, Mecklenburg-Vorpommern), die MieterInnen-Bewegung »Kotti & Co« (Berlin) und »Sound of crisis« (Berlin/Europa). Alle vier unterscheiden sich von »Kunst im öffentlichen Raum« dadurch, dass sie einen Wirklichkeitseffekt haben: Sie zeigen, ändern und verbessern konkret die Lebensumstände der beteiligten Menschen, sie gestalten und entwerfen neue Lebensmodelle und -umgebungen und sind nachhaltig bzw. langfristig angelegt. Gleichzeitig begreifen sie die Art ihres eigenen Entstehungsprozesses und ihrer Entscheidungsstrukturen als immanenten Teil ihres »Kunstwerkes«, machen diese sichtbar und übernehmen machtkritische, emanzipatorische Praxen, die man aus linken Bewegungen kennt. Umgekehrt können wir auch in Arbeitsweisen von neuen »sozialen Bewegungen« (wie hier beispielsweise bei Kotti & Co) Einflüsse und Aneignungen aus künstlerischen Praxen und Denkweisen entdecken.

1. Grand Hotel Cosmopolis

Die Idee zu diesem Text kam mir, als ich vom Grand Hotel in Augsburg hörte. 2011 gingen sie mit ihrem ersten Konzept mit dem Titel »Konzept für eine soziale Skulptur in Augsburgs Herzen« an die Öffentlichkeit. Es beinhaltete die Renovierung und Herstellung eines Hotels für Menschen mit und ohne Asyl – als soziale Skulptur statt als Protestgeste. Es wurde initiiert von einer Gruppe lokaler KünstlerInnen, die das zentral gelegene, ehemalige Altersheim der Augsburger Diakonie umnutzen wollten. Mittlerweile finden sich hier Menschen mit Asyl, Menschen ohne Asyl (= Hotelgäste), Kunstateliers und öffentliche Veranstaltungsräume unter einem Dach. Im August 2013 sind die ersten Geflüchteten in das Grand Hotel eingezogen, und man kann nur erahnen, wie viel physische, geistige und kommunikative Arbeit in der Zeit zwischen 2011 und 2013 stattgefunden haben muss. Hier wird, in den Worten des Diakonie-Pfar-

Arbeitsfelde erscheint dieser Erweiterte Kunstbegriff als eine neue Kunstdisziplin. Man könnte sie die Soziale Skulptur nennen.« (Joseph Beuys 1979)

ners Fritz Graßmann, »die soziale Aufgabe der Unterbringung von Asylbewerbern verknüpft mit bürgerschaftlichem Engagement, kultureller Vielfalt und einem künstlerischen Ansatz. ... Denn wenn wir in der Gesellschaft der Zukunft nicht in immer strenger voneinander abgetrennten Quartieren unter unseresgleichen leben wollen, sondern in einer offenen, zum Dialog über die Grenzen der sozialen, kulturellen und religiösen Milieus hinaus fähigen Gesellschaft, dann sollten wir Räume für diese Kommunikation bereitstellen.«²

Obwohl es unmöglich erscheint, dem Klammergriff der europäischen und deutschen Flüchtlingspolitik zu entkommen, wird das Zusammenleben von Menschen mit und ohne Asyl hier doch so gut es geht versucht: Handeln statt zu kapitulieren. Der Rekurs auf das Konzept der Grand Hotels schafft dabei einen ästhetischen, narrativen und diskursiven Rahmen, der das Topos Migration/Flucht mit Tourismus und Reise, Sehnsucht und Traum von einem besseren Leben verbindet und eben damit einen größeren, historischen Bogen zwischen den temporären BewohnerInnen spannt. Pagen in alten Fracks, MusikerInnen aus verschiedenen Ländern der Welt usw. Die visuellen und zeitlichen Grenzen zwischen Tages- und Dauergästen, mit und ohne Asyl, Geschichten zwischen Realität und Fiktion lösen sich auf, neue Verbindungen entstehen, die Funktionalität von Verwaltungsdeutsch, desintegrierende und rechts(konservative) Ressentiments laufen ins Leere. Es entsteht eine lebhaft und lebendige »soziale Plastik« – so wie das Grand Hotel Cosmopolis sich selbst auch eindrücklich bezeichnet.

2. Große Potemkinsche Straße

Der niederländische Städteplaner Ton Matton, der seit 15 Jahren in Mecklenburg-Vorpommern lebt, sah im Fernsehen zufällig ein Interview mit dem Bürgermeister von Wittenburg, der sich darüber beschwerte, dass es in seiner Stadt kein Geld und kein Interesse mehr an den dortigen Häusern gebe: Leerstand, Wegzug, Abwärtsspirale.

Daraufhin stattete Matton ihm einen Besuch ab und erklärte ihm, wenn er wirklich etwas ändern wolle, dann brauche er Menschen statt Geld: »Lass uns versuchen, alle negativen Geschichten dieser Stadt wegzuputzen hinter neuen Fassaden, so wie Potemkin, und damit neue Ge-

² Aus dem aktuellen Konzept, online auf <http://grandhotel-cosmopolis.org> zu finden.

schichten in die Stadt reinbringen und dann wird man auch andere Menschen anziehen!«³ Sie einigten sich darauf, ein gemeinsames Projekt zu starten. Herzstück sollte die Bespielung der Häuser rund um die »Große Straße« (Wittenburgs Hauptstraße) sein. Ton Matton, damals Professor für Städteplanung an der Hochschule Wismar, beantragte dafür Geld beim Wirtschaftsministerium. Mit der Begründung, dass das Vorhaben Kunst und keine ernstzunehmende Stadtplanung sei, wurde sein Antrag abgelehnt. Er ließ sich nicht entmutigen und rief einfach direkt im Ministerium an: »Mit meinem komischen niederländischen Akzent habe ich gesagt: Pass auf, ich entscheide, was Stadtplanung ist, weil das mein Job als Professor ist. Und wenn ich sage, das ist Stadtplanung, dann ist das Stadtplanung.«

Nach der darauf folgenden Gesprächseinladung ins Ministerium wurde tatsächlich die Förderung des Projekts bewilligt. Das Ergebnis nach eineinhalb Jahren intensiver Arbeit mit den Menschen vor Ort und Workshop-Reihen mit dazu geladenen KünstlerInnen: Die Fassaden der Häuser an der Großen Straße wurden neu inszeniert, einige der leer stehenden Häuser temporär bespielt (Kino, Tanzlokal, Parkhaus mit Bäumen statt Autos, Frühstückshaus, Schulhaus, Kinderstrand, Beschwerdebüro), die Straße mit utopistischen Skulpturen verändert – beispielsweise mit einer U-Bahn-Station mit scheinbar direkter Verbindung nach Berlin oder einer riesigen Tröte, mit der man durch die Stadt rufen kann.⁴

Bei der Eröffnung im September 2012 kamen mehr Menschen zusammen als Wittenburg BewohnerInnen hat, ein Beschwerdechor der Musikerin Bernadette La Hengst führte die Menschenmasse singend und sich beschwerend über die neue »Große Potemkinsche Straße« an.

Infolge dieses städteplanerischen »Eingriffs« sind in Wittenberg neue Zusammenhänge zwischen Menschen entstanden, beispielweise stricken die Frauen auch jetzt noch zusammen, obwohl ihre Strickfassade längst fertig und aufgehängt wurde. Sechs der leer stehenden Häuser wurden tatsächlich verkauft! Und der Bürgermeister erzählte Matton erst kürzlich, dass sogar die Gemeindesitzungen spannender geworden sind und er sie gern mit den Worten »Wir warten noch kurz auf die letzte U-Bahn, bevor wir anfangen...« eröffnet.

Mittlerweile bekommt Matton weitere Anfragen von Kleinstädten auf dem Land und ein neues Projekt in Hessen ist bereits in Planung. Er

³ Alle Zitate aus meinem Interview mit Ton Matton, Februar 2015.

⁴ Nachzulesen und Nachzusehen auf: <http://www.grosse-potemkinsche-strasse.de/>

meint abschließend: »Man muss erst mal wieder lernen auf dem Land, mit Leuten umzugehen, die man nicht kennt, die nicht die eigene Szene und Freunde sind. Man muss Respekt lernen. Und es ist wichtig für den Selbstrespekt der Leute vor Ort, zu erfahren: Da in den Großstädten gibt es auch Leute, die sich für uns interessieren. Dass sie nicht immer die Verlierer sind.«

Natürlich ist ein solches Projekt kein Allheilmittel gegen den massiven Strukturwandel, darüber macht Matton sich keine Illusionen, aber es zeigt, dass ungewöhnliche Mittel ein Aufeinanderzubewegen von unterschiedlichsten Menschen ermöglichen und das Leben und Lebensgefühl dieser Stadt-BewohnerInnen nachhaltig ändern kann: »eine soziale Plastik ist das Potemkinsche Dorf, ja, ich bin Beuys-Fan. Aber es klingt ein bisschen hippiemässig angestaubt.« Matton entwickelte lieber den Begriff »performative urbanism«: Stadt auf dem Land »spielen«, Ideen und Erfahrungen in beide Richtungen austauschen, denn er weiß ja, wovon er spricht.

3. Kotti & Co

Die MieterInnen-Gemeinschaft Kotti & Co⁵ gründete sich 2011, nachdem die AnwohnerInnen der Wohnanlagen⁶ in Berlin-Kreuzberg massive Mieterhöhungen erhielten. Eine Mieterin ging damals zum Unterschriftensammeln von Tür zu Tür; nach und nach entstand eine Initiative, die sich heute in dem täglich geöffneten Gecekondu⁷ und einem bereits zwei-

⁵ Viele Hintergrundinformationen, Bilder und Texte sind unter <http://kottindco.net> zu finden.

⁶ Die Mietshäuser am Kottbusser Tor (im Berliner Volksmund auch »Kotti« genannt) in Berlin-Kreuzberg sind ein typisches Beispiel für den sozialen Wohnungsbau der 1970er Jahre und die Entwicklung auf dem städtischen Wohnungs»markt«. Die kommunale Wohnungsbaugesellschaft GSW wurde nach der Wende privatisiert, 1.000 ihrer Wohnungen befinden sich allein am »Kotti«. Die dort ansässigen MieterInnen sind nicht besonders einkommensstark, da es sich um Sozialwohnungen handelte. Die GSW profitiert von der staatlichen Subventionierung ihrer Entstehungszeit, das Land Berlin vom Verkauf und auf der Strecke bleiben die WohnungsnutzerInnen, die den Preisentwicklungen ausgesetzt sind.

⁷ Türkisch für »über Nacht erbautes Haus« – Gecekondu sind informelle Häuser an den Peripherien türkischer Großstädte. Hier bezeichnet es das gemeinsam erbaute Protesthaus auf der südlichen Freifläche als Folge einer Besetzung. Dazu Tashy Endres aus der Kerngruppe: »Wir haben uns so viel gestritten, wie das aussehen soll, ich bin weiß und an der Uni, aber es gibt auch Leute, die seit 30 Jahren

einhalb Jahre währenden Dauerprotest mit über 25 Lärmdemos manifestiert. In einem Text zur Eröffnung des Gecekondu beschreiben sie sich so: »Wir sind Kreuzberg! – und nicht erst seit gestern. Wir! Für uns gibt es keinen Begriff, keine Kategorie. ... Wir sind eine Gemeinschaft, die in der Welt von Sarrazin und vielen anderen nicht vorkommt. Wir sind Azubi, Rentnerin, Arzthelferin, Krankenpfleger, Bauingenieurinnen auf Hartz IV, wir sind Versicherungsvertreter, die Soziologie studiert haben, wir sind Metallbauerinnen, die ihre Doktorarbeit in Politik schreiben, Marktverkäuferinnen, Designer, die im Kulturbetrieb arbeiten, wir sind Kinder von Leuten, die hier ihr Leben lang hart gearbeitet haben und mit den ›Anwerbeverträgen‹ kamen.«

Die Struktur von Kotti & Co beinhaltet derzeit eine Kerngruppe, um die herum sich eine große Anzahl von AnwohnerInnen sowie »family & friends« gruppieren, die das kleine Haus und die Demos seit August 2012 am Leben halten. Ins Gecekondu, das Herzstück von Kotti & Co, kann man tatsächlich jeden Tag zum Tee trinken kommen. Desweiteren bieten sie Mietrechts- und Sozialberatung an, betreuen eine Jugendgruppe und entwickeln Kampagnen, um für konkrete Verbesserungen zu kämpfen und ihre politischen Anliegen in die Öffentlichkeit zu tragen. Sie setzen sich für die Rekommunalisierung der privatisierten Sozialwohnungen ein und entwickeln gemeinsam ein Modellprojekt, wie das funktionieren könnte. Darüber hinaus sind sie in vielen Netzwerken aktiv wie z.B. im »Bündnis Solidarische Stadt«, der Berliner Mietergemeinschaft, sitzen in der Expertenkommission des Berliner Senats zum Sozialen Wohnungsbau und bereiten derzeit u.a. den Berliner Mietenvolksentscheid 2016 vor. Mit dem Namenszusatz »Co« drücken sie aus, dass sie sich verbunden sehen mit denjenigen, die auf der ganzen Welt für ein »Recht auf Stadt« für alle kämpfen.

Eine lokal-globale soziale Plastik? Tashy Endres⁸ aus der Kerngruppe beschreibt es so: »Da kann ich nicht für Kotti & Co sprechen, sondern nur für mich. Aber wenn man uns mit Beuys betrachtet, sind wir selber die soziale Plastik. Wir sind auch Künstler und das wird auch mittlerweile kulturell so anerkannt. Ich glaube, dass die ganze Kommunikationsarbeit nach Außen aber vor allem nach Innen, die ganzen Aushandlungsprozesse, die ganzen Arten und Weisen, zum Teil in verschiedenen Sprachen, auf die Dinge zu gucken und dann so lange zu diskutieren, bis

auf dem Bau arbeiten und vor allem wollten, dass es gut isoliert ist. Ganz andere ästhetische Vorstellungen...«

⁸ Alle Zitate sind aus meinem Interview mit Tashy Endres, Februar 2015.

man mit einer neuen Antwort kommt, mit der wirklich alle leben können – das ist eine unglaubliche Kunst! Und daran haben alle Mitglieder einen zentralen Anteil.«

Tashy Endres betont, dass man nicht von einem links-identitärem Projekt sprechen kann, weil die Struktur der MieterInnen viel zu heterogen ist. Es geht um Miete, um Solidarität, um Recht auf Stadt und die gemeinsame Geschichte, die sie schreiben und schreiben wollen. Und dafür haben sie eine schöne, ehrliche Sprache gefunden und ihre Spuren in die Stadt eingeschrieben. Das »Kotti« ohne Kotti & Co ist nicht mehr vorstellbar.

4. Sound of crisis

Das vierte Beispiel kommt einem künstlerischen Werk-Charakter vielleicht am nächsten: Das Berliner Künstlerinnen-Kollektiv »Maiden Monsters«⁹ bereist seit zwei Jahren verschiedene europäische Länder, um die Geschichten der von der europäischen Finanzkrise betroffenen Menschen zu sammeln und weiter zu »tragen«. Als Teil dieses Kollektivs kann ich selbst beschreiben, wie es ist, wenn man die Kuschelzonen der (Berliner) Kulturproduktion verlässt, wenn man mit dem eigenen künstlerischen Werkzeug ausgestattet dahin geht, »wo es weh tut«.

Zunächst kurz zur Arbeitsweise: Wir reisen seit 2013 durch verschiedene Länder, jeden Sommer, sobald wir Zeit und ein bisschen Geld haben. Bisher waren das Frankreich, Spanien, Portugal und Griechenland. Vor Ort schlüpfen wir in unsere Performance-Kostüme, erfundene »internationale« Folklore-Kleider, die einen optischen Möglichkeitsraum für die Gespräche herstellen. Dann beginnen wir Unterhaltungen mit Menschen (Video, Ton, Musik, Interviews), treffen ExpertInnen, verabreden uns mit MusikerInnen, lassen uns weiterreichen und besuchen krisenrelevante Orte und Veranstaltungen. Oft werden wir durch unsere Kostüme »wie von selbst« adressiert und in Gespräche verwickelt.

Aus diesem riesigen Fundus an dokumentarischem Material generieren wir dann in einem zweiten Schritt eine Komposition als musikalisch-visuelle Reise durch die Länder der Krise. Diese wird als Live-Konzert mit dem Titel *Sound of crisis* »aufgeführt«. Die Konzert-Performance ist eine soziale Plastik, die die »aufgezeichneten« Menschen aus ver-

⁹ Informationen und Dokumentationen zum Projekt finden sich unter www.maidenmonsters.com.

schiedenen Ländern klanglich, verbal und visuell in Kommunikation und emotional-sinnlichen Erfahrungsaustausch mit den Konzertzuschauern treten lässt. Indem wir nur dokumentarisches Material verwenden (Interviewausschnitte werden zum Libretto, Musikaufnahmen zu Samples und Loops, Videodokumentationen zu bewegtem Bühnenbild usw.), treten wir »hinter« den Anspruch auf künstlerische Autorenschaft und ein »Werk« zurück. Es geht weniger darum, uns als Musikerinnen und Performerinnen zu präsentieren, sondern vielmehr durch uns hindurch die Krisen-»ExpertInnen« aus Europa sprechen zu lassen.

Die soziale Plastik (Kommunikation statt Werk, Anteil haben lassen statt Privatisierung, Menschen statt Künstler) entsteht aber nicht erst während der Performance. Während wir aktiv an (den in Zukunft) historischen Orten und Zeiten präsent sind – aber eben nicht als JournalistInnen oder AktivistInnen, sondern als Künstlerinnen – wird es möglich, »andere« Sprachen, Bilder und Visionen festzuhalten und weiterzugeben. Wir werden von den Menschen vor Ort anders wahrgenommen und vor allem wird uns ein anderes (vielleicht größeres) Vertrauen ausgesprochen. Es entsteht eine Intimität, die lokal und europäisch zugleich erscheint, wir symbolisieren und erfahren physisch den Möglichkeitsraum einer großen Bewegung von Menschen, die für ein gerechteres Europa leidenschaftlich kämpfen. Und dies wollen wir mit so vielen Menschen wie möglich teilen!

Schlussbemerkung

Ich bin überzeugt, dass es wichtig ist, Kunst in die Wirklichkeit zu bringen und sich als Künstlerin mit emanzipatorischen »Kämpfen« zu verbinden. Gleichzeitig will ich als Mensch mit Anderen »zusammen wachsen«, deren Begehren und Anliegen ich teile und von denen ich lernen kann.

In allen Projekten ist faszinierend zu beobachten, wie einschließend sie wirken, wie solidarisch sie sind, ohne dass sie das als »Wert« vorher festgelegt hätten, wie leidenschaftlich sie ihre Aushandlungsprozesse führen. Was für eine Anziehungskraft und Möglichkeitsinn-fördernde Qualität eine U-Bahn-Station auf dem Land haben kann, gerade weil man es nicht als Kunst aufstellt oder gefördert hat.

Ich muss nicht sagen, dass ich links bin, aber wenn ich emanzipatorische Werte leben will, muss ich den Mut entwickeln, diese auch mit Menschen auszuhandeln, die aus einer ganz anderen Welt kommen. Dabei hilft mir ein irritierender, eigentümlicher, schöner Moment

oder Eindruck: Der Page des Grand Hotels mit seinem patina-behafteten Frack, den *Sound-of-crisis* Dirndl'n auf dem Athener Syntagma-Platz, das Teetrinken im Gecekondu oder die Ansprache »Wir sind Azubi, Kinder von Leuten, die...«.. Mit diesem »Vehikel« baue ich Brücken über die Grenzen der Distinktion, Vorbehalte und ideologischen Gräben hin zu einem begehrenswerten Zusammenleben. So entsteht dann eine soziale Plastik und der Begriff fühlt sich immer noch ganz gut an. Und nicht vergessen: Wir brauchen natürlich Freiräume für unsere Entfaltung. Ohne das leer stehende Altersheim kein Grand Hotel und ohne Wegzug keine neuen Haus-NutzerInnen in Wittenburg.

KRITIK

Dieter Klein

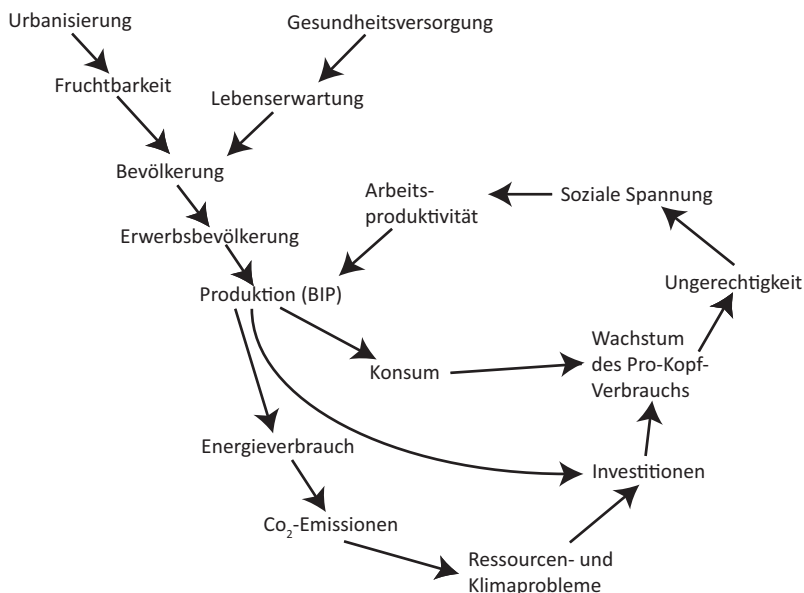
»Hoffen Sie auf das Unwahrscheinliche! Arbeiten Sie auf das Unwahrscheinliche hin!«

Jørgen Randers hat der fast unübersehbaren Fülle von Expertenstudien über mögliche Zukunftsszenarien im 21. Jahrhundert eine weitere umfangreiche Arbeit hinzugefügt: »2052. Der neue Bericht an den Club of Rome. Eine globale Prognose für die nächsten 40 Jahre« (Randers 2012). Im Jahr 2012 hatte sich das Erscheinen des spektakulären Berichts »Die Grenzen des Wachstums«, der damals im Auftrag des Clubs erstellt wurde, zum vierzigsten Mal gejäht. Randers war Co-Autor dieser von Dennis und Donella Meadows verantworteten, auf umfangreichen Computersimulationen beruhenden Warnung vor der Überschreitung der Naturgrenzen durch den Wachstumsfuror moderner Gesellschaften.

Nun hat Randers eine Prognose für die globale Entwicklung in den nächsten 40 Jahren gewagt – denn im Unterschied zu »Die Grenzen des Wachstums« von 1972 präsentiert der Autor keine je nach Entwicklung alternativen Zukunftsszenarien, sondern legt sich auf eine Prognose fest. Den Nachteil der Festlegung auf einen einzigen, vom Autor für sehr wahrscheinlich gehaltenen Entwicklungspfad gleicht Randers zum Teil durch die Benennung abweichender Aussagen in anderen Studien aus. Er stützt sich auf eine beeindruckende Datenfülle, aber auch auf 34 in sein Buch aufgenommene »Ausblicke« von ihm befragter Experten, meist hoch angesehener Wissenschaftler, oft mit wichtigen Positionen in internationalen Gremien. Randers selbst schreibt über seine Einschätzungen: »Grundsätzlich spiegeln sie die Sichtweise wider, die unter fachlich gebildeten und gut informierten ökologischen Ökonomen in der industrialisierten Welt von heute die Mehrheitsmeinung darstellt.« (85) Das Grundgerüst seiner Prognose verdeutlicht er in der Grafik 1 auf der folgenden Seite.

Randers hebt für das 21. Jahrhundert eine doppelte Herausforderung hervor: Verteilungsungerechtigkeit und Klimawandel (40). Zwischen beiden Grundproblemen, so sei hinzugefügt, besteht eine Vielzahl von Wechselwirkungen. Die Jagd nach Macht und Kapitalreichtum und ihre Kehrseite, die Armut in großen Erdregionen, blockieren von zwei Seiten vorbeugendes Handeln gegen den Klimawandel. Dieser verschlechtert

Grafik 1: Die wichtigsten Ursache-Wirkung-Beziehungen für die 2052-Prognose



die Lebensgrundlagen für Hunderte Millionen Menschen und betrifft am stärksten die Armen in Ländern, in denen die soziale Ungleichheit ohnehin besonders extrem ist. Die knapper werdenden Ressourcen, vor allem Öl, werden zu Objekten von weiteren Verteilungskämpfen bis hin zu Kriegen, die wiederum die sozialen Klüfte vertiefen. Beide Probleme, Ungerechtigkeit und Klimagefahren, haben eine gemeinsame Grundursache, die Dominanz des Profits in Wirtschaft und Gesellschaft.

Als die entscheidende globale Gefahr, auf die Randers seine Prognose konzentriert, betrachtet er allerdings den Klimawandel und hebt hervor, »dass in den nächsten 50 Jahren die Begrenzung durch das Klima die dringlichste Aufgabe sein wird« (351). Denn eine Grenzüberschreitung, die die Naturgleichgewichte zerstört, ist bereits da. Die jährlichen Treibhausgasemissionen sind doppelt so hoch wie die Menge, die von Meeren und Wäldern absorbiert werden kann. In dieser zentralen Gewichtung der Klimakrise stimmen Jørgen Randers und Naomi Klein überein (siehe Michael Brie in diesem Band). Während Letztere aber das Herausziehen einer Klimakatastrophe als zentralen Katalysator globaler Kämpfe für eine neue Zivilisation betrachtet, ist es eine entscheidende

Schwäche in Randers' Analyse, dass Akteure sozialökologischen Wandels nur ganz am Rande seiner Darstellung erscheinen.

Randers' Grundthese ist, dass nach der Industriellen Revolution eine Nachhaltigkeitsrevolution bereits begonnen habe, dass aber »im Jahr 2052 der Übergang zur Nachhaltigkeit erst zur Hälfte vollendet« sein wird (33). Das sei jedoch zu langsam. »Das Ausbleiben von engagierten und konsequenten Reaktionen der Menschheit in der ersten Hälfte des 21. Jahrhunderts wird die Welt in der zweiten Hälfte des Jahrhunderts auf einen gefährlichen Pfad der sich selbst verstärkenden globalen Erwärmung bringen.« (407) Er fasst zusammen: »Meine Prognose lässt für mich nur den Schluss zu, dass eine Lösung erst dann kommen wird, wenn wir unseren Kindern und Kindeskindern in der Mitte der zweiten Hälfte des 21. Jahrhunderts eine Welt hinterlassen haben, in der die Temperatur um 2,8 °C angestiegen ist. Das wird ironischerweise genau der Zeitpunkt sein, zu dem es völlig offen ist, ob wir einen Klimawandel auslösen, der sich selbst (irreversibel – D.K.) verstärkt, oder ob uns die Umkehr gelingen wird.« (300) Die Chancen würden dann 50 zu 50 stehen. Für eine positive Wende müsste die Menschheit in der zweiten Jahrhunderthälfte, wie Randers formuliert, ein Wunder vollbringen. Dieses Wunder würde, wenn überhaupt, unter dem Druck »von riesigen regionalen Klassenunterschieden« (80), explosionsartigen illegalen Zuwanderungen nach Europa aus Asien und Afrika (235) und »gesellschaftlichen und politischen Unruhen« (236) geschehen. Rettende Entscheidungen seien – wenn überhaupt – erst zu erwarten, »nachdem die globale Gesellschaft eine weitere Dekade von außergewöhnlichen Wetterereignissen und wachsender sozialer Spannungen erfahren hat«. (115) Gleichwohl resümiert Randers: »Meine Prognose für die globalen Entwicklungen bis zum Jahr 2052 ist pessimistisch, aber nicht katastrophal.« (373)

Diese Prognose umfasst unter anderem folgende makroökonomische Aussagen:

- Das globale Bruttoinlandsprodukt (Güter und Dienstleistungen in inflationsbereinigten Marktpreisen gerechnet) wird von 2012 bis 2052 auf das 2,2-Fache ansteigen – also langsamer als seine Vervierfachung in den letzten 40 Jahren. Das durchschnittliche Pro-Kopf-Einkommen weltweit wird um fast 80% wachsen. In den USA wird die Wachstumsrate abnehmen, jahresdurchschnittlich bei 0,6% liegen und zur Jahrhundertmitte gegen null tendieren. China wird weiter hohe Wachstumsraten erleben, sodass sich bei anhaltend hohen und zunehmend grünen Investitionen der Pro-Kopf-Konsum verfünffachen wird. In der OECD-Welt ohne die USA wird das Gesamt-BIP noch langsamer

als in den USA wachsen. Eine vierte Ländergruppe, bestehend aus Brasilien, Russland, Indien, Südafrika und weiteren zehn großen bevölkerungsreichen Schwellenländern, wird dagegen ein hohes Wirtschaftswachstum haben und das durchschnittliche BIP pro Kopf auf das Niveau des Europa der 1970er Jahre – aber bei weit stärkerer sozialer Ungleichheit – erhöhen. Die fünfte »Region«, nämlich die »restliche Welt« von 183 Staaten mit einer Bevölkerung von 2,1 Milliarden Menschen, wird ihr BIP im Durchschnitt ebenfalls verdreifachen, bei anhaltend starker sozialer Ungleichheit wird sie aber noch immer signifikant von Armut betroffen sein.

- Das voraussehbare Wachstum wird so hoch sein, dass eine absolute Entkopplung von Wirtschaftswachstum und Energieverbrauch nicht eintreten wird. Nach dem globalen Klima-Simulationsmodell »C-ROADS« würde die Einhaltung der bis 2012 offiziell bekannten klimapolitischen Ziele von 194 Staaten zu einem Anstieg der mittleren Erdoberflächentemperatur um 2,2 °C bis 2050 gegenüber dem vorindustriellen Stand und um 4,1 °C bis 2100 führen (69). Das stimmt etwa mit dem negativsten Verlaufsszenario des Weltklimarats IPCC überein. Nach Randers' optimistischerer Prognose werden die CO₂-Emissionen bis 2030 ansteigen und danach wieder auf das auch noch viel zu gefährliche Niveau von 2010 zurückgehen. Der Energieverbrauch wird nach Randers' Berechnungen bis zur Mitte des Jahrhunderts global um 50% ansteigen, während die Internationale Energie Agentur (IEA) ebenso wie der Weltklimarat eine Verdopplung des Energieverbrauchs erwartet (133). Randers schreibt, Herman Daly, den Verfasser der »Steady State Economics« zitierend, dass das Wachstum gezielt verlangsamt und gegen null geführt werden müsse, um den Planeten zu retten. Er hofft wie Daly, dass dies geschehen wird, gibt dieser Hoffnung aber nur eine Chance von höchstens 30%. Diese begrenzte Chance erwartet er am wenigsten von der Einsicht »der Menschen«, sondern von demografischen und makroökonomischen Veränderungen. Er geht davon aus, dass die Weltbevölkerung etwa 2040 mit 8,1 Milliarden Erdbewohnern (nach anderen Berechnungen 9,5 Milliarden) ihr Maximum erreichen und danach zurückgehen wird. Träfe dies ein, sei das der erste wichtige Faktor einer Wachstumsdämpfung in der Mitte des Jahrhunderts. Als zweiten wichtigen Faktor für eine künftige Wachstumsverlangsamung in den reifen Volkswirtschaften betrachtet er eine Schwächung des Produktivitätswachstums. Je höher die Produktivität, desto weniger sei deren gleichbleibende Steigerung zu erwarten. Vor allem aber werde mit der Verlagerung des

Hauptanteils des gesellschaftlichen Arbeitsvermögens zu Dienstleistungen für Menschen ihr Spielraum für Produktivitätssteigerungen kleiner. Der Aufwand für die Beseitigung von Umweltschäden werde zudem immer mehr ansteigen und realen Wohlstandszuwachs hemmen.

- Der Anteil der Investitionen am globalen Bruttoinlandsprodukt werde um 50% von 24 auf 36% ansteigen, insbesondere für erneuerbare Energien und andere umweltorientierte Technologien, für Reparaturen von Umweltschäden und für Anpassungen an den Klimawandel und andere Umweltkrisen. Das werde eine signifikante Bedeutung für die kommenden Dekaden haben. Der Anteil der Konsumtion am weltweiten BIP werde entsprechend sinken. Denn die Kosten einer Wirtschaft jenseits des Fossilismus werden außerordentlich hoch sein. Nach OECD-Schätzungen werden sie für die reichen Länder bei jährlich 4% des BIP liegen. Bei einer schlecht gemanagten Zukunft, so Randers, könnten die Kosten des Klimawandels jährlich 10% des Welt-BIP erreichen, nach dem »Stern-Report«, der die wirtschaftlichen Folgen der globalen Erwärmung untersucht, sogar 20%. Die Konsequenzen werden zunehmende Verteilungskämpfe sein. Wenn die Ungerechtigkeit zwischen reichen und armen Ländern andauern würde, würden Konflikte bedrohlich zunehmen: »... grüne Oasen in einer von Hitze- wellen und Fluten bestrafte Welt, wieviel zusätzliche Militärausgaben werden erforderlich sein, um die Oasen sicher zu halten?« (87) Aber das Militär könnte im günstigsten Fall auch in die Lage geraten, bei Naturkatastrophen vor allem als »grüne Truppe« einzugreifen.

Nicht der Marktmechanismus, sondern nur Kraftakte staatlicher Regulierung werden nach Randers' Auffassung – oder besser Hoffnung – in der Lage sein, die notwendigen weitreichenden Strukturveränderungen in der globalen Wirtschaft durchzusetzen. Ein einschneidender Bruch mit neoliberaler Marktorientierung zugunsten einer anderen Regulationsweise wäre also erforderlich. Randers wirft mit Blick auf 2052 Grundfragen der Transformationsforschung auf, ohne dies so zu benennen.

Er fragt sich, ob das Ende des Kapitalismus nahe. (35ff.) An manchen Orten erwartet er das Ausbrechen von Revolutionen. Trotzdem lautet seine Schlussfolgerung: »Der Kapitalismus der alten Schule wird ... in manchen Teilen der Welt überleben, in anderen dagegen wird er stark modifiziert werden.« (44) Als Kronzeugen ruft er den Finanzmanager Carlos Joly auf: »Leider ändert die Gesellschaft ihre Richtung offenbar nur unter höchster Gefahr und dramatischen Bedingungen, während die Klimakatastrophe nach und nach ankommt, nicht als der große

Knall, sondern eher als die Summe einer großen Zahl kleiner Kalamitäten.« (40) Also »treten wir in eine Zeit wachsender Polarisierung ein, in wirtschaftlicher, sozialer, kultureller und ökologischer Hinsicht« (36). »Sehr vereinfacht gesagt, liegt die Ursache für die wiederholten Krisen im Westen im Triumph des Finanzkapitalismus, unterstützt und begünstigt durch seine neoliberalen Institutionen – die US-Notenbank, das US-Finanzministerium, den Internationalen Währungsfonds, die Europäische Zentralbank, das internationale Patentrecht – und verbunden durch die Regierungsübernahme durch eine Oligarchie aus Unternehmen und Finanzwirtschaft.« (37)

Randers schlussfolgert: »Über die kommenden 20 Jahre wird langsames und ineffizientes Reagieren auf die Herausforderungen der globalen Entwicklung dominieren.« (41) Profitstreben und die Kurzfristigkeit von Marktentscheidungen seien die Ursache dafür, aber auch die »Langsamkeit der Demokratie« und die damit verbundenen langwierigen Entscheidungsfindungen. Zu fragen ist – trotz des rationellen Kerns dieser Überlegung – ob nicht eher die Aushöhlung der Demokratie durch die Kapitalmacht zu den entscheidenden Ursachen des Marsches in Sackgassen gehört.

Randers' Prognose legt eine Verarbeitung seiner Auffassungen in linken Transformationsdiskursen nahe. Dies soll anhand mehrerer Punkte festgemacht werden:

Erstens: Sie verweist darauf, dass bis zu einem nicht mehr erträglichen Aufbrechen der Folgen kapitalistischer Herrschaft und bis zu einem handlungsrelevanten kritischen Umbruch der Massenstimmung Jahrzehnte vergehen können, vielleicht bis zur Mitte des Jahrhunderts.

Zweitens: Ein so langes Andauern von Profitdominanz und Marktregulation könnte Kippunkte in den gesellschaftlichen Naturverhältnissen mit existenzbedrohenden Folgen für große Teile der Menschheit überschreiten. Zwar gebe es, so Randers, Ausnahmen weitsichtigen Handelns von Entscheidungsträgern, und eine Minderheit fortschrittlicher Unternehmen würde staatliche Interventionen wie eine umfassende CO₂-Steuer durchaus begrüßen, aber im Großen und Ganzen gelte mit Modifikationen: »Es wird alles fast genauso weitergehen wie bisher.« (183) »Und zwar deshalb, weil die treibenden (herrschenden – D.K.) Kräfte dieselben sein werden.« (85)

Voraussichtlich trifft es zu, dass Linke und andere demokratische Akteure für lange Zeit im Rahmen kapitalistischer Verhältnisse handeln müssen. Aber es wäre verhängnisvoll, den Kapitalismus in dieser Zeit so hinzunehmen, wie er ist, nämlich als neoliberalen Kapitalismus. Es müs-

sen, anders als es nach Randers' Prognose zu erwarten ist, bis zur Mitte des Jahrhunderts bessere Handlungsbedingungen erkämpft werden. Denn er selbst prognostiziert hinsichtlich der von ihm erwarteten Lage zur Mitte des Jahrhunderts, dass die Welt dann »keineswegs in der Verfassung [sei], um eine bedrohliche zweite Hälfte des 21. Jahrhunderts zu meistern« (80). Das strategische Ziel der Linken sollte deshalb sein, mindestens eine post-neoliberale sozialökologische Transformation im Rahmen bürgerlich-kapitalistischer Verhältnisse einzuleiten und möglichst weit durchzusetzen.

Drittens: Da in der zweiten Jahrhunderthälfte Randers' Prognose gemäß noch weit dramatischere Konfliktkonstellationen als in der ersten Hälfte zu erwarten sind, weil radikaleres Handeln unverzichtbar wird und ein Wunder geschehen müsse, wie Randers und andere formulieren, muss dieses Wunder einen Namen und durchsetzbare Inhalte bekommen. Es wird eine Große Transformation über die Grenzen des Kapitalismus hinaus zu einer nachhaltigen Solidargemeinschaft, zu einem demokratischen grünen Kapitalismus sein müssen. Ganz einfach deshalb, weil ohne Überwindung der Profitdominanz in Wirtschaft und Gesellschaft dieses Wunder nicht realisierbar ist. Die Dominanz der Kapitallogik durch die Dominanz einer sozialökologischen Logik abzulösen, sie durch die sozial gleiche Teilhabe für jede und jeden an den Bedingungen freier selbstbestimmter Persönlichkeitsentfaltung zu überwinden – das heißt, Wege zu einem demokratischen Sozialismus zu beschreiten.

Viertens: Randers' Unterscheidung zwischen dem Prognosezeitraum bis 2052 und der zweiten Jahrhunderthälfte könnte eine Zweiphasenabfolge in künftigen Transformationsprozessen nahe legen. Dem ist nicht zu folgen. Die plurale Linke sollte darauf beharren, die anzustrebenden postneoliberalen progressiven, aber systeminternen Transformationsprozesse für ein Ausschöpfen aller Ansätze zur Überschreitung des kapitalistischen Systems zu öffnen. Das heißt, das Konzept einer doppelten Transformation in Kapitalismus und über ihn hinaus als einen einheitlichen Prozess der Verschränkung beider Dimensionen des Wandels zur Grundlage linker Strategie zu machen.

Fünftens: Randers geht davon aus, dass der Übergang zur Nachhaltigkeit längst begonnen hat und bis 2052 etwa zur Hälfte vollzogen sein wird (33), dass also ein Transformationsprozess bereits voranschreitet. Das ist eine bei bürgerlichen Autoren, und teils auch bei Linken, verbreitete Auffassung. Doch ist zweierlei zu unterscheiden. Tatsächlich sind erhebliche umweltorientierte technische Verbesserungen im System der Produktivkräfte und eine Steigerung der Ressourceneffizienz

und mit diesem Fortschritt auch eine Verringerung des Anteils der Armen an der Weltbevölkerung festzustellen. Transformation in einem begrenzten Sinne findet also real statt.

Aber die neoliberale Verfasstheit des globalen Kapitalismus dauert nach der jüngsten Mehrfachkrise an. Die Umweltkrise verschlimmert sich. Die sozialen Spaltungen werden tiefer. Eine progressive post-neoliberale gesellschaftliche Transformation hat in den OECD-Ländern keineswegs bereits begonnen – ausgenommen in gewissem Maße das Überleben des wohlfahrtstaatlichen Kapitalismus in skandinavischen Ländern. Ausgenommen auch einzelne potenziell antikapitalistische Elemente, Tendenzen und Praxen, die bereits gegenwärtige Ansätze für alternative Politik bieten, und die Kämpfe um ihre Nutzung. Aber ein Umschlag dieser Kämpfe in neue Machtverhältnisse steht aus.

Sechstens: Ansätze für Alternativen sind bei Randers durchaus zu finden – allerdings eher am Rande seiner Grundeinschätzung, über die er am Ende seines Buches schreibt: »Bitte helfen Sie mit, dass meine Prognose sich als falsch erweist.« Randers setzt auf die Jugend, die über das Internet vernetzt lebe, Transparenz wolle und auf der Suche nach einem Sinn des Lebens offen für Gemeinschaftsorientierungen und progressive Ideen sei. Er glaubt, den Beginn eines umweltorientierten Bewusstseinswandels zu erkennen, auch wenn der zu langsam vor sich gehe. Die Tendenz zur Abschwächung des Wirtschaftswachstums biete Chancen für umweltgerechtere Politik, die in einer Minderheit von Unternehmen von weitblickenden Managern bereits verfolgt werde.

Siebtens: Die Linke kann und muss den von Randers repräsentierten demokratisch-progressiven Denkhorizont, der aber per saldo das Handeln alternativer Akteure ausklammert, überschreiten. Der pessimistische Grundton in Randers' Prognose ist als wohlbegründet ernst zu nehmen. Aber er kann durch eine mobilisierende Perspektive entschieden aufgehellt werden, wenn die Fülle existierender alternativer Projekte ganz unterschiedlicher Kräfte zu einer gemeinsamen Gesellschaftsalternative zusammengeführt wird, wenn die Linke ihre gegenwärtige Segmentierung in gemeinsamen Kämpfen überwindet und daran geht, ein breites Mitte-Unten-Bündnis zu fördern. Dann könnte sie Randers' Appell in realen Fortschritt verwandeln: »Hoffen Sie auf das Unwahrscheinliche! Arbeiten Sie auf das Unwahrscheinliche hin!« (404)

Michael Brie

Ändert dies wirklich alles?

Fragen beim Lesen von Naomi Kleins neuem Buch

»Die Entscheidung. Kapitalismus vs. Klima«¹

Das neue Buch von Naomi Klein und die Suche nach einer neuen großen Erzählung

Im September 2014 erschien nach »No Logo« (2000) und »Die Schocktherapie« (2007) in den USA das dritte größere Werk von Naomi Klein: »Die Entscheidung. Kapitalismus vs. Klima« (»This changes everything. Capitalism vs. Climate«). Die kanadische Journalistin und Aktivistin ist eine der einflussreichsten und sprachmächtigsten Stimmen der globalisierungskritischen Bewegung im globalen Norden. Gemeinsam mit ihrem Team hat sie sich einer Frage zugewandt, der sie vor einem Jahrzehnt noch kaum Aufmerksamkeit geschenkt hat: dem Klimawandel. Das Buch ist eine Tour de Force auf dem Feld der Klimakämpfe. Detailliert werden große Unternehmen analysiert, Green-Washing aufgedeckt und die Komplizenschaft von großen Umweltorganisationen dargestellt. Die obskuren Fälle, die Naomi Klein in großer Zahl und mit Brillanz schildert, machen das Lesen des Buches spannend wie einen Krimi – viele Böse, einige Gute. Wieder erzählt die Autorin also eine großartige Story. Solche Stories werden gebraucht.

Die Botschaft dieses Buches ist nicht darin zu suchen, dass sie Fragen des Klimawandels auf neue Weise behandelt; auch die einzelnen Fallstudien, die sie vereint, sind in all ihrer Intensität nicht wirklich überraschend. Natürlich findet sie bewundernswerte Formulierungen, fasst vieles zusammen. Ihre entlarvende Kritik an den »grünen« Milliardären ist wichtig. Das dreckige Geld, die dreckige Gewalt und der genauso dreckige Rechtsbruch, mit dem indigene Völker konfrontiert sind, werden hautnah dargestellt. Vor dem Hintergrund Kanadas zeigt sie das Potenzial, das die Kämpfe dieser Völker gerade aufgrund der überkommenen Nutzungsrechte an Land und Wasser haben. Die Verträge der Stämme Nordamerikas mit den eindringenden Engländern schlossen zumeist ein, dass nur ganz bestimmte Rechte an die Siedler abgegeben wurden. Un-

¹ Klein, Naomi: Die Entscheidung. Kapitalismus vs. Klima. Frankfurt a.M. 2015. Die Seitenangaben beziehen sich auf diesen Text.

geheuer anrührend ist – fast zum Ende des Buches – die sehr persönliche Schilderung ihrer Versuche, mithilfe moderner wissenschaftlicher Methoden schwanger zu werden, bis sie die Erkenntnis traf, dass ihr Leib sich dieser Zumutung verweigerte. Sie machte die Erfahrung, dass ein anderes Leben, ein neues Selbstverhältnis notwendig ist. Ihre Mutterschaft habe sie dann verändert. In allen diesen Teilen ist Naomi Klein eine die Leserinnen und Leser packende Journalistin und Schriftstellerin.

Erst 2009, so Naomi Klein, mitten in den Turbulenzen der Finanz- und Wirtschaftskrise, sei sie sich bewusst geworden, welche Möglichkeiten in den Bewegungen gegen die Erderwärmung stecken würden: Die Frage sei nicht gewesen, dass sie sich der Tatsache einer solchen Erwärmung nicht bewusst gewesen sei oder mögliche Folgen nicht gekannt habe, entscheidend war etwas anderes. Sie erkannte, dass der Kampf gegen die Erderwärmung zum Kristallisationspunkt, zum Katalysator einer globalen zivilisatorischen Transformation werden könne, wie sie in der Einleitung schreibt: »... begriff ich, dass der Klimawandel – sofern man ihn ... als weltweiten Notstand betrachtet – eine treibende Kraft für die Menschheit werden könnte« (S. 16). Der Klimawandel könnte so den progressiven Kräften das beste Argument dafür liefern, »den Wiederaufbau und die Wiederbelebung der regionalen Wirtschaft zu fordern; unsere Demokratien dem zerstörerischen Einfluss der Konzerne zu entreißen; gefährliche neue Freihandelsabkommen zu blockieren und alte umzuschreiben; in die unterentwickelte öffentliche Infrastruktur wie Massenverkehrsmittel und bezahlbaren Wohnraum zu investieren; die Privatisierung wichtiger Dienstleistungen wie die Energie- und Wasserwirtschaft rückgängig zu machen; unser krankes Landwirtschaftssystem durch ein gesünderes zu ersetzen; Grenzen für Einwanderer zu öffnen, die wegen der Folgen des Klimawandels ihre Heimat verlassen mussten; endlich auch die Landrechte der indigenen Völker anzuerkennen – all das würde dazu beitragen, das groteske Maß an Ungleichheit in und zwischen unseren Ländern zu beenden« (S. 17).

Wie so viele andere hat Naomi Klein die Fragmentierungen der globalisierungskritischen Bewegungen beobachtet, die Schwäche, den immer neuen Attacken des Neoliberalismus zu widerstehen, die auseinanderlaufenden Interessen zu verknüpfen und die Kämpfe wirksam zusammenzuführen. Während sie früher die eher amorphen Proteste junger Leute unterstützt habe, sei sie ungeduldig geworden: »... wie vielen allmählich klar wird, können sich die Protestbewegungen von heute die heilige Kuh der Strukturlosigkeit, die Rebellion gegen jede Form von Institutionalisierung, ganz einfach nicht mehr leisten. [...] In der Praxis heißt

das, dass uns trotz aller Meckerei, trotz Twitter, Flashmobs und der Occupy-Bewegung insgesamt viele jener Instrumente fehlen, von denen die Protestbewegungen der Vergangenheit getragen wurden.« (S. 197)

Und dies ist es, was die Botschaft des Buches ausmacht: Das Klimageschehen bietet eine übergreifende Erzählung an, unter der »sich alles von dem Kampf für gute Arbeitsplätze, Gerechtigkeit für die Migranten bis hin zur Wiedergutmachung historischen Unrechts durch Sklaverei und Kolonialismus zu einem großen gemeinsamen Projekt vereinen lässt, um eine giftfreie, schocksichere Wirtschaft aufzubauen, bevor es zu spät ist« (S. 192).² Die Grundthese des Buches ist, dass die Bewegung gegen die Erderwärmung das Potenzial habe, alle anderen zu verknüpfen, also wirkliche Gegen-Hegemonie zu entfalten (siehe zu Hegemonie und Gegen-Hegemonie Laclau/Mouffe 2006; Brand 2011). Ihre Behauptung lautet: »Der Klimawandel macht also keine blitzblanke neue Bewegung notwendig, die auf magische Weise durchsetzt, woran andere gescheitert sind. Als die weit reichendste Krise ... kann der Klimawandel vielmehr die Kraft – der große Schub – sein, der alle diese noch lebendigen Bewegungen zusammenführt. Ein reißender Strom, in den zahllose Bäche münden, die mit vereinter Kraft das Meer erreichen.« (S. 550f.)

Frühere Bewegungen hätten fast immer dort haltgemacht, wo es ans Eingemachte ging – an die Vormacht und den Reichtum der Herrschenden. Dieses Mal sei dies nicht möglich. Wie hätte man in meiner mecklenburgischen Heimat gesagt: Jetzt muss Butter bei die Fische – Butter, die sich früher nur die Reichen leisten konnten. Der sozialökologische Umbau, der nötig wäre, um den Klimawandel zumindest abzu-bremsen und eventuell eine Katastrophe zu verhindern, ist durch ein »Weiter so«, das gegenwärtige Wachstumsmodell, die Kontrolle von Kapitaloligarchien (zur zerstörerischen Rolle dieser Oligarchien siehe

² Hier berührt sich ihr Anliegen mit dem von Polanyi, der in Entwürfen für ein von ihm geplantes Buch »The Common Man's Masterplan« 1943 schreibt: »Während die verschiedenen Abarten von Antidemokraten ihre eigene Erzählung über die Weltkatastrophe haben, müssen die Demokraten erst noch ihre eigene Erzählung hervorbringen.« (Polanyi 2015, 120) Verwiesen sei auch auf Ton Veerkamp. Dieser betrachtete die Bibel als eine der »großen Erzählungen«. Ton Veerkamp definiert solche Erzählungen als »eine von der Mehrheit der Gesellschaftsmitglieder erkannte und anerkannte Grunderzählung, in der sie ihre einzelnen Lebenserzählungen miterzählt wissen, durch die sie einen Platz in der Gesellschaft zugewiesen bekommen und so die gesellschaftliche Grundstruktur mit ihren Loyalitäten und Abhängigkeiten verinnerlichen« (Veerkamp 2013, 14). Dieter Klein versucht Ansätze zu einer neuen Erzählung der Linken im Zusammenhang mit Antworten auf die Krise des Finanzmarkt-Kapitalismus zu formulieren (Klein 2012).

Dellheim 2014) über die Finanzströme und den Stoffwechselprozess mit der Natur, die heutige Produktions- und Lebensweise der globalen Mittelschichten, die schreiende Ungleichheit nicht möglich. Klimawandel wird also von Naomi Klein zum archimedischen Punkt erklärt, von dem aus die Welt des Kapitalismus aus den Angeln gehoben werden kann. Die früheren Bewegungen »für eine echte Umsetzung der Menschenrechte und Gleichheit ohne Ansehen ethnischer Zugehörigkeit, Geschlecht oder sexueller Orientierung; für eine echte Entkolonialisierung und Entschädigung der Opfer; für Nahrungssicherheit und Rechte der Bauern, gegen die Herrschaft von Oligarchien; und für die Verteidigung und Ausweitung des öffentlichen Sektors« (S. 550) müssten angesichts des Klimawandels zu Ende geführt werden. »Klimawandel«, so Naomi Klein, »ist unsere Chance, diese schwelenden Missstände endlich zu korrigieren und die unvollendete Aufgabe der Befreiung zu vollenden.« (S. 551) Der Kampf gegen die Erderwärmung wird so nicht mit *einer*, sondern mit *der* historischen Mission radikaler Befreiung überhaupt aufgeladen.

Hier setzen dann auch die Fragen an. Im Zentrum steht für mich die Folgende: Gibt es attraktive Alternativen, die Milliarden von Menschen in ihren Bann schlagen können? Die schlechteste Entwicklung wird sich so lange fortsetzen, wie es keine solchen Alternativen gibt. Ohne solche Alternativen würde selbst eine Klimakatastrophe vor allem autoritäre, faschistoide Systeme befördern. Wenn es eine Erfahrung aus den vielen alternativen Projekten der letzten 200 Jahre gibt, dann diese: Die Attraktivität von Alternativen ist von den Ressourcen abhängig, die mit ihnen verbunden sind und die sie freizusetzen vermögen. Oft wurden Alternativen wieder aufgegeben, weil sie genau daran scheiterten – im großen Stil der Staatssozialismus des 20. Jahrhunderts. Diese Ressourcen sind ökonomisch, politisch, kulturell, aber nicht selten auch militärisch. Es beginnt mit der Sicherung elementarer Güter wie dem Schutz der persönlichen Unversehrtheit, Nahrung, Kleidung, Wohnung, Bildung, Gesundheitsvorsorge, Mobilität bis hin zum Zugang zum Internet usw. usf. Aber es geht auch um reiche Sozialbeziehungen, um Rechtssicherheit, um Kultur und individuelle wie kollektive Freiheiten. Es ist kein Ökonomismus, wenn festgestellt wird, dass diese Güter ihre materiellen wie geistigen Voraussetzungen haben, die produziert werden müssen.

Alternative Politik, die nicht die Ressourcen ihrer eigenen Durchsetzung reproduziert, ist zum Scheitern verdammt. Eine solche Politik muss erstens dazu fähig sein, durchaus auch mit Einsatz staatlicher Macht, weitere Privatisierungen öffentlicher Güter, die Vormacht internationa-

ler Konzerne oder neue extraktivistische Projekte zu unterdrücken. Es geht darum, die von bisher herrschenden Kräften präferierten Lösungen machtvoll zu blockieren und andere Regeln von Kooperation durchzusetzen (siehe dazu Wright 2013, 24). Sie muss zweitens in der Lage sein, hinreichend Unterstützung für das eigene Projekt zu generieren. Dies aber ist abhängig von den materiellen und geistigen Ressourcen, von den Lebensperspektiven, die mit diesem Projekt nachhaltig verbunden werden können. Reduktion von Armut, reale Aufstiegschancen und überzeugende Freiheitsgewinne müssen sich bei einer linken Politik verbinden, die ein Unten-Mitte-Bündnis zu begründen vermag. Umso erfolgreicher eine solche Politik bei der Verringerung von Armut ist, umso größer werden die Anforderungen, die Freiheit der Einzelnen zu erweitern, die dafür notwendigen öffentlichen Güter bereitzustellen, Rechtsstaatlichkeit zu sichern und breites eigenständiges Handeln zu ermöglichen.

Allen diesen Fragen schenkt Naomi Klein wenig Aufmerksamkeit. Wie viele andere Autorinnen und Autoren blickt sie vor allem auf die extraktivistischen Industrien und den Widerstand gegen diese. Der Automobilbau oder die gesamte Hightech-Industrie finden keine Erwähnung. Der Kampf indigener Völker wird dargestellt, aber die Integration von Hunderten Millionen neuer Arbeiterinnen und Arbeiter in diese Kette globaler Arbeitsteilung und Kooperation zwischen extraktivistischen, produktivistischen und konsumistischen Sektoren bleibt randständig. Die Sogkraft des heutigen Systems geht aber vom Zentrum des Taifuns aus, der Produktions- und Lebensweise der Kerngruppen in den Metropolen des globalen Kapitalismus – New York und London, San Francisco und Schanghai, Bombay und Sao Paulo. Aus dem intensivierten Wettbewerb der Staaten und Regionen und dem Kampf der alten und neuen Mittelschichten und jener, die in diese drängen, erwächst eine sich immer noch weiter verstärkende Dynamik von wissenschaftlich-technologischen Umbrüchen, Wirtschaftswachstum, Konsum, Ressourcenverbrauch und CO₂-Emissionen, die dieses Mal nicht nur den Westen, sondern große Teile der Erdbevölkerung erfasst hat. Von externen, durch Erschöpfung der Rohstoffe vorgegebenen »Grenzen des Wachstums« ist in den nächsten 30 bis 40 Jahren nichts zu sehen (siehe dazu in aller Schärfe Cattin 2011).

Vor die Wahl gestellt, arm und sauber oder aber nicht ganz so arm zu sein, dies aber mit der Ansiedlung extraktiver Industrien zu bezahlen, werden viele oder fast alle sich für das »schmutzige« Geld entscheiden. Naomi Klein illustriert dies selbst am Beispiel des Kampfes um den Yasuní-Nationalpark in Ecuador und fasst das Dilemma in die Worte:

»Die jahrhundertelangen, serienmäßigen Raubzüge – zur Aneignung von Land, Arbeitskraft und Raum in der Atmosphäre – haben zur Folge, dass die Entwicklungsländer heute in einem Teufelskreis stecken, denn die Auswirkungen der Erderwärmung werden durch anhaltende Armut noch verschlimmert, und Armutsbekämpfung funktioniert in unserem gegenwärtigen Wirtschaftssystem am kostengünstigsten und leichtesten, wenn noch viel mehr Kohlenstoff verbrannt wird, womit sich die Klimakrise wiederum drastisch verschärft. Ohne Hilfe finden sie aus diesem Teufelskreis nicht heraus, und diese Hilfe muss von jenen Ländern und Unternehmen kommen, die vor allem aufgrund widerrechtlicher Aneignungen reich wurden.« (S. 500) So breitet sich das extraktivistisch-produktivistisch-konsumistische Projekt der kapitalistischen Moderne im Moment seiner eigenen Krise sogar noch beschleunigt aus.

Naomi Klein hofft, ausgehend von der Bedrohung des Klimawandels die fragmentierten Kämpfe mit der Kraft einer neuen Erzählung wirksam verbinden zu können. Eine solche Verknüpfung ist aber sicherlich genauso ausgehend von der Frage nach einer Ordnung möglich, die den Absturz in immer neue Kriege (Ressourcenkriege, Klimakriege, Kriege zum Schutz der eigenen Grenzen vor »Flüchtlingen«) verhindert. Mehr noch: Jeder der vielen Konflikte hat ein universelles, alles andere mitziehendes Potenzial. Niemand kann vorhersagen, welcher der Konflikte sich als Attraktor erweist, der alle anderen neu ausrichten könnte. Nur vom Standpunkt jener, die satt sind und nicht von Mord und Vertreibung bedroht werden, ist die Klimafrage wirklich die »am weitestgehende« Krise. Die, die durch Versteppung und Verwüstung, durch Überschwemmungen und Vernichtung ihrer Lebenssphären unmittelbar betroffen sind, sind genau jene, für die die langen Zeithorizonte einer Veränderung der Klimapolitik in den Hintergrund treten. Der Verweis auf die Klimafolgen ist Mittel zum Zweck. Es sind die Mittelklassen der saturierten Länder, die vielleicht mit Verweis auf das Klima für die existenziellen Probleme insgesamt mobilisiert werden können, und so verstehe ich Naomi Kleins Botschaft.

Aber nicht hier liegt das eigentliche Problem des Buches. Welche Frage die anderen am Ende in ihren Bann zieht, ist offen. Wichtiger ist etwas anderes: Zu wenig Aufmerksamkeit wird der Tatsache geschenkt, dass die Zerstörungen, die mit dem Klimawandel verbunden sind, die Bedrohungen, die er nach sich zieht, gegenwärtig genau jene Dynamiken verschärfen, die ihn verursachen. Die reicheren Länder und auch viele Schwellenländer gehen nicht etwa zu einer Politik über, die Ursachen anzugehen, sondern versuchen, mit gesteigertem Ressourcen- und En-

ergieaufwand die Folgen abzuschwächen. Dies ist ein »Rebound-Effekt« besonderer Art. Die gesteigerte Nachfrage nach diesen Ressourcen erhöht gleichzeitig das Angebot, da bisher zu kostspielige Erschließungen von Energie plötzlich sinnvoll werden. Nicht Knappheit, sondern ein Überfluss prägt gerade jetzt den Markt für Öl und Gas und nicht nur diesen. Der Herausforderung durch den Klimawandel wohnen gegensätzliche Richtungen inne: Ein Wechsel vom »Kapitalozän«, dem Zeitalter der Einheit von Kapitalismus und »planetarischer Naturalform« (Altwater 2014: 27) hin zu einer solidarischen Gesellschaft, eingebettet in die irdische Natur, ist möglich. Der Klimawandel kann aber auch so »verarbeitet« werden, dass sich die Tendenzen hin zu einer Entfesselung des Kapitalismus in den nächsten Jahrzehnten sogar noch verstärken. Zurzeit sieht es so aus, als würde nicht die Bremse gezogen, sondern das Gaspedal voll durchgetreten. Hölderlins Hoffnung, »Wo aber Gefahr ist, wächst das Rettende auch«, könnte sich ins Gegenteil verkehren. Mit der Gefahr würden die Zerstörung und Barbarei zunehmen.

Naomi Klein beginnt mit der Notwendigkeit und Möglichkeit eines globalen Marshall-Plans, um den Kampf gegen die Erderwärmung zu führen. Aber dazu wird es mit großer Wahrscheinlichkeit nicht kommen. Das ist die bittere Wahrheit. Es wird vielleicht Fonds geben, die den technologischen Wandel in den Entwicklungsländern befördern. Einige Auswüchse mögen zurückgedrängt, manche Schäden minimiert werden. Aber die grundlegende Richtung und Dynamik wird dadurch in absehbarer Zeit nicht berührt werden (siehe dazu sehr überzeugend Randers 2012; siehe auch die Analyse von Dieter Klein in diesem Buch). Und ohne Rückzahlung der ökologischen Schulden an den globalen Süden (von den anderen Schulden ganz zu schweigen) ist ein Umstieg dort kaum möglich. Es wäre zudem irrwitzig, wieder einmal von den Schwächeren der Weltgesellschaft zu erwarten, dass sie die Rolle einer »Avantgarde« übernehmen, die Kosten tragen und Gewinne bestenfalls in ferner Zukunft erwarten können, während die Linke im Norden sehnsuchtsvoll zusieht.

Der Erzählung von Naomi Klein fehlt wie so vielen anderen globalisierungskritischen Erzählungen das Entscheidende: eine überzeugende machtwirksame Alternative. Dies ist objektiv bedingt und kein Manko des Buches. Dessen Schwäche ist nur, diesen Mangel zu kaschieren. Der Platz solcher Alternativen ist noch nicht besetzt. Es herrscht gähnende Leere, wo sich früher Sozialismus, Kommunismus, Anarchismus in ihren vielen Spielarten tummelten. Die vielen Ansätze von kleineren Alternativen, wie sie seit den 1960er Jahren erprobt wurden, sind marginal geblieben (siehe für die Bundesrepublik Reichardt 2014). Das Projekt ei-

ner sozialökologischen Transformation, wie es in der Bundesrepublik in den 1980er Jahren konzipiert wurde (Lafontaine 1988), wurde 1990 von der Tagesordnung genommen. Das »neue Denken« (Gorbačev 1988), die Politik der Nachhaltigkeit (Hauff 1987) und der Rio-Gipfel blieben weitgehend folgenlos. Die »globale Revolution« (King/Schneider 1992) fand nicht statt. Ob ihre Hoffnung, dass es in der jetzigen Situation zu einem Wandel komme, weil »Führung, vorangetrieben von unten« (S. 559) möglich werde, ist offen. Die ökonomischen, politischen, kulturellen und sicherheitspolitischen Bedingungen dafür werden von Naomi Klein nicht konkretisiert. Die tragenden Kräfte bleiben unklar. Wenn sie auf Führung setzt, dann führt aber auch die (berechtigte) Kritik an den aufgeklärten Milliardären und Umweltgroßorganisationen nicht weiter. Die von ihr zitierten Beispiele der Sklavenbefreiung oder des New Deals waren immer eine Verbindung heftiger sozialer Kämpfe, starker Bewegungen, eines neuen gegenhegemonialen Diskurses und Spaltungen in den herrschenden Kreisen sowie heftigster Legitimations- und offener Machtkrisen (siehe u.a. Klein 2015). Einschneidende Ereignisse, auf die Naomi Klein ihre Hoffnung setzt (S. 558ff.), werden nur dann eine progressive transformatorische Wirkung entfalten, wenn dafür die Voraussetzungen gegeben sind. Dazu beizutragen, diese zu schaffen, wird die wohl wichtigste Aufgabe der nächsten Jahre oder Jahrzehnte sein. Naomi Kleins Hoffnung liegt, so ihre abschließenden Bemerkungen im vorgelegten Buch, auf der nächsten Krise, wenn die Geschichte wieder an die Tür klopft. Ihre neue Erzählung ist ein Beitrag, um darauf vorbereitet zu sein. Noch aber sind die »Progressiven« nicht bereit für eine neue Chance einzugreifen. Dafür ist noch viel, sehr viel mehr zu tun.

Literatur

- Altwater, Elmar (2014): Wertform, Naturform, der Doppelcharakter der Ware und das ökologische Weltsystem. Ein vorausschauender Rückblick auf das Kapitalozän, in: Z, Zeitschrift marxistische Erneuerung, Vol. 100 (Dezember), S. 20-27.
- Brand, Ulrich (2011): Post-Neoliberalismus? Aktuelle Konflikte und gegenhegemoniale Strategien, Hamburg.
- Cattin, Daniel (2011): Unheimliche Zukunft. Wie die nächsten 40 Jahre unsere Welt verändern, Norderstedt.
- Dellheim, Judith (2014): Kapitaloligarchien und Transformation. Zur Entwicklung der Europäischen Union, in: Brie, Michael (Hrsg.): *Futuring. Transformation im Kapitalismus über ihn hinaus*, Münster, S. 332-367.
- Gorbačev, Michail S. (1988): *Umgestaltung und neues Denken für unser Land und*

für die ganze Welt, Berlin.

- Hauff, Volker (Hrsg.) (1987): *Unsere gemeinsame Zukunft. Der Brundtland-Bericht der Weltkommission für Umwelt und Entwicklung*, Greven.
- King, Alexander/Schneider, Bertrand (1992): *Die erste globale Revolution. Ein Bericht des Rates des Club of Rome*, Frankfurt a.M.
- Klein, Dieter (2012): *Das Viereck – Nachdenken über eine zeitgemäße Erzählung der Linken. Über den möglichen Nutzen des Begriffs Erzählung für ein alternatives Gesellschaftsprojekt der Linken*, in: Brie, Michael/Candeias, Mario (Hrsg.): *Transformation im Kapitalismus und darüber hinaus. Beiträge zur Ersten Transformationskonferenz des Instituts für Gesellschaftsanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Paper der Rosa-Luxemburg-Stiftung*, Berlin, S. 119-134.
- Klein, Dieter (2015): *Fähig zu progressiver Transformationspolitik? Die Machteliten angesichts globaler Großgefahren*, in: Thomas, Michael/Busch, Ulrich (Hrsg.): *Transformation im 21. Jahrhundert. Theorien – Geschichte – Fallstudien. I. Halbband*, Berlin, S. 265-300.
- Klein, Naomi (2015): *Die Entscheidung. Kapitalismus vs. Klima*. Frankfurt a.M.
- Laclau, Ernesto/Mouffe, Chantal (2006): *Hegemonie und radikale Demokratie: Zur Dekonstruktion des Marxismus*, Wien.
- Lafontaine, Oskar (1988): *Die Gesellschaft der Zukunft. Reformpolitik in einer veränderten Welt*, Hamburg.
- Polanyi, Karl (2015): *Der Masterplan des einfachen Bürgers. Drei Skizzen aus dem Jahre 1943 für ein Buch*, in: Brie, Michael (Hrsg.): *Polanyi neu entdecken. Das hellblaue Bändchen zu einem möglichen Dialog von Nancy Frazer und Karl Polanyi. Beiträge zur kritischen Transformationsforschung 1*, Hamburg, S. 116-135.
- Randers, Jørgen (2012): *2052 – der neue Bericht an den Club of Rome. Eine globale Prognose für die nächsten 40 Jahre*, München.
- Reichardt, Sven (2014): *Authentizität und Gemeinschaft: Linksalternatives Leben in den siebziger und frühen achtziger Jahren*, Berlin.
- Veerkamp, Ton (2013): *Die Welt anders. Politische Geschichte der Großen Erzählung*, Hamburg/Berlin.
- Wright, Erik Olin (2015): *Durch Realutopien den Kapitalismus transformieren*, in: Brie, Michael (Hrsg.): *Mit Realutopien den Kapitalismus transformieren?*, Hamburg, S. 57-104.

Die Autorinnen und Autoren

Michael Brie, Sozialphilosoph, Prof. Dr. habil., Wissenschaftlicher Referent im Institut für Gesellschaftsanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung für Geschichte und Theorie sozialistischer Transformation, Mitglied im Wissenschaftlichen Beirat von Attac und im Kuratorium des Instituts Solidarische Moderne sowie der Leibniz-Sozietät.

Michael Burawoy ist seit 1988 Professor am Department of Sociology in der University of California, Berkeley; er war 95. Präsident der American Sociological Association (2004) und wurde für die Periode 2010-14 zum Präsidenten der International Sociological Association gewählt.

Judith Dellheim, Dr.oec., Politökonomin, wissenschaftliche Referentin der Rosa-Luxemburg-Stiftung auf dem Gebiet sozialökologischer Transformation, Aktivistin in sozialen Bewegungen und Initiativen.

Dieter Klein, Prof. Dr. habil., Sozialwissenschaftler, Senior Fellow am Institut für Gesellschaftsanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Mitglied der Rosa-Luxemburg-Stiftung und des Willy-Brandt-Kreises.

Rolf Reißig, Prof. Dr. habil., Sozial- und Politikwissenschaftler, Mitarbeiter am Brandenburg-Berliner Institut für Sozialwissenschaftliche Studien (BISS e. V.), Gastdozent an der FU Berlin, regelmäßige öffentliche Vorträge. Mitglied der Rosa-Luxemburg-Stiftung und des Willy-Brandt-Kreises.

Wanja Saatkamp ist im Münsterland zwischen Wasserschlössern und Maismonokulturen aufgewachsen und über Toulouse, Hildesheim, Liverpool nach Berlin gekommen; sie arbeitet künstlerisch an gesellschaftspolitischen Themen für Theater- und andere Kulturinstitutionen und in freien Kooperationen, u.a. ist sie Mitbegründerin der MAIDEN MONSTERS, Schlagzeugerin & Video für Bernadette La Hengst (www.wanjasaatkamp.de).

Thomas Seibert ist Philosoph und Autor, Vorstandssprecher des Instituts Solidarische Moderne, Mitarbeiter von medico international, Mitglied im Wissenschaftlichen Beirat der Rosa-Luxemburg-Stiftung, politischer Aktivist der Interventionistischen Linken.

Michael Thomas, Dr. phil., Philosoph und Soziologe, Mitarbeiter im Brandenburg-Berliner Institut für Sozialwissenschaftliche Studien (BISS e.V.);

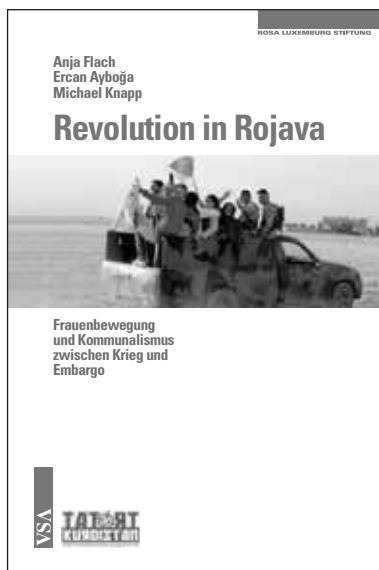
Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Mitglied der Alexander von Humboldt-Stiftung und der Leibniz-Sozialwissenschaftlichen Akademie.

Erik O. Wright ist seit 1983 Professor am Department of Sociology in der University of Wisconsin (Madison/USA); sein Hauptforschungsgebiet ist die marxistische Klassentheorie; seit 1991 arbeitet er am Real Utopias Project (bisher sind sieben Bände erschienen); 2010 wurde Wright zum 103. Präsidenten der American Sociological Association gewählt.

VSA: Von Utopien zu Realutopien



Karl Georg Zinn
**Vom Kapitalismus ohne Wachstum
zur Marktwirtschaft ohne Kapitalismus**
168 Seiten | € 16.80
ISBN 978-3-89965-651-0
In den hoch entwickelten Volkswirtschaften
zeichnet sich der Übergang zu einer nachin-
dustriellen Phase ab.
Auf längere Sicht wird jedoch auch ein
»Reformkapitalismus« den Problemen
nicht gerecht werden können, sodass sich
eine nachkapitalistische Gesellschaft am
geschichtlichen Horizont abzeichnet – eine
Marktwirtschaft ohne Kapitalismus.



Anja Flach/Ercan Ayboga/Michael Knapp
Revolution in Rojava
Frauenbewegung und Kommunalismus
zwischen Krieg und Embargo
Eine Veröffentlichung der Rosa-Luxemburg-
Stiftung
352 Seiten | € 19,80
ISBN 978-3-89965-658-9
In Westkurdistan (Rojava) hat sich ein ein-
maliges basisdemokratisches, geschlech-
terbefreies und ökologisches Projekt
herausgebildet. Seither organisiert sich die
Bevölkerung durch ein Rätssystem selbst.
Wie werden diese transformatorischen
Prozesse angesichts einer von 60 Jahren
geprägten Diktatur geprägten Bevölke-
rung realisiert? Und bietet dieses Projekt
Perspektiven für eine Lösung der Probleme
des Mittleren Ostens?

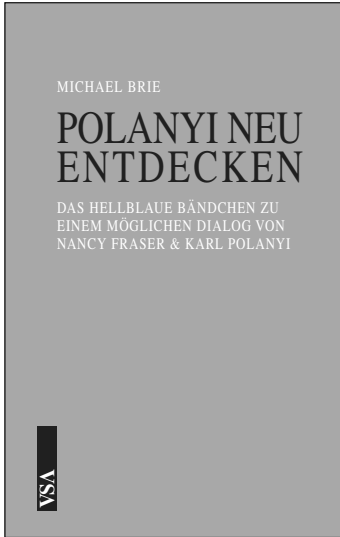
Prospekte anfordern!

VSA: Verlag
St. Georgs Kirchhof 6
20099 Hamburg
Tel. 040/28 09 52 77-10
Fax 040/28 09 52 77-50
Mail: info@vsa-verlag.de

VSA

www.vsa-verlag.de

VSA: Transformationen in Hellblau



Michael Brie

Polanyi neu entdecken

Das hellblaue Bändchen zu einem möglichen Dialog von Nancy Fraser und Karl Polanyi | Band 1 der Reihe »Beiträge zur kritischen Transformationsforschung« des Instituts für Gesellschaftsanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung
176 Seiten | € 10.00

ISBN 978-3-89965-642-8

Michael Brie führt in das Werk des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlers Karl Polanyi (1886-1964) ein und skizziert Möglichkeiten des Dialogs zwischen diesem und Nancy Fraser, der bekanntesten US-amerikanischen Feministin.



Elmar Altvater

Engels neu entdecken

Das hellblaue Bändchen zur Einführung in die »Dialektik der Natur« und die Kritik von Akkumulation und Wachstum
192 Seiten | € 12.00

ISBN 978-3-89965-643-5

Friedrich Engels' nicht vollendetes Werk »Dialektik der Natur« wurde posthum erstmals im Jahre 1925 in der jungen Sowjetunion in publiziert. Engels ging es um das Begreifen eines »dialektischen Gesamtzusammenhangs« von Natur und Gesellschaft, von Ökonomie und Politik. Dieser »holistische« Ansatz ist heute in den Debatten um die Erde als »ökologisches Weltssystem«, als Anthropozän oder Kapitalozän aktueller denn je.

Prospekte anfordern!

VSA

VSA: Verlag
St. Georgs Kirchhof 6
20099 Hamburg
Tel. 040/28 09 52 77-10
Fax 040/28 09 52 77-50
Mail: info@vsa-verlag.de

www.vsa-verlag.de